



Bundesarbeitsgemeinschaft der
Senioren-Organisationen e. V.

Dokumentation



12. Deutscher Seniorentag

28. bis 30. Mai 2018 in Dortmund

DEUTSCHER SENIORENTAG 2018

Veranstalter

Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO)

Thomas-Mann-Str. 2-4 · 53111 Bonn

Tel.: 02 28 / 24 99 93 - 0

Fax: 02 28 / 24 99 93 - 20

E-Mail: dst@bagso.de

www.deutscher-seniorentag.de

www.bagso.de

Organisation Messe

BAGSO Service Gesellschaft mbH

Hans-Böckler-Str. 3 · 53225 Bonn

Tel.: 02 28 / 55 52 55 - 50

Fax: 02 28 / 55 52 55 - 66

E-Mail: kontakt@bagso-service.de

www.bagso-service.de

„Brücken bauen“

DOKUMENTATION

12. DEUTSCHER SENIORENTAG

28. bis 30. Mai 2018 in Dortmund



Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V.

Der Deutsche Seniorentag 2018 wurde durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS NRW) und der Stadt Dortmund gefördert.

Herausgeber:

Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO)

Thomas-Mann-Str. 2-4

53111 Bonn

Tel.: 02 28 / 24 99 93 0

Fax: 02 28 / 24 99 93 20

E-Mail: kontakt@bagso.de

www.bagso.de

Redaktionelle Bearbeitung:

Heike Felscher, Harald Raabe, Barbara Stupp

Korrektorat: Helga Vieth

Layout: Nadine Valeska Kreuder, www.nadine-kreuder.com

Druck: Köllen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH

Auflage: 3.000 Stück

Umschlagfotos: BAGSO/Elsa Wehmeier, Klaus Görden

Vervielfältigung erlaubt, Belegexemplar erwünscht.

© 2018, BAGSO, Bonn.

INHALT

VORWORT	14
1. DORTMUNDER ERKLÄRUNG „Brücken bauen“	17
<hr/>	
2. FESTVERANSTALTUNG	25
2.1 BEGRÜSSUNG Franz Müntefering, BAGSO-Vorsitzender	25
2.2 REDE ZUR ERÖFFNUNG DES 12. DEUTSCHEN SENIORENTAGES Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier	30
2.3 GRUSSWORT Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie Senioren Frauen und Jugend	39
2.4 GRUSSWORT Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit Gesundheit und Soziales in Nordrhein-Westfalen	45
2.5 GRUSSWORT Ullrich Sierau, Oberbürgermeister der Stadt Dortmund	51
2.6 SCHLUSSWORT Franz Müntefering, BAGSO-Vorsitzender	57
<hr/>	
3. ÖKUMENISCHER GOTTESDIENST „Brücken bauen zwischen den Generationen“	61

4.	PROGRAMM IM GOLDSAAL	65
4.1	PODIUMSGESPRÄCH: Brücken bauen – für eine solidarische Gesellschaft	68
4.2	TALK IN DORTMUND: Brücken bauen für eine gute Gesundheit ...	77
<hr/>		
5.	THEMATISCHE VERANSTALTUNGEN	95
5.1	KOMMUNE UND QUARTIERSENTWICKLUNG	96
5.1.1	Der Siebte Altenbericht in der Diskussion – eine Zwischenbilanz	96
5.1.2	Kommunale Seniorenarbeit gestalten – Konzepte, Modelle und Strategien in Städten und Landkreisen	98
5.1.3	Brücken bauen im Quartier – Kirchengemeinden als Koproduzenten von sorgenden Gemeinschaften	100
5.1.4	Lebendige Nachbarschaften und Quartiere – auch im Alter mittendrin	102
5.1.5	Gestaltung einer sorgenden Gemeinschaft – ein herausforderndes Leitbild in unfreundlichen Zeiten	104
5.1.6	Dortmund im demografischen Wandel: Generationengerechte Wohnquartiere mit Bürgerwerkstätten gestalten	105
5.1.7	Entwicklung von Quartieren – real und digital	107
5.1.8	So wollen wir im Alter leben!	110
5.1.9	Dortmunder Seniorenbüros im Tandem von Kommune und Wohlfahrtsverbänden – Ein Erfolgsmodell für gemeinsame Seniorenarbeit im Quartier	112
5.1.10	Brücken bauen zum Nachbarn	114
5.1.11	Lebenswert alt werden in Nordrhein-Westfalen	116

5.1.12	IN FORM – Mehr Gesundheitsförderung im Alter auf kommunaler Ebene	118
5.1.13	Paradigmenwechsel in Moers: Altenarbeit war gestern!? Bürgerschaft gestaltet heute!?	120
5.2	WOHNEN UND WOHNUMFELD	123
5.2.1	Gemeinschaftlich wohnen. Ein Projekt starten und gestalten	123
5.2.2	Anders (als) gewohnt: Gemeinschaftliches Wohnen plus	125
5.2.3	Komfortwohnen – Wohnen ohne Barrieren	127
5.2.4	Wohnen wie gewohnt? – Neues und Bewährtes zum altersgerechten Wohnen	129
5.2.5	L(i)ebenswert wohnen – ein Leben lang	131
5.2.6	Wohnen im Alter in einer Eigentumswohnung	133
5.2.7	Gärtnern bis ins hohe Alter – Worauf ist zu achten?	135
5.3	ENGAGEMENT UND TEILHABE	137
5.3.1	Konsequenzen aus der Generali Altersstudie 2017 und dem Engagementbericht der Bundesregierung	137
5.3.2	Ein präventiver Ansatz zur Förderung der Lebenskompetenzen älterer Menschen – LiA+	139
5.3.3	Vernetzung von Seniorinnen und Senioren im bürgerschaftlichen Engagement – Was stärkt wie wofür?	141
5.3.4	Wir sind im Gespräch: So vielfältig ist der Generationenverbund!	144
5.3.5	Unterwegs am anderen Ufer – Ältere Lesben und Schwule in der Seniorenarbeit	146

5.3.6	Die große Spielwut im Herbst des Lebens – Engagement und Teilhabe im Seniorentheater	148
5.3.7	Türkischsprachige ZWAR-Netzwerke – Beispiel für die gesellschaftliche Teilhabe älterer Migrantinnen und Migranten	151
5.3.8	Migration, Flucht, Integration – Herausforderungen für eine solidarische Gesellschaft	154
5.3.9	Interkulturelle Trainings in Theorie und Praxis	156
5.3.10	Vorsorge und Unterstützung: Selbstbestimmt leben im Alter!	158
5.3.11	Selbstbestimmung und Autonomie – Zentrale Forderungen älterer Menschen rund um den Globus	161
5.3.12	MitLEIDENSCHAFTEN – Eine-Welt-Arbeit im Dritten Lebensalter	163
5.3.13	Ältere und pflegebedürftige Menschen in Krisen und Katastrophen ..	166
5.4	BILDUNG UND DIGITALISIERUNG	168
5.4.1	Europa – mach mit! Das EU-Bildungsprogramm Erasmus+ Erfahrungsaustausch mit erfahrenen Projektträgern	168
5.4.2	Bildung im Alter	170
5.4.3	Seniorenvertretungen in den Ländern – Schwerpunkt Bildung für Ältere und gemeinsam mit Jüngeren	172
5.4.4	Jenseits der Vorlesung. Bildungsangebote für ältere Menschen an Hochschulen in aktivierenden Formaten	174
5.4.5	Kulturelle Teilhabe im Alter ermöglichen: Der Förderfonds „Kultur & Alter“ des Landes Nordrhein-Westfalen ..	176
5.4.6	Kulturelles Lernen im Alter – Kulturgeragogik schlägt Brücken zu neuen Ufern	178
5.4.7	Gipfelstürmer 60+: Digital-Kompass für Internetlotsen	180

5.4.8	Werkstatt digitaler Wandel – Was brauchen Ältere?	182
5.4.9	Fit am Tablet – Multiplikatoren qualifizieren	184
5.4.10	Multimediale und interaktive Inhalte selbst erstellen? Autorenworkshop für Neugierige	185
5.5	GESUNDHEIT UND PRÄVENTION	188
5.5.1	Stark machen für Patientenbegleitung	188
5.5.2	Vertrauen Sie Dr. Google – Verlässliche Informationen im Internet erkennen	190
5.5.3	Faszination Arzneimittelforschung – Was steckt eigentlich alles hinter einem Medikament?	193
5.5.4	Sehen im Alter – Sensibilisierung für Sehprobleme	195
5.5.5	Wenn die Seele krank ist – Psychotherapie im höheren Lebensalter ...	197
5.5.6	Gürtelrose – einer Erkrankung ein Gesicht geben	199
5.5.7	Schmerzen und Alter	201
5.5.8	Schmerz und Glück im Alter – Ist Schmerz im Alter ein unausweichliches Schicksal und was hat Glück mit Schmerzen zu tun?	203
5.5.9	Aktiv und selbstständig bis ins hohe Alter durch Sport und Bewegung	205
5.5.10	AlltagsTrainingsProgramm (ATP) – LSB NRW	207
5.5.11	AlltagsTrainingsProgramm (ATP) – BZgA	210
5.5.12	Musik bewegt – für immer	211
5.5.13	Tanzen mit Rollator	213
5.5.14	Bewegung hält fit im Alter – am besten im Sportverein	215

5.5.15	Gleichgewichtstraining in unserem Alltag	217
5.5.16	Fit im Kopf und flink auf den Beinen	219
5.5.17	Bewegungstrends in der Natur	221
5.5.18	Mit Freude das Gehirn aktivieren – Geistige Fitness ist trainierbar mit MAT® – Mentales Aktivierungstraining	223
5.5.19	Brücken bauen im Gehirn, Aktivierung und Ausbau	224
5.5.20	Essen mit Vielfalt – wissen was im Alter gut is(s)t!	225
5.6.	PFLEGE	227
5.6.1	Zukunft des Alters – Alter in der Zukunft	227
5.6.2	Lebensqualität fördern, Pflege vermeiden – Was leistet die Geriatrie als fachspezifische medizinische Versorgung von betagten und hochbetagten Patienten?	229
5.6.3	Prävention & Rehabilitation vor und bei Pflege – So kommen Sie zu Ihrem Recht	231
5.6.4	Pflege-WG als echte Alternative? Wohnen zwischen Verbraucherschutz und Selbstbestimmtheit	232
5.6.5	Alte Menschen mit Behinderung – Herausforderungen für zukünftige Versorgungsstrukturen	234
5.6.6	Diversity in der Altenpflege für lesbische Frauen, schwule Männer und Menschen mit HIV	236
5.6.7	Sexualität zieht ins Altenheim mit ein. Charta der Sinnlichkeit – eine Checkliste für ein „Lustfreundliches Altenheim“	238
5.6.8	BLOCKADE – Das Spiel zur Wirklichkeit	240
5.6.9	Pflegeberatung digital. Unterstützung für pflegebedürftige Menschen und Angehörige	241

5.6.10	Unterstützung pflegender Angehöriger – Auf- und Ausbau von Netzwerken für Pflegebegleitung	243
5.6.11	Hoch lebe das Internet. Ein Tor zur Selbsthilfeunterstützung pflegender Angehöriger	245
5.6.12	Pflegende Angehörige – was sie leisten, was sie brauchen	246
5.6.13	Was packe ich ein ... für die letzte Reise? Oder: Wie packe ich es an, über das Sterben und über das was mir wichtig ist, ins Gespräch zu kommen?	249
5.6.14	Brücken bauen für den letzten Weg: Schwerstkranke und sterbende Menschen begleiten	251
5.6.15	Leben können. Sterben dürfen. Woran erkenne ich ein gutes, hospizlich-palliatives ausgerichtetes Pflegeheim?	254
5.7	DEMENZ	256
5.7.1	Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz – Aufbau von Hilfenetzwerken vor Ort	256
5.7.2	Demenz Partner-Kurs	258
5.7.3	Tanz, Kunst und Theater als Brückenbauer für Menschen mit und ohne Demenz	260
5.7.4	Demenz mit Humor und Leichtigkeit begegnen	262
5.7.5	Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen mit Demenz und Migrationshintergrund: Erfahrungen aus der Praxis ...	264
5.7.6	Demenz und Migration	265
5.7.7	Was kann ich tun, um nicht dement zu werden? Medikamente – Ernährung – Gedächtnis – Bewegung?	267
5.7.8	Demenz und Zahnmedizin	269

5.8	ARBEITSWELT UND SOZIALE SICHERUNG	270
5.8.1	Vom Jugendwahn zur Diktatur der Alten?	270
5.8.2	Wissens- und Bildungstransfer zwischen Berufsleben und Rente	271
5.8.3	Länger arbeiten (müssen) – Herausforderungen und Chancen unter besonderer Berücksichtigung des professionellen Altenpflegesektors	273
5.8.4	Mehr Soziales wagen! Die Sozialwirtschaft als Zukunftsbranche in Zeiten demografischen Umbruchs	275
5.8.5	Armut und Reichtum – Auswirkungen auf das Alter	277
5.8.6	Mehr Rente – Mehr Zukunft. Gemeinsam für eine solidarische Alterssicherung	279
5.8.7	Wir können uns eine gute Rente leisten	282
5.8.8	Soziale Gerechtigkeit und Steuern	284
5.9	VERBRAUCHERTHEMEN	286
5.9.1	BAGSO-Wirtschaftsdialog: Mobilität der Zukunft. Vernetzt – sicher – attraktiv für alle	286
5.9.2	Über sieben Brücken musst du gehen	291
5.9.3	Altersarmut – Prävention in der Pflicht?	292
5.9.4	Alter und Diskriminierung – Privatversicherungen und Kredite	294
5.9.5	Aufbau und Entwicklungsmöglichkeiten von Angeboten zur Unterstützung im Alltag	296
5.9.6	„Merkwürdig! Gedächtnistraining zur Kriminalprävention“ – Gütersloher Modell, Grundkonzept Taschendiebstahl	298

6.	BESONDERE ANGEBOTE	299
6.1	Ehrenamtsparcours	299
6.2	Großes Tanzfest und Aktive Mittagspause	301
6.3	Ausstellungen	304
<hr/>		
7.	MESSE	307
7.1	Eröffnung der Messe	307
7.2	Information – Beratung – Mitmach-Angebote	309
7.3	Ausstellerliste	314
<hr/>		
8.	BILANZ IN ZAHLEN	321

VORWORT



Foto: BAGSO/Rieger

Liebe Leserinnen und Leser,

mit einem guten Gefühl blicken wir auf den 12. Deutschen Seniorentag zurück. Insgesamt kamen an drei Tagen mehr als 14.000 Menschen in die Westfalenhallen Dortmund, erfreulicherweise auch viele junge Menschen von Universitäten und aus dem Altenpflegebereich.

Das Motto des 12. Deutschen Seniorentages „Brücken bauen“ wurde in den mehr als 200 Veranstaltungen, Diskussionen und Aktionen immer wieder aufgegriffen. So auch von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in der Eröffnungsveranstaltung: „Die heutigen Senioren, so kommt es mir manchmal vor, sind diejenige Gruppe der Gesellschaft, die man zum Brückenbauen am wenigsten auffordern muss. Brücken zu bauen, scheint im Gegenteil für viele eine selbstverständliche Lebenshaltung zu sein.“

Immer wieder stand das Thema „Pflege“ im Mittelpunkt. Hier fordern wir die Politik auf, klar und zielführend festzulegen, wie in konkreten Schritten bis zum Jahr 2020 die Zukunftsfähigkeit der Pflege wiederhergestellt wird.

Ich wünsche und hoffe, dass die vielen Ideen, die in den Diskussionen und in den Gesprächen am Rand entwickelt wurden, in den nächsten Jahren verwirklicht werden und dass die Kontakte, die geknüpft wurden, in den nächsten Jahren weiter bestehen – zum Erfahrungsaustausch und zur Planung gemeinsamer Aktivitäten.

Die vorliegende Dokumentation lässt drei ereignisreiche Tage mit ihren Höhepunkten Revue passieren: die feierliche Eröffnungsveranstaltung, der ökumenische Gottesdienst, die Interviews und Diskussionen mit prominenten Gästen

im Goldsaal, Eindrücke aus den Veranstaltungen und Mitmach-Aktionen sowie Impressionen der Messe mit mehr als 200 Ausstellern auf 10.000 m².

Danken möchten wir allen, die den 12. Deutschen Seniorentag durch ihre Unterstützung ermöglicht haben: allen voran dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, der Stadt Dortmund, den beiden Hauptsponsoren AbbVie Deutschland und Pfizer Deutschland, den Kooperationspartnern und ganz besonders allen Verbänden und Organisationen, die Veranstaltungen durchgeführt haben und an der Messe beteiligt waren, und auch den vielen, die ehrenamtlich und ohne Honorar mitgewirkt haben.

Und natürlich allen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr außergewöhnliches Engagement.



Franz Müntefering
BAGSO-Vorsitzender

1. DORTMUNDER ERKLÄRUNG - „BRÜCKEN BAUEN“

Erklärung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) und ihrer 117 Mitgliedsorganisationen zum Abschluss des 12. Deutschen Seniorentages 2018

„Dortmunder Erklärung“

Brücken zwischen Menschen unterschiedlicher Generationen, Herkunft und Lebenssituationen stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dieser ist gerade in Zeiten wachsender populistischer Strömungen eine unverzichtbare Voraussetzung für Demokratie und Wohlstand in unserem Land. Wie wir Brücken für eine tragfähige Zukunft bauen können – darum ging es beim 12. Deutschen Seniorentag, der vom 28. bis 30. Mai 2018 unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Dortmund stattfand. Mit dem Motto „Brücken bauen“ ermutigen wir nicht nur Seniorinnen und Senioren, sondern Menschen jeden Alters, auf andere zuzugehen und Teil einer solidarischen Gesellschaft und lebendigen Demokratie zu sein.

Wir sind – zusammengeschlossen in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) – 117 Verbände mit vielen Millionen Mitgliedern: Verbände und Vereine aus dem sozialen, kirchlichen und politischen Bereich, Gewerkschaften, Seniorenvertretungen, Verbraucherverbände, Selbsthilfeorganisationen, Bildungsträger, Initiativen, Netzwerke, Arbeitskreise.

Wir vertreten die Interessen der Seniorinnen und Senioren von heute und morgen in unserem Land. Wir sehen uns dabei in der Mitverantwortung für die gesamte Gesellschaft. Wir wollen als BAGSO Brücken zwischen den Generationen bauen, aber auch zu den Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft, Kirchen und Kultur, Gesundheitswesen, Wissenschaft und Forschung und zu den Medien.



1. Brücken bauen für mehr Teilhabe und Teilnahme

Alle Menschen wollen auch im Alter selbstbestimmt und selbstständig leben. Dafür setzen wir uns ein. Wir wollen, dass Menschen – gut informiert und gut beraten, sozial gesichert – gleichberechtigt älter werden können. Dazu sind Rahmenbedingungen nötig, die die Übernahme von Verantwortung für sich selbst und andere ermöglichen. Hierzu gehört auch ein Abbau von sozialen Ungleichheiten. Insofern verweisen wir auf die Empfehlungen des Siebten Altenberichts der Bundesregierung. Darüber hinaus begrüßen wir das Vorhaben, neue Formen der Bürgerbeteiligung zu erproben. Diese müssen sich an ihrer Wirksamkeit messen lassen.

Wir wollen insbesondere mitreden, wenn es in unserer Gesellschaft um die Interessen Älterer geht. Teilhabe darf nicht vom Alter abhängen. Daher wollen wir erreichen, dass im Grundgesetz festgeschrieben wird, dass niemand wegen seines Lebensalters diskriminiert werden darf.

Eine lebendige und vielfältige Demokratie braucht zivilgesellschaftliches Engagement. Viele ältere Menschen übernehmen Verantwortung – für Familie und Freunde, in ihrer Nachbarschaft, im Verein, in der Kirchengemeinde, in Seniorenvertretungen oder Seniorenbüros. Sie machen die wichtige Erfahrung, etwas bewirken zu können – als Lesepatinnen und Lesepaten, als Seniorenbegleiterinnen und Seniorenbegleiter oder in der Flüchtlingshilfe. Auch für Menschen in sehr hohem Alter ist es wichtig, sich mit einer Aufgabe die Freude auf die Zukunft zu bewahren, sich für andere einzusetzen und Brücken zu bauen – auch von früheren Zeiten in die Gegenwart.

Wir wissen um die Vielfalt von Lebenslagen und Lebensformen in unserer Gesellschaft – auch das Alter wird bunter. Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung, Lesben und Schwule oder Menschen in prekären Lebenssituationen sind ein Teil der Älteren. Für sie müssen Wertschätzung und Teilhabe selbstverständlich werden. Wer lange ausgegrenzt oder sogar verfolgt wurde, braucht Gewissheit, willkommen zu sein. Wir wollen uns verstärkt um diejenigen bemühen, die wir bislang nicht hinreichend erreicht haben.

Gleichberechtigte Teilhabe heißt außerdem, dass alle alltagswichtigen Gebrauchsgeräte, Medien und die öffentliche Infrastruktur so gestaltet sind, dass jede Person – ob jung oder alt, groß oder klein, mit oder ohne Behinderung – sie selbstständig bedienen und nutzen kann. Selbstverständlich ist das bisher noch nicht.

2. Brücken bauen für soziale Sicherheit

Fundament für ein gutes Leben im Alter sind solide und tragfähige Alterssicherungssysteme. Vorrangiges Ziel muss sein, Armut gar nicht erst entstehen zu lassen. Arbeitslosigkeit und zu niedrige Löhne sind die größten Risiken.

Altersarmut ist ein Thema, das vor allem Frauen, besonders Alleinerziehende, sowie Migrantinnen und Migranten betrifft und künftig betreffen wird. Viele der heute und demnächst älteren Frauen haben ihre Erwerbstätigkeit zurückgestellt, um Kinder zu erziehen oder ältere Familienmitglieder zu pflegen, wodurch sie zum Teil im Rentenalter selbst auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind. Wir fordern soziale Sicherheit für alle, die über Jahre solche Aufgaben übernommen haben. Für Pflegezeiten ist eine gleichwertige Regelung analog zur rentenrechtlichen Anrechnung von Kindererziehungszeiten nötig.

Zur finanziellen Sicherheit gehört zudem, dass Wohnraum bezahlbar ist. Die Wohnkosten entwickeln sich in den Regionen sehr unterschiedlich und explodieren vor allem in Ballungsgebieten. Wir sehen Bund, Länder und Kommunen in der Pflicht, den sozialen Wohnungsbau verstärkt zu fördern und Belegungsrechte zu sichern.

Wir sehen uns auch in der Verantwortung für die Menschen, die in Entwicklungs- und Schwellenländern alt werden. Damit für sie Alter nicht gleichbedeutend mit Not ist, appellieren wir an die Politik, die Rechte Älterer weltweit zu stärken.

3. Brücken bauen für ein gesundes Älterwerden in einem altersgerechten Lebensumfeld

Mit zunehmendem Alter und manchmal geringerer Beweglichkeit werden die Wohnung, das Haus und die unmittelbare Umgebung immer mehr zum Lebensmittelpunkt. Deren Qualität ist daher von zentraler Bedeutung für Zufriedenheit und Selbstbestimmtheit. Dazu bedarf es zunächst guter Beratungsangebote und bedarfsgerechter finanzieller Unterstützungsmöglichkeiten für eine altersgerechte Gestaltung der Wohnung. Wir setzen uns außerdem dafür ein, die vorhandenen Wohnangebote durch gemeinschaftliche Wohn- und Wohn-Pflegeformen zu ergänzen und geeignete Fördermöglichkeiten zu schaffen. Auch der öffentliche Raum ist so zu gestalten, dass er den Bedürfnissen älterer Menschen entspricht. Dazu gehören fußläufig erreichbare Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungsangebote, Möglichkeiten für Kontakte und Begegnungen sowie angstfreie öffentliche Räume.

Vor allem auf kommunaler Ebene muss ein gesundheitsförderliches Umfeld geschaffen und müssen die Menschen unterstützt und ermutigt werden, Eigenverantwortung für ihre Gesundheit zu übernehmen, vor allem durch eine gesunde Ernährung, mehr Bewegung und soziale Kontakte. Wir setzen uns dafür ein, dass Begegnungsstätten und Mittagstisch-Angebote, gerade auch im ländlichen Raum, gefördert werden.

Um im Alter mobil zu bleiben, braucht es flexible, barrierefreie und bezahlbare Mobilitätsangebote. Wo der öffentliche Nahverkehr – wie besonders in ländlichen Räumen – nicht flächendeckend vorhanden ist, bilden Bürgerbusse, nachbarschaftlich organisierte Fahrdienste oder Mitfahrbänke gute Alternativen. Wir halten es für notwendig, dass innovative Konzepte gezielt gefördert werden.

4. Brücken bauen durch Bildung und Digitalisierung

In einer Gesellschaft des langen Lebens ermöglichen es Bildung und Lernen, gesellschaftliche und individuelle Herausforderungen zu meistern. Wir wün-

schen uns vielfältige Angebote zum lebenslangen Lernen, die für Menschen mit ganz unterschiedlichen Bildungsbiografien offen sind. Hierzu gehören auch niedrigschwellige und individuell zu gestaltende Angebote im Lebensumfeld der Menschen. Die Mitgliedsorganisationen der BAGSO halten hierfür viele gute Angebote bereit, die auf allen gesellschaftlichen Ebenen weiter zu entwickeln und zu fördern sind.

Die fortschreitende Digitalisierung erfasst alle Lebensbereiche. Vielen fällt es schwer, mit dieser Entwicklung Schritt zu halten. Wir stehen dafür, dass den Menschen bis ins hohe Alter barrierefreie Zugänge in die digitale Welt eröffnet werden, und zeigen hierfür unterschiedliche Wege auf. Dazu bedarf es passgenauer Bildungsprogramme.

Wir wollen die vielfältigen Kompetenzen und Erfahrungen älterer Menschen in die Entwicklung von Bildungsangeboten und in die Gestaltung der Digitalisierung einbringen. Damit bauen wir Brücken zwischen den Generationen und Kulturen weltweit.

5. Brücken bauen für eine gute gesundheitliche und pflegerische Versorgung

Zugänge zu Leistungen der medizinischen und pflegerischen Versorgung müssen für alle möglich sein und der Diversität in der Gesellschaft entsprechend gestaltet werden. Das Gesundheits- und Pflegesystem muss zudem stärker auf die Bedürfnisse der Betroffenen ausgerichtet werden. Dabei richten wir unser besonderes Augenmerk auf benachteiligte ländliche und städtische Räume und auf sozial benachteiligte Gruppen. Die gesundheitliche und pflegerische Versorgung bis hin zu Hospiz- und Palliativdiensten ist in den letzten Jahren enorm ausgebaut worden. Sie darf aber keine Frage des Wohnortes sein. Geriatrische Rehabilitation sollte – auch im ambulanten Bereich – ausgebaut werden. Kommunen müssen in der Gesundheits- und Pflegepolitik Kompetenzen aufbauen und größere Steuerungsmöglichkeiten erhalten.

Menschen, die hilfe- und pflegebedürftig werden, sowie ihre Angehörigen brauchen unabhängige, qualitativ hochwertige und wohnortnahe Informations- und Beratungsangebote. Die Versorgung muss flächendeckend gewährleistet sein und verbindlichen Standards genügen.

Auch Menschen mit Demenz möchten, so lange es geht, in ihrer gewohnten Umgebung leben. Wir alle können dazu beitragen, wenn wir uns ein Grundwissen über die Erkrankung und den sensiblen Umgang mit demenziell veränderten Menschen aneignen.

Pflegende Angehörige leisten oftmals einen Dienst, der emotional und zeitlich über eine übliche berufliche Vollzeittätigkeit hinausgeht. Die Vereinbarkeit mit einer beruflichen Tätigkeit ist für sie manchmal ebenso schwierig wie das Aufrechterhalten von eigenen Interessen und sozialen Kontakten. Sie brauchen hierzu mehr Unterstützung und in Interessenkonflikten kompetente Beratung. Selbsthilfegruppen und -organisationen leisten dabei einen wichtigen Beitrag. Sie müssen stärker als bisher gefördert werden.

Menschen, die in der Pflege beruflich tätig sind, müssen Wertschätzung für ihre Tätigkeit erfahren und sie müssen gut qualifiziert und besser als bisher entlohnt werden. Der Handlungsbedarf ist dringend. Deshalb begrüßen wir die Bestrebungen, bundesweit einheitliche Mindestpersonalrichtwerte festzulegen, durch die eine menschenwürdige Pflege ermöglicht werden kann. Dies muss zügig umgesetzt werden. Gute Arbeitsbedingungen müssen alle in der Pflege Tätigen vorfinden – auch die, die als sogenannte 24-Stunden-Kräfte in häuslichen Pflegesituationen arbeiten.

6. Brücken bauen für ein gutes Miteinander der Generationen in einer lebendigen Demokratie

Solidarität zwischen den Generationen ist ein entscheidender Baustein für eine positive Gestaltung des demografischen Wandels. Die Beziehungen zwischen Kindern, Eltern, Großeltern und Urgroßeltern sind auch heute gut und die

gegenseitige Unterstützung in Notlagen ist groß. Abgenommen haben jedoch die alltäglichen Begegnungen der Generationen außerhalb der Familie. Hilfreich sind organisierte Treffpunkte, privat, gesellschaftlich oder im öffentlichen Raum. Dazu gehören Mehrgenerationenhäuser, in denen alle Generationen willkommen sind, sich begegnen und engagieren. Diese und vergleichbare Einrichtungen verdienen mehr Förderung und Unterstützung – auch, damit mehr von ihnen entstehen.

Die seit fünfzig Jahren niedrigen Geburtenraten und die gleichzeitig steigende Lebenserwartung stellen den Generationenvertrag, einen Eckpfeiler unseres Sozialstaates, vor große Herausforderungen. Viele Menschen, besonders junge, befürchten, dass sie im eigenen Rentenalter aus dem bisher bewährten Umlagesystem keine hinreichende und gerechte Alterssicherung bekommen werden. Offene und faire öffentliche Diskussionen über eine gerechte Lastenverteilung zwischen den Generationen und rechtzeitige Maßnahmen, die den befürchteten Verwerfungen vorbeugen, sind deshalb dringend geboten.

Unser Anliegen ist es, Menschen aller Generationen zu erreichen und vom Wert einer solidarischen Gesellschaft und einer lebendigen Demokratie zu überzeugen. Es ist dabei eine bleibende Aufgabe von uns Älteren, daran zu erinnern, dass Demokratie, Wohlstand und Frieden nicht selbstverständlich sind. Dass wir heute seit mehr als 70 Jahren in Frieden mit unseren europäischen Nachbarn leben, ist eine großartige Erfahrung unserer Generation, für die wir dankbar sind.

Wir sind entschlossen, aktiv mitzuhelfen, dass dieser Weg fortgesetzt wird. Unser Land braucht Menschen, die sich für das Gemeinwesen engagieren, damit der soziale Frieden erhalten bleibt und Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Wir dulden keinerlei Ausgrenzung von Menschen, weder wegen ihrer Religion noch wegen ihrer Lebensweise. Wir wollen Brücken bauen – nicht Mauern und Zäune.

Dortmund, 30. Mai 2018

2. FESTVERANSTALTUNG

Musikalisch begleitet wurde die Festveranstaltung zur Eröffnung des 12. Deutschen Seniorentages vom WDR Kinderchor Dortmund unter der Leitung von Dirigent Željko Davutović. Weiterer künstlerischer Höhepunkt war die Sandmalerin Svitlana Telbukh, die die 2.000 Besucherinnen und Besucher in der Halle 1 der Westfalenhallen mit der in Sand gemalten Geschichte des Ruhrgebietes begeisterte.

2.1 BEGRÜSSUNG

► *Franz Müntefering, BAGSO-Vorsitzender*

Guten Morgen miteinander, ich grüße Sie alle ganz herzlich, und freue mich, dass wir uns hier sehen. Sehr geehrter Herr Bundespräsident Steinmeier, Schirmherr dieses 12. Deutschen Seniorentages, sehr geehrte Frau Bundesministerin Giffey, sehr geehrter Herr Minister Laumann, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Sierau, liebe Abgeordnete aus Bundestag und Landtagen, sehr geehrte Bürgermeister, Bezirksbürgermeister, liebe Mitglieder aus Räten und Kreistagen. Ich sehe Sie und freue mich, dass Sie hier sind, meine ehemaligen Kolleginnen und Kollegen, Staatsminister a.D. Thomas Goppel, Christa Thoben und Barbara Steffens. Ich begrüße Sie alle ganz herzlich, ganz besonders aber natürlich die Vertreterinnen und Vertreter der BAGSO-Mitgliedsorganisationen, liebe Gäste von nah und fern. Herzlich willkommen zu diesem besonderen Ereignis, zum 12. Deutschen Seniorentag, an diesem besonderen Ort, den traditionsreichen Westfalenhallen Dortmund, Herr Sohn und Frau Loos, vielen Dank für Ihre Gastfreundschaft.

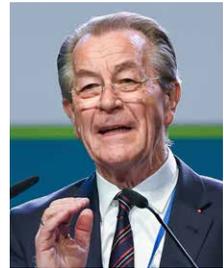


Foto: BAGSO/Deck

Lassen Sie uns beginnen mit Zuversicht, ich bin zuversichtlich. Ich habe schon viele Bekannte heute gesehen. Und gestern Abend waren wir schon hier, manche kurz gesprochen, viele Aktive, die eine besondere Erwähnung auch an

dieser Stelle verdient hätten, Sie werden verstehen, dass das nicht komplett möglich ist. Besonders erwähnen will ich aber doch noch die Mitglieder von Seniorenräten und Vertretungen aus dem ganzen Land- Sie leiten und leisten wichtige Arbeit. Gaby Schnell aus Nordrhein-Westfalen will ich stellvertretend begrüßen.

Die Kirchen sind vertreten. Ich begrüße stellvertretend Herrn Superintendent Ulf Schlüter. Die Polizei ist vertreten und ich begrüße da ganz besonders Herrn Polizeipräsident Lange und ich bitte ihn herzlich, unsere Grüße auch all den Frauen und Männern in Uniform weiterzugeben, die darauf aufpassen, dass es uns heute hier gut geht, und die uns hier sichern. Vielen Dank allen, die da mitwirken.

Der Sport ist vertreten. Ich begrüße stellvertretend Walter Schneeloch, der Präsident des Landessportbundes NRW und Vize des Deutschen Olympischen Sportbundes. Wir haben heute Morgen schon bei der Eröffnung der Messe



Foto: BAGSO/Deck

Prominente Gäste 1.R.v.l. NRW-Minister Karl-Josef Laumann, BAGSO-Vorsitzender Franz Müntefering, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundesministerin Franziska Giffey, Oberbürgermeister Ullrich Sierau mit dem BAGSO-Vorstand und den Hauptsponsoren.

gut miteinander gesprochen und ein wichtiges Thema, nämlich „Bewegung im Alter“ vertieft mit coolen Seniorengruppen aus ganz Deutschland. Die Wohlfahrtsverbände sind hier. Ich begrüße stellvertretend Wolfgang Stadler vom Vorstand der AWO. Der Integrationsrat Dortmund ist hier. Ich begrüße sehr herzlich die Vorsitzende Frau Aysun Tekin. Herzlich willkommen hier bei uns.

Ich begrüße Frau Verhülsdonk, unsere Ehrevorsitzende. Frau Verhülsdonk ist heute zum 12. Mal am 12. Seniorentag mit dabei. Herzlich willkommen in unserer Runde.

Ich hätte gerne an dieser Stelle auch Frau Prof. Ursula Lehr begrüßt. Sie kann aber nicht hier sein. Frau Lehr ist in Bonn, kann aber nicht kommen. Bonn ist aber nicht weit, meine Damen und Herren, wenn wir jetzt alle ganz laut klatschen, wird man es hören und spüren in Bonn. Vielen Dank, Frau Lehr, für alle Ihre Arbeit am Thema, gute Gesundheit und bis bald.

Ich begrüße die Damen und Herren der Medien. Wir hoffen natürlich, dass Sie weiter gut über uns berichten, aber das ist nicht die Bedingung für das Wohlwollen, das Sie bei uns haben. In einer Zeit, in der so gesprochen wird, wie gesprochen wird, ist es wichtig, dass wir uns alle bewusst sind, dass freie Medien eine der Voraussetzungen sind für eine lebendige Demokratie. Wie gesagt, wir hoffen, dass Sie gut über uns schreiben, aber wir wollen, dass wir Menschen haben, die in den Medien berichten, offen und objektiv und intensiv über das, was in diesem Lande Sache ist, was wichtig ist, über das gesprochen werden muss. Vielen Dank an alle, die sich heute hier und in den nächsten Tagen für die Medien engagieren.

Frau Lehr war es auch, die wesentlich die Kontakte zu den Bundesministerien und zu der Landesregierung lebendig gehalten und gestärkt hat. Wir wollen das fortsetzen und ich hoffe, das ist möglich. Dass Sie heute hier sind, Frau Bundesministerin Giffey und Herr Landesminister Laumann, als die zentralen Ansprechpartner in Ihren Regierungen, verstehe ich als Zeichen für konstruktives Zusammenwirken bei den uns gemeinsam interessierenden Themen. Sie wissen beide, es gibt viel zu tun, lassen Sie uns daran arbeiten. Vielen Dank für Ihr Hiersein.

Bei der Gelegenheit danke ich aber beiden, dem Bundesfamilienministerium, dem Landesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales und der Stadt Dortmund für ihre finanzielle Unterstützung, die diesen Deutschen Seniorentag erst möglich macht. Dieser Dank für finanzielle Unterstützung gilt auch zwei Unternehmen, nämlich AbbVie Deutschland und Pfizer Deutschland für Ihre Unterstützung. Schön, dass Sie hier sind, sehr geehrter Herr Dr. Horber und sehr geehrter Herr Albiez, und wir sehen uns nicht nur heute, sondern auch bei Symposien und Diskussionen im Verlauf eines Jahres. Die Wirtschaft sieht den demografischen Wandel, forscht und entwickelt und gibt Anregungen und lässt sich auch welche geben. Das ist gut so und nützlich, wir wissen dieses zu schätzen. Vielen Dank für Ihr Hiersein.

Ich danke Edda Dammüller, die uns hier schon auf der Bühne begegnet ist, dass sie sich bereit erklärt hat und heute durch dieses Programm führt. Sie bleibt uns auch bei den weiteren Festtagen erhalten. Denn sie wird über die gesamten drei Tage am schönen Messestand der Initiative „In Form“ sein, wo es wieder ein schwungvolles abwechslungsreiches Programm gibt.

Meine Damen und Herren, der Deutsche Seniorentag ist eine Gemeinschaftsleistung vieler. Zahlreiche unserer 117 Mitgliedsverbände sind an der Programmgestaltung aktiv beteiligt. Davon lebt die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen: Mitgliedsverbände, die ein eigenes Gesicht und auch ein eigenes Programm haben, die aber bereit sind, sich mit anderen zusammenzutun und an einem großen gesellschaftspolitischen Thema zu arbeiten. Und das heißt: Wie wollen wir morgen in dieser Gesellschaft leben und was können wir dafür tun? Diese Frage hat viele Aspekte und braucht doch klare Antworten. Sie braucht vor allem Bereitschaft zur Begegnung und zum Zusammenhalt. Deshalb haben wir den Deutschen Seniorentag 2018 unter das Motto „Brücken bauen“ gestellt. Brücken sind das Gegenteil von Mauern und Gräben, aber Mauern und Gräben sind leider immer noch in großer Zahl vorhanden, überall in der Welt und leider auch in unserem Land, sichtbare und unsichtbare. Wir können Brücken bauen und das wollen wir. Wir wissen aber auch, Brücken werden erst lebendig, wenn sie betreten und benutzt werden: Es passiert eben nichts Gutes, außer man tut es. Wir wollen Kontakte auch

in andere Länder haben und pflegen. Deshalb freuen wir uns über Senioren-delegationen aus Österreich und Polen, die aus Polen sind hier, das weiß ich. Aus Polen ist auch Frau Zwiercan dabei, Vorsitzende des Seniorenpolitischen Ausschusses des Sejms, des Unterhauses des polnischen Parlaments. Herzlich willkommen in unserer Runde.

Ich will den Seniorenbeirat Dortmund ganz besonders herzlich begrüßen. Wir hatten viele Kontakte im Vorlauf zu heute und da kann ich nur sagen, überhaupt Dortmund: Danke an Sie, Herr Oberbürgermeister, für die schnelle Zusage und danke an alle in Dortmund, die in vielfältiger Weise dem Deutschen Seniorentag zugearbeitet haben. Und in diesen Tagen geht es mit Volldampf weiter. In Dortmund scheint alles zu klappen, Herr Oberbürgermeister, bei so vielen tüchtigen Menschen um Sie herum. Oberbürgermeister in Dortmund zu sein, das muss ein ganz toller Job sein. Sie werden gleich noch zu uns sprechen. Zu den Glanzstücken der Stadt gehören auch die Sängerinnen des WDR-Kinderchors unter der Leitung von Željko Davutović. Und ich begrüße Svitlana Telbukh, die uns nachher auf eine ganz besondere Art etwas über die Geschichte des Ruhrgebiets erzählt. Denn ja, das sind wir, im Ruhrgebiet, im Kohlenpott, dessen Menschen nach 1945 in so großartiger Weise für den Wiederaufbau des Landes Kohle und Stahl lieferten, die im wahrsten Sinne des Wortes, dem Land die Energie gaben für eine lange Phase des Wohlstandes, oft verbunden mit großen gesundheitlichen und auch existentiellen Gefährdungen für die unter Tage. Diejenigen hier im Saal, die damals das Ruhrgebiet erlebten und es heute erleben, die wissen, von was ich rede. Eine beeindruckende Geschichte, auf die die Menschen hier stolz sein dürfen. Vielen Dank allen.

Herr Bundespräsident, es ist besonders schön, dass Sie hier sind, ein Ostwestfale in West-Westfalen, fast zu Hause, ein bisschen Lokalpatriotismus darf sein. Sie haben uns als Schirmherr für heute eine Rede versprochen und darauf freuen wir uns nun alle. Glück auf miteinander, einen spannenden und unterhaltsamen Deutschen Seniorentag 2018. Herr Bundespräsident, Sie haben das Wort. Vielen Dank.

2.2 REDE ZUR ERÖFFNUNG DES 12. DEUTSCHEN SENIORENTAGES

► *Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier*

Vor mehr als 50 Jahren, im Mai 1967, ist die Platte „Sgt. Pepper’s Lonely Hearts Club Band“ von den Beatles erschienen. Viele von Ihnen werden sich daran erinnern. Darauf war ein seltsames Lied, das klang wie Musik für ältere Leute. Es hieß „When I’m Sixty-Four“. Im Alter, so träumt der Sänger, wird er als Großvater mit Großmutter zusammen in einem Landhausidyll leben. Auf den Knien die Enkel, in der Ecke brennt gemütlich der Kamin und Großmama strickt. So sollte es sein, wenn er einmal 64 Jahre alt sein wird.



Foto: BAGSO/Deck

Wer das Lied damals als Jugendlicher gehört hat, dem wird ein solches Alter unendlich fern vorgekommen sein – mir auch! Mancher hat damals sogar leichtsinnigerweise gehofft, er würde niemals so alt. Hymnisch zugespitzt ist diese Hoffnung in einem anderen Lied, nicht von den Beatles, in „My Generation“ von den Who. Sie erinnern sich an die Textzeile: „I hope I die, before I get old“. Geschrieben hatte es Pete Townshend – mit nicht einmal 20 Jahren.

Nun, Pete Townshend lebt noch. Wie auch Paul McCartney, der Komponist von „When I’m Sixty-Four“. Er hat die 64 längst überschritten, und statt als Großpapa mit Großmama am Kamin zu sitzen, tourt er noch immer über die Bühnen der Welt.

Und Mick Jagger, der Inbegriff ungestümen jugendlichen Rebellentums? Er ist vor vier Jahren Urgroßvater geworden. Und wird bald mit den Stones noch einmal in Deutschland auftreten. Und viele meiner Generation – und ein bisschen älter – werden wieder hingehen! Die Ikonen unbeschwerter Jugendlichkeit haben längst das Rentenalter überschritten. Sie haben zwar nicht das Alter selbst, aber das gesellschaftliche Bild vom Alt-Sein in Teilen der Gesellschaft verändert.

Wer heute alt geworden ist, der hat auf Schiefertafeln schreiben gelernt – ich auch – und der nutzt vielleicht heute das Tablet. Er hat die 1968er Bewegung erlebt, die Wohlstandsgesellschaft, Verhältnis von Mann und Frau und das Erwachen des ökologischen Bewusstseins. Wer in der DDR gelebt hat, hat dazu das Ende seines Staates und eines ganzen Gesellschaftssystems erlebt. Heutiges Alt-Sein ist durch die Erfahrungen solcher mächtigen Veränderungen zutiefst geprägt. Und durch den Fortschritt von Hygiene und Medizin dauert das Alt-Sein länger als je zuvor. Gut so, sagen die meisten!

Wie anders Alt-Sein geworden ist, zeigen übrigens manche Programmpunkte dieses Seniorentages. Da gibt es zum Beispiel „Interkulturelle Trainings in Theorie und Praxis“, „Unterwegs am anderen Ufer. Ältere Lesben und Schwule in der Seniorenarbeit“ oder „Gipfelstürmer 60+: Digital-Kompass für Internet-Lotsen“. Und selbstbewusst in den Handicaps des Alters gibt es auch „Tanzen mit Rollator“. Alter und Beschränkungen im Alter sind längst kein Tabu mehr. Jedenfalls nicht auf dem Seniorentag – und das ist gut so!

Ihre bewegte Jugendzeit prägt die Generation der Babyboomer, die sich jetzt auf Seniorentagen treffen, auch im Alter. Alte Menschen wollen heute so aktiv wie möglich am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilnehmen. Und nicht nur das. Sie wollen dieses Leben verantwortlich mitgestalten und auch genießen. Allerdings: die optimistische Parole „Mit 66 Jahren, da fängt das Leben an...“, gilt längst nicht für alle! Nicht alle haben noch Spaß daran!

So wenig, wie es „die“ Jugend gibt, gibt es „die“ Alten. Sicher, da gibt es tatsächlich die wohlstuierten Rentner, die man selten zu Hause antrifft, weil sie zwischen der letzten Kreuzfahrt und dem nächsten Mallorca-Urlaub ihr Theaterabo ausnutzen. Aber da gibt es auch die, und das sind mehr, die jeden Cent umdrehen müssen und die darüber bitter geworden sind, dass sie trotz lebenslanger Arbeit kein würdiges Auskommen haben.

Da gibt es die, die bei einer der vielen Lebensmitteltafeln in unserem Land mithelfen – und da gibt es die, die für sich selber inzwischen auf diese Tafeln angewiesen sind.

Da gibt es die Sportlichen, die morgens beim Schwimmen sind und nachmittags beim Nordic-Walking – und da gibt es die auf Rundumpflege Angewiesenen, die keinen eigenen Schritt mehr gehen können, die sich in ihrer Verlassenheit über noch so kurzen Besuch so unendlich freuen würden.

Da gibt es die Citysenioren, mit Kinos, Kneipen und Konzerthäusern um die Ecke – und da gibt es die, die in manchen Dörfern und kleinen Orten kaum öffentlichen Nahverkehr haben, die kaum noch rauskommen: keine Ärzte in der Nähe, kaum Kultureinrichtungen, öffentliche Bibliotheken oder Schwimmbäder – und dazu noch ein so langsames Internet, dass man auch dessen Bildungs- und Unterhaltungsmöglichkeiten nicht richtig nutzen kann.

Da gibt es die gut Vernetzten, die in Familie und Verein Gemeinschaft erleben und Gemeinschaft mit aufbauen – und da gibt es die, die keine Kinder und Enkel haben und deren Freunde längst nicht mehr leben. Schmerzlich erfahrene Einsamkeit – und das hat zugenommen – lässt viele nach dem Sinn des Lebens und Weiterlebens fragen.

Es gibt also große Unterschiede und getrennte Welten – bei den Alten wie in der Gesellschaft insgesamt. Deswegen ist „Brücken bauen“, das Motto dieses 12. Deutschen Seniorentages, wirklich gut gewählt. Es passt zu dem, was wir dringend brauchen, es passt aber auch zum Wirken der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen, die immer wieder auf die Situation der alten Menschen in unserem Land hinweist und notwendiges politisches Handeln einfordert.

Der Brückenbau gehört übrigens zu den anspruchsvollsten Ingenieursleistungen. Beim Brückenbau gibt es keine halben Sachen: entweder eine Brücke hält oder sie hält nicht. Fürs Brückenbauen braucht man also ganz sicher guten Willen – aber noch mehr Können.

Ich bin mir sicher, dass die vielen tausend Haupt- und Ehrenamtlichen, die vielen Engagierten in den Organisationen der BAGSO dieses Können besitzen. Ich bin überzeugt davon, dass unser Land in der Arbeit für und mit Senioren

auf Sie bauen kann. Und ich will Ihnen allen heute meinen Respekt und meine große Anerkennung aussprechen. Haben Sie großen Dank für das, was Sie tun. Herzlichen Dank im Namen übrigens von Jung und Alt in Deutschland.

An welche Brücken aber denken wir bei dieser Überschrift? Zuerst sicher natürlich an die Brücken zwischen Alt und Jung. Der Austausch zwischen den Generationen ist für uns alle und in jeder Hinsicht wichtig. Er ist wichtig, damit nicht neben all den Echokammern, in denen Gleichgesinnte unter sich bleiben, auch noch eine größere Kluft zwischen Alt und Jung entsteht.

Der Austausch zwischen den Generationen geschieht zuerst in den Familien. Gerade weil man sich die Familienangehörigen nicht aussuchen kann, gerade weil hier so manche Zumutung erfahren wird, lernt man hier, Spannungen auszuhalten, Konflikte auszutragen, andere Lebenseinstellungen zu ertragen und vielleicht auch zu verstehen. Und natürlich erfährt man auch das Glück des Zusammenhaltens und des Reifens, wenn man – auch das haben viele er-



Foto: BAGSO/Georgen

Die Sängerinnen vom WDR-Kinderchor Dortmund freuten sich über das Gespräch mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.

fahren – schwere Zeiten gemeinsam überstanden hat. Hier können Brücken gebaut werden, die ein Leben lang halten.

Wie wichtig und tragfähig sie sein können, sehen wir schon an der Tatsache, dass weit mehr als eine Million Pflegebedürftiger allein von Familienangehörigen gepflegt werden. Was hier an tätiger Nächstenliebe, an praktischer Solidarität geleistet wird, das können wir überhaupt nicht genug respektieren.

Brücken zwischen den Generationen können auch in Vereinen gebaut werden, in Chören und Orchestern – wo immer wieder um Nachwuchs geworben wird. In Dorf- und Kiezkneipen – wenn es sie denn noch gibt. In Sport- und Heimatvereinen, in Nachbarschaftsinitiativen und Quartiersprojekten. Es gibt tatsächlich unendlich viele Möglichkeiten der Begegnung und des Austausches – aber keine funktioniert automatisch: jede muss intensiv gepflegt, erhalten und genutzt werden, um lebendig zu bleiben. Und es braucht fast überall die Hand derer, die vorangehen, die sich kümmern und andere mitziehen.

Beim Brückenbauen in der Gesellschaft geht es nicht nur um den Zusammenhalt von Alt und Jung. Gerade ältere Menschen sind heute auf vielen Feldern unterwegs. Und in ihrem Willen, die späten Jahre intensiv und sinnvoll zu leben, sind sie sehr oft im Einsatz für andere zu finden. Ein sinnvolles, immer noch neugieriges Leben, ein Leben, in dem man Resonanz erfährt auf sein Wort und seine Tat, so ein Leben ist auch ein gesünderes. Das zeigen alle entsprechenden Untersuchungen.

Die heutigen Senioren ziehen sich – wenn's irgendwie geht – nicht „aufs Altenteil“ zurück, sie bringen sich ein: ob in der Hilfe für Flüchtlinge oder in der Hausaufgabenbetreuung, ob als freiwillige Betreuer im Sportverein, ob in Kunst- und Kulturvereinen, ob in Parteien, Gewerkschaften, ob in aktiven Nachbarschaften, ob in der Kirchengemeinde, ob in Geschichtswerkstätten. Kaum etwas davon ist heute denkbar ohne den aktiven Einsatz der Älteren, oft genug weit über den 75. Geburtstag hinaus. Sie bilden das Rückgrat der Ehrenamtlichen! Und was ich bei meinen vielen Begegnungen mit Ehrenamtlichen immer wieder sehe, das sind vor allen Dingen die aktiven Älteren, und

deshalb möchte ich an dieser Stelle, auf diesem 12. Seniorentag, Ihnen auch dafür danken, dass Sie die Last des Ehrenamtes mehrheitlich tragen in dieser Gesellschaft.

Die heutigen Senioren, so kommt es mir manchmal vor, sind diejenige Gruppe der Gesellschaft, die man zum Brückenbauen am wenigsten auffordern muss. Brücken zu bauen scheint im Gegenteil für viele eine selbstverständliche Lebenshaltung zu sein, woran sich die Jüngeren ein Beispiel nehmen können.

Da habe ich jetzt natürlich von den Aktiven gesprochen. Aber keine noch so gesunde Lebensführung, keine noch so gute Medizin kann uns davor bewahren, dass das Alter auch Beschwerden und spezifische Lasten mit sich bringt. Irgendwann können wir uns nicht mehr um andere und nur wenig um uns selbst kümmern. Wir sind darauf angewiesen, dass andere die Brücken zu uns nicht abbrechen oder sie neu aufbauen.

Damit sind wir aber nicht mehr nur im privaten oder ehrenamtlichen Bereich. Die Notlagen, die das Alter unausweichlich mit sich bringt, sind eine Herausforderung für Staat und Gesellschaft. In unserem Sozialstaat ist die Politik verpflichtet, dafür zu sorgen, dass auch im Alter für alle ein würdiges Leben möglich ist.

Dazu gehört, dass es eine gerechte, ausreichende Rente gibt, die nicht nur ein Dach über dem Kopf und das tägliche Brot sichert, sondern auch Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich macht!

Wir wissen, dass die heutige Rentnergeneration im Durchschnitt besser dasteht als frühere Rentnergenerationen. Experten warnen aber davor, dass in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ein wesentlich größerer Teil der Rentner von Altersarmut betroffen sein wird, zum Beispiel aufgrund von unsteten Erwerbsbiographien. Armut im Alter ist eine besondere Belastung. Altersarmut ist eine Sackgasse, da dem Einzelnen mit zunehmendem Alter kaum noch ein Ausweg bleibt. Da muss dringend gegengesteuert werden. Deswegen ist es gut, dass die Bundesregierung dieses Problem erkannt hat und angehen will.

Wer sich selber nicht mehr helfen kann, ist auf Pflege angewiesen. Und es hilft kein Schönreden: Der aktuelle Zustand der Altenpflege bereitet Sorge. Es fehlen viele Pflegerinnen und Pfleger. Und die, die aufopferungsvoll arbeiten, sind oft heillos überfordert. Obwohl sie oft mit höchster Motivation in den Pflegeberuf gegangen sind, obwohl es ihr innerster Antrieb war, alten Menschen bis in die letzten Stunden, bis in den Tod hinein beizustehen, obwohl sie auch unter schwierigsten Umständen versucht haben, den alten Menschen mit Zuneigung und Wärme zu begegnen, haben viele irgendwann resigniert und den Beruf verlassen.

Darüber können und dürfen wir als Gesellschaft nicht einfach hinweggehen. Nicht nur, weil wir selber schon morgen auf Pflege angewiesen sein könnten. Ich meine es grundsätzlicher. Für Alten- wie auch für Krankenpflege gilt: Pflege ist Schwerstarbeit und gleichzeitig nur mit feinstem Fingerspitzengefühl möglich. Pflege ist harte körperliche und ganz sensible Seelenarbeit. Als Leib- und Seelsorge in einem braucht Pflege die bestmögliche Qualifikation. Pflege



Foto: BAGSO/Deck

Die Besucherinnen und Besucher suchten den Kontakt zu Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der sich dafür viel Zeit nahm.

kann nicht billig sein – und sie darf nicht auf Kosten der Pflegekräfte billig gemacht werden.

Deshalb muss Pflege auf der politischen Agenda erste Priorität bekommen. Der Handlungsbedarf ist im Koalitionsvertrag ausführlich beschrieben. Jetzt muss dementsprechend gehandelt werden, vor allem im Hinblick auf neue Stellen, auf die Arbeitsbedingungen, die Ausbildung und die Bezahlung in der Alten- und Krankenpflege. Ich hoffe, dass das Wort Pflegenotstand nicht dauerhaft zum deutschen Sprachgebrauch gehören muss.

Klar: Wirtschaft und Technik sind überlebensnotwendig für unsere Volkswirtschaft, die Zukunft des Landes hängt daran, und deshalb haben gewiss die Angehörigen der wissenschaftlichen und technischen Berufe Anerkennung verdient. Doch darüber dürfen wir den Menschen und das Zusammenleben in der Gesellschaft nicht vergessen: Es ist allerhöchste Zeit, dass die, die nicht an Maschinen und Autos arbeiten, die, die mit Menschen arbeiten, kurz: die pflegenden Berufe, endlich die Wertschätzung bekommen, die sie verdienen und ich will meinen Beitrag dazu leisten.

Für ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben im Alter spielen Wohnung und Lebensumfeld eine zentrale Rolle. Es muss ausreichend bezahlbare und altersgerechte Wohnungen geben, in denen alte Menschen leben können. Ebenso wichtig ist, dass sie in einem Wohnumfeld zu Hause sein können, das ihren Bedürfnissen entspricht. Dazu gehört zum Beispiel eine Infrastruktur, die Ärzte erreichbar sein lässt, die Einrichtungen wie Läden, Post, Bürgerämter, aber auch Begegnungsstätten, Kneipen und Cafés nicht nur in unerreichbaren Entfernungen anbietet.

Wenn in manchen Gegenden, vor allem auf dem Land, die gesellschaftlichen Treffpunkte verschwinden, wenn die soziale Infrastruktur wegbricht, dann sind alte Menschen, die nicht, wie die jungen, dem bunten Leben hinterherziehen können, quasi doppelt verlassen. Aber auch in Städten besteht die Gefahr, dass durch nicht bezahlbare Mieten die Alten an den Rand gedrängt werden, wo sie sich unwohl und unsicher, vor allem aber ungerechterweise abgehängt fühlen.

Ich bin froh, dass zum Beispiel über „mitalternde Wohnungen“ nachgedacht wird. Das ist ein Beispiel wie mit Kreativität und Phantasie neue Lösungen gesucht werden. Kreativität und Phantasie gehören auch zum generationengerechten Quartiersmanagement. Das Quartier, also das engere Lebensumfeld, muss tatsächlich im Fokus der Kommunalpolitik liegen. Hier entscheidet sich, wie lebensfreundlich wir alle wohnen können. Denn es geht nicht nur um spezielle Seniorenpolitik. Wo es zum Beispiel für die Alten zu teuer ist, da ist es auch für normalverdienende Familien mit Kindern nicht bezahlbar. Für ein gutes Quartiersmanagement, das übrigens erfahrungsgemäß auch freiwilliges Engagement hervorruft und fördert, müssen – ob in Stadt oder Land – die Entscheidungsspielräume der Kommunen und damit auch ihre finanziellen Möglichkeiten stark verbessert werden.

Dass unser Leben gelingt, dass es bis zum Ende würdevoll und erfüllt gelebt werden kann, das wünschen wir uns alle.

In dem Lied „Father and Son“, das Cat Stevens mit 21 Jahren geschrieben und 1970 veröffentlicht hat, will der rebellische Sohn seinem Vater sagen, dass er weggehen wird, um das Leben zu erleben. Der Vater, der um die Endlichkeit weiß und darüber gelassen geworden ist, sagt: „Look at me, I am old, but I'm happy.“ Möchten doch möglichst viele alte Menschen in unserem Land das zu jemandem sagen können.

Vielen Dank!

2.3 GRUSSWORT

► *Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*



Foto: BAGSO/Deck

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, lieber Franz Müntefering, liebe Mitglieder der BAGSO, liebe Ehrenamtliche, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich bin in diesem Jahr 40 geworden. Das sagt sich so leicht, aber ich sage Ihnen: Das ist nicht so einfach. Meine Eltern haben sich totgelacht, aber das ist schon so der Moment, wo man denkt: Als Kind, als junger Mensch fand ich vierzig immer wahnsinnig alt. Jetzt ist man selber 40 und sagt: Geht doch noch! Wahrscheinlich sagt man das mit fünfzig, sechzig auch. Meine Großmutter ist 92 Jahre alt geworden, und sie hat immer gesagt: „Kind, ich bin doch nicht alt.“ Das ist, glaube ich, eine ganz gute Einstellung. Denn das „Ich“ altert nicht. Ich finde es immer wunderbar, wenn Menschen einfach sagen: Jeder Tag ist wertvoll. Wir genießen ihn. Wir denken gar nicht so viel darüber nach, was alles schwierig ist, sondern wir schauen, wie wir mit dem, was wir haben, dort, wo wir sind, das Allerbeste daraus machen.

Wir haben eben gerade die Seniorenmesse eröffnet. Wir haben gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund Deutschlands coolste Seniorensportgruppe ausgezeichnet. Man spürte: Da ging so richtig gute Stimmung durch den Raum. Das sind alles Menschen, die sagen: Wir bleiben aktiv, wir sind fit. Die Seniorenmesse zeigt so viele Dinge, die das Leben im Alter leichter machen und die zeigen, dass man diesen Lebensabschnitt sehr wohl genießen und gut gestalten kann. All diejenigen, die noch Angst vor dem Alter haben und glauben, es geht bergab, sollten einfach mal zum Deutschen Seniorentag kommen. Sie werden eines Besseren belehrt.

Wie man persönlich alt wird, das muss jeder Mensch für sich selbst erfahren. Aber dass in unserem Land mehr ältere Menschen leben, braucht uns nach meiner Ansicht keine Sorgen zu machen. Wir haben von 82 Millionen Menschen in Deutschland ungefähr 22 Millionen über 60 Jahre, Tendenz steigend. In ein paar Jahren wird es über ein Drittel unserer Bevölkerung sein. Darüber müssen wir nicht klagen, sondern wir können uns erst einmal darüber freuen. Menschen können länger leben! Das ist etwas sehr, sehr Schönes. Deshalb ist es aller Mühe wert, zu überlegen, wie dieses Leben im Alter gestaltet werden kann. Nie zuvor waren so viele Ältere so fit, so gesund, so gut ausgebildet und so aktiv und engagiert wie heute. Eine Gesellschaft, die ein langes Leben bietet für viele, viele – das ist etwas sehr Positives und eine Errungenschaft unserer Zeit.

Und dennoch: Am Wochenende prägte eine andere Diskussion ein bisschen die Zeitungen. Ich weiß nicht, ob Sie es mitbekommen haben. Die Schauspielerin Thekla Carola Wied, die ich noch aus meiner Jugendzeit kenne, aus „Ich heira-



Foto: BAGSO/Deck

Eindrucksvoll zeichnete Svitlana Telbukh die Geschichte des Ruhrgebietes in Sand und beendete ihre Präsentation mit dem Motiv „Brücken bauen“.

te eine Familie“, hat gesagt, sie wolle nicht immer nur die Leiche spielen. Das hat eine Debatte über Altersdiskriminierung angestoßen. Die BILD-Zeitung hat sogar gesagt: „Altersrassismus“. Dahinter steht die Frage, wie wir eigentlich mit den Älteren in unserer Gesellschaft umgehen. Wie fühlen sich Ältere und fühlen sie sich immer wirklich gut? Ich habe darüber auch mit meinen Eltern gesprochen und bin zu dem Schluss gekommen, dass wir an vielen Stellen vielleicht doch eine neue Kultur des Respekts vor dem Alter brauchen.

Diese Kultur des Respekts vor dem Alter, die verlangt nicht, dass die Jugend sagt: Alles, was die Alten sagen, ist besser. Es geht darum, zuzuhören, was diejenigen zu sagen haben, die mehr Erfahrung im Leben haben, sich auszutauschen und wertzuschätzen, was Menschen, die ein höheres Lebensalter haben, geschafft und geleistet haben in ihrem Leben. Dafür verdient es Respekt, Anerkennung, Wertschätzung – und, wenn Menschen es brauchen, auch Fürsorge.

Oft sind es die älteren Menschen selbst, die das Motto des 12. Deutschen Seniorentages „Brücken bauen“ in die Tat umsetzen. Sie engagieren sich ehrenamtlich, sie pflegen den Partner, die Partnerin, sie kümmern sich um ihre Enkelkinder. Ich selbst könnte meinen Beruf überhaupt nicht ausüben, wenn die „Geheimwaffe“ Oma und Opa nicht da wäre. Ich glaube, so geht es vielen jungen Leuten und Familien in Deutschland.

Und einige, die organisieren dann eben mal den Deutschen Seniorentag! Es sind nicht nur ältere Menschen, die diese Veranstaltung auf die Beine stellen, aber es sind viele Ältere dabei. Ich möchte mich an dieser Stelle, wie es der Bundespräsident getan hat, bei allen bedanken, die dazu beigetragen haben, dass diese Veranstaltung, diese drei Tage hier zustande kommen. Ganz, ganz herzlichen Dank für Ihre Mühe, Ihren Einsatz, Ihre Kraft und Ihre Nerven.

Ich war letzte Woche in Dresden und in Pirna. Dort habe ich Projekte besucht im Rahmen unseres Programms „Demokratie leben“. Mit diesem Programm unterstützen wir Menschen, die sich für eine demokratische, vielfältige, offene Gesellschaft engagieren, die Populismus und Hetze etwas entgegensetzen. Ich habe mit der Aktion „Zivilcourage“ in Pirna gesprochen, in der viele Ältere

dabei sind und auch Jüngere, die gemeinsam etwas tun. Die Aktiven dort haben mir ihr Motto mitgegeben, und ich fand das so großartig, das muss ich mit Ihnen teilen: „Machen ist wie wollen, nur krasser!“

Irgendjemand hat einmal gesagt, wir leben in der Generation „Man müsste mal“. Manchmal habe ich auch diesen Eindruck. Aber nicht alles ist lösbar mit „wisch und weg“ auf dem Smartphone. Ab und zu und sehr, sehr oft braucht es Menschen, die einfach anpacken, die machen. Das ist ein ganz entscheidender Unterschied. Deshalb ist es gut, wenn Menschen gerade auch hier auf dem Seniorentag zusammenkommen, die sich um andere kümmern. Alt und Jung zusammen. Ich habe dieses Amt als Bundesfamilienministerin vor gut acht Wochen übernommen. Es ist noch ein bisschen ungewohnt. Vorher war ich 16 Jahre lang in der Kommunalpolitik tätig, als Bildungsstadträtin und als Bürgermeisterin in Berlin-Neukölln. Ich habe gesehen, wie wichtig es ist, dass wir das Ehrenamt unterstützen, dass wir versuchen, Jung und Alt zusammenzubringen und dafür zu sorgen, dass diejenigen, die sich kümmern, Unterstützung bekommen. Deshalb ist einer meiner Leitsätze für die Arbeit als Ministerin: Wir kümmern uns um die Kümmerer, um die, die ehrenamtlich unterwegs sind, aber auch um die, die in sozialen Berufen arbeiten. Das ist dringend erforderlich.

Deshalb fördern wir zum Beispiel auch die BAGSO - mit großer Freude. Und ich sehe: Jeder Euro ist gut investiertes Geld. Sie machen etwas daraus, und das ist richtig so. Außerdem geht es um die, die sich in den sozialen Berufen um andere kümmern. Der Bundespräsident hat das schon angesprochen: Es geht um Menschen, die Unterstützung brauchen, um ältere Menschen, die Pflege brauchen. Es geht um die pflegenden Angehörigen, und es geht um die über 5,7 Millionen Fachkräfte in sozialen Berufen. Ein Fünftel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeitet in sozialen Berufen. Und jetzt raten Sie mal, wie viel Prozent davon Frauen sind: Es sind achtzig Prozent!

Ganz häufig sind die Menschen in den sozialen Berufen aber nicht ausreichend bezahlt. Sie arbeiten unter schlechten Arbeitsbedingungen und müssen sich noch fragen, ob sie es sich eigentlich leisten können, Pflegefachkraft zu wer-

den, weil sie Schulgeld bezahlen müssen und keine Ausbildungsvergütung bekommen.

Wissen Sie, ich war als Bürgermeisterin immer viel unterwegs. Ich habe 500 Außentermine im Jahr gemacht. Ich bin jetzt in den ersten Tagen im Ministerium irgendwann an den Punkt gekommen, an dem ich gesagt habe: Ich muss mal wieder raus. Das halte ich für sehr wichtig, dass wir auch in der Bundespolitik dahin gehen, wo die Leute sind, die täglich das Leben im Land meistern. Wir müssen ihnen zuhören und mit ihnen sprechen. Ich bin in einer Pflegeschule gewesen. Ich habe mit denjenigen gesprochen, die in der Pflege tätig sind, im Seniorenheim, und mit denjenigen, die mir sagen: Ich bin jetzt Pflegehilfskraft. Ich würde so gerne Pflegefachkraft werden. aber ich kann mir das nicht leisten, ich habe zwei Kinder. Ich brauche jemanden, der mir die Umschulung finanziert, vielleicht das letzte Jahr zumindest. Und ich überlege mir, ob ich vielleicht doch zu Aldi an die Kasse gehe, weil es einfacher ist. Pflegekraft kann ich mir einfach nicht leisten. Das kann es doch nicht sein, meine Damen und Herren, wir müssen das doch verändern!

Deshalb habe ich mir vorgenommen – auch aus der praktischen Erfahrung heraus –, dass ich an dieser Situation etwas ändern will. Gemeinsam mit vielen anderen, denn das geht nur zusammen: das Gesundheitsministerium, das Arbeitsministerium, die Tarifpartner, die Wohlfahrtsverbände, viele müssen mit ran. Und es braucht mehr Pflegekräfte, ja! Wir haben kein Erkenntnisdefizit. Wir brauchen bessere Bedingungen in der Ausbildung, im Arbeitsalltag, in der Bezahlung. Sehr wichtig dafür ist das neue Gesetz, das Pflegeberufe-Reformgesetz, mit dem endlich der erste Schritt gegangen wird, um wirklich eine Verbesserung in der Ausbildung hinzubekommen. Dort wird nämlich das Schulgeld abgeschafft und eine Ausbildungsvergütung eingeführt. Das wird jetzt alles vorbereitet, die Wirkungen werden in den nächsten Jahren kommen. Das ist wichtig!

Damit junge Menschen, die überlegen, was sie werden wollen, sagen können: Ja, das ist eine Perspektive für mich. Das ist vielleicht anstrengend und mühsam, aber es ist ein toller Beruf, Menschen im Alter zu begleiten, zuzuhören,

welche Geschichten sie zu erzählen haben, Zeit zu haben, um zuzuhören. Das ist das Häufigste, was ich gehört habe: Die Pflegekräfte wünschen sich – jenseits der besseren Bezahlung –, mehr Zeit zu haben, nicht nur: satt und sauber und Medikamente verabreicht, sondern mehr. Dafür müssen wir eintreten.

Meine Damen und Herren, wenn wir die Familien stärken und die sozialen Berufe aufwerten, dann haben wir gute Bedingungen für gute Pflege. Wenn wir uns um die älteren und jüngeren Engagierten kümmern, dann haben wir gute Bedingungen für ein solidarisches Miteinander, auch dank der vielen aktiven Seniorinnen und Senioren. Frank-Walter Steinmeier hat so viele schöne Liedtexte zitiert. Ich habe Ihnen noch ein anderes mitgebracht, denn die Frage ist immer: Was ist mit der Zukunft? Können wir zuversichtlich in die Zukunft blicken? Mein Motto ist immer: „Das Glas ist nicht halb leer, sondern halb voll.“ Wenn ich Sie heute sehe, und das sieht von hier oben richtig gut aus, dann bin ich zuversichtlich. Der dritte Lebensabschnitt kann eine richtig gute Zeit werden.

Um es mit den Worten von Peter Fox zu sagen, aus seinem Lied

Haus am See

„Und am Ende der Straße steht ein Haus am See. Orangenbaumblätter liegen auf dem Weg. Ich hab 20 Kinder, meine Frau ist schön. Alle kommen vorbei, ich brauch nicht rauszugehen.“

Hier bin ich geboren, hier werd` ich begraben. Hab taube Ohren, `nen weißen Bart und sitz` im Garten. Meine 100 Enkel spielen Cricket auf dem Rasen. Wenn ich so daran denke, kann ich`s eigentlich kaum erwarten.“

Ich wünsche Ihnen einen schönen Seniorentag. Herzlichen Dank!

2.4 GRUSSWORT

► *Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen*



Foto: BAGSO/Deck

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Bundesministerin, lieber Herr Franz Müntefering, meine Damen und Herren,

es ist mir heute eine große Freude, Sie hier in Nordrhein-Westfalen in unserer traditionsreichen Veranstaltungsstätte, der Westfalenhalle, zum 12. Seniorentag herzlich auch im Rahmen der Landesregierung begrüßen zu dürfen.

Ministerpräsident Laschet ist heute in Rom. Ich finde, nur ein Termin beim Papst entschuldigt, dass er nicht selber hier ist. Aber es gibt uns die Gelegenheit, auch für mich als Sozialminister hier in Nordrhein-Westfalen, das eine oder andere auszutauschen. Ich finde, wenn man sich diesen Seniorentag, das Programm über die drei Tage anschaut, wenn man sich die Mitgliedsverbände der BAGSO anschaut, dann sieht man darin, wie reichhaltig das Engagement der Seniorinnen und Senioren bei uns in der Bundesrepublik Deutschland ist: vielfältig, kraftvoll, nachhaltig, verlässlich, in unterschiedlichen Bereichen.

Und es ist aus den anderen Grußworten schon sehr deutlich geworden, wie Seniorinnen und Senioren heute unsere Gesellschaft mitgestalten. Da gib es viel Gutes, z.B. dass es noch nie eine Generation von älteren Menschen gegeben hat, die so zahlreich so oft mit einer doch guten Gesundheit, auch mit einer Vielfalt an Aktivitäten ausgestattet, mehrere Jahrzehnte nach der Verrentung lebt und Gesellschaft gestaltet. Das ist ja etwas Wunderschönes. Es ist aber auch so, dass die ältere Generation heute in Deutschland mit ihren Erfahrungen, mit ihrem Wissen nicht nur das Leben der älteren Generation gestalten will, sondern natürlich auch das Leben der gesamten Gesellschaft aus ihrer Erfahrungswelt mitgestaltet. Deswegen bin ich sehr dankbar für das große Engagement, das ich, wenn ich im Land als Minister unterwegs bin, überall von älteren Menschen sehe. Uns in der Politik steht es auch nicht zu, finde ich, zu beurteilen,

was ist ein gutes Engagement und was ist ein sinnvolles Engagement. Ich finde, das – was auch die BAGSO ausmacht – die 117 Mitgliedsorganisationen, machen deutlich: je nach unterschiedlichen Interessenslagen gibt es ein gewaltiges Engagement der älteren Bürgerinnen und Bürger in allen gesellschaftlichen Bereichen und deswegen ist die ältere Generation ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft.

Der zweite Punkt ist: natürlich bedarf es auch Strukturen. Viele Strukturen bauen Sie in Eigenverantwortung auf. Seniorenarbeit findet ja vor Ort, in den Stadtteilen, in den Quartieren, nicht nur in den Strukturen statt, sondern durch ganz viele Einzelinitiativen. Ob angebunden an Kirchengemeinden, an Heimatvereinen, an Schützenvereinen, an Sportvereinen, an Musikvereinen, an Kulturvereinen, an Umweltverbänden, ja auch in der Kommunalpolitik, da haben wir viele Seniorinnen und Senioren, die dort Verantwortung übernehmen. Und ich glaube, dass es diese Vielfalt der Organisation vor Ort ist, die den bun-



Foto: BAGSO/Wehmeier

NRW-Minister Karl-Josef Laumann nahm sich viel Zeit für seinen Messerundgang.

ten Strauß der Seniorenarbeit ausmacht. Deswegen ist, glaube ich, ein solcher Seniorentag, wie wir ihn in den nächsten drei Tagen in Dortmund haben, für Verantwortliche in der Seniorenarbeit eine ganz wichtige Sache. Ich wünsche Ihnen, dass Sie hier viel Austausch haben, dass Sie hier viele Ideen sammeln und dass Sie mit diesen Ideen wieder in Ihre örtliche Verbandsarbeit, in ihre örtliche Seniorenarbeit zurückkehren und gute Ideen für weiteres gesellschaftliches Engagement auch von so einem Seniorentag mit nach Hause nehmen.

Aber, wahr ist auch, und das ist mir vor allen Dingen in den letzten dreieinhalb Jahren, als ich in Berlin Bevollmächtigter der Bundesregierung für Pflege war, sehr bewusst geworden: Alt werden bedeutet irgendwann auch, dass man in eine Situation kommt, wo man die Hilfe anderer Menschen braucht. Wir haben jetzt, wo wir heute Morgen zusammensitzen, in Deutschland 2,9 Millionen Menschen, die Leistungen aus der gesetzlichen Pflegeversicherung bekommen, das heißt sie haben einen Pflegegrad. All diese Menschen sind nicht mehr in der Lage, ohne Hilfe eines anderen Menschen über eine Woche, manche über einen Tag, das zu organisieren, was ein Mensch organisieren muss, um leben zu können. Sie brauchen die Hilfe eines anderen Menschen. Und ich bin dem Herrn Bundespräsidenten sehr dankbar, dass er in seiner Rede so stark die Pflege herausgestellt hat. Man muss schon zugeben, es war bislang in Deutschland im Sozialbereich manchmal vieles andere wichtiger als das Kümmern um die Pflegekräfte.

Und ich bin sehr glücklich darüber, dass jetzt das Thema Pflege das große Thema im Bereich der Gesundheitspolitik, der Gesellschaftspolitik geworden ist. Die Unterschiede sind groß. Frau Giffey, in Nordrhein-Westfalen gibt es schon seit zwanzig Jahren kein Schulgeld mehr in der Pflege. Es gibt auch in den 16 Bundesländern nur noch in drei Bundesländern ein Schulgeld für Pflege. Bei uns in Nordrhein-Westfalen haben Pflegekräfte auch eine Ausbildungsvergütung von rund 1.000 Euro im Monat. Aber unser Problem ist doch, dass die Pflege, das, was sie als Anspruch an ihre Arbeit aus ethischen Gründen empfindet, an vielen Stellen nicht mehr so leisten kann, wie sie es ethisch für verantwortlich hält.

Und deshalb ist mir eine Sache ganz wichtig. Pflegesonderprogramme, Stellenprogramme, das ist alles nicht verkehrt. Aber ich arbeite daran – und das ist mir sehr bewusst – wir müssen Strukturen verändern. Mir ist in meiner Arbeit als Pflegebeauftragter in Berlin eins aufgefallen, und das hat mich auch geprägt: Dass immer dann, wenn in Deutschland über die Rahmenbedingungen der Pflege entschieden wird, Pflege gar nicht am Tisch sitzt, sondern über die Pflege immer diejenigen entscheiden, die weit von der Pflege weg sind.

Das wichtigste Gremium im Deutschen Gesundheitssystem ist der gemeinsame Bundesausschuss. Fachleute wissen, wovon ich rede, wenn ich GBA sage. Die Politik sagt in ihren Gesetzen, die Menschen sollen nach den modernsten medizinischen und pflegerischen Erkenntnissen versorgt werden. Was das dann in den Richtlinien ist, bestimmt der GBA. Und wer sitzt im GBA? Die Ärzte, die Krankenhäuser; aber diese nicht mit ihren Pflegedirektoren, sondern mit ihren kaufmännischen Leitungen, und die Krankenkassen und die Pflegekassen. Die Politik sitzt auch nicht im GBA. Und deswegen bin ich der Meinung, dass die Pflege in Deutschland genauso organisiert werden muss, wie die Ärzte organisiert sind, damit es endlich in diesem Land eine Augenhöhe in der Gesundheitspolitik gibt.

Und deswegen werden wir nach den Sommerferien auch in Nordrhein-Westfalen versuchen – nicht versuchen, sondern wir werden es machen – unsere Pflegekräfte danach befragen: Welche Eigenorganisation möchtet Ihr in diesem Land? Und wir müssen auch vorher gesetzlich Eckpunkte veröffentlichen, und das werde ich auch tun, wo dann drinsteht, was eine solche Organisation der Pflege, z. B. eine Pflegekammer in Nordrhein-Westfalen, darf und was sie nicht darf. Ich weiß nur eins, und das ist Erkenntnis seit vielen Jahrzehnten Politik, die ich mache: Wenn wir die Pflege nicht selber zum Sprachrohr ihrer Angelegenheit machen und den Pflegenden auch selber die Macht geben, Angelegenheiten selber durchzusetzen und zu gestalten, wird es immer eine Krücke bleiben.

Nächster Punkt: Wenn wir an die Menschen denken, die pflegebedürftig sind, vor allem in einem Flächenland wie Nordrhein-Westfalen, hat das auch immer

mit ärztlicher Versorgung zu tun. Und da sind die Hausärzte eine ganz wichtige Art der Versorgung in unserem Gesundheitssystem. Im eigenen Dorf alt zu werden, im eigenen Dorf auch in einer Pflegestation zu leben, heißt immer, dass es auch einen Allgemeinmediziner geben muss, der diese Pflegestation medizinisch versorgt. Und jetzt kommt es: Wir haben in Nordrhein-Westfalen, in allen Bundesländern die Situation, dass jedes Jahr mehr Hausärzte in Rente gehen als das Ausbildungssystem uns neue Ärzte bringt. In Nordrhein-Westfalen gehen seit Jahren 450 Hausärzte jedes Jahr in Rente und es kommen nur 200 aus diesem Bildungssystem nach. Und jetzt haben wir die Situation, und die ist in anderen Bundesländern nicht anders, dass uns gerade in den ländlichen Gebieten, die Allgemeinmediziner fehlen. In unserem westfälischen Landesteil, das ist in Nordrhein-Westfalen eher der ländliche Landesteil, sind mittlerweile zwei Drittel der praktizierenden Hausärzte auf dem Land über sechzig Jahre. Da läuft das System in ein Problem rein. Und deswegen, finde ich, müssen wir auch dafür sorgen, dass an unseren medizinischen Fakultäten wieder mehr die Allgemeinmedizin Gewicht bekommt. Wir brauchen für die Versorgung der Menschen Hausärzte, insbesondere für den älteren Teil der Bürgerinnen und Bürger.

Und, meine Damen und Herren, es geht auch nicht, dass das Hausarztprinzip in Ballungsgebieten, vor allen Dingen in vermögenden Ballungsgebieten, zum Prinzip geworden ist, jedes Haus ein Arzt. Und auf der anderen Seite haben Sie Dörfer mit 6.000, 7.000 Einwohner, wo keiner mehr ist. Und deshalb wird unser Kabinett am Dienstag auch als erstes Bundesland in Deutschland eine Landarztquote beschließen. Ich möchte nämlich, dass in Nordrhein-Westfalen junge Leute, die sich vorstellen können, auf dem Land Arzt zu werden, auch einen Studienplatz bekommen und diesen Beruf erlernen können.

Sie sehen, es ist nun einmal so in der politischen Arbeit, in der gesellschaftlichen Arbeit, dass wir ganz viel Buntes im Ehrenamt brauchen. Aber es ist auch so, dass Politik sich etwas um Strukturen kümmern muss, damit die Strukturen, die wir für die Zukunft unseres Landes brauchen, sich auch so entwickeln können, wie sie sich entwickeln müssen.

Und dann will ich zum Schluss ein Problem ansprechen, über das ich mir den Kopf zerbreche, aber keine Lösung weiß. Wir werden jetzt in Deutschland rund 30 Jahre haben, wo die Anzahl der pflegebedürftigen Menschen zwischen zwei und drei Prozent pro Jahr zunimmt. Das heißt, wenn in der Pflege alles bleibt, wie es ist, auch die starke häusliche Pflege – was ich über einen so langen Zeitraum nicht glaube, weil Familienstrukturen sich auch verändern – dann bedeutet das, dass wir jedes Jahr in Deutschland 20.000 zusätzliche Pflegekräfte brauchen, für Nordrhein-Westfalen 4.000, alleine um das Mehr an Pflegebedürftigen genauso zu versorgen, wie wir es heute machen.

Und daran wird die große Aufgabe, die wir vor uns haben, diese Menschen zu finden; diese Menschen nämlich auch zu finden unter kleineren Schulabgangsjahren, das ist eine Herkulesaufgabe. Und deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es wichtig, dass ich auch auf dem Deutschen Seniorentag nicht hinter dem Berg halte mit einer Meinung, die sich bei mir in den letzten Jahren sehr gefestigt hat: Wir brauchen für die Versorgung von pflegebedürftigen Menschen ein gutes Zusammenwirken zwischen Familien, Nachbarschaften, Ehrenamt und professionellen Menschen. Wir brauchen alles und das in einem guten Zusammenspiel.

Aber zu glauben, dass wir die Pflege aus unseren Familien herausourcen können, so viel hauptamtliches Personal wird niemand besorgen können. Und deswegen – ich bin jetzt auch 60 – habe ich in den Jahren, wo ich Pflegebevollmächtigter war, mir eins vorgenommen, allen Menschen zu sagen: Es ist klug, so zu leben, dass es dann, wenn man ganz alt ist, noch ein paar Leute gibt, die einen gerne leiden mögen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen wunderschönen Seniorentag.

2.5 GRUSSWORT

► *Ullrich Sierau, Oberbürgermeister der Stadt Dortmund*

Ich darf zunächst einmal den Herrn Bundespräsidenten ganz herzlich in der Westfalenhalle begrüßen. Es gibt nur ein Westfalen, es gibt kein Ostwestfalen, kein westliches Westfalen, kein Südwestfalen, auch kein münsterländisches Westfalen, Westfalen. Das ist die Ansage, das ist die Marke, für die wir hier stehen.



Foto: BAGSO/Deck

Wenn man sich Gedanken macht darüber, wofür Westfalen steht: auf jeden Fall für Dickschädeligkeit. Und was ist Dickschädeligkeit? Es ist die früheste Form von Nachhaltigkeit. Willkommen mitten in der Nachhaltigkeit von Westfalen.

Wir sind hier in Dortmund, in Westfalen, ganz froh, dass es einen Westfalen gibt, der Bundespräsident geworden ist. Einer von uns, das merkt man. Er ist auch gerne hier, ist oft hier, kann gerne wiederkommen, vermittelt immer die richtigen Dinge. Das gilt auch für die Frau Bundesministerin, die uns hier gerade gesagt hat: erst acht Wochen im Amt. Aber ich glaube, in den acht Wochen schon zu mehr Einsichten gekommen, als manche vorher, die länger dabei waren.

Nur ein kleiner Tipp, wenn Du wieder das Lied von Peter Fox singst „Das Haus am See“, das war das Haus am Phoenix-See. Da, wo wir auf einer ehemaligen Stahlbrache jetzt den Phoenix-See gemacht haben. Da hat er das getextet. Da kann man auch gut leben, auch mit 100 Enkeln. Ich überlege immer, ob Mick Jagger nicht einmal eines Tages da einzieht, denn er ist nicht nur Großvater geworden, ich glaube, er hat vor kurzem auch noch selber Vaterfreuden erlebt. Aber das ist ein anderes Thema, wollen wir trotz Seniorentag nicht vertiefen.

Herr Laumann, Herr Minister, ich freue mich sehr, dass Sie gerade gesagt haben, Sie wollen sich immer ordentlich benehmen, damit wir Sie alle pflegen kommen. Ich habe Ihnen schon gerade gesagt, ich bin dabei. Ich drohe das hiermit an. Wir werden dann im Münsterländer Platt so das ein oder andere regeln.

Lieber Franz Müntefering, auch an Dich ein herzliches Willkommen. Du hast vorhin gesagt, Oberbürgermeister von Dortmund sei ein guter Job. Ich habe mich da an einen ehemaligen Parteivorsitzenden von mir erinnert: Er hat einmal gesagt, dass das Amt des Parteivorsitzenden das Beste ist nach Papst. Da habe ich überlegt, ob das vielleicht für so einen Job als Oberbürgermeister von Dortmund auch zutreffen kann, das Beste nach Papst. Ich werde aber den Ministerpräsidenten fragen, wie es beim Papst war, wenn er dann mal wieder hier ist. Er ist ja auch dankenswerterweise öfter in Dortmund. Ich denke, wenn schon Papst, dann auf jeden Fall Brückenbauer, weil Pontifex Maximus ist der größte Brückenbauer und deshalb ist aus meiner Sicht Frank Müntefering der Pontifex Maximus der BAGSO. Herzlich willkommen in Dortmund.

Sie merken vielleicht schon, wir sind richtig froh, wir sind stolz, wir sind begeistert davon, dass der 12. Seniorentag hier in Dortmund stattfindet. Als die Frage kam, „Wollt Ihr das?“ haben wir gesagt: „Ja, klar wollen wir das, passt gut zu uns.“

Einmal weil es ein Zukunftsthema ist. Während wir gerade hier alle zusammen sind, werden wir eh wieder älter, das heißt, das passiert schon von ganz alleine. Was nicht von alleine passiert ist, dass man die richtigen Strukturen, den richtigen Rahmen schafft dafür, dass man nicht nur älter wird, sondern, dass man auch ein Leben im Alter in Würde mit Respekt, auch in einer finanziellen Absicherung führen kann, dass es Spaß macht im Alter zu leben. Dass muss nicht immer von allen so gesehen werden.

Es sind bestimmt viele im Raum, die sich noch daran erinnern, dass sie früher auch niemandem über dreißig getraut haben und heute deutlich älter sind. Es gibt mit Sicherheit auch einige, die sich noch an die Weisheit erinnern: „Du siehst heute Morgen schon so alt aus, wie du nie werden kannst.“ Auch das war nicht immer wertschätzend gemeint, das hatte dann meistens mit den vorabendlichen Ereignissen zu tun.

Wenn man einmal den Rahmen ein bisschen weiter spannt und nach Japan guckt, da soll es die Sitte gegeben haben, dass man den Älteren immer einen Stuhl ans Fenster gestellt hat, damit sie rausgucken und sonst nicht mehr stören.

All das sind Dinge, die immer auch irgendwie einen kleinen Hinweis darauf geben, dass das Älterwerden, das Alt-Sein, in der Gesellschaft nicht immer so richtig wertgeschätzt worden ist. Und das gegenüber Menschen, die eine Lebensleistung vollbracht haben, die sich sehen lassen kann: die den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg organisiert haben, die organisiert haben, dass heute auch die Jüngeren in Wohlstand leben können, wenn sie denn wollen.

Dass sie eine Lebenserfahrung gemacht haben, die vielen Jüngeren glücklicherweise erspart geblieben ist, nämlich der Krieg und dass wir deshalb, aus meiner Sicht, gesellschaftlich die verdammte Pflicht und Schuldigkeit haben, genau denjenigen, die diese Republik wieder aufgebaut haben, die viel erlebt haben, dass wir denen die Wertschätzung gegenüber entwickeln und ihnen entgegenbringen, die sie für diese Lebensleistung verdient haben. Das ist aus meiner Sicht ein gesellschaftlicher Auftrag, dem sich dieser Seniorentag verpflichtet fühlt und deshalb waren wir sehr dafür, dass er in Dortmund stattfindet. Herzlichen Dank für die Entscheidung, dass er in Dortmund stattfindet.



Foto: BAGSO/Deck

Alle Rednerinnen und Redner der Festveranstaltung trugen sich in das Goldene Buch der Stadt Dortmund ein.

Wir sind hier in der Westfalahalle. Das ist ein Ort, der schon viel erlebt hat. Hier hat es Rockkonzerte gegeben, hier hat es große Parteiveranstaltungen gegeben, hier hat es viele, viele unterschiedliche Veranstaltungen gegeben, aber Seniorentag war noch nicht. Es ist das erste Mal, aber so, wie ich es wahrnehme, kann er gerne wiederkommen. Das können wir in zwanzig, dreißig Jahren in Erwägung ziehen. Wir sind dann alle noch da und kommen gerne wieder zurück.

Eins ist auf jeden klar: Wir sind in Dortmund bemüht, im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten, für die Seniorinnen und Senioren in dieser Stadt einen vernünftigen Lebenszusammenhang zu organisieren. Die Seniorenpolitik hat hier in dieser Stadt seit Jahrzehnten einen hohen Stellenwert. Es gibt eine super gute Zusammenarbeit aus der Sozialverwaltung, aus der Verwaltung der Stadt heraus generell mit den Wohlfahrtsverbänden. Da hat sich viel getan. Wir haben beispielsweise in unseren zwölf Stadtbezirken in jedem dieser Stadtbezirke ein Seniorenbüro, wo nicht nur ein Kristallisationspunkt für gesellschaftliches Leben entstanden ist, sondern wo auch ganz lebenspraktische Hilfe gegeben wird. Das ist ein Modell, was sich, glaube ich, in seiner Qualität durchaus sehen lassen kann. Manche sagen sogar, dass es einzigartig in der Bundesrepublik Deutschland wäre. Wir haben im Jahr 2007 dafür den Robert-Jungk-Preis erhalten. Das ist ein anerkannter Preis für die Arbeit, die wir hier in dem Bereich geleistet haben. Der Preis kam von der Landesregierung – ich glaube, Herr Laumann, Sie waren damals der zuständige Landesminister – und vom Städtenetzwerk NRW.

Wir haben einen unglaublich kregelen Seniorenbeirat, der mit 27 Menschen in der Stadt richtig Stimmung macht, der kompetent ist und mit dem Seniorenbeirat in München zu den ersten in der Bundesrepublik Deutschland gehörte und 1992 das erste Mal durch Briefwahl bestimmt worden ist. Der Seniorenbearatsvorsitzende von Dortmund, Franz Kannenberg, hat mir gestern Abend noch erzählt, dass aus München zu dem einen oder anderen Thema nachgefragt wird, wie wir das hier in Dortmund machen. Und da muss ich sagen: Kompliment an den Seniorenbeirat. Wenn er aus München gefragt wird, wie es richtig geht, dann ist das auch ein Kompetenzmerkmal. Wir würden uns wünschen, wenn aus Bayern öfter einmal nachgefragt wird, wie man es machen sollte.

Wir haben in der Stadt ungefähr 160.000 Bürgerinnen und Bürger, die älter sind als sechzig Jahre. Das ist ungefähr das Doppelte von dem, was in den nicht allzu fernliegenden Signal Iduna Park, auch besser bekannt unter Westfalenstadion, passt. Mit anderen Worten: Das ist eine Macht, und die macht auch was. Adi Preißler hat einmal gesagt: „Grau ist alle Theorie, was zählt ist auf dem Platz.“ Das heißt, man kann jede Menge Konzepte entwickeln, aber es müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Dazu gehört insbesondere die finanzielle Ausstattung der Kommunen generell. Aber auch für die Frage, wenn wir das Thema Pflege so hochfahren, wer bezahlt das alles? Und da kann ich nur sehr appellieren an diejenigen, die auf Landes-, auf Bundesebene, aber auch zwischen den Interessengruppen in der Verantwortung sind, das vernünftig aufzustellen und nicht die Lasten sozusagen zulasten des Pflegepersonals bei Einzelnen wieder abzuladen. Sondern das muss als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen werden, wo man nicht sagen kann, da sind ein paar andere für zuständig, wir sind es mal gerade nicht – also kein schlanker Fuß in der Pflegefrage, sondern alle mit dem Anspruch, wir wollen zuerst dabei helfen. Das ist der richtige Zugang zum Thema.

Wir haben eine Vielzahl von Netzwerken in der Stadt, die ich gerne alle aufzählen möchte, mit Blick auf die Zeit aber nicht alle aufzählen werde, die aber eine super, super ehrenamtliche Arbeit leisten, die der Kitt der Gesellschaft sind, von dem Johannes Rau gesprochen hat, der die Gesellschaft zusammenhält. Wenn wir das nicht hätten, dieses ehrenamtliche Engagement, würde uns manches auf der kommunalen Ebene und damit auch gesamtgesellschaftlich um die Ohren fliegen.

Das Thema Wohnen im Alter ist ein ganz wichtiges Thema. Wir haben das hier in der Stadt sehr früh angepackt. 2004 hat der Rat beschlossen, dass wir eine entsprechende Initiative in einem Masterplanprozess starten: „Wohnen im Alter“. Damals haben alle zu uns gesagt: „Ihr seid verrückt, wohnen tun wir sowieso, haben ein Dach über dem Kopf, und älter werden wir auch von alleine, was brauchen wir noch einen Masterplan.“ Am Ende dieses einen Jahres haben wir dann ein Konzept gehabt, was uns in die Lage versetzt hat, auf alle Fragestellungen, die wir hatten, die Ältere hatten, aber auch Investoren hatten, dann die richtigen Antworten zu geben.

Ich glaube, das zeigt auch: Man muss vorangehen und man muss die Dinge, die automatisch auf einen zukommen, auch frühzeitig erkennen und angehen. Ich hoffe sehr, dass das bei all den Fragestellungen, die jetzt hier rund um den Seniorentag entwickelt werden, auch der Fall ist.

Ich möchte ein Thema noch in besonderer Weise ansprechen, das ist das Thema der Digitalisierung. Dieses Thema wird auf den ersten Blick mit dem Älterwerden nicht zwingend in Verbindung gebracht, aber es gibt eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten. Wir haben das Glück bei uns in der Stadt, Unternehmer zu haben, die sich um dieses Thema sehr frühzeitig gekümmert haben, ein Projekt aufgesetzt haben, was auf den schönen englischen Namen „Smart Service Power“ hört. Das ist nichts anderes, als dass man die technischen Möglichkeiten ausnutzt, damit Menschen solange wie möglich in ihrem vertrauten Wohnumfeld bleiben können dank der Digitalisierung. Und dieses Projekt hat in der Zwischenzeit auch einen europäischen Preis bekommen vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, das ist der Innovationspreis des Europäischen Fonds. Wir sind sehr froh, dass dieses Projekt auch hier präsentiert wird. Wir sind dabei, das mit unserer städtischen Wohnungsbaugesellschaft, aber auch mit den städtischen Seniorenheimen so weiterzuentwickeln, dass es in der Anwendung erfolgreich ist und dann auch dem Zweck dient, dem es dienen soll, nämlich möglichst lange Menschen in ihrem vertrauten Umfeld zu lassen, damit sie diese Vertrautheit auch als ein Stück Sicherheit in den dritten Lebensabschnitt mitnehmen können.

Das Wichtigste ist, wir sind eine Stadt, die sich diesen Herausforderungen stellt. Wir sind deshalb sehr interessiert an all dem, was hier auf dem Seniorentag passiert. Wir versprechen uns davon vielfältigste Impulse für unsere Arbeit vor Ort und insofern hoffe ich, dass wir das auch gemeinsam die nächsten drei Tage regelrecht genießen können. Ich komme zurück auf die eine Lebensweisheit, das war die mit dem „So alt wie du jetzt aussiehst, wirst du nie werden“. Lassen Sie uns das gemeinsam widerlegen, wir werden älter, als wir heute schon aussehen. In dem Sinne Glück auf! Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich freue mich auf spannende drei Tage.

2.6 SCHLUSSWORT

► *Franz Müntefering, BAGSO-Vorsitzender*

Liebe BAGSO-Freunde, meine Damen und Herren,

im Programm steht Abschluss. Zu einer Festveranstaltung gehört ein Abschluss und das will ich in der gebührenden Kürze versuchen.

Ich bedanke mich beim Bundespräsidenten dafür, dass er in seiner Rede einen solchen Schwerpunkt auf die Pflege gesetzt hat, ein Thema, das dann auch von Frau Giffey und Herrn Laumann fortgeführt worden ist. Ich will es mit meinen Worten noch einmal sagen, und da dürfen wir uns auch nicht beruhigen lassen an der Stelle: Das Thema ist erkennbar, das Problem ist erkennbar und gerade, wenn man auch über Armut im Alter spricht, wird erkennbar, dass auch an dieser Stelle der Bezug dazu zu sehen ist: Wir brauchen ordentliche Tarifverträge für diesen Bereich. Wir brauchen eine allgemeine Verbindlichkeitserklärung mit dem Versuch, dieses zu stabilisieren. Die Menschen müssen sich allerdings auch in diesem Bereich organisieren, auch das gehört dazu. Und dann muss ganz klar sein: Wenn bei der Pflege so viele Männer beschäftigt wären, wie Frauen beschäftigt sind, wären die Löhne höher. Wir hätten das schon hingekriegt. Das ist nämlich der entscheidende Punkt.

Und dieses Problem zieht sich durch die ganzen sozialen Berufe und deshalb müssen wir an dieser Stelle etwas machen. Denn, nicht die Rentenversicherung ist das Problem, sondern das Problem sind Arbeitsplätze, die heute bei uns im Lande da sind und nur auf Zeit oder zu gering bezahlt sind. Das ist der Ansatzpunkt, den wir voranbringen müssen. Da bedanke ich mich bei allen, die mitmachen. Aber das soll jetzt nur noch einmal die Ankündigung sein.

Mein zweiter Punkt bezieht sich auf die Kommunen. Der Oberbürgermeister hat es angesprochen und hat gesagt: „Wir können auch nicht alles, seid vorsichtig, dass Ihr uns nicht alles hinschiebt.“ Darum geht es auch nicht. Aber es gibt einen Siebten Altenbericht, der im letzten Bundestag vorgelegen hat und

wo der Bundestag darüber beraten hat. Und der steht jetzt irgendwo da und ich bin sehr dafür, dass wir ihn nicht ins Museum stecken. Denn der Siebte Altenbericht hat festgestellt: Diese vielfältigen Veränderungen in den Städten und Gemeinden, die durch das Älterwerden der Gesellschaft entstehen, die werden wir nicht mit Bundesgesetzen zentral, sozusagen nivellierend, klären können. Jede Kommune ist ein Unikat, jede Stadt ist anders als die andere. Und wir werden die Städte in Stand halten und in Stand setzen müssen, sich dieser Aufgabe, dieser Herausforderung zu stellen, und sie müssen dazu die Macht haben, aber auch das nötige Geld, das zu machen. Die Kommunen sind entscheidend dafür, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der auch die Älteren gut leben können. Wir leben in unterschiedlichen Lebensräumen und die Stadtgrenzen sind nicht immer entscheidend: für die Kinder so viel, für die Schule so viel, in den Beruf so viel. Sie fahren 100 Kilometer jeden Tag zur Arbeit, wenn der Job gut ist und wenn er gut bezahlt ist. Ob das vernünftig ist, will ich hier gar versuchen zu klären. Jedenfalls, wenn wir 65 oder 70 sind wird der Lebensraum kleiner. Dann hast du noch zwei oder drei Kilometer und da musst du alles finden können, was wirklich wichtig ist. Und darüber sprechen wir. Wir wollen selbstbestimmt leben, aber wir wollen auch mitwirken daran, dass in den Städten und Gemeinden die Quartiere, die Viertel, aber in der Fläche auch die Dörfer und die Landkreise in eine Situation kommen, in der die Menschen da wirklich gut leben können.

Lassen Sie mich einen dritten Punkt ansprechen, der mir ganz wichtig ist und bisher nicht vorgekommen ist. Wir Älteren haben 1945 erlebt, und die Zeit danach. Und wir wissen, was Krieg war und was die Zeit danach war. Und wenn wir heute auf Europa gucken, dann sehen wir: Es ist nicht so gut in Form. Ich habe in Erinnerung, und das werden viele von Ihnen auch haben, wie um 1950, 1955 herum eine große Erleichterung da war, weil sich die Verantwortlichen in Europa die Hände gegeben haben und gesagt haben: Lasst uns Freunde sein, nie wieder das, was gewesen ist. Lasst uns die Grenzbäume zersägen, lasst uns miteinander leben in diesem Europa wie in einer großen Familie in Freundschaft miteinander. Und was alles jetzt auch in Europa diskutiert wird, was alles auch an Schwierigkeiten da ist, wir Älteren müssen es den Jüngeren sagen: „Verteidigt es, sorgt dafür, dass dieses Europa nicht aufgegeben wird und dass

es zustande kommt, dass wir miteinander in Frieden und in Wohlstand leben können.“ Das ist ganz wichtig.

Jetzt sage ich, das, was ich in vielen Veranstaltungen sage. Manche werden es kennen. Man muss da so Regeln haben, an die man sich hält. Ich empfehle immer die drei L: Das erste L steht für Laufen, das kann auch schwimmen sein oder Rad fahren. Bewegung der Beine ernährt das Gehirn. Ich sage es noch einmal: Bewegung der Beine ernährt das Gehirn. Ganz wichtig, sich bewegen! Das zweite heißt Lernen. Wir wissen schon ganz viel, aber gerade bei einer solchen Veranstaltung wie dieser, im Messebereich, aber auch in den Veranstaltungen kann man vieles noch dazulernen. Also sich auf den Weg machen. Und das dritte heißt Lachen. Lachen tut man selten für sich alleine vor dem Spiegel. Sondern wenn man lacht, hat man soziale Kontakte und soziale Kontakte sind das Wichtigste, was wir in unserer Gesellschaft haben müssen. Ich gehe so weit zu sagen: Wir werden irgendwann in naher Zukunft eine zugehende Sozialarbeit haben müssen in den Städten und Gemeinden – da bin ich schon wieder bei denen – für Einpersonenhaushalte. Wir haben inzwischen Städte mit 40 Prozent Einpersonenhaushalten, davon sind 20 Prozent jung, müssen uns nicht darum kümmern. Bei den anderen aber gibt es eine ganze Reihe Menschen, die einsam und allein sind. Es gibt in Deutschland eine verheerende Krankheit und die heißt Einsamkeit und die muss nicht sein. Wir müssen alle miteinander Wege finden, die Menschen anzusprechen und dafür zu sorgen, dass keiner in dieser Gesellschaft alleine sein muss und für sich abgeschlossen dahingeht. Wir müssen miteinander leben in dieser Gesellschaft. In diesem Sinne schöne Seniorentage, alles Gute Ihnen allen miteinander.

3. ÖKUMENISCHER GOTTESDIENST

BRÜCKEN BAUEN ZWISCHEN DEN GENERATIONEN

Das Motto des 12. Deutschen Seniorentages „Brücken bauen“ stand auch im Mittelpunkt des Ökumenischen Gottesdienstes am Eröffnungstag in der Dortmunder Stadtkirche Reinoldi. Rund 400 Besucherinnen und Besucher folgten der Einladung der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit (EAfA) und des Bundesforums Katholischer Seniorenarbeit (BfKS) wie auch der Evangelischen Kirche von Westfalen und des Erzbistums Paderborn.

Zur Einstimmung in das Thema des Gottesdienstes las der Pastor der Reinoldikirche, Michael Küstermann, in der Begrüßung die Geschichte „Der Brückenbauer“ vor.



Foto: BAGSO/Georgen

Für den musikalischen Rahmen waren Sängerinnen des Jugendchores und der Seniorenkantorei verantwortlich.

Der Brückenbauer

„Du hast einen schönen Beruf“, sagte das Kind zum alten Brückenbauer, „Es muss sehr schwer sein, Brücken zu bauen.“ „Wenn man es gelernt hat, ist es leicht“, sagte der alte Brückenbauer, „es ist leicht, Brücken aus Beton und Stahl zu bauen. Die anderen Brücken sind viel schwieriger“, sagte er, die baue ich in meinen Träumen.“ „Welche anderen Brücken?“, fragte das Kind. Der alte Brückenbauer sah das Kind nachdenklich an. Er wusste nicht, ob das Kind es verstehen würde. Dann sagte er: „Ich möchte eine Brücke bauen – von der Gegenwart in die Zukunft. Ich möchte eine Brücke bauen vom einen zum anderen Menschen, von der Dunkelheit in das Licht, von der Traurigkeit zur Freude. Ich möchte eine Brücke bauen von der Zeit in die Ewigkeit, über alle Vergänglichkeit hinweg. Das wäre herrlich, wenn ich solche Brücken für alle Menschen bauen könnte, aber das ist nur ein Traum. Das Kind hatte aufmerksam zugehört. Es hatte nicht alles verstanden. Doch spürte es, dass der alte Brückenbauer traurig war. Weil es ihm eine Freude machen wollte, sagte das Kind: ich schenke dir meine Brücke. Und das Kind malte für den Brückenbauer einen bunten Regenbogen.“

Was „Brücken bauen“ für den Dialog der Generationen heute bedeutet, zeigten Präses Annette Kurschus und Weihbischof Matthias König in einer Dialogpredigt anhand einer Verheißung des alttestamentlichen Propheten Sacharja auf. Das Miteinander von Alt und Jung wurde auch durch die gemeinsame musikalische Gestaltung des Gottesdienstes durch die Sängerinnen des Jugendchores „Ensemble „Colours of Voices“ und der Seniorenkantorei an St. Reinoldi wie auch durch die Beteiligung Jugendlicher an den Fürbittengebeten zum Ausdruck gebracht.

„So spricht der HERR Zebaoth: Es sollen hinfort wieder sitzen auf den Plätzen Jerusalems alte Männer und Frauen, jeder mit seinem Stock in der Hand vor hohem Alter, und die Plätze der Stadt sollen voll sein von Knaben und Mädchen, die dort spielen.“ (Sachaja 8,4f)



Foto: BAGSO/Görgen

Präses Annette Kurschus und Weihbischof Matthias König gestalteten den Ökumenischen Gottesdienst mit einer Dialogpredigt.

Präses Kurschus ging in ihrer Predigt auf die Bedeutung des gemeinschaftlichen Miteinanders ein: *„Wie gut, wenn nach Jahren und Jahrzehnten, in denen vor allem der Einzelne, seine Freiheit, seine Leistung und seine Eigenverantwortung, im Zentrum standen, nun wieder eine Sicht des Menschen in den Blick kommt, die nach Zusammenhalt fragt und nach Verbindlichkeit – und die nach Möglichkeiten sucht, Gemeinschaft zu fördern. Denn das Gegenteil von Einsamkeit ist ja nicht etwa Versorgung oder Aufmerksamkeit, ... das Gegenteil von Einsamkeit ist Gemeinschaft.“*

Weihbischof König stellte u. a. die Gottesbegegnung im Lebenslauf in den Mittelpunkt seiner Ausführungen: *„Eine der Grundaussagen der Heiligen Schrift ist, dass Gott alle Wege des Menschen begleitet ... – also auch mit durch die verschiedenen Lebensphasen. Vielen Kindern ist er besonders nahe, weil sie noch vertrauen können ... Bei manchen Menschen öffnet das Älterwerden wieder eine Tür zu Gott. Denn die Erfahrung eigener Grenzen lässt suchen, was diese Grenzen weitet.“*

Der Gottesdienst ermutigte dazu, die Brücken zwischen den Generationen auszubauen und dem Dialog zwischen Jung und Alt mehr Raum zu geben. Er machte deutlich, dass das Miteinander der Generationen – ob wertschätzend oder abwertend, bereichernd oder belastend, gerecht oder ungerecht – mit darüber entscheiden wird, ob unserer Gesellschaft die Gestaltung des demografischen Wandels gelingt. Deshalb brauche es Brücken der Begegnung wie auch Orte der Verständigung darüber, was die Generationen voneinander erhoffen und erwarten dürfen, was sie voneinander wissen sollten und voneinander lernen können; nicht zuletzt, welche Konflikte sie miteinander austragen müssen.

Protokollführung: Jens-Peter Kruse (EAfA) und Marco Petrelli (BfKS)

4. PROGRAMM IM GOLDSAAL



Foto: BAGSO/Barajas



Foto: BAGSO/Deck



Foto: BAGSO/Görgen



Foto: BAGSO/Barajas

Impulse zum Nachdenken, Informationen, Diskussionen und Unterhaltung standen beim „Programm im Goldsaal“ im Mittelpunkt des Geschehens. Erstmals wurde dieses kurzweilige Veranstaltungsformat gewählt, um neben dem Stammpublikum auch neue Gruppen für einen Besuch des Deutschen Seniorentages zu begeistern.

Der ehemalige Bremer Bürgermeister Henning Scherf und die Gesundheitswissenschaftlerin Prof. Dr. Annelie Keil stellten ihr Buch „Das letzte Tabu“ vor und berichteten von ihren ganz persönlichen Erfahrungen mit dem Tod und Sterben. Zu welchen Leistungen Menschen trotz Verletzlichkeit und Grenzen bei schwerer Krankheit in der Lage sind, verdeutlichte Prof. Dr. Andreas Kruse am Beispiel von Johann Sebastian Bach, traditionell beim Deutschen Seniorentag mit Vortrag und musikalischen Beiträgen.

Katja Nellissen führte durch das Programm im Goldsaal und moderierte fachkundig zahlreiche Gespräche auf dem Podium.

Gemeinsam singen, weil es Spaß macht und gut für die Seele ist! Das war das Motto der Mitsingkonzerte „Dortmund singt!“. Anja Lerch und Jürgen Kleinschmidt & Tobias Schneider setzten mit diesem Format den Schlusspunkt an den Veranstaltungstagen.

Die vielen positiven Rückmeldungen und die hohe Besucherresonanz haben unser Vorhaben bestätigt.

In der vorliegenden Dokumentation veröffentlichen wir das Podiumsgespräch „Brücken bauen – für eine solidarische Gesellschaft“ und den TALK in Dortmund „Brücken bauen für eine gute Gesundheit“.

Die weiteren Programmbeiträge finden Sie als Audiomitschnitt auf www.deutscher-seniorentag.de.

- ▶ **Prof. Dr. Gerald Hüther**, Hirnforscher und Autor:
„Nur gemeinsam sind wir stark“
- ▶ **Sabine Bode**, Journalistin und Schriftstellerin:
„Kriegskinder – die vergessene Generation“
- ▶ **Dr. Marianne Koch**, Ärztin, Buchautorin und Schauspielerin:
„Gesund älter werden“
- ▶ **Gunda Krauss, Ernst Weies, Klemens Wittig**: „Nie zu alt für...“
- ▶ **Dr. Eckart von Hirschhausen**, Arzt, Kabarettist und Buchautor:
„Endlich!“ – Medizinisches Kabarett
- ▶ **Ingo Anderbrügge, Martin Kree, Hans Tilkowski, Fußballer –
Werner Hansch**, Moderator der Gesprächsrunde:
„Vom Wembley-Tor zur Champions-League – Der Fußball im Wandel der Zeit“
- ▶ **Prof. Dr. Norbert Lammert**, Bundestagspräsident a.D.
„Brücken bauen – Zukunft gestalten“



Foto: BAGSO/Geirgen

Das Programm im Goldsaal stieß auf großes Interesse bei den Besucherinnen und Besuchern.

4.1. PODIUMSGESPRÄCH: BRÜCKEN BAUEN – FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

Podiumsgäste:

- **Lisi Maier**, Vorsitzende Deutscher Bundesjugendring (DBJR)
- **Franz Müntefering**, Bundesminister a.D., Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO)

Moderation: **Katja Nellissen**, Wissenschaftsjournalistin

Zusammenfassung

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand, wie sich sowohl die junge als auch die ältere Generation für eine solidarische Gesellschaft engagieren kann. Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es unter den Generationen und wo liegen die größten Herausforderungen, um eine solidarische Gesellschaft nachhaltig zu verwirklichen?

Einleitend fragte die Moderatorin **Katja Nellissen** mit Blick auf die aktuelle Entwicklung, dass viele Politikerinnen Politiker sowie Staaten verstärkt nur noch auf ihre eigenen nationalen Interessen schauen (Stichwort „America first“), inwieweit unserer Gesellschaft die Solidarität als Wert in den letzten Jahren abhandengekommen ist und wir in einer Welt der Egoisten leben.

Solidarität: „Helfen und sich helfen lassen“

Franz Müntefering entgegnete, dass der demokratische Staat zwar in einem gewissen Maß für Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit sorgen kann, jedoch keine Solidarität verordnen kann. Diese könne nur zwischen den Menschen selbst entstehen. Solidarität zu üben, könne nur aus jedem Einzelnen heraus erwachsen, z. B. motiviert von der Überzeugung nach der Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen oder gleichen Menschenrechten.

Solidarität zu üben, sei ein großer Anspruch an sich selbst und auch nicht immer leicht, so Franz Müntefering weiter. „Solidarität bedeutet, dass wir den anderen akzeptieren, so wie er ist und wir ihn ernst nehmen.“ Wenn die Menschen in Deutschland, in Europa und in der Welt die Gleichwertigkeit der Menschen nicht respektieren, könne dies zu keiner solidarischen Welt führen. Dies gelte für alle Menschen, ob jung oder alt, einheimisch oder fremd, gesund oder krank. Die Menschen seien aufeinander angewiesen: „Helfen und sich helfen lassen, geben und nehmen. Das ist eine menschliche Maxime, die wir nicht entbehren können“, verdeutlichte Franz Müntefering.

Lisi Maier pflichtete ihm bei und betonte die Relevanz solidarischer Werte sowohl innerhalb der Jugendverbände in Deutschland als auch über die Grenzen hinaus. In internationalen Jugendbegegnungen und Jugendaustauschen, begegne man sich auf Augenhöhe, um gemeinsam an einer „besseren solidarischen Welt“ zu arbeiten. Eine große Rolle spiele dabei für die junge Generation der unter 35-Jährigen das freiwillige Engagement. Dies habe beispielsweise auch der Freiwilligensurvey der Bundesregierung deutlich gezeigt. „Die unter 18-Jährigen gehören sogar zur größten Gruppe, die sich ehrenamtlich engagieren“, betonte Lisi Maier.

„Leider Gottes“ machten sie dies mit viel weniger Zeit als noch vor 15 oder 20 Jahren. So engagierten sich 1999 die unter 18-Jährigen noch länger als sechs Stunden in der Woche, während sie dafür heute nur noch durchschnittlich zwei bis drei Stunden in der Woche aufwendeten, da auch die zeitlichen Freiräume von jungen Menschen zurückgegangen seien. Als Gründe dafür benannte sie die Ganztagschule, oder die mitunter langen Fahrzeiten zu den Schulzentren, die oft weit entfernt v. a. von den kleineren Wohnorten liegen. Ähnlich wie ältere Menschen auch, wollten sich die Jungen in ihrer Kommune engagieren, „in dem Dorf, wo sie aufwachsen oder leben“. Weil viele erst am Abend dorthin zurückkommen, „leidet dadurch natürlich auch ein Stück weit ehrenamtliches Engagement und vielleicht auch der gesellschaftliche Zusammenhalt in den Kommunen und Dörfern vor Ort“, so Lisi Maier.

Es sei ein starkes Signal, dass der Wunsch sich zu engagieren weiterhin sehr groß und ungebrochen ist. Deshalb müssten sich die Jugendverbände dafür

einsetzen, „dass junge Menschen Zeit, Ressourcen und Chancen haben, sich ehrenamtlich zu engagieren“, so die Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendrings. Dies sei deshalb auch wichtig, da Studien belegten, dass gerade diejenigen, die sich schon in jungen Jahren freiwillig engagierten, dies auch im Alter eher wieder tun. Das ist nicht nur wichtig für jeden Einzelnen sondern auch die Gesellschaft, betonte sie.

Verändertes freiwilliges Engagement und gemeinsame Herausforderungen

Franz Müntefering stellte fest, dass unter den etwa 22 Mio. Menschen, die ehrenamtlich aktiv sind, nicht nur bereits viele Ältere sind, sondern die Zahl engagierter Älterer schon aufgrund der demografischen Entwicklung weiter zunimmt.

Allerdings veränderten sich auch deren Tätigkeitsfelder – verglichen mit denen der älteren Generationen von früher. So nehme das Engagement in klassischen Vereinen, die über Nachwuchsprobleme klagen, wie z.B. Gesangsvereinen ab. Positiv sei hingegen die Entwicklung in anderen Bereichen, wie z.B. der Hospiz- und Palliativbewegung, bei der viele Ältere aktiv sind. Hier beobachte er auch eine gewisse Professionalisierung des Engagements, was aufgrund der erforderlichen Qualität bei solchen Hilfe- und Pflegetätigkeiten notwendig sei.

Eine große Herausforderung sah der BAGSO-Vorsitzende im Bereich der häuslichen Pflege, da Familienangehörige – z.B. aus beruflichen Gründen – pflegebedürftige Familienmitglieder oft nicht mehr ausreichend unterstützen könnten. Hier müsse man neue Unterstützungsangebote schaffen, die sich an der Lebenswirklichkeit orientieren. Darüber hinaus wies er auf die Forderung der BAGSO hin, eine Pflegezeit nach dem Modell der Elternzeit einzuführen. Mit diesen Herausforderungen müsse sich die Gesellschaft auseinandersetzen und Veränderungen herbeiführen, forderte Franz Müntefering, der zugleich auch eine gewisse Bereitschaft der Gesellschaft erkannte, sich hier solidarisch zu zeigen.

Die Moderatorin **Katja Nellissen** wollte wissen, ob aufgrund der veränderten Zeiträume und Tätigkeitsfelder des freiwilligen Engagements, die Rahmenbedingungen verändert oder verbessert werden müssen und wessen Aufgabe dies sei.

Es habe sich gezeigt, dass man immer wieder an den vier Feldern – Geld, Zeit, Recht und Raum – arbeiten müsse, erklärte **Lisi Maier**.

Im engen Austausch mit der BAGSO stehe man z.B. hinsichtlich der finanziellen Ressourcen, die sich in den letzten Jahren ganz unterschiedlich in Deutschland entwickelt hätten. So gebe es Kommunen, die kaum Geld dafür in die Hand nehmen, bei anderen laufe es besser. „Das kann aus unserer Perspektive nicht die Zukunft sein, sondern wir brauchen flächendeckend entsprechende finanzielle Ressourcen für ehrenamtliches Engagement“, forderte Lisi Maier.

Als eine Möglichkeit, um zeitliche Ressourcen zu verbessern, benannte sie Freistellungsmöglichkeiten für junge Auszubildende oder Berufstätige. Hier gebe



Foto: BAGSO/Geörgen

Lisi Maier, Vorsitzende des Deutschen Bundesjugenrings und der BAGSO-Vorsitzende Franz Müntefering hoben die Relevanz solidarischer Werte hervor.

es sehr unterschiedliche rechtliche Strukturen oder Rahmenbedingungen. Als Beispiel nannte sie den Anspruch auf BAföG-Verlängerung beim ehrenamtlichen Engagement. Diese werde nur gewährt, wenn man sich an der Universität, jedoch nicht in einem Verein vor Ort oder auf Bundesebene engagiere.

Auch könne es nicht hingenommen werden, dass, wenn sich rechtliche Rahmenbedingungen wie z.B. das Kinder- und Jugendhilfegesetz oder das Steuerrecht änderten, dies in der Regel mit „mehr Bürokratie für das Ehrenamt“ verbunden sei.

Bei der Raumfrage schließlich müsse man immer wieder erleben, dass sehr stark an Räumen für Kinder- und Jugendarbeit gespart wurde. Die Folge sei, dass „Kinder- und Jugendarbeit nicht mehr stattfindet oder „von denjenigen, die wir eigentlich als die Unsolidarischen in unserer Gesellschaft sehen“, übernommen würde, weil diese Alternativangebote zum gerade geschlossenen Jugendzentrum anbieten, kritisierte Lisi Maier.

Dies alles sei sicher die Aufgabe der Politik, ergänzte **Franz Müntefering**, doch es brauche Menschen, die das auch ausfüllen, wandte er zugleich ein. Er plädierte dafür, dass Städte, Dörfer oder Quartiere z.B. Ehrenamtsbüros betreiben, um sowohl den freiwillig Engagierten als auch den Hilfesuchenden eine Anlaufstelle zu bieten.

„Den Schatz, den wir Älteren gegenüber den Jungen haben ist die Zeit“, meinte der BAGSO-Vorsitzende augenzwinkernd. Und „daneben haben die meisten von uns Wissen, Erfahrung und Können, die man in der Gesellschaft gebrauchen und einsetzen kann“, betonte er, z.B., indem man je nach Möglichkeit Schulpatenschaften für lernbenachteiligte Kinder übernehme oder sich bei dem Sportpark engagiere, wo man selbst die Seniorensportangebote nutzt.

Um das Potenzial der älteren Generation zu nutzen, dürfe man nicht alles dem Zufall überlassen, sondern benötige eine bessere Organisation, war Franz Müntefering überzeugt.

In diesem Zusammenhang plädierte er dafür, sich mehr in der Kommunalpolitik zu engagieren – auch wenn dies ehrenamtlich und häufig mit viel Kritik von außen verbunden sei.

Gesellschaftliche Teilhabe einfordern und ermöglichen

Lisi Maier betonte, wie wichtig es sei alle Menschen dabei mitzunehmen, insbesondere auch junge Menschen, „die in prekären Bildungs- und finanziellen Situation aufwachsen“. In der Sinus-Jugendstudie antworte z.B. ein 15-Jähriger auf die Frage, ob er sich engagiert oder ehrenamtlich einbringen möchte: „Warum soll ich mich engagieren für eine Gesellschaft, die sich für mich nicht interessiert.“ Nur wenn sich einzelne Menschen um diese jungen Menschen kümmern und für sie einsetzen, fühlten sie sich in der Gesellschaft aufgehoben und angenommen und würden später davon wieder gerne etwas zurück an die Gesellschaft geben, folgerte sie.

Bedinge das Verlangen nach gesellschaftlicher Teilhabe auch die Pflicht des Einzelnen zuvor daran mitzuwirken, wollte **Katja Nellissen** wissen. Oder sei es Aufgabe des „Stärkeren“ in Vorleistung zu gehen?

Franz Müntefering wies auf die unterschiedlichen Rollen von Staat und Gesellschaft hin. Die ersten 19 Artikel des Grundgesetzes, in denen die Rechte und Pflichten aller Bürgerinnen und Bürger stehen, zeigten, dass „der Staat da ist, um der Gesellschaft zu dienen. Er soll die Regeln setzen für die Art und Weise wie wir zusammenleben“, so Franz Müntefering. Daraus leite sich nicht ab, dass der Staat bestimme, sondern dass jeder Einzelne mitverantwortlich für die Entwicklungen in der Gesellschaft sei und darauf auch Einfluss nehmen könne.

Keiner könne sich von dieser Mitverantwortung drücken und sagen: „Ich habe mit der ganzen Sache nichts zu tun.“ Dies gelte auch für ältere Menschen, die sich von der Gesellschaft ausgeschlossen fühlten. „Isoliert Euch nicht“, so sein Appell.

Es lohne sich immer nach Alternativen zu suchen. Er nannte ein Beispiel aus Bielefeld wo sich kleinere Gruppen von Älteren zusammengeschlossen haben, um soziale Kontakte zu pflegen, woraus so etwas wie eine neue kleine Familie erwachsen sei, in denen die Mitglieder zwar nicht zusammenwohnen, sich aber umeinander kümmern.

Vor dem Hintergrund stark zunehmender Ein-Personen-Haushalte, in denen etwa zur Hälfte Ältere vereinsamt lebten, befürchtete der BAGSO-Vorsitzende, dass man sehr bald ohne eine zugehende Sozialarbeit für diese Menschen nicht mehr auskomme. Viele von ihnen hätten nicht die Kraft, dieser Situation selbst zu entkommen. Solidarität bedeute, auch diesen Menschen eine Chance zu geben. Oft seien es ältere Frauen, deren Männer verstorben sind, die, weil sie nicht in ihrer Wohnung alleine bleiben wollen, gegen ihren Willen in eine stationäre Einrichtung ziehen. Eine Lösung sei z.B., dass für diese Menschen Netzwerke geschaffen würden, in denen sie kommunizieren und an der Gesellschaft teilhaben können.

Altersdiskriminierung von Alt und Jung abschaffen

Auf die Frage der Moderatorin, ob es verbindende Elemente der älteren und jüngeren Generation gebe und ein gemeinsames Engagement vorstellbar sei, wies Lisi Maier auf die seit Jahren bewährte Kooperation von DBJR und BAGSO in unterschiedlichen Projekten oder bei der Entwicklung gemeinsamer Positionen im Ehrenamtsbereich hin. Von gemeinsamen Interesse sei hier nicht nur der Abbau bürokratischer Hürden oder die Lösung finanzieller Fragen, es gehe auch um die Weiterentwicklung starker Verbands- und Organisationsstrukturen, innerhalb derer sich Menschen weiterhin für eine solidarische und generationengerechte Gesellschaft einsetzen können.

Sie benannte die Altersdiskriminierung als eine Ungerechtigkeit, die sowohl die junge als auch die ältere Generation betrifft und gegen die man gemeinsam vorgehen will. Im Bereich der jungen Generation seien dies z.B. Sanktionen von unter 25-Jährigen mit Hartz-IV-Bezug, der fehlende Mindestlohnanspruch der unter 18-Jährigen oder das fehlende bundesweite Wahlrecht ab 16 Jahren.

Franz Müntefering pflichtete dem bei und stellte mit Blick auf die digitalen Veränderungen das „Senioritätsprinzip“ infrage. „Ich bin der Ältere, also muss ich auch Bescheid wissen, also hab ich recht“, diese althergebrachte Aussage gelte in diesem Bereich schon lange nicht mehr. In digitalen Fragen seien die Jungen in der Regel versierter als die Alten. Doch die Möglichkeiten, die die Digitalisierung bietet, zum Beispiel im Geldverkehr oder im Gesundheitsbereich, müssten auch von den Älteren genutzt werden. Deshalb sollten sie die Chance nutzen, von den Jungen, z. B. die Großeltern von ihren Enkeln, sich die digitalen Möglichkeiten erklären lassen.

Zudem sollte man sich auch mit der Tatsache auseinandersetzen, dass im Berufsleben die Älteren nicht weiterhin automatisch höhere Positionen besetzten und mehr Geld verdienten. Dieser Herausforderung müssten sich insbesondere ältere Männer stellen, die eine solche Entwicklung oft nur schwer akzeptieren könnten.

Es gelte grundlegende technologische und gesellschaftliche Veränderungen zu reflektieren und – wie es die BAGSO bereits tue – zusammen mit den Jüngeren daran zu arbeiten, miteinander eine Gesellschaft aufzubauen, „in der jede Generation klarkommt“, so der BAGSO-Vorsitzende. Es sei Aufgabe, auch der BAGSO, auf die sich verändernden Lebenswirklichkeiten hinzuweisen und mitzuarbeiten.

Es gehe bei den Generationen nicht darum, welche die klügere ist, sondern darum, dass jede von ihrer eigenen Lebenserfahrung geprägt ist und diese dürfe keine Generation bei der anderen geringerschätzen.

Die solidarische Gesellschaft verteidigen

Auf die Nachfrage der Moderatorin wo derzeit ein „Mehr“ an Engagement und Solidarität in der Gesellschaft besonders zu wünschen sei, erklärte **Franz Müntefering**, dass ihm die offene Fremdenfeindlichkeit gegen Menschen mit anderer Hautfarbe und anderen Glauben sowie Menschen, die aus anderen Ländern nach Deutschland gekommen sind, Sorge bereite. „Das darf man sich

nicht gefallen lassen“, betonte er. Blanken Hass und arrogantes Auftreten gegenüber diesen Menschen dürfe man nicht tolerieren. „Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Gesellschaft eine Gesellschaft der Solidarität bleibt“, so der BAGSO-Vorsitzende.

Ein Plädoyer für freiwilliges Engagement

Abschließend bat **Katja Nellissen** die Gesprächsgäste die Gelegenheit zu nutzen, vor den rund 500 Zuhörenden für das freiwillige Engagement zu werben.

Die Motivation von **Lisi Maier** sich zu engagieren, beruhte auf ihrer Erfahrung, dass sie als Mädchen in einem kleinen Dorf in Oberbayern nicht Ministrantin werden durfte. „Daraufhin bin ich in meinem Verband, in die Kolpingjugend, eingestiegen“, berichtete sie. Diese erfahrene Ungerechtigkeit habe sie immer angetrieben und angespornt, auch für andere etwas zu verändern und gemeinsam mit anderen mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft zu verwirklichen. Ihr Jugendverband habe ihr viele Möglichkeiten geboten aktiv zu sein, erst im Dorf, später dann im internationalen Kontext mit Partnern in Ecuador und auf dem Balkan. „Hier habe ich die Erfahrung gemacht, dass man auch im Kleinen viel verändern und bewegen kann.“ Diese wertvolle Erfahrung als Jugendliche wolle sie weitergeben und werde sie ihr ganzes Leben lang prägen.

Franz Müntefering richtete sich direkt an die „bereits vielen Aktiven“ im Saal. Dafür, dass sie etwas Gutes tun, verdienten sie zunächst einmal viel Lob. Des Weiteren forderte er alle anderen auf, sich zu überlegen, wo sie sich selbst einbringen könnten. Denn aus eigener Erfahrung wisse er, dass man sich dabei nicht aufopfere, sondern „es nutzt einem auch selbst“, da man gesund und aktiv bleibe. Freiwilliges Engagement beruhe auf Gegenseitigkeit: „Wenn man anderen hilft, hilft man immer auch sich selbst und das kommt einem auch selbst zugute“, so sein Fazit.

4.2 TALK IN DORTMUND: BRÜCKEN BAUEN FÜR EINE GUTE GESUNDHEIT

Podiumsgäste:

- **Prof. Dr. Annelie Keil**, Gesundheitswissenschaftlerin und Autorin
- **Prof. Dr. Andreas Kruse**, Gerontologe, Direktor des Instituts für Gerontologie, Universität Heidelberg
- **Franz Müntefering**, Bundesminister a.D., Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO)
- **Ulla Schmidt**, MdB, Bundesministerin a.D., Vorsitzende der Bundesvereinigung Lebenshilfe

Moderation: **Dr. Dennis Ballwieser**, Senioren Ratgeber

Am letzten Veranstaltungstag des Deutschen Seniorentags diskutierten nach dem Impulsreferat von Prof. Dr. Andreas Kruse die Podiumsgäste beim „TALK in Dortmund“ darüber, welche Faktoren für ein möglichst gesundes und selbstbestimmtes Alter(n) verantwortlich sind. Im Mittelpunkt standen die Aspekte „Gesundheit und Prävention“, „Pflege“, „die Rolle der Kommunen für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ und „die Herausforderungen für ein selbstbestimmtes Leben“.

„Rahmenbedingungen schaffen, um Gesundheit zu verwirklichen“

Zu Beginn begrüßte **Prof. Dr. Andreas Kruse** die Gäste im Goldsaal. Er wolle bei seinem Vortrag gemeinsam mit ihnen darüber nachdenken, was Gesundheit – speziell im höheren bzw. hohen Alter – bedeutet, wie die gesundheitliche Versorgung in Deutschland zu betrachten ist, welche Komponenten in der gesundheitlichen Versorgung gestärkt oder verändert werden könnten und inwiefern Begriffe wie Autonomie, Selbstbestimmung und Teilhabe eine Bedeutung für den gesundheitsbezogenen Diskurs besitzen.

Zu Beginn zitierte er Prof. Viktor von Weizsäcker aus seinem Werk über die psychosomatische Medizin mit folgender Definition von Gesundheit: „Gesundheit ist nicht ein Kapital, das wir kontinuierlich aufzehren, sondern Gesundheit ist etwas, was wir tagtäglich neu schaffen müssen.“

Hier habe ein Mediziner geäußert, was beispielsweise für die gerontologische Forschung, aber eben auch die psychologische, medizin-soziologische, medizin-psychologische Forschung so bedeutsam sei. „Inwiefern gelingt es uns, die Eigenaktivität des Menschen in einer Weise zu fördern, indem wir Lebensstile aufbauen, aufrechterhalten, und in positiver Weise verändern?“, fragte Andreas Kruse und weiter: „Inwiefern gelingt es uns, die Eigenaktivität des Menschen zu fördern, die diesen in die Lage versetzt, immer und immer wieder das zu verwirklichen, was er bzw. sie unter Gesundheit versteht?“

Eigenaktivität, Selbstbestimmung, Teilhabe, und Gesundheit würden stark von den Lebensbedingungen, die Menschen in verschiedenen Lebensaltern vor-



Foto: BAGSO/Barajas

Der Goldsaal war beim TALK in Dortmund bis auf den letzten Platz gefüllt.

finden, abhängen. So wisse man z.B., dass Menschen aus unteren Sozial- und Bildungsschichten eine durchschnittlich sechs bis sieben Jahre niedrigere Lebenserwartung hätten als Menschen aus den mittleren und höheren Bildungsschichten. Der Grund: Es falle ihnen schwerer bzw. sie würden behindert, einen gesundheitsförderlichen Lebensstil zu entwickeln.

Deshalb sei es Aufgabe der Politik, positiv auf die Lebensverhältnisse einzuwirken. Dies schließe unterschiedliche Lebensbereiche, die gesundheitsförderlich gestaltet werden müssen, mit ein, z.B. barrierefreies Wohnen, eine alters- oder generationenfreundliche Sozialraumgestaltung oder Teilhabe. Damit schaffe man die Rahmenbedingungen, in denen Menschen Gesundheit verwirklichen können.

Wie könne dies für das Individuum gelingen, fragte er. Indem Menschen beispielsweise anfangen, darüber nachzudenken: „Wo liegen meine Ressourcen? Welche schützenden Faktoren gibt es? Wo liegen meine Lebenskräfte? Welches sind die Aspekte des Alltags, die mir guttun? Inwiefern lebe ich in fruchtbaren Beziehungen, in denen ich mich austauschen kann?“

Entscheidend sei, „dass das Individuum immer und immer wieder zu sich selbst findet“, betonte Andreas Kruse. In diesem Prozess seien auf der einen Seite medizinische Fragestellungen wichtig, auf der anderen Seite aber auch psychologische, soziologische oder kulturwissenschaftliche. Denn Menschen lebten in unterschiedlichen soziokulturellen Milieus mit ganz unterschiedlichen Vorstellungen von Gesundheit oder auch von Therapie und Pflege.

„Ich finde die Forderungen der BAGSO sehr gut, dass wir parallel zum Konstrukt der Elternzeit das Konstrukt einer Familienzeit stark machen, um Familie und Beruf zu verbinden und Menschen, die einen Partner oder die Eltern pflegen, die Möglichkeit geben, dass sie steuerfinanzierte Lohnersatzleistungen erhalten, um auf diese Art und Weise zu Hause Pflege leisten zu können“, betonte Andreas Kruse. Er sei deswegen so gut, weil er einerseits Pflegenden immer wieder vor Augen führt, nicht von der Gesellschaft vergessen worden zu sein und er es ihnen andererseits ermögliche, Pflege überhaupt leisten zu können.

„Das ist eine ganz bedeutsame Antwort in einer hochaktuellen Diskussion zur Gegenwart und zur Zukunft der Pflege“, so ein Fazit.

Die Impulse, die Anfang der 2000er Jahre vom Bundesgesundheits- und vom Bundesfamilienministerium ausgegangen seien, nämlich für ein umfassendes Verständnis von Gesundheit und Pflege im Kontext (a) gesellschaftlicher Verantwortung, (b) der Wohnraumgestaltung, (c) der Integration von Beruf und Familie, (d) der Sozialraumgestaltung und der Teilhabe, könnten heute nicht hoch genug bewertet werden, war er sich sicher. All diese (rechtlichen) Überlegungen gelte es weiterzudenken und in die heutige Zeit zu übertragen, so Prof. Dr. Andreas Kruse.

Der Direktor des Instituts für Gerontologie wies auf die Kooperation seiner Einrichtung mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung hin, in der man daran arbeite, gesundheitsbezogenes Wissen zu verbreiten, z. B. indem man über gute Präventionsangebote nachdenke oder Rehabilitationsstudien durchführe. Der Wahlspruch des Programms „Altern in Balance“ meine, eine Balance zwischen der körperlichen, seelischen, geistigen, sozialen und kulturellen Dimension des Individuums herzustellen und dabei auch dessen Sinnsuche ausdrücklich einzubeziehen. Balance bedeute zudem, dem Individuum ein Gefühl für körperliche, kognitive und emotionale Aktivität zu geben, die ihm gut tut. Des Weiteren bedeute Balance aber auch z. B. Formen des körperlichen und kognitiven Trainings in die unterschiedlichsten Kontexte oder Settings älterer Menschen hineinzubringen, damit sie ein Gefühl für ihre Gesundheit entwickeln.

Prof. Dr. Andreas Kruse verwies auf den italienischen Philosophen Pico della Mirandola, der im Übergang vom 15. zum 16. Jahrhundert das erste Mal in unserer Kulturgeschichte gezielt die Frage stellte: „Was macht die Würde eines Menschen aus?“ Dabei habe er sich auf drei Faktoren konzentriert. „Das erste, was der Mensch leben können muss, ist Freiheit. Das zweite ist die Selbstgestaltung. Der Mensch muss ein Gefühl dafür haben, dass er in der Lage ist, seinen Lebensweg, seine Entwicklung selbst zu gestalten und dass das nicht nur eine Freiheit ist, sondern dass damit auch eine Verantwortung sich selbst

gegenüber angesprochen ist. Und das dritte ist die Weltgestaltung. Pico della Mirandola macht die Würde des Menschen auch an der Möglichkeit fest, dass wir Welt gestalten können und das bedeutet, dass wir alle Freiheiten zur Teilhabe haben, d.h. alle Freiheiten dazu, dass wir die Welt mitgestalten, dass wir im öffentlichen Raum gehört werden, dass wir den öffentlichen Raum in gleicher Weise beeinflussen, wie unsere Mitmenschen auch“, zitierte er die Gedanken des Philosophen.

Sein Kompliment gelte daher der BAGSO, die mit dem Programm des Deutsche Seniorentages zeige, wie nicht nur individuelle, sondern auch soziale, gesellschaftliche und kulturelle Verantwortung gelebt werde. Denn die Themen, über die man diskutiere, gingen über das Individuum hinaus und ließen Verantwortung für das Gemeinwohl, für die Demokratie und für die Solidarität erleben und könnten dazu antreiben.

Da er die Ehre gehabt habe, die Altenberichtscommission der Bundesregierung zu leiten, die sich mit der Frage der Verantwortung von Kommunen beschäftigt hat, wolle er abschließend dieses Thema aufgreifen. In der Kommission habe man viel über zentrale Begriffe der Politik, z.B. die Daseinsvorsorge, die Gerechtigkeit, die Subsidiarität und die Solidarität nachgedacht und wie man diese schärfen könne. Gesundheitliche Versorgung, soziale und pflegerische Begleitung, Versorgung und Betreuung müssten mehr vernetzt und zunehmend in die Hände der Kommunen gelegt werden, „weil vor Ort am besten entschieden und geplant werden kann“, sagte Andreas Kruse. Dabei müsse auch immer wieder überlegt werden, wie die Ressourcen schlechter gestellter Kommunen gesteigert werden könnten, damit sie die Verantwortung im Sinne eines Case- und Care-Managements übernehmen wollen und können. Für die Kommission sei daher die Frage der Vernetzung, aber auch die Frage der Sicherstellung von gesundheitlicher und pflegerischer Versorgung, von höchstem Interesse gewesen, da sie die Rahmenbedingungen der Erhaltung von Gesundheit vorgeben, berichtete er.

Schließlich habe man sich in der Altenberichtscommission auch mit der Frage auseinandergesetzt, ob der demografische Wandel per se eine Gefahr und

eine Belastung für unsere Gesellschaft darstellt. Das sei nach Auffassung der Kommission keineswegs der Fall. Die Herausforderung des demografischen Wandels betreffe die unterschiedlichsten Bereiche unseres Gemeinwohls aber auch jedes Individuums, das sich die Frage stellen müsse: „Was willst du für die Demokratie tun?“ Die Politikwissenschaftlerin Hannah Arendt habe gesagt: „Wenn der Mensch sich nicht nur als ein Individuum herausgefordert sieht, sondern auch und vor allen Dingen als ein Individuum, das den öffentlichen Raum, das die Gesellschaft mitgestaltet, dann ist das eine Grundlage dafür, dass Eigeninitiative in Gang gesetzt wird, dass etwas Neues geschaffen wird.“ Sie spreche dabei von Initium, vom Anfang, vom gebürtlichen Leben und sage, dass gerade in der Auseinandersetzung mit anderen Menschen, in der Teilhabe und im Ergreifen von Initiative etwas ganz Neues, etwas Gebürtliches entstehen könne. „Das ist für mich die schönste Definition von Gesundheit, dass wir kreativ sind, dass wir schöpferisch sind, dass wir gebürtlich leben“, so der Gerontologe. Gesellschaft und Politik müssten die Rahmenbedingungen dafür schaffen, „dass diese Initiativfähigkeit des Menschen, dass seine Gebürtlichkeit nicht geschwächt, sondern im Gegenteil gestärkt wird“, schloss Prof. Dr. Andreas Kruse.

Gesundheit und Prävention stärken

Als Diskussionseinstieg zum Themenkomplex „Prävention“ griff Moderator **Dr. Dennis Ballwieser** die Rede Franz Münteferings von der Festveranstaltung zur Eröffnung des Deutschen Seniorentages auf, in der er vor den Folgen der Bewegungsvermeidungsgesellschaft warnte und fragte ihn, wie er sich vorstellen könne, dies zu verändern.

Die weltweite Tendenz der Menschen, sich immer weniger zu bewegen widerspreche der Evolution des Menschen, erklärte **Franz Müntefering**. Das treffe zwar nicht auf alle zu, doch die meisten müssten sich schon mit der Frage auseinandersetzen, wie gesund diese Entwicklung für einen selbst sein kann. Untrennbar mit der körperlichen Bewegung verbunden sei schließlich auch die Gesundheit des Gehirns. Bewegung sei aus seiner Sicht ein wichtiger Ansatz,

da durch die Bewegung gut soziale Kontakte gepflegt werden könnten, z.B. durch regelmäßige Sporttreffs mit Gleichgesinnten. „So verbinden sich Bewegung und Begegnung miteinander“, so Franz Müntefering.

Seiner Ansicht nach könne man damit gar nicht früh genug beginnen, am besten in der Kindheit. Doch auch für 80-Jährige gebe es eigentlich keine Ausrede, sich nicht zu bewegen. Wenn es nicht mehr die Morgengymnastik im Bad sein soll, so könne jede Treppenstufe, die man mehr steigt, zur eigenen Gesundheit beitragen. Zwar gebe es keine Garantie für die Gesundheit, aber die Chance von vernünftiger Bewegung zu profitieren und dadurch einigermmaßen gesund durchs Leben zu kommen, sei groß.

Gerontologische Arbeiten haben **Prof. Dr. Andreas Kruse** zufolge gezeigt, dass Bewegung und Kognition zusammenhängen. Bewegung fördere die gefäß- und die neurophysiologischen Grundlagen für Denkprozesse. Er berichtete von den Ergebnissen einer Studie kanadischer Kollegen, die alte Menschen in zwei Gruppen mit ähnlicher Hirnstruktur und intakten Nervenzellen aufteilten. Während die Mitglieder der Gruppe 1 – die Kontrollgruppe – ihr Bewegungsverhalten im fünf- bis sechsmonatigen Untersuchungszeitraum nicht veränderte, steigerten die Mitglieder der Gruppe 2 das Bewegungsverhalten. Bereits nach zwei Monaten wiesen die Probanden von Gruppe 2 ein differenzierteres neuronales System auf. „Körperliche Aktivität trägt signifikant dazu bei, dass unser Gehirngewebe erhalten bleibt“, so der Gerontologe.

In diesem Zusammenhang plädierte er nicht nur dafür, schon früh mehr Sport und Bewegung in den Schulunterricht zu integrieren, sondern auch mehr Wert



Foto: BAGSO/ Görgen

Prof. Dr. Andreas Kruse plädierte dafür, früh mit Sport und Bewegung zu beginnen und auch im Alter fortzusetzen.

auf Musik zu legen, die sowohl Kognition als auch Emotion und Motorik fördere. Damit verbinde man nicht nur ganz unterschiedliche Bereiche, sondern fördere auch die soziale Komponente. Ähnliches könnten übrigens auch andere Fächer wie Kunst oder Ethik leisten, die leider immer weniger zum Schulalltag gehörten, die sich aber allesamt sehr positiv auf die individuelle Entwicklung auswirkten.

Dr. Dennis Ballwieser verwies auf die Bedeutung der Ernährung für die Gesundheit und bezog damit Ulla Schmidt, ehemalige Bundesgesundheitsministerin, mit in die Diskussion ein. Nach bisher gescheiterten Ansätzen, die Gesundheit von Nahrungsmitteln über eine Ampel zu kennzeichnen, wollte er von ihr wissen, was man politisch unternehmen könne, um solche Informationen einfach und verständlich an den Verbraucherinnen und Verbraucher weiterzugeben.

Widerstände gegen solch gute Ansätze dürften nicht entmutigen, betonte **Ulla Schmidt**. Es gebe auch ermutigende Beispiele, wie die Einführung gesunder Ernährung in Schulen oder Kindergärten. In solchen Programmen, die damals das Gesundheitsministerium zusammen mit dem Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft auf den Weg gebracht habe, würden Kinder früh an gesunde Ernährung herangeführt. Es seien zudem viele positive Dinge ins Präventionsgesetz mit eingeflossen, die nicht überall konsequent umgesetzt werden würden, berichtete die Bundesministerin a.D.. Es sei ein immer wiederkehrendes Problem, dass vieles, was mit großem Engagement begonnen wurde, nicht nachhaltig umgesetzt werde. Daran müsse man konsequent weiterarbeiten, auch wenn hier der Föderalismus so manches erschwere.

Von **Prof. Dr. Annelie Keil** wollte der Moderator wissen, welche Ansätze dabei helfen könnten, damit auch ältere Menschen, die nicht mit dem Präventionsgedanken aufgewachsen sind, im Alter Prävention betreiben.

Ihr persönlich habe geholfen, dass sie in ihrer wissenschaftlichen Karriere bedeutenden Vordenkern begegnet ist. Sowohl Viktor von Weizsäcker als auch

Ivan Ilic mit seinen großen „Thesen zur Enteignung der Gesundheit“ hätten sie dazu gebracht zu hinterfragen, was dem Leben Sinn gibt und was die Hintergründe einer Krankheit sein könnten. Bei all den Gesundheitsrisiken und wichtigen Präventionsansätzen gab sie zu bedenken, dass man insbesondere im Alter oft vergesse, „dass das Leben Abenteuer ist, das wirklich jeden Morgen neu beginnt“ und man sich auf vieles im Leben nicht vorbereiten könne.

Sie wünsche sich aber, dass beim Thema Prävention mehr die soziale, seelische und geistige sowie v.a. die spirituelle Dimension, mit der Frage nach dem Sinn des Lebens, berücksichtigt würden und plädierte dafür, die WHO-Definition „Gesundheit ist ein Wohlbefinden“, zu verinnerlichen.

Obwohl es natürlich nicht die Intention von Präventionsprogrammen sei, wies sie darauf hin, dass viele Programme bei älteren Menschen auch Scham und Schuldgefühle auslösten, nämlich bisher „alles falsch gemacht zu haben“. Diese Empfindung einer „Totalkritik“ – wie man es häufig auch beim Thema Pflege erlebe – sei schädlich für das Selbstbewusstsein jeder Person, fand Prof. Dr. Annelie Keil.

Ulla Schmidt pflichtete dem bei und betonte, wie wichtig es sei, „bei Prävention nicht als Schulmeister aufzutreten, sondern Angebote zu machen“. Es sei eine Frage der Lebensqualität, diejenigen Angebote, die für einen passen, selbst auszuwählen.

Pflege aufwerten

„Prävention ist eine Schnittstelle zum Thema „Pflege“, leitete Dr. Dennis Ballwieser zum nächsten Themenkomplex über. Pflege sei ein vielschichtiges Thema mit vielen Konflikten und Unvereinbarkeiten. Er wollte vom BAGSO-Vorsitzenden wissen, ob die BAGSO-Forderung nach einer staatlich finanzierten Lohnersatzleistung alle Probleme beseitigen könne oder nur ein Auftakt zu weiteren notwendigen Veränderungen sei.

„Das Thema Pflege ist sehr viel breiter als nur die Betroffenheit in der jeweiligen Familie, in der die Angehörigen Pflegenden sind, und deshalb ist diese Forderung der BAGSO auch nicht unsere einzige Forderung“, betonte **Franz Müntefering**.

Zunächst einmal gelte der Appell an jede und jeden, ihr bzw. sein Leben „vernünftig“ und „selbstverantwortlich“ zu gestalten, da dies einer unnötig frühen, vielleicht sogar dauerhaften Pflegebedürftigkeit vorbeugen könne.

Es müsse auch der Pflegeberuf mehr Wertschätzung erfahren. Fach- und Hilfskräfte müssten besser akzeptiert und auch besser bezahlt werden, nicht nur in Krankenhäusern und Kinderkrankenhäusern, sondern auch in Pflegeheimen und im ambulanten Bereich.

Besonderer Aufmerksamkeit gelte der Pflege zu Hause, wo immer noch der größte Anteil der Pflegebedürftigen von Familienangehörigen gepflegt werde. Deshalb sei die Pflegeversicherung, die man 1994/95 auf den Weg gebracht habe, ein wichtiger Schritt zur Anerkennung dieser Leistung gewesen. Jetzt müsse sie aktualisiert werden.

Es sei eine klare Botschaft der BAGSO, dass pflegende Angehörige, die für Pflegetätigkeiten ihren Beruf zeitweise reduzieren, einen Ausgleich dafür erhalten müssen, im Ansatz ähnlich zu den bereits existierenden Kindererziehungszeiten. Eine solch wichtige Tätigkeit sei sowohl Rentenrechnungszeiten als auch einer Entlohnung wert, sagte der BAGSO-Vorsitzende.

Zudem werde sich das Problem noch weiter zuspitzen, weil Familien kleiner werden, oder weit auseinanderlebten, was dann v.a. wiederum Pflegeheime vor große Probleme stellen werde. Auch immer mehr Pflegekräfte aus dem Ausland zu holen, wie bisher, sei keine Lösung. Aufgrund dieser Herausforderungen sei man daher gut beraten, an die pflegenden Angehörigen ein klares Signal zu senden, ihre herausragende Arbeit zu honorieren und sie zu unterstützen.

Er begrüßte, dass in diesem Bereich auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundesministerin Franziska Giffey sowie Minister Karl-Josef Laumann



Foto: BAGSO/Görgen

Die Aufwertung der Pflege war zentrales Thema beim TALK in Dortmund. v.l.: Franz Müntefering, Ulla Schmidt, Dr. Dennis Ballwieser, Prof. Dr. Annelie Keil und Prof. Dr. Andreas Kruse.

aus Nordrhein-Westfalen in ihren Ansprachen dringendes Handeln angemahnt hätten. Franz Müntefering forderte ein Konzept ein, das bereits für 2020 und die darauffolgenden Jahre klare Antworten für die Entwicklung der Pflege gibt. Es dürfe kein ‚weiter so wie bisher‘ in der Pflege geben. „Deshalb werden wir uns sehr engagieren, hier zu guten Ergebnissen zu kommen und Druck machen“, stellte er klar.

Dr. Dennis Ballwieser wollte von Ulla Schmidt wissen, ob die von Nordrhein-Westfalen geplante Einrichtung von Pflegekammern – ähnlich den Ärztekammern – dazu beitragen könnten, die Pflege zu stärken.

„Die Pflege braucht diese Kammer, damit sie gleichberechtigt mitreden kann“, ist **Ulla Schmidt** überzeugt. Dies habe z.B. auch die Einführung der Psychotherapeutenkammer gezeigt, die nicht zum Untergang des deutschen Gesundheitswesens geführt, aber die Psychotherapie gestärkt habe. Mit dem Instrument könne auch das Selbstwertgefühl der Pflege gestärkt werden, um bei Fragen der Entlohnung, der Arbeitsbedingungen, der Ausbildung oder der Pflegequalität mitreden zu können.

Wer Pflege stärken will, muss „dicke Bretter bohren“, so die Erfahrung der Bundesministerin a.D. „Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem“, konstatierte sie. Wer wirklich junge Menschen für den Beruf begeistern wolle, müsse jetzt daran arbeiten. So sei es gelungen, „dass die Altenpflege ein Ausbildungsberuf wird, dass endlich das Schulgeld abgeschafft wird“, freute sich Ulla Schmidt. Jetzt habe man sogar eine Ausbildungsvergütung und die geplante generalisierte Pflegeausbildung könne dazu beitragen, unterschiedliche Bezahlungen in Pflegeberufen abzuschaffen. Die Pflege könne so zu einem hochqualitativ anspruchsvollen Beruf aufgewertet werden und dadurch mehr Kompetenzen fordern und Aufstiegschancen fördern.

Die Forderung der BAGSO nach einer Elternzeit für die Pflege mit einer entsprechenden Honorierung unterstützte Ulla Schmidt „zu 100 Prozent“, da man ansonsten die Probleme in der Pflege nicht lösen könne. Pflegende Angehörige, die zwei, drei Personen in der Familie pflegten, müssten höhere Rentenansprüche erwerben. Sie müssten familienkrankenversichert werden und „wenn wir da wirklich etwas erreichen wollen, muss im Grunde genommen ein Pflegegeld gezahlt werden, nach dem Vorbild des Elterngeldes“, forderte Ulla Schmidt. Man müsse da ein wirkliches Angebot an die Pflegenden machen. So könne man z.B. auch darüber nachdenken, das Geld an die pflegenden Angehörigen auf ein halbes Jahr pro Familienmitglied zu beschränken, „damit es auch einmal einen Wechsel gibt und nicht nur immer die Frauen das alleine machen“. Hier gebe es noch viele Entwicklungspotenziale, war die Bundesministerin a.D. überzeugt.

Für gleichwertige Lebensverhältnisse sorgen

„Wie ist ein selbstbestimmtes gutversorgtes Leben in jedem Alter in Deutschland möglich?“ Um diese Kernfrage zu beantworten, komme man nicht drum herum, über die Kommunen zu sprechen, leitete der Moderator **Dr. Dennis Ballwieser** auf das nächste Thema über. Sei die finanzielle Ausstattung der Kommunen so, dass sie sich der Herausforderung einer wohnortnahen Versorgung stellen könnten, oder gehe es um mehr als nur Geld, fragte er den Mitverfasser des Siebten Altenberichtes Prof. Dr. Andreas Kruse.

Viel stärker als in den Altenberichten zuvor, in denen das einzelne Individuum stärker im Fokus stand, habe man im Siebten Altenbericht den kommunalen Kontext beleuchtet und die Möglichkeit und Grenzen der Kommunen in Bezug auf die Daseinsvorsorge diskutiert, erklärte **Prof. Dr. Andreas Kruse**. In Deutschland besteht eine „ausgeprägte Ungleichheit der Kommunen und der Regionen, was die Ressourcenausstattung angeht“, lautete ein Ergebnis des Altenberichtes. Dies könne dazu führen, dass die Forderung nach einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Teilen gar nicht umgesetzt werden könne, mahnte er.

Deshalb habe man der Bundesregierung vorgeschlagen, eine Gesamtstrategie zu entwickeln, um alle Kommunen in die Lage zu versetzen, eine sektorenübergreifende Politik für und mit älteren Menschen zu betreiben.

Die Ressourcenfrage sei zwar die erste, aber nicht die einzige Frage, wie Kommunen gestärkt werden können. Eine andere wichtige Frage sei die nach dem Leitbild der Kommune. Beinhaltet dieses auch eine generationenfreundliche Strukturpolitik, also auch eine altenfreundliche Politik? Bei vielen Kommunen sei dies leider noch nicht so, lautete ein Erkenntnis aus dem Altenbericht.

Die Kommission habe sich besonders stark dafür gemacht, dass im Altenbericht auch die Frage der sozialen Gerechtigkeit gestellt und systematisch bearbeitet wird. „Das ist dann nicht mehr nur eine Frage der intergenerationellen Gerechtigkeit, sondern auch der intragenerationellen Gerechtigkeit.“ Hier komme man schnell in einen Bereich, „der wehtue“, erklärte Prof. Dr. Andreas Kruse. Als Beispiel führte er den Sozialpass an. Dieses Angebot gelte es zu stärken, denn unabhängig von der Generationenzugehörigkeit gebe es viele Menschen, die keine Ressourcen hätten, um kommunale Angebote zu nutzen. Bei der Finanzierung komme dann „Subsidiarität und Solidarität in reiner Form“ ins Spiel. „Inwiefern sind wir z.B. bereit, jenen Menschen, die genug haben, einen höheren Beitrag abzuverlangen, wenn es um eine kommunale Leistung geht?“, fragte er. Über diese intragenerationelle Gerechtigkeitsfrage müsse in der Öffentlichkeit eine sehr intensive ethische und politische Diskussion geführt werden, so Prof. Dr. Andreas Kruse.

In der Diskussion um die vielen Lösungsansätze gehe es darum, die Generationen zusammenzubringen und darüber nachzudenken, was der Einzelne mit seinen Ressourcen und Kräften zu einer lebendigen Kommune beitragen kann, also das klassische Subsidiaritätsprinzip. Dies sei ein wichtiger Beitrag auch zur Demokratie. Das Thema Alter und das Thema Mehrgenerationenbeziehung wirklich in einen Demokratiediskurs zu bringen, dies sehe er als eine der großen Herausforderungen an, für die sich z.B. auch die BAGSO vorbildlich einsetze, schloss der Gerontologe.

„Was kann gegen die Ungleichheit der Lebensverhältnisse, die dramatisch zunimmt getan werden?“, sei eine zentrale Frage, die mit höchster Priorität von der Politik beantwortet werden müsse, konstatierte auch **Franz Müntefering**. Daher gehöre der Siebte Altenbericht auf die Tagesordnung des Bundestages und nicht in den Schrank. Die im Bericht enthaltenen Erkenntnisse forderten zum Handeln in vielen Bereichen auf.

Es müssten mit Blick auf die älter werdende Gesellschaft Lösungen her, z.B. um die medizinische Versorgung auf dem Land zu verbessern. Auch die Interessenvertretung für Ältere müsse gestärkt werden. So habe etwa jede Stadt einen Kinder-/Jugendhilfeausschuss, vergleichbares für Senioren gebe es aber nicht.

„Es ist alles aufgeschrieben, jetzt geht es darum, wie man daraus klassische Gesetze macht“, sagte Franz Müntefering. Zu überlegen sei, ob man etwa ein Altenhilfestrukturegesetz benötigt, auf dessen Basis die Kommunen ermächtigt und finanziell so ausgestattet werden, dass sie für die ältere Bevölkerung eine vernünftige Politik betreiben können, etwa in Bezug auf Demenz, den Auf- oder Abbau von Pflegeeinrichtungen etc.

Die BAGSO werde sich weiter dafür einsetzen, dass intensiv daran gearbeitet wird, die Kommunen unter dem Gesichtspunkt der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse – auch der älteren Generation – instand zu setzen, sicherte er zu.

In diesem Zusammenhang betonte **Prof. Dr. Annelie Keil** noch einmal neben der Eigenverantwortung jedes Einzelnen auch die Bedeutung sozialer Strukturen für die Menschen, sei es in der Familie bzw. den unterschiedlichen Lebensgemeinschaften, die an ihrer Stelle getreten seien, wie z.B. auch Nachbarschaften oder Kolleginnen und Kollegen. Alle ‚sitzen in einem Boot‘ und trügen daher Verantwortung für den anderen. Man müsse lernen, dass eine „Kultur der mitmenschlichen Sorge“, notwendig sei.

Selbstbestimmt leben in einer inklusiven Gesellschaft

Das bringe ihn zum vierten Themenkomplex: das selbstbestimmte und selbstverantwortliche Leben, so **Dr. Dennis Ballwieser**. Er sprach Ulla Schmidt als Vorsitzende der Bundesvereinigung Lebenshilfe an, die sich für ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung einsetzt. „Welche Herausforderungen erwachsen für die nächsten Jahrzehnte dadurch, dass Menschen immer älter werden?“, wollte der Moderator wissen.

„Ich bin eine große Anhängerin der Behindertenrechtskonvention, weil in ihr erstmals das Recht auf Teilhabe als unveräußerliches Menschenrecht festgehalten wurde“, unabhängig davon, ob eine Behinderung vorliege oder nicht, erklärte **Ulla Schmidt**. Sie wies darauf hin, dass der größte Anteil der Menschen mit Behinderung diese erst im Laufe des Lebens durch Krankheiten, Unfälle oder andere Ereignisse erwirbt. Da es jeden treffen könne, sei es wichtig für eine barrierefreie, inklusive Gesellschaft einzutreten.

Selbstbestimmt zu leben habe auch immer mit den Wünschen und dem Wahlrecht des Menschen zu tun, konstatierte sie. Doch stoße man damit schnell an die Grenzen, wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmten. Als ein Beispiel nannte sie die Verkehrspolitik. Die Anbindung an den ÖPNV bedeute für viele mobil zu sein oder nicht. Dies habe einen entscheidenden Einfluss auf die Wohnqualität und somit auch auf das selbstbestimmte Leben.

Wie eine inklusive Kommune aussieht, sei schließlich eine Frage der Planung, auf die z. B. auch Seniorenbeiräte Einfluss nehmen können. Neben dem ÖPNV betreffe dies auch Themen wie die Pflegeberatung, die medizinische Versorgung oder Betreuungsangebote, von denen in der Regel auch alle Generationen profitierten.

Im Koalitionsvertrag steht, „dass das, was der Bund entscheidet, auch für die Kommunen bezahlt werden muss“, freute sich Ulla Schmidt. Denn die Kommunen müssten aus der Verschuldungsfalle herausgeholt werden. Das Grundgesetz müsse z. B. dahingehend geändert werden, dass der Bund die Instandsetzung maroder Schulen oder Sporthallen in den Kommunen auch direkt finanzieren könne.

Ein weiterer wichtiger Schritt hin zu einer inklusiven Gesellschaft sei das Bundesteilhabegesetz, das für Menschen mit Behinderung viele Verbesserungen vorsieht. Von barrierefreien Straßen würden allerdings alle Menschen profitieren, auch Ältere die auf einen Rollator angewiesen sind, oder Familien mit Kinderwägen, betonte Ulla Schmidt.

Zudem hätte auch die Veränderung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs und ein erweiterter Präventionsgedanke, in dem die Pflegeversicherung z. B. auch Leistungen im Vorfeld einer Pflegebedürftigkeit übernimmt, zu einem selbstständigen, selbstbestimmten Leben beigetragen.

Ulla Schmidt befand, dass man damit auf dem richtigen Weg sei, auch wenn sie sich gewünscht hätte, dass alles etwas schneller umgesetzt worden wäre. Doch Mehrheiten für Veränderungen in einer föderalen Demokratie zu organisieren, dauere eben auch seine Zeit.

Prof. Dr. Annelie Keil ergänzte, dass ein selbstbestimmtes Leben im Alter, bereits in der Kindheit und Jugend geprägt wird. Denn in der Sozialisation würden sehr viele Grundlagen für das Leben gelegt bzw. erlernt.

Über die wichtige Frage was selbstbestimmtes Leben bedeutet, wünsche sie sich viel mehr Diskussionen, von denen man ebenfalls viel lernen könne, z. B. ähnlich der „großartigen“ Bundestagsdebatte über das selbstbestimmte Sterben.

Lernen, selbstbestimmt im Alter mitentscheiden zu können, bedeute aber auch, sich nicht den Lebensrealitäten zu verweigern. Viele alte Menschen warteten mit entscheidenden Veränderungen (z. B. der Wohnsituation) so lange, bis ihnen eine Entscheidung abgenommen werde und sie keinen Einfluss mehr darauf hätten, fand die Gesundheitswissenschaftlerin. Wenn sie z. B. daran denke, dass in vielen Familien Pflegebedürftige in einem Pflegebett in „diesem eiskalten Schlafzimmer, wo nicht einmal ein Besucherstuhl reinpasst“ pflegten, da es eine zu große Hürde sei, das Pflegebett ins Wohnzimmer zu stellen, dann sei auch das Heim manchmal eben die bessere Lösung, gab sie zu bedenken.



Foto: BAGSO/ Görgen

Prof. Annelie Keil hob im Gespräch mit Dr. Dennis Ballwieser hervor, dass viele ältere Menschen mit entscheidenden Veränderungen in ihrem Leben zu lange warteten.

In der Pflege sei zudem die Kommunikation eine gute Möglichkeit für Selbstbestimmung einzutreten. Prof. Dr. Annelie Keil wünschte sich eine bessere Kommunikation zwischen Pflegenden und den zu Pflegenden. Dies könnte viele Barrieren abbauen und das Leben leichter machen.

Abschließend plädierte sie dafür, die Freiheiten die man im Alter erwirbt – denn viele familiäre oder berufliche Entscheidungen fielen weg – besser zu nutzen, um das eigene selbstbestimmte Leben im Alter selbst zu planen.

Zum Abschluss der Talk-Runde fragte der Moderator **Franz Müntefering**, welche Veränderungen er sich in der Zeit bis zum nächsten Deutschen Seniorentag wünscht, damit das Leben im Alter in Deutschland zum Besseren geworden ist.

Der BAGSO-Vorsitzende wünsche sich für diese Zeit, dass es gelingt, die Pflege – und als Konsequenz aus dem Siebten Altenbericht – die Kommunen in der sich verändernden älterwerdenden Bundesrepublik zu stärken „und wir da ein gutes Stück vorangekommen sind“, entgegnete der BAGSO-Vorsitzende. Er freue sich darauf, in drei Jahren mit dann 81 Jahren wieder alle auf dem nächsten Deutschen Seniorentag begrüßen zu dürfen.

5. THEMATISCHE VERANSTALTUNGEN



Foto: BAGSO/Barajas

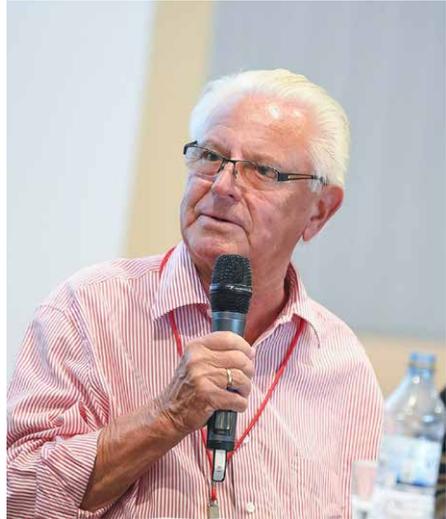


Foto: BAGSO/Deck

Wir danken allen Verantwortlichen und Mitwirkenden für ihr Engagement bei der Vorbereitung, der Durchführung vor Ort und für die Erstellung der Veranstaltungsbeiträge.



Foto: BAGSO/Dechert



Foto: BAGSO/Deck

5.1 KOMMUNE UND QUARTIERSENTWICKLUNG

5.1.1 Der Siebte Altenbericht in der Diskussion – eine Zwischenbilanz

Verantwortlich: Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA), Geschäftsstelle für die Altenberichte der Bundesregierung

Mitwirkende:

- **Prof. Dr. Andreas Kruse**, Vorsitzender der Siebten Altenberichtscommission, Institut für Gerontologie der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
- **Annette Pauly**, Referentin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
- **Ursula Woltering**, Leiterin des Fachbereichs Jugend, Soziales und Integration der Stadt Ahlen

Moderation: Dr. Frank Berner, Deutsches Zentrum für Altersfragen, Geschäftsstelle für die Altenberichte der Bundesregierung

Seit seiner Veröffentlichung Ende 2016 wurde der Siebte Altenbericht vielfach vorgestellt und kommentiert. Zeit für eine Zwischenbilanz nach eineinhalb Jahren: Welche Anstöße konnte der Bericht in den Kommunen geben? Wie ist die Resonanz in der Politik? Welche Stärken hat der Bericht? Diese Fragen wurden von Annette Pauly vom BMFSFJ, Ursula Woltering von der Stadt Ahlen und Prof. Dr. Andreas Kruse von der Siebten Altenberichtscommission mit dem Publikum diskutiert.

Eine erste zentrale Botschaft des Siebten Altenberichts lautet: Es kommt auf die Kommunen an! Die Erfahrung zeigt, dass tragfähige und ausgebaute Strukturen der Altenhilfe auf lokaler Ebene dann entstehen, wenn in einer Kommune die Quartiersentwicklung oder die Gestaltung des demografischen Wandels zu einer prioritären Aufgabe gemacht wurde. Oftmals ist dies die Entscheidung einer einzelnen Schlüsselperson mit Entscheidungsbefugnis (z.B. eines Landrats oder einer Landrätin bzw. einer Bürgermeisterin oder eines Bürgermeisters). Die zweite zentrale Botschaft ist die Forderung nach mehr Kooperation und

Vernetzung, und zwar je nach Kontext auf verschiedenen Ebenen, zwischen verschiedenen Akteuren, mit unterschiedlichen Zielen. Das verbindende Element zwischen den beiden zentralen Botschaften sind die Kommunen: Ihnen wird im Siebten Altenbericht die Aufgabe zugewiesen, koordinierend und moderierend in Netzwerken lokaler Akteure zu wirken.

Um die Kommunen finanziell zu stärken, hat die Siebte Altenberichts-kommission der Bundesregierung und den Ländern empfohlen, eine „Gemeinschaftsaufgabe Daseinsvorsorge“ zu entwickeln. Die Bundesregierung hat sich diese Empfehlung zunächst nicht zu Eigen gemacht, die Debatte über Möglichkeiten zur Stärkung finanzschwacher Kommunen soll aber auch in dieser Legislaturperiode weitergeführt werden.

Eine Besonderheit des Siebten Altenberichts besteht darin, dass er in vielen Punkten über das Themenfeld „ältere Menschen“ hinausgeht. Die Ausführungen zur Daseinsvorsorge und zur Verantwortung und Rolle der Kommune, die Überlegungen zu Kooperationen und Vernetzungen im Gemeinwesen, die Analysen über Unterschiede zwischen Regionen und Kommunen, die Darstellung verschiedener Dimensionen sozialer Ungleichheit und Diversität – all dies kann auf andere Handlungsfelder wie die Kinder- und Jugendhilfe oder die Inklusion behinderter Menschen übertragen werden.

Der Siebte Altenbericht bestätigt viele Forderungen von Akteuren auf der lokalen Ebene. Insofern kann der Bericht diese Akteure dazu anregen, politischer zu sein und ihre Forderungen weiter zu artikulieren. Viele Akteure greifen den Siebten Altenbericht auf, weil er ihnen Rückenwind für ihre Vorhaben gibt und als Referenz dienen kann. Ein Vorhaben kann legitimiert und gestärkt werden, wenn herausgestellt werden kann, dass es dem Geiste und den Empfehlungen des Siebten Altenberichts entspricht. Der Altenbericht kann für kommunale Fachstellen oder für Sozialdezernate ein Anlass sein, auf die Bedeutung des Themas „Älterwerden“ hinzuweisen.

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

5.1.2 Kommunale Seniorenarbeit gestalten – Konzepte, Modelle und Strategien in Städten und Landkreisen

Verantwortlich: Stadt Dortmund, Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege Dortmund

Mitwirkende:

- **Christian Heine-Göttelmann**, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege NRW
- **Burkhard Hintzsche**, Stadtdirektor Düsseldorf, Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Jugend und Familie, Städtetag NRW
- **Reinhard Pohlmann**, Abteilungsleiter des Fachdienstes für Senioren der Stadt Dortmund
- **Anne Rabenschlag**, Vorsitzende der AG der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege Dortmund
- **Martin Schenkelberg**, Beigeordneter des Landkreistages NRW

Moderation: Prof. Dr. Christoph Strünck, Institutsdirektor der Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V.

Nach Begrüßung und Einführung durch Prof. Dr. Christoph Strünck erläuterte **Reinhard Pohlmann**, dass die kommunale Seniorenarbeit bis in die 1980er Jahre vor allem durch karitative Formen (Altenhilfe) geprägt gewesen sei. Durch die gesellschaftlichen Veränderungen orientiere sich die Seniorenarbeit inzwischen an Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements im Quartier und finde in veränderten Angeboten und Teilhabemöglichkeiten ihren Ausdruck. Begegnungszentren bieten zudem ein sehr vielfältiges Angebot in den Bereichen Gesundheit, Sport und Lernen für ältere Menschen an.

In der folgenden Gesprächsphase rückten aktuelle Probleme der Altenpflege in den Fokus. **Christian Heine-Göttelmann** sprach das Thema „Ambulantisierung“ in der Pflege an. Herausforderungen sehe er im aktuellen Fachkräftemangel in der ambulanten Versorgung, der zum Teil schon zur Abweisung Pflegebedürftiger führe. Dadurch würden Menschen in stationäre Einrichtungen umziehen, obwohl eine ambulante Versorgung ausreichend wäre.

Anne Rabenschlag bewertete die Rahmenbedingungen in der Pflege als zu komplex, da es viele Veränderungen im Pflegerecht gegeben habe und die Dokumentationspflicht sehr umfangreich sei. Auch sie sprach das Thema Fachkräftemangel und die seitens der Bundesregierung geplanten 13.000 neuen Stellen in der Pflege an, bei denen die Personal- und Finanzierungsfragen noch ungeklärt seien. Für **Martin Schenkelberg** muss trotz des Grundsatzes „ambulant vor stationär“ das Wahlrecht des pflegebedürftigen Menschen gewährleistet bleiben. Stationäre Einrichtungen seien weiterhin von hoher Bedeutung.

Mit Blick auf das Leben im Alter sind für **Burkhard Hintzsche** attraktive Lebensbedingungen im direkten Wohn- und Lebensumfeld entscheidend, da sie zur Prävention beitragen und helfen, hohe Folgekosten in der Pflege zu vermeiden. Er hält eine interdisziplinär ausgerichtete Sozialplanung für erforderlich. Anne Rabenschlag ergänzte, dass auch weitere Zielgruppen von seniorenfrendlichen Quartieren profitieren, wie z.B. junge Familien. Handlungskonzepte sollten daher generationenübergreifend ausgerichtet sein. Reinhard Pohlmann ist davon überzeugt, dass Seniorenarbeit künftig eine Querschnittsaufgabe der Kommunen sein muss, an der die gesamte Verwaltung interdisziplinär arbeitet. Er berichtete in diesem Zusammenhang von einer ämterübergreifenden Zusammenarbeit innerhalb der Stadtverwaltung Dortmund, um für die Stadt eine gesamtstädtische Demografiestrategie unter Beteiligung aller Fachplanungen (Gesundheit, Soziales, Stadtplanung, Wohnen) zu erstellen. In einer Großstadtverwaltung wie in Dortmund mit vielen Fachämtern, Hierarchien und Zuständigkeiten ist es nach seiner Erfahrung schon ein großer Gewinn, wenn Fachleute aus verschiedenen Ämtern an einem gemeinsamen Thema eng zusammenarbeiten.

Am Schluss stand die Frage, ob ein bundesweites Gesetz für Seniorenarbeit als Pflichtaufgabe in den Kommunen mit Blick auf den demografischen Wandel hilfreich sei. Da die Seniorenarbeit in den Kommunen zurzeit eine freiwillige Aufgabe darstellt, ist nach Meinung von Martin Schenkelberg neben der kommunalen Finanzsituation vor allem die politische Schwerpunktsetzung der Seniorenarbeit in der Kommune entscheidend. Christian Heine-Göttelmann wies dabei auf die schwierige Finanzlage vieler Ruhrgebietskommunen hin,

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

plädierte für gleichwertige Lebensbedingungen in den Kommunen und sieht dazu den Gesetzgeber in der Pflicht. Mit mehr Finanzen könne auch die Seniorenarbeit besser entwickelt werden. Anne Rabenschlag machte hinsichtlich eines möglichen Bundesgesetzes auf das Konnexitätsprinzip aufmerksam und betonte, dass die kommunale Steuerung auf jeden Fall bleiben müsse. Reinhard Pohlmann ist davon überzeugt, dass die Seniorenarbeit insgesamt einen höheren Stellenwert erreichen muss, um die Herausforderungen des demografischen Wandels durch die Zunahme der älteren Bevölkerung meistern zu können. Er könne sich vorstellen, dass im ersten Schritt in jeder Kommune in Deutschland als Basis für die Seniorenarbeit eine Anlauf- und Beratungsstelle einzurichten ist, die neben ehrenamtlich Aktiven hauptamtlich geführt wird. Beratung, Netzwerkarbeit und bürgerschaftliches Engagement würden damit nachhaltig angestoßen.

5.1.3 Brücken bauen im Quartier – Kirchengemeinden als Koproducten von sorgenden Gemeinschaften

Verantwortlich: Bundesforum Katholische Seniorenarbeit (BfKS),
Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit in der EKD (EAfA)

Mitwirkende:

- **Cornelia Coenen-Marx**, Pastorin und Autorin, Hannover
- **Dr. Rolf Heinrich**, Stadtteilzentrum Bonni, Gelsenkirchen
- **Hubertus Feldmann**, Gut leben im Alter, Möhnesee
- **Silvia Nolte**, Möhnesee; **Christoph Menz**, Caritasverband Paderborn

Moderation: **Jens-Peter Kruse**, Vorsitzender der EAfA

Rund 150 Besucherinnen und Besucher fanden sich zur Veranstaltung „Brücken bauen im Quartier“ ein. Angeregt durch den Siebten Altenbericht der Bundesregierung und das Motto des Deutschen Seniorentages lautete die zentrale Frage für das Forum: Was tragen Kirchengemeinden zur Schaffung und dem Erhalt von Sorgestrukturen und Mitverantwortung im Quartier bei?

Am Anfang stand ein Impulsvortrag, der die Herausforderungen des Siebten Altenberichts für die Kirchen aufzeigte. Ausführlich stellte **Cornelia Coenen-Marx** die Aufgaben und Chancen dar, die sich aus den Forderungen des Altenberichts nach einer Kommunalisierung der Sorgeaufgaben, einer Einbeziehung der örtlichen Gemeinschaften und einer Aktivierung der Zivilgesellschaft ergeben. Kirchengemeinden, so Coenen-Marx, könnten durchaus zu Promotoren sorgender Gemeinschaften werden: „Wir haben ein großes Pfund einzubringen, wenn wir Ortsnähe, Professionalität und Beteiligungschancen verknüpfen.“ Dazu müssten die Gemeinden allerdings stärker mit der Diakonie, der Erwachsenen- und Familienbildung und anderen im Quartier kooperieren. Eine zentrale Rolle falle dabei den Älteren zu: „Die neuen Alten können zur Erneuerung der Kirche beitragen.“

Dass sich einige Kirchengemeinden inzwischen zu Koproduzenten sorgender Gemeinschaften entwickelt haben, wurde an ausgewählten Praxisbeispielen deutlich. So ist das Stadtteilzentrum Bonni in Gelsenkirchen-Hassel aus einer Initiative der evangelischen Lukaskirche hervorgegangen. Die Schließung vor Augen, suchte sie nach Kooperationspartnern vor Ort und gründete mit ihnen die „Bürgerstiftung Leben in Hassel“, den Träger des generationenübergreifenden, interreligiösen und interkulturellen Stadtteilzentrums. Möglich wurde dies, weil die Lukaskirche ihr Grundstück der Bürgerstiftung für 99 Jahre ohne Erbpachtzins zur Verfügung stellte. So entstand aus einer Notlage heraus eine Win-win-Situation für alle Beteiligten.

Mit dem Projekt „Gut leben im Alter“ am Möhnensee wurde die Seniorenarbeit der katholischen Gemeinde „Zum guten Hirten“ neu ausgerichtet. Auch hier gehören die Zusammenarbeit mit der Kommune und den Vereinen am Ort, die Partizipation der Zielgruppe am Programm wie auch die grundsätzliche Öffnung der Angebote für alle Menschen in der Stadt zu den Faktoren des Gelingens. Das vor zwei Jahren gestartete Projekt nimmt die Anregungen und Wünsche der Teilnehmenden auf und baut sein Angebot kontinuierlich aus. In Planung sind die Eröffnung des Seniorenbüros Möhnensee und die Erweiterung des örtlichen Seniorennetzwerkes.

Kommune /
Quartiers-
entwicklung

Wohnen /
Wohnumfeld

Engagement /
Teilhabe

Bildung /
Digitalisierung

Gesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. Sicherung

Verbraucher-
themen

Am Veranstaltungsende stand die Frage nach den Rahmenbedingungen. In dem Gespräch mit dem Leiter der Altenhilfe des Caritasverbandes Paderborn, **Christoph Menz**, wurde u. a. deutlich, dass ohne eine aktive Rolle der Kommune viele Bemühungen der Kirchengemeinden im Sande verlaufen werden. Für das Gelingen brauche es eine verlässliche kommunale Unterstützung: monetär und politisch. Dass diese nur bei einer besseren rechtlichen und finanziellen Ausstattung der Kommunen möglich sei, war unüberhörbar.

5.1.4 Lebendige Nachbarschaften und Quartiere – auch im Alter mittendrin

Verantwortlich: Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e. V.,
GRÜNE ALTE Bundesverband

Mitwirkende:

- **Barbara Steffens**, Staatsministerin a.D., Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
- **Annette Scholl**, Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. (BaS)
- **Antonia Schwarz**, GRÜNE ALTE Bundesverband

Moderation: **Ramona Geßler**, Fachhochschule Münster, Fachbereich Sozialwesen

Gute Beispiele für lebendige Nachbarschaften

An guten Beispielen war kein Mangel in dem vollbesetzten Saal der Veranstaltung „Lebendige Nachbarschaften und Quartiere – auch im Alter mittendrin“. Sowohl Barbara Steffens als auch **Antonia Schwarz** und Annette Scholl zeigten Möglichkeiten auf, wie die Entwicklung neuer sozialer Netze durch die Landespolitik befördert werden kann.

Ältere Menschen haben viele Potenziale, betonte Steffens und sie forderte die Besucherinnen und Besucher auf, diese zu nutzen. Ziel der Landespolitik müsse es sein, Ältere nicht zu isolieren, sondern dafür zu sorgen, dass sie so lange wie möglich in der Gemeinschaft aktiv bleiben könnten.



Foto: BAGSO / Agnes Boeßner

Antonia Schwarz, Vorsitzende der GRÜNEN ALTEN und Barbara Steffens, NRW-Staatsministerin a.D. machten sich dafür stark, dass die Teilhabe älterer Menschen als Gemeinschaftsaufgabe in Kommunen begriffen werden müsse.

Dies nutze auch den Kommunen und dem Land, denn wer eine Aufgabe und ein Ziel habe, wisse, wofür er morgens aufstehe – und bleibe länger gesund. Mit anderen zu kommunizieren und Spaß zu haben, erhalte die Aktivität und könne auch eine Pflegebedürftigkeit hinauszögern. **Barbara Steffens** plädierte dafür, Strukturen zu schaffen, wo sich Menschen mit ihren Wünschen und persönlichen Fähigkeiten einbringen könnten.

Quartiersentwicklung in NRW

In Nordrhein-Westfalen seien im Rahmen des Masterplans altengerechte Quartiere in der vergangenen Legislaturperiode an vielen Orten Quartiersentwickler eingesetzt worden. Viele von ihnen seien nach wie vor im Auftrag der Kommunen tätig. Sie übernehmen die Aufgabe, vor Ort den Bedarf zu erfragen und Räume im Quartier zu gestalten. Als Beispiele nannte sie die Organisation von Frühstückstreffen, Angebote zum gemeinsamen Singen oder den Aufbau von mobilen Angeboten, Repair-Cafés und die Gestaltung von Grünflächen. Die Quartiersplattform <https://www.aq-nrw.de/> biete dafür viele Bausteine.

Kommune /
Quartiers-
entwicklungWohnen /
WohnumfeldEngagement /
TeilhabeBildung /
DigitalisierungGesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. SicherungVerbraucher-
themen

Landesinitiative Neue Nachbarschaften in Rheinland-Pfalz

Annette Scholl beschrieb die Aktivitäten der Landesinitiative „Neue Nachbarschaften – engagiert zusammen leben in Rheinland-Pfalz!“, die die BaS im Auftrag des Sozialministeriums seit einigen Jahren umsetzt. Im Rahmen dessen bietet die BaS Praxiswerkstätten für den Erfahrungsaustausch von haupt- und ehrenamtlich Engagierten aus Nachbarschaftsinitiativen und -projekten in Rheinland-Pfalz an.

Die Landesinitiative vernetzt und qualifiziert Akteure aus Nachbarschaftsprojekten und unterstützt Interessierte beim Aufbau von Initiativen. Das Internet-Portal www.neue-nachbarschaften.rlp.de stellt die Vielfalt der Projekte vor, bietet Informationen zu relevanten Themen und lädt zu Veranstaltungen ein.

Aus dem Publikum kam der Hinweis, dass Bürgerwerkstätten z. B. in Dortmund ein erfolgreich erprobtes Modell darstellten. Auf die Fragen nach Bündnispartnern bei der Gestaltung von Quartieren wurde mehrfach auf Wohnungsbaugesellschaften als wichtige Kooperationspartner verwiesen.

Einig waren sich die Anwesenden, dass lebendige Nachbarschaften gestärkt werden sollten und die Teilhabe älterer Menschen künftig als Gemeinschaftsaufgabe für Kommunen und Regionen begriffen werden müsse.

5.1.5 Gestaltung einer sorgenden Gemeinschaft – ein herausforderndes Leitbild in unfreundlichen Zeiten

Verantwortlich: Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e. V. – Diakonie RWL

Mitwirkende:

- **Dipl.-Ing. Christiane Grabe**, Evangelisches Zentrum für Quartiersentwicklung, Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e. V. – Diakonie RWL

Als Strategie zur Bewältigung der Anforderungen einer alternden Gesellschaft wurde das Leitbild einer „Sorgenden Gemeinschaft“ im Hinblick auf die gemeinsame Gestaltung von Sorgestrukturen auf der lokalen Ebene aufgegriffen. So wird im Siebten Altenbericht „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“ dargelegt, welche Voraussetzungen vor Ort gegeben sein müssen, damit ein gutes Leben im Alter möglich ist. Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit hat insbesondere Kirchengemeinden aufgefordert, „Sorgende Gemeinden“ zu werden – diese sollen sich darüber verständigen, welchen Beitrag sie in den Stadtteilen und Dörfern leisten können, um zukunftsfähige Gemeinschaften zu schaffen. Anknüpfend daran wurde diskutiert, ob das Leitbild der „Sorgenden Gemeinschaft“ ein attraktiver Gegenentwurf zu einer sich immer weiter individualisierenden, fragmentierten, rivalisierenden „Single-Gesellschaft“ sein kann und welche gesellschaftspolitischen und individuellen Veränderungen hierfür zu bewerkstelligen sind.

5.1.6 Dortmund im demografischen Wandel: Generationengerechte Wohnquartiere mit Bürgerwerkstätten gestalten

Verantwortlich: Stadt Dortmund

Mitwirkende:

- **Dr. Juliane Stahl**, Referentin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
- **Simone Becker, Catharina Niemand, Martina Skender**, Fachdienst für Senioren, Stadt Dortmund
- **Gertrud Löhken-Mehring**, Seniorenbeirat, Stadt Dortmund

Moderation: Reinhard Pohlmann, Fachdienst für Senioren, Stadt Dortmund

Nach der Begrüßung durch Reinhard Pohlmann präsentierte **Dr. Juliane Stahl** das Projekt „Demografiewerkstatt Kommunen“ (DWK), das vom BMFSFJ gefördert wird und an dem die Stadt Dortmund neben weiteren acht Kommunen

in Deutschland teilnimmt. Zu den Projektzielen gehört die systematische Entwicklung einer Demografiestrategie in den teilnehmenden Kommunen. Dazu zählen die Entwicklung neuer Strukturen, Prozesse und Projekte sowie deren Verzahnung in den Kommunen. Besonders generationenübergreifende Projekte in der Nachbarschaft sollen angestoßen werden. Die Erfahrungen werden aufbereitet, evaluiert und können für andere Kommunen als gute Beispiele dienen.

Simone Becker erläuterte anschließend die demografische Entwicklung in Dortmund und die aktuelle Erarbeitung einer Demografiestrategie. Der Rat der Stadt Dortmund hat die Verwaltung beauftragt, ein quartiersbezogenes Konzept für eine Demografiestrategie mit dem Schwerpunkt „Alter“ zu erarbeiten. Mit Unterstützung durch das DWK-Projekt sind dazu in drei Ortsteilen Bürgerwerkstätten durchgeführt worden. Mit dieser Beteiligungsmethode kann die Mitverantwortung der interessierten Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden, selbst etwas zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen. Die gesammelten Erfahrungen werden bei der gesamtstädtischen Demografiestrategie berücksichtigt.

Martina Skender berichtete über die konkrete Umsetzung in den Bürgerwerkstätten in Dortmund. Zum Beispiel werden in einem Wohnquartier aufgrund der Vorschläge aus der Bürgerwerkstatt neue Sportangebote für Jung und Alt umgesetzt. Ein weiteres Ziel ist der Aufbau von einem Nachbarschaftstreff. Frau Skender betonte, dass die Zusammenarbeit mit freiwillig Engagierten „auf Augenhöhe“ ein zentraler „Gelingensfaktor“ sei.

Im Anschluss tauschten sich die Teilnehmenden in Kleingruppen zu den folgenden Themen aus:

Neue Nachbarschaften: Ohne Unterstützung durch lokale Politik und Verwaltung lässt sich vor Ort kaum etwas umsetzen; die Kommunalpolitik muss die Quartiersentwicklung aktiv unterstützen. Initiativen brauchen mittelfristig Unterstützung, z. B. durch Öffentlichkeitsarbeit und Beschäftigung Hauptamtlicher. Die Festlegung auf eine Rechtsform ist vorteilhaft (z. B. Förderverein),

um Projektmittel zu beantragen. Projektbezogenes Engagement ist reizvoller als langjährige Verpflichtung.

Modelle und Institutionen zur Förderung senioren-/generationengerechter Wohnquartiere: App „Nebenan.de“, Nachbarschaftsagenturen, Zusammenarbeit von Profis und Ehrenamt, Kirchen, Vereine, Parteien, Interessengruppen, Senioren- und Jugendzentrum, Schulen.

Voraussetzungen für das Gelingen: Vernetzung, Vielfalt, Freiwilligkeit, politische Neutralität, partizipative Formate, Schulungen für das Ehrenamt, generationenübergreifende Ausrichtung, Klärung der Finanzen, Hauptamtliche als neutraler Partner, Öffentlichkeitsarbeit und Netzwerkarbeit.

5.1.7 Entwicklung von Quartieren – real und digital

Verantwortlich: Projekt „QuartiersNETZ“

Mitwirkende:

- **Andreas Diepenbrock**, Fachhochschule (FH) Dortmund
- **Lisa Heite**, Generationennetz Gelsenkirchen e.V.
- **Katrin Freese**, Generationennetz Gelsenkirchen e.V.
- **Mirco Lammert**, FH Dortmund
- **Prof. Dr. Harald Rüßler**, FH Dortmund
- **Prof. Dr. Sabine Sachweh**, FH Dortmund
- **Janina Stiel**, Forschungsinstitut Geragogik e.V.
- **Philip Wizenty**, FH Dortmund

Moderation: **Prof. Dr. Elisabeth Bubolz-Lutz**, Forschungsinstitut Geragogik e.V. (FoGera)

Prof. Dr. Elisabeth Bubolz-Lutz führte durch die Veranstaltung und wies als thematische Einleitung auf die zentralen Herausforderungen des demografischen Wandels und dessen Bedeutung für die Quartiere im Ruhrgebiet hin.

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

Projektleiterin **Prof. Dr. Sabine Sachweh** hielt nach der Begrüßung einen Vortrag über die Forschungsschwerpunkte und Strukturen des Projektes „QuartiersNETZ“. Im Rahmen des Projektes werde von 2014 bis 2018 in Gelsenkirchen die Quartiersentwicklung auf zwei miteinander vernetzten Ebenen vorangebracht: real und digital. In Bürgerkonferenzen und Arbeitsgruppen vor Ort erfolge in einem partizipativen Prozess eine fachlich begleitete Quartiersentwicklung.

Anschließend konnten die Teilnehmenden an vier Thementischen Anregungen zum Nachahmen bekommen. Am ersten Tisch mit dem Thema „Die digitalen Quartiersplattformen und Quartiersredaktion“ von **Andreas Diepenbrock** und **Katrin Freese** wurden die im Projekt partizipativ entwickelten „Digitalen Plattformen“ vorgestellt. Diese unterstützen die Vernetzung zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen und Dienstleistern in den Quartieren. Zudem wurde die Arbeit der engagierten Quartiersredakteure vorgestellt, die auf den Quartiersplattformen z.B. Neuigkeiten aus den Quartieren eintragen.



Foto: BAGSO/Kordestani

An Thementischen diskutierten die Teilnehmenden reale und digitale Aspekte der Quartiersentwicklung.

Am zweiten Thementisch empfangen **Lisa Heite** und **Prof. Dr. Harald Rübler** die Teilnehmenden zum Thema „Beteiligungsformate zur Quartiersentwicklung“. Es wurden verschiedene Formate zur Partizipation Älterer vorgestellt, z.B. Quartierskonferenzen, thematische Arbeitsgruppen, Stammtische, Stadtteilstefte, aber auch digitale Möglichkeiten für Beteiligung.

Am dritten Thementisch „Technik-Treffs und Techniknutzung“ wurde von **Philip Wizenty** und **Mirco Lammert** der Prototyp einer Wunschbedienung vorgestellt, mit der sich verschiedenste Geräte und Funktionen im Haushalt steuern lassen. Frei nach dem Motto „Jede und jeder so wie er oder sie möchte und kann“ können Bürgerinnen und Bürger aus einem Baukasten verschiedener Bedienelemente eine auf ihre individuellen Wünsche zugeschnittene Fernbedienung erstellen. Auch stellten sie die Technik-Treffs vor: Orte innerhalb der Quartiere, wo Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, neueste Technik auszuprobieren.

Am letzten Thementisch „Technikbotschafter*innen und Techniklots*innen“ von **Janina Stiel** und **Prof. Dr. Elisabeth Bubolz-Lutz** wurde v.a. die Arbeit der ehrenamtlichen Technikbotschafter*innen präsentiert. Diese begleiten Ältere kostenlos in ihren Haushalten und in den Technik-Treffs auf dem Weg in die digitale Welt.

Kommune /
Quartiers-
entwicklung

Wohnen /
Wohnumfeld

Engagement /
Teilhabe

Bildung /
Digitalisierung

Gesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. Sicherung

Verbraucher-
themen

5.1.8 So wollen wir im Alter leben!

Verantwortlich: AWO Westliches Westfalen

Mitwirkende:

- **Norbert Dyhringer**, Leiter Stabsstelle Quartier und Ehrenamt, AWO Westliches Westfalen
- **Katharina Gora, Johanna Thorwest, Daniel Woltemate**, Fachberaterinnen und -berater Freiwilligendienste

Die AWO Westliches Westfalen bot dem Publikum die Möglichkeit, gemeinsam eine Vision vom eigenen Leben im Alter zu entwerfen.

In einem brainstormartigen kreativen Prozess konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich der Aussage „So wollen wir im Alter Leben!“ nähern und ihre Wünsche, Ideen und Gedanken dazu diskutieren.



Foto: BAGSO/Kordestani

Zahlreiche Ideen und Anregungen, wie das Leben zukünftig gestaltet werden könnte, wurden von Jung und Alt gesammelt.

Die ca. 50 Teilnehmenden unterschiedlicher Altersgruppen bekamen im Rahmen eines World-Cafés an vier Tischen die Gelegenheit, sich der Aussage aus vier verschiedenen Blickwinkeln zu nähern. Angelehnt an Orte des Lebens im Alter waren diese Richtungen „das Quartier“, „die eigene Wohnung“, „das Seniorenzentrum“ und „das Pflegezimmer“.

An jedem Tisch wurden die Mitwirkenden zunächst aufgefordert, ihre spontanen Gedanken und Ideen aufzuschreiben und auf dem Tisch zu platzieren. Danach regten die vier Moderatoren dazu an, die eigenen Gedanken vorzustellen und miteinander zu diskutieren. Gerade in dieser Phase des Experiments kamen noch viele weitere kreative Einfälle dazu. In drei Runden von jeweils 20 Minuten entstanden so persönliche, lustige, kreative und auch ernste Ideen und Anregungen, wie Menschen sich anhand ihrer persönlichen Betroffenheit ihr Leben im Alter wünschen.

Der gesamte Prozess wurde zudem als ein spontaner Querschnitt aller Ergebnisse von einem Graphic-Recorder, also einer Person, die Ergebnisse in anschaulicher Weise grafisch aufarbeitet, festgehalten.

Kommune /
Quartiers-
entwicklungWohnen /
WohnumfeldEngagement /
TeilhabeBildung /
DigitalisierungGesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. SicherungVerbraucher-
themen

5.1.9 Dortmunder Seniorenbüros im Tandem von Kommune und Wohlfahrtsverbänden – Ein Erfolgsmodell für gemeinsame Seniorenarbeit im Quartier

Verantwortlich: Stadt Dortmund, Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege Dortmund

Mitwirkende:

- **Petra Emig**, Seniorenbüro Aplerbeck
- **Carola Urban**, Seniorenbüro Hörde

Moderation:

- **Reinhard Pohlmann**, Abteilungsleiter des Fachdienstes für Senioren der Stadt Dortmund
- **Frank Ortmann**, Sprecher Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege Dortmund

Zu Beginn erläuterte **Frank Ortmann** das Dortmunder Modell der Seniorenbüros in gemeinsamer Trägerschaft von Wohlfahrtsverbänden und Kommune. In dieser Form sei es in Deutschland einmalig und könne mit Recht als Erfolgsmodell bezeichnet werden. Durch die Arbeit von insgesamt zwölf Seniorenbüros in allen Stadtbezirken werde eine wohnortnahe Beratung und bei Bedarf eine passgenaue Hilfe angeboten. **Reinhard Pohlmann** ergänzte, dass zunächst zwei Seniorenbüros als Pilotprojekte in gemeinsamer Trägerschaft von Kommune und Wohlfahrt gestartet seien. Bereits nach kurzer Zeit sei die Projektarbeit so überzeugend gewesen, dass ein Jahr später in allen Stadtbezirken ein hauptamtlich geführtes Seniorenbüro eingerichtet wurde.

Neben der Beratung haben die Seniorenbüros in ihrem Einzugsbereich kleinräumige Netzwerke für Seniorenarbeit aufgebaut. Dieser Aufbau wurde auf die gesetzliche Verpflichtung nach dem Landespflegerecht für Pflegeberatung zurückgeführt. Die Finanzierung der Seniorenbüros erfolge durch die Stadt Dortmund auf der Grundlage von Ratsbeschlüssen freiwillig. Die Seniorenbüros bestünden bereits 13 Jahre und seien heute ein Regelangebot im Bezirk. Frank Ortmann ergänzte, dass die Beratung in den Seniorenbüros nicht nur



Foto: BAGSO/Barajas

Petra Emig (l.) und Carola Urban (r.) erläuterten anschaulich die Arbeit der Seniorenbüros und deren Netzwerke.

dazu beitrage, die häusliche Pflege zu stärken, sondern auch voreilige Einzüge in Pflegeheime hinauszögere oder sogar vermeide. Damit würde auch durch Einsparung von Sozialhilfekosten die Stadt Dortmund entlastet.

Zu Beginn der Zusammenarbeit habe zunächst die Sorge bestanden hinsichtlich der Trägerneutralität gegenüber anderen Leistungserbringern in der Pflege. Im Laufe der Zeit habe sich diese Befürchtungen aufgelöst, da der Bedarf an Hilfen und Unterstützung größer sei als das Pflegeangebot, sodass alle Anbieter von der Rolle der Seniorenbüros profitierten und dementsprechend heute in den örtlichen Seniorennetzwerken aktiv mitarbeiteten.

Carola Urban illustrierte die Einführung von „Runden Tischen für Seniorenarbeit“ und beschrieb die breite Beteiligung von Akteuren, zu denen neben den Pflegediensten auch Vertreter der Kirchengemeinden, der Seniorenbeiräte, Hausärzten und Vertreter der örtlichen Polizeiwache gehören. Für **Petra Emig** seien die Netzwerke für die Hilfe im Einzelfall wichtig, um schnelle Hilfe zu organisieren. Reinhard Pohlmann machte deutlich, dass der Beratungsbedarf bei

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

Menschen mit Migrationsgeschichte in einigen Stadtteilen spürbar zunehmen, da die Seniorenhilfe auch in Migrantenhaushalten durch veränderte familiäre Strukturen nicht mehr geleistet werden könne. Er betonte zum Abschluss, dass zum Erfolg der Seniorenbüros eine ständige Berichterstattung über deren Aktivitäten beigetragen habe.

5.1.10 Brücken bauen zum Nachbarn

Verantwortlich: Bundesvereinigung Liberale Senioren (LiS)

Mitwirkende:

- **Bertold Bahner**, Seniorenbeirat der Stadt Saarbrücken
- **Uschi Biedenkopf**, Netzwerke Gute Nachbarschaft, Saarbrücken

Moderation: Detlef Parr, Bundesvorsitzender LiS

Bertold Bahner berichtete über „Netzwerke Gute Nachbarschaft“, die 2011 von einigen Seniorenorganisationen in Saarbrücken gegründet wurden und von der Kommune ideell unterstützt werden.

Alle Saarbrücker Bürgerinnen und Bürger über 60 Jahre wurden zu Beginn von der Stadt angeschrieben und nach ihren Interessen und Vorstellungen für das Leben in ihrer Nachbarschaft gefragt. Die Auswertung ergab, dass sich sehr viele Personen allein fühlten, mit ihrer Zeit nichts anfangen konnten und zum großen Teil nicht wussten, welche ehrenamtlichen Möglichkeiten zur Teilhabe es schon in der Stadt gab.

Uschi Biedenkopf erläuterte ausführlich, wie die einzelnen Netzwerke in kleine Wohngebiete integriert wurden. Sie bestehen heute aus ehrenamtlich tätigen Gruppen, betätigen sich ausschließlich unabhängig und ohne wirtschaftliche Interessen. So werden regelmäßige Treffen organisiert, manchmal nur zum Grillfest oder zum Hering essen; aber durch das Zusammensitzen und Miteinanderreden ergeben sich gegenseitige Unterstützungsangebote bei Alltags-

problemen. Die Netzwerke ersetzen keine vorhandenen Strukturen wie z. B. die Familie. Ebenso wird die Privatsphäre nicht angetastet, es gibt keine Kassen, kein Konto und keine Satzung.

Anfänglich entstanden Netzwerke in überwiegend „bürgerlichen“ Stadtvierteln, inzwischen werden auch sogenannte durchmischte Viertel angesprochen. Schwierig sei es, Netzwerke in ehemaligen Arbeitervierteln zu entwickeln.

Im Laufe der Jahre habe sich gezeigt, dass in größeren Abständen immer wieder Seniorinnen und Senioren angeschrieben werden müssen. Ebenso wird darüber diskutiert, in welcher Weise die Stadt finanzielle Unterstützung leisten kann, ohne dass dadurch eine Einflussnahme entsteht.

In der sich anschließenden Diskussion wurden nicht nur Fragen zum Projekt in Saarbrücken gestellt, sondern auch über ähnliche Netzwerke in anderen Städten berichtet. Zum Teil werden diese von den Kommunen finanziell unterstützt.



Foto: BAGSO/Barajas

Das Modell der „Netzwerke Gute Nachbarschaft“ aus Saarbrücken wurde einem bundesweiten Publikum vorgestellt.

Kommune /
Quartiers-
entwicklung

Wohnen /
Wohnumfeld

Engagement /
Teilhabe

Bildung /
Digitalisierung

Gesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. Sicherung

Verbraucher-
themen

Es zeichnete sich deutlich ab, wie wichtig es ist, Ältere in ihrem Quartier anzusprechen und aufzufordern, selbst aktiv zu werden. Auch wurde unterschiedlich darüber berichtet, inwieweit Anfragen und Hilfeleistungen über eine Internet-Plattform kommuniziert werden können. Insbesondere Seniorinnen und Senioren und/oder Personen in einfachen Lebensverhältnissen sind häufig noch „offline“. Aber auch das Miteinander von jungen Familien und älteren Bewohnerinnen und Bewohnern ist eine gute Möglichkeit zum Vernetzen im Quartier.

5.1.11 Lebenswert alt werden in Nordrhein-Westfalen

Verantwortlich: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS NRW)

Mitwirkender:

- **Karl-Josef Laumann**, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

Moderation: Sascha Schiffbauer

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, hatte zum Dialog eingeladen: Pflegeschülerinnen kamen, um über ihren zukünftigen Beruf zu reden. Seniorinnen und Senioren waren da, um über selbstbestimmtes Leben im Alter zu diskutieren. Der Moderator wechselte immer wieder zwischen Publikum und Bühne hin und her, damit auch jede Frage zum lebenswerten Altern, zur würdevollen Pflege und zur gesundheitlichen Versorgung vom Minister beantwortet werden konnte.

Sie haben den Beruf aus Überzeugung gewählt, erzählten die Pflegeschülerinnen. Für Menschen da zu sein, sei den jungen Frauen wichtig, die Wertschätzung der Arbeit aber auch. Denen zu helfen, die es selbst nicht mehr können: Minister Laumann ist dankbar, dass die angehenden Pflegerinnen sich um diese gesellschaftlich wichtige Aufgabe kümmern. Dank sei als Wertschätzung



Foto: BAGSO/Dechent

NRW-Minister Karl-Josef Laumann beantwortete die Fragen der Besucherinnen und Besucher zu Themen der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung.

aber nicht genug, schiebt der Minister direkt hinterher. Zentral sei auch die Frage der Bezahlung. Karl-Josef Laumann sieht die Träger der Einrichtungen in der Pflicht. Wettbewerb dürfe in der Pflege nicht länger über die Löhne stattfinden. Deswegen würden Tarifverträge gebraucht. Er möchte außerdem dafür sorgen, dass die Pflegenden eine eigene Interessenvertretung bekommen. „Wenn in Deutschland über die Pflege geredet wird, sitzen alle mit am Tisch, nur nicht die Pflegenden selbst“, ärgert sich der Minister. Er wolle dieses Ungleichgewicht im Gesundheitswesen schnellstmöglich korrigieren und deshalb eine Befragung der Pflegekräfte im Land durchführen, welche Form der Selbstverwaltung diese haben wollen.

Die Herausforderungen der Pflegebedürftigkeit werden sich nicht allein über professionelle Kräfte regeln lassen, davon ist der Minister überzeugt. „Die Menschen brauchen Familie, Freunde und Nachbarn als soziales Geflecht, das sie gemeinsam mit professionellen Pflegekräften im Alter trägt“, so Karl-Josef Laumann.

Kommune /
Quartiers-
entwicklungWohnen /
WohnumfeldEngagement /
TeilhabeBildung /
DigitalisierungGesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. SicherungVerbraucher-
themen

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Dialog-Veranstaltung sprachen den Minister auf die Gesundheitsversorgung in Nordrhein-Westfalen an. Die Krankenhausdichte sei gut, sagte Karl-Josef Laumann. In den Städten sei das Problem, dass es dort eher zu viele Krankenhäuser gebe und diese nicht gut zusammenarbeiten würden. „Es muss nicht jeder alles machen“, stellte der Minister klar. Auch der Ärztemangel auf dem Land kommt zur Sprache: In den ländlichen Regionen würden in den nächsten Jahren viele Ärzte altersbedingt aufhören. Und in der Vergangenheit sei zu wenig für den Nachwuchs getan worden, kritisiert Laumann. Bisher sei nur jeder zehnte ausgebildete Arzt in Nordrhein-Westfalen bereit, Allgemeinmediziner zu werden. Mit der Einführung einer Landarztquote steuere Nordrhein-Westfalen dem nun entgegen. „Diejenigen, die sich ein Leben als Landarzt vorstellen können, müssen wir auch studieren lassen“, betont Laumann. „Die Menschen brauchen einen Allgemeinmediziner vor Ort.“

5.1.12 IN FORM – Mehr Gesundheitsförderung im Alter auf kommunaler Ebene

Verantwortlich: BAGSO e.V. – Projekt Im Alter IN FORM

Mitwirkende:

- **Claudia Koch**, Zentrum für regionale Strategien
- **Gabriele Mertens-Zündorf**, BAGSO-Projektteam
- **Dr. Claudia Vogel**, Leiterin Deutscher Alterssurvey (DEAS), Deutsches Zentrum für Altersfragen

Moderation: Anne von Laufenberg-Beermann, BAGSO-Projektteam

Es gibt viele Gründe, der Gesundheitsförderung älterer Menschen auf kommunaler Ebene eine hohe Priorität einzuräumen. Die Auswirkungen des demografischen Wandels, die Umsetzung der Gesundheitsziele sowie die Sicherstellung der Versorgung, Pflege und Betreuung älterer Menschen sind nur einige Stichpunkte.



Foto: BAGSO/Barajas

Akteure der Seniorenarbeit konnten aktiv Ideen für eine gesundheitsfördernde Kommune einbringen.

Dr. Claudia Vogel vom Deutschen Zentrum für Altersfragen zeigte auf, wie sich die Lebenslage alternder und alter Menschen im Rahmen des demografischen Wandels ändert und welche Folgen sich daraus ergeben.

Der Siebte Altenbericht der Bundesregierung beschreibt zentrale Ziele und Strategien, wie auf kommunaler Ebene das Lebensumfeld für ältere Menschen und ihre Versorgungssicherheit gestaltet werden können, um ihre Lebensqualität zu gewährleisten. Angebote zur Sicherung der Mobilität, der Gesundheitsversorgung, ausreichende Dienstleistungs- und Versorgungsstrukturen sowie die Sicherstellung der sozialen Teilhabe sind zentrale Forderungen, die auch von der BAGSO unterstützt werden. Angebote für ältere Menschen für die Erhaltung der Gesundheit sollten einen besonderen Stellenwert haben.

Zu diesem Themengebiet erörterten die Teilnehmenden in drei Gruppen,

- welche Handlungsspielräume haupt- und ehrenamtliche Akteure auf kommunaler Ebene haben, um Angebote für die Förderung der ausgewogenen Ernährung für mehr Bewegung und soziale Teilhabe auch kritischer Zielgruppen zu schaffen,

Kommune /
Quartiers-
entwicklungWohnen /
WohnumfeldEngagement /
TeilhabeBildung /
DigitalisierungGesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. SicherungVerbraucher-
themen

- wie Angebote zur Verbesserung einer ausgewogenen Ernährung und mehr Bewegung beitragen können,
- wie ältere Menschen zu einem gesundheitsförderlichen Lebensstil motiviert und bewegt werden können.

Vertreterinnen und Vertreter der Seniorenarbeit aus Kommunen, Verbänden, Institutionen sowie Akteure in der Altenarbeit brachten engagiert ihre Ideen und Positionen in die Diskussionen ein.

5.1.13 Paradigmenwechsel in Moers: Altenarbeit war gestern!? Bürgerschaft gestaltet heute!?

Verantwortlich: Zwischen Arbeit und Ruhestand e. V. (ZWAR)
Zentralstelle NRW, Stadt Moers

Mitwirkende:

- **Kornelia Jordan**, Leitstelle Älterwerden der Stadt Moers

Moderation: Christine Sendes, ZWAR Zentralstelle NRW

Im Auftrag der Stadt Moers entwickelte die ZWAR Zentralstelle NRW in Kooperation mit der städtischen Leitstelle Älterwerden ein trägerübergreifendes Gesamtkonzept einer demografiefesten und teilhabeorientierten Seniorenarbeit in Moers.

In den Prozess sind Verwaltung und Politik, die Akteure aus den Handlungsfeldern der inklusiven Seniorenarbeit im Quartier sowie eine engagierte Bürgerschaft eingebunden. Wichtig dabei ist neben der verbindlich vereinbarten Zusammenarbeit im „Dreierverbund“ (TRIAS), dass alle Akteure auf Augenhöhe, gleichberechtigt und gemeinsam handeln, sich beraten und gegenseitig unterstützen. Dabei ist insbesondere die Transparenz des Prozesses ein wesentlicher Handlungsschritt gegenüber der Politik, den Leitungsstrukturen sowie den beteiligten Institutionen und Organisationen.

Die zum Kreis in Moers gehörenden Akteure der „TRIAS“ waren an Thematischen im Workshop vertreten.

Am Beispiel der Stadt Moers wird deutlich, dass die Zusammenarbeit im Dreierverbund (TRIAS) auf unterschiedlichen Ebenen im Sinne einer Governance¹ ein Gewinn nicht nur für Kommunen ist.

Mit der TRIAS als Governance

- plant und handelt eine Kommune mit den Menschen für die Menschen und nicht an ihnen vorbei,
- lassen sich Gestaltungsaufgaben der Kommune mit höherer Akzeptanz und einvernehmlicher lösen. So werden Planungsfehler und ihre Konsequenzen vermieden,
- werden Verantwortung, Arbeit und Erfolg in der Kommune geteilt. Das schafft Verbindungen von Menschen und Organisationen sowie Initiativen, dieses trägt zur Solidarität in der Kommune bei,
- wird das Vertrauen in die Fähigkeit zur Bewältigung von Gestaltungsaufgaben in der Kommune erhöht, weil es wesentliche Kräfte verbindet, die eine Kommune hat und braucht,
- werden ehrenamtlich Tätige in ihrer Verantwortlichkeit gestärkt und hauptamtlich Tätige entlastet,
- werden Menschen mit vielfältigen Kompetenzen und Erfahrungen verbunden, dies schafft Voraussetzungen für weitere, kreative Lösungen von Gestaltungsaufgaben,
- wird Effektivität erreicht, weil vielfältige Perspektiven, Kompetenzen und Erfahrungen zusammenkommen.

1 **Governance** soll ausdrücken, dass an der Steuerung und Regelung nicht nur der Staat, sondern auch die Privatwirtschaft und die Öffentlichkeit (Vereine, Interessenvertretungen, Bürgerinitiativen, Medien, ...) beteiligt sind, die über formelle und informelle Netzwerke zusammenwirken. Die Rolle des Staates soll nicht untergraben, sondern neu definiert werden. Partizipation spielt dabei eine große Rolle.

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

- nehmen Kommunen ihre Rolle als verbindliche Dienstleister für und mit dem Bürger sichtbar und positiv wahr,
- wird Partizipation praktiziert und werden Lösungen erarbeitet, insofern ist TRIAS Methode und Lösung zugleich,
- zeigt sich ein motivierendes Modell zur Förderung von Partizipation. Damit wird die gewünschte Beteiligung von Menschen an kommunalen Gestaltungsaufgaben erhöht,
- werden Kosten gespart, da TRIAS finanziell nicht teuer ist.



Foto: BAGSO/Dechent

Die Zusammenarbeit im Dreierverbund „Verwaltung/Politik, Akteure der Seniorenarbeit und engagierte Bürgerschaft sollte auf Augenhöhe erfolgen.

5.2 WOHNEN UND WOHNUMFELD

5.2.1 Gemeinschaftlich wohnen. Ein Projekt starten und gestalten.

Verantwortlich: FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e. V., Bundesvereinigung

Mitwirkende:

- **Dr. Josef Bura, Dr. Andrea Töllner, Dr. Romy Reimer,**
FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e. V., Bundesvereinigung
- **Martin Müller,** Vizepräsident Bundesarchitektenkammer, Vorstand
Architektenkammer NRW
- **Manuela Müller,** post welters + partner mbB Architekten & Stadtplaner
- **Micha Fedrowitz und Horst Hücking,** WohnBund-Beratung NRW GmbH

Moderation: **Andrea Beerli,** FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e. V.,
Bundesvereinigung

Mit der Veranstaltung „Gemeinschaftlich wohnen. Ein Projekt starten und gestalten“ waren Initiativen und Interessierte angesprochen, sich im direkten Kontakt mit Expertinnen und Experten auszutauschen und brennende Fragen rund um die Initiierung und Realisierung von gemeinschaftlichen Wohnformen zu klären.

Die Veranstaltung wurde eröffnet mit einem Impuls von **Martin Müller**, Vizepräsident der Bundesarchitektenkammer und Vorstandsmitglied der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen. Er verdeutlichte, dass insbesondere auch die Architektinnen und Architekten gefordert seien, die massiven Änderungen in der Gesellschaft durch neue planerische Ansätze zu gestalten. Inklusives Gestalten, das den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Miteinander betone, sei eine der wichtigsten Aufgaben für die Frage, wie wir in Zukunft wohnen wollen. Eine barrierefreie Umgebung sei dabei eine Grundvoraussetzung des gemeinschaftlichen Zusammenlebens. In diesem Zusammenhang wies Martin Müller auch darauf hin, dass die Bundesarchitektenkammer eine Fortsetzung der Regionalkonferenzen „Inklusiv gestalten – Ideen und gute Beispiele aus

Kommune /
Quartiers-
entwicklungWohnen /
WohnumfeldEngagement /
TeilhabeBildung /
DigitalisierungGesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. SicherungVerbraucher-
themen



Inklusives Gestalten, sei eine der wichtigsten Aufgaben für die Frage, wie wir in Zukunft wohnen wollten, betonte Martin Müller, Vizepräsident der Bundsarchitektenkammer.

Architektur und Stadtplanung“ plane. Beispielhafte Bauten gemeinschaftlichen Wohnens seien das Projekt WIR am Phoenix See vom Architekturbüro Post Welters oder Amaryllis eG aus Bonn.

Im Anschluss wurden Thementische zu den Themenfeldern „Finanzierung und Recht“, „Architektur“, „Unterstützung durch die Kommune zur Initiierung von Wohnprojekten“ sowie zum „Lernen von anderen europäischen Ländern“ angeboten. Besonders interessiert waren die Teilnehmenden u. a. an den Erfordernissen der Startphase von Projekten. Neben den „3 G’s“: Gruppe, Grundstück, Geld/Rechtsform seien vor allem ein gutes Konzept und ein festgelegter Zeitrahmen

wichtige Erfolgsfaktoren. Herausgearbeitet wurde auch, dass Teambildung für die sozialen Aspekte der Gruppenründung eine besondere Rolle spiele als ebenso wichtig werde das Hinterfragen der individuellen Motive und der verschiedenen Wohnbiografien angesehen. Festgehalten werden konnte: Egal ob Miet-Wohnprojekt, Wohnungseigentümergeinschaft oder Genossenschaft, die Rechtsform eines Projektes hänge maßgeblich von den Wünschen und den Finanzierungsmöglichkeiten der Projekt-Mitglieder ab. Erfolgreicher seien Projekte, die von ihren Kommunen unterstützt würden z. B. durch Information und Beratung (z. B. Anlaufstellen, Projektbörsen) oder auch durch die Vergabe von Grundstücken über sog. Konzeptverfahren, bei denen der Zuschlag nicht am Höchstpreis, sondern am Konzept und seinen sozialen Impulsen für das Wohnumfeld festgemacht werde. Deutlich wurde darüber hinaus, dass Initiativen sich u. a. eine stärkere kommunale Unterstützung bei der Integration von Angeboten zur Versorgung, Betreuung und Pflege wünschen.

5.2.2 Anders (als) gewohnt: Gemeinschaftliches Wohnen plus

Verantwortlich: FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e. V., Bundesvereinigung

Mitwirkende:

- **Dr. Josef Bura, Dr. Romy Reimer**, FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e.V.
- **Nina Gust**, Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz Hamburg
- **Dr. Barbara Hoffmann**, Leiterin des Referates Wohnen im Alter, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Für die Modellprojekte:

- **Christine Buchmann**, Die Hausgemeinschaft im Pauluscarrée e.V., Bielefeld
- **Anno Kluß**, Wunschnachbarn WEG, Köln
- **Burkhard Wagner**, PHB Pflege, Hilfe und Betreuung e. V., Petrihaus in Hofgeismar

Moderation: Ingeborg Dahlmann, FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e.V.

Wie können Menschen im Alter auch mit Pflege- und Unterstützungsbedarf selbstbestimmt leben?

Diese Frage stand im Zentrum der Veranstaltung „Anders (als) gewohnt: Gemeinschaftliches Wohnen plus“.

Dr. Barbara Hoffman, Referatsleiterin im BMFSFJ, unterstrich in ihrem Grußwort, wie vielfältig die Herausforderungen des demografischen und gesellschaftlichen Wandels seien und welche große Bedeutung neuen Wohnformen zukomme, die die sozialen Bezüge im Wohnen stärken. Mit dem Modellprogramm „Gemeinschaftlich wohnen, selbstbestimmt leben“ fördert das BMFSFJ dringend benötigte Innovationen im Wohnen, wie bspw. Projekte, die gemeinschaftliches Wohnen mit Pflege-, Unterstützungs-, Beratungs- und Teilhabeangeboten verbinden. Sogenannte Projekte des „Gemeinschaftlichen Wohnens plus“ ermöglichen es Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, in der Mitte der Gemeinschaft, in den Quartieren, wohnen zu bleiben. Zudem verbinden die Projekte die Bewohnerinnen und Bewohner mit dem Wohnumfeld, indem neben Versorgungssicherheit Begegnungsräume geschaffen werden, die das Fundament fürsorgender Gemeinschaften und Nachbarschaften schaffen.

Kommune /
Quartiers-
entwicklungWohnen /
WohnumfeldEngagement /
TeilhabeBildung /
DigitalisierungGesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. SicherungVerbraucher-
themen

Wie vielfältig gemeinschaftliche Wohnformen aussehen können, zeigte die anschließende Gesprächsrunde mit **Dr. Romy Reimer** vom FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e.V. und den Modellprojekten „Petrihaus in Hofgeismar“, vertreten durch **Burkhard Wagner**, des Kölner Projektes „Wunschnachbarn WEG“, vertreten durch **Anno Kluß**, sowie des Bielefelder Projektes „Die Hausgemeinschaft im Pauluscarrée e.V.“, vertreten durch **Christine Buchmann**. Interessierte erfuhren, wie die Initiativen mit dem Thema „Alter(n) im Projekt“ umgehen und welche zusätzlichen Versorgungsbausteine gemeinschaftliches Wohnen sinnvoll ergänzen können. So integrierten die „Wunschnachbarn“ eine CoHousing-Etage mit vier Wohneinheiten und einer Gemeinschaftsküche für Ältere, um der Gefahr der Vereinsamung im Alter zu begegnen, während die Bielefelder Hausgemeinschaft auf enge soziale Bindungen im Projekt und eine gute Vernetzung im Quartier setzt. Umfassend ist das Konzept „Petrihaus in Hofgeismar“, das Menschen bis ins hohe Alter Selbstständigkeit im Wohnen und einen Verbleib im „Petrihaus“ bzw. im Quartier ermöglichen will und Servicewohnen mit einer Tagespflege, zwei Pflege-Wohn-Gemeinschaften und weiteren Dienstleistungsangeboten kombiniert.

Abgerundet wurde die Veranstaltung mit einem Fachbeitrag von **Nina Gust** von der Hamburger Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz zur nächtlichen Versorgung im Quartier. Um altersgerechte Quartiere zu entwickeln, müssen Modelle zur Sicherung der nächtlichen Versorgung entwickelt werden. Die damit verbundenen Herausforderungen der Etablierung eines nachhaltigen Angebots betreffen, wie die Erfahrungen aus den Hamburger LeNa (Lebendige Nachbarschaften)-Projekten zeigen, gleichsam die Wirtschaftlichkeit wie auch den Aspekt der Akzeptanz der potentiellen Nutzerinnen und Nutzer.

5.2.3 Komfortwohnen – Wohnen ohne Barrieren

Verantwortlich: Verband Wohneigentum e. V.

Mitwirkender:

- **Wolfgang Szubin**, Architekt, Verband Wohneigentum e. V.

Moderation: **Petra Uertz**, Bundesgeschäftsführerin Verband Wohneigentum e. V.

„Selbstständig und möglichst lange in den eigenen vier Wänden leben, das wünschen sich die meisten Menschen“, erklärte **Petra Uertz** einleitend. Die Zustimmung spiegelte sich in vielen Gesichtern im Publikum wieder.

„Damit dies gelingt, empfiehlt es sich, rechtzeitig vorzusorgen. Am besten denkt man gleich beim Neubau oder einer Grundsanierung daran, barrierearm zu planen“, ergänzte **Wolfgang Szubin** im anschließenden Vortrag. „Schließlich ist 2035 jeder dritte Deutsche über 65 Jahre alt. Breite Türen sind für Rollator oder Rollstuhl notwendig, aber ebenso komfortabel für Kinderwagen.“

Der Architekt gab viele Tipps zur gründlichen Planung barrierearmen Wohnens, einschließlich Finanzierung und Förderung. Ebenso hatte er viele Ideen zur praktischen Gestaltung von Eingang, Bad, Küche und Co. Kompetent ging er auf Fragen aus dem Publikum ein. Immer wieder fiel das Wort „Komfortwohnen“, das ein großes Anliegen von Wolfgang Szubin ist. „Komfortwohnen bringt Lebensqualität in allen Lebensphasen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt bei der Planung einer Immobilie, denn Wohnzufriedenheit ist gleich Lebenszufriedenheit!“

Doch die Realität sieht oft anders aus: Schon die Stufen zur Haustür können Schwierigkeiten bereiten, aber auch der Zugang zur Terrasse kann zur Stolperfalle werden. Zu hohe Einstiege in Dusche und Badewanne machen den Badbesuch zur Kletterpartie. Allzu oft werde der Abbau von Barrieren auf später verschoben. „Bis es zu spät ist!“, mahnte Wolfgang Szubin.

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

Er zeigte anschaulich mit vielen Bildern, wie es anders geht. Das Publikum notierte: Hauszugänge ganz ohne Stufen oder mit Rampen, Treppenlifte mit Sitz oder Plattform, rutschhemmende Böden, die die Sturzgefahr vermindern. Barrierefreie Raumspartüren, bodentiefe Fenster ohne Schwellen, magnetisch verschleißbar, und unterfahrbare Schränke in Küche und Bad waren weitere Beispiele.

Wolfgang Szubin präsentierte weitere Ideen. „Manchmal reichen auch vergleichsweise kleine Dinge aus, die helfen, ein Haus für die Bewohner barriereärmer zu machen.“ Ob es die beidseitigen Handläufe an Treppen, Griffe an Toilette und Badewanne oder der automatische Türöffner sind. „Denken Sie heute schon an morgen. Planen Sie altersgerechten Wohnkomfort gleich beim Bau oder Umbau mit“, riet der Architekt.

Er ermunterte das Publikum, neue Lebenssituationen für die Umgestaltung ihres Wohnumfelds in Richtung barrierearm zu nutzen. Familienzuwachs, der Auszug der Kinder oder ein neuer Lebenspartner bergen die Chance auf einen Neubeginn, auch beim Wohnen. „Spätestens zum Ruhestand“, forderte Wolfgang Szubin die Teilnehmenden auf, „nehmen Sie sich das Thema bitte mal vor.“ Noch früher sei besser: Direkt eingebaut spare man sich später den Umbau und reduziere Kosten. „Ohne Barrieren geht’s einfach besser. Davon profitieren nicht nur die älteren, sondern auch ganz junge Menschen und ihre Eltern.“ Langsam komme das Thema in der Mitte der Gesellschaft an. Die Bereitschaft steige, freute sich der Architekt, sich mit Themen wie altersgerechtem Umbau, Wohnraumanpassung und Mehrgenerationen-Wohnen zu befassen – auch in Politik und Wissenschaft.

5.2.4 Wohnen wie gewohnt? – Neues und Bewährtes zum altersgerechten Wohnen

Verantwortlich: Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Wohnungsanpassung e.V.

Mitwirkende:

- **Nicole Bruchhäuser**, Beratungsstelle für barrierefreies Wohnen der Landeshauptstadt Wiesbaden, Vorstand BAG Wohnungsanpassung e.V.
- **Bärbel Hälbig**, Beratungsstelle Wohnen und Soziales Stadt Leipzig, Vorstand BAG Wohnungsanpassung e.V.
- **Oliver Klingelberg**, Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft, Vorstand BAG Wohnungsanpassung e.V.
- **Elisabeth Mertens**, Verbraucherzentrale NRW e.V.

Moderation: **Monika Schneider**, Agentur für Wohnkonzepte Köln, Vorstand BAG Wohnungsanpassung e.V.

Barrierefreies Wohnen, Sanieren und Modernisieren, hilfreiche Technik und selbstständiges Leben mit Versorgungssicherheit – dies waren die Themen der Veranstaltung.

Zunächst stellte **Monika Schneider** die Organisation und die Aufgaben der BAG Wohnungsanpassung e.V. vor: Als bundesweiter Zusammenschluss von Wohnberatungsstellen sowie Einzelpersonen entwickle der Verein unter anderem Qualitätsstandards für die Beratung und führe Fachtagungen, Schulungen und Zertifizierungen durch. Die Expertinnen und Experten der BAG Wohnungsanpassung informierten das Publikum anschließend über die verschiedenen Bausteine des altersgerechten Wohnens:

Die vielfältigen Anpassungsmaßnahmen im Bestand stellte **Bärbel Hälbig** vor – von kleinen Veränderungen bis hin zu umfangreichen Umbauten. So könnten das Umstellen von Möbeln, die Versorgung mit Hilfsmitteln oder die barrierefreie Gestaltung der Küche und des Bades den Verbleib in der Wohnung ermöglichen. Im Mittelpunkt stünden hierbei immer die individuelle Beratung und die Bedürfnisse der Ratsuchenden.

Kommune/
Quartiers-
entwicklungWohnen /
WohnumfeldEngagement /
TeilhabeBildung /
DigitalisierungGesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. SicherungVerbraucher-
themen

Elisabeth Mertens von der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen referierte zum Thema Abbau von Barrieren bei (energetischen) Sanierungen. Altersgerechtes Sanieren umfasse neben Komfort und Behaglichkeit auch immer Sicherheit und Mobilität. Neben der barrierefreien Neugestaltung von Badezimmern oder dem Austausch der Fenster könne auch die Neuorganisation von Wohnraum durch Teilen, Verkleinern oder Erweitern zu einem Verbleib in der gewohnten Umgebung beitragen.

Die Möglichkeiten der hilfreichen Technik wurden von **Nicole Bruchhäuser** präsentiert: Handläufe mit integrierter Beleuchtung, elektrische Deckelöffner, Dusch-WCs, aber auch Smart-Home-Systeme mit Sprachsteuerung können zu einem selbstbestimmten und selbstständigen Wohnen beitragen. Wichtig sind jedoch ausreichende Informationen, unabhängige Beratungsangebote und die Verfügbarkeit der Produkte.

Den Bogen zum Quartier spannte **Oliver Klingelberg**. Er stellte die strukturelle Wohnungsanpassung – die barrierefreie Gestaltung mehrerer Gebäude – im Rahmen von Quartierskonzepten vor. Denn neben barrierefreien Wohnungen



Foto: BAGSO/Barajas

Barrierefreies Wohnen, hilfreiche Technik und selbstständiges Leben mit Versorgungssicherheit – waren einige Themen der Veranstaltung.

stehe die Versorgungssicherheit im vertrauten Stadtviertel oder in der Gemeinde für ältere Menschen immer häufiger im Vordergrund. Daher sei auch das Engagement der Wohnungswirtschaft, zum Beispiel im Bielefelder Modell, in Zukunft notwendig.

Die Teilnehmenden stellten zu den einzelnen Bereichen Fragen und merkten an, dass jedes der Themen in einer eigenen Veranstaltung vorgestellt werden solle.

Besonderes Interesse bestand auch an Finanzierungsmöglichkeiten, vor allem bei umfangreicheren Umbaumaßnahmen. Hier bestehe die Forderung aus dem Publikum, die Wohnberatung zu stärken und den Zugang zu Informations- und Fördermöglichkeiten zu vereinfachen.

5.2.5 L(i)ebenswert wohnen – ein Leben lang

Verantwortlich: Koordination Wohnberatung NRW

Mitwirkende: Susanne Tyll, Koordination Wohnberatung NRW

Ein wesentliches Ziel der Wohnberatung ist der Erhalt der selbstständigen Lebensführung in der eigenen Wohnung und im gewohnten Umfeld durch optimale Anpassung der Wohnung an die individuellen Bedürfnisse der Menschen. So kann der wunschgemäße Verbleib vieler Menschen in der vertrauten Umgebung realisiert werden. Dies kann präventiv oder reaktiv erfolgen. So können z. B. durch Umbau- und Anpassungsmaßnahmen Unfälle, insbesondere Stürze, verhindert und die oft folgende Hilfe- und Pflegebedürftigkeit vermieden werden. Ob in der Wohnung bzw. im Haus Barrieren abgebaut werden sollen, ist eine Frage, die möglichst früh entschieden werden sollte. Weniger Barrieren bedeuten immer auch eine Wohnwertsteigerung.

Durch Wohnungsanpassung können die erforderliche Hilfe und notwendige Pflege in der Wohnung ermöglicht und erleichtert werden. Ziel ist es immer, den Vorstellungen und Wünschen der Ratsuchenden zu entsprechen.

Im „Musterland“ der Wohnberatung Nordrhein-Westfalen gibt es ein fast flächendeckendes Netz von 128 Wohnberatungsstellen. Diese arbeiten hauptamtlich, unabhängig und für die Bürgerinnen und Bürger kostenlos. Bundesweit gibt es über 350 Wohnberatungsstellen, von denen viele auch ehrenamtlich arbeiten.

Kleine Maßnahmen – große Wirkung

Viele Maßnahmen der Wohnungsanpassung sind nicht sehr umfangreich und erleichtern auch helfenden Personen die Unterstützung. Häufig genügt schon das Verstellen der Möbel beziehungsweise das Entfernen von Gegenständen, die nicht mehr gebraucht werden und im Weg stehen. Auch der Einsatz von passenden Hilfsmitteln und das Erhöhen vorhandener Möbel können helfen, dass man sicherer in der eigenen Wohnung lebe. Manchmal bedarf es auch größerer Maßnahmen wie dem Badezimmerumbaus, der Türverbreiterung, des bodengleichen Zugangs zum Balkon oder eines Treppenliftes.

Wohnumfeld

Ältere Menschen bewegen sich viel zu Fuß, mit Fahrrad, Gehhilfe oder Rollator in ihrem Quartier. Zudem gewinnt das direkte Wohnumfeld mit steigendem Alter an Bedeutung, weil der Bewegungsradius häufig kleinräumiger wird. Viele Ältere, aber auch Jüngere mit und ohne Mobilitätseinschränkungen – wobei auch ein Kinderwagen oder schwere Einkaufstaschen ein Handicap sein können – tun sich schwer, wenn Barrieren auftauchen. Die Wohnumgebung ist mit entscheidend für alltägliche Routinen: Rituale, Kontaktaufnahme, allgemeine Versorgung, Sicherheitsgefühl, Bewegungsmöglichkeiten und somit Gesundheitsprävention, Selbstbestimmtheit und Selbstständigkeit. Es ist notwendig, zusätzliche Angebote in den Quartieren zu installieren, aber auch vorhandene zu festigen. Obwohl das jeweilige Wohnumfeld für dessen Bewohnerinnen und Bewohner scheinbar gleich ist, können äußere Gegebenheiten je nach persönlichen Bedarfen und Bedürfnissen sehr unterschiedliche Auswirkungen auf das Leben und die Bewegungsmöglichkeiten haben.

Die Bedürfnisse der jeweiligen Menschen sind verschieden, deren Beteiligung als Fachleute in eigener Sache in Quartieren für alle unabdingbar.

5.2.6 Wohnen im Alter in einer Eigentumswohnung

Verantwortlich: Wohnen im Eigentum e.V. (WiE)

Mitwirkende:

- **Gabriele Heinrich**, geschäftsführendes Vorstandsmitglied WiE
- **Heinz-Günther Meiwes**, WiE-Berater, Rechtsanwalt und Notar a.D.

Moderation: Sabine Feuersänger, Referentin, WiE

Die Diskussionsveranstaltung führte in verschiedene Themenkreise ein:

Haus oder Wohnung? Im Vergleich mit Hauseigentümern haben Wohnungseigentümer andere Rechte und Pflichten, die sich vor allem aus dem Wohnungseigentumsgesetz und der Teilungserklärung ergeben. Wer sich eine Wohnung zulegt, kauft auch einen Anteil am Gemeinschaftseigentum; für dieses ist er gemeinschaftlich mit den anderen zuständig, organisatorisch wie finanziell. Das darf nicht übersehen werden!

Betreutes Wohnen: Es gibt Wohnungseigentumsanlagen, die dem betreuten Wohnen dienen. WiE stellte Regelungen hierfür vor und wies auf Fallstricke hin, etwa eine Zweckbindung oder gar Bindungen an bestimmte Pflegedienste in der Teilungserklärung. Wichtigster Rat: Auf Details im Kaufvertrag und in der Teilungserklärung ist unbedingt zu achten!

Barrierefreiheit: Im Wohnungseigentumsgesetz ist nicht geregelt, ob und wie Barrierefreiheit in einer Wohnungseigentumsanlage hergestellt werden muss. Hinsichtlich ihres Sondereigentums können Wohnungseigentümer vieles allein entscheiden. Wenn Gemeinschaftseigentum betroffen ist (z. B. Arbeiten am Estrich im eigenen Badezimmer, Treppenlift/Aufzug), muss die Wohnungseigentümergeinschaft (WEG) die Ausführung per Beschluss regeln. Oft fehlt es bei den – noch nicht betroffenen – Wohnungseigentümern an Einsicht, Mehrheiten sind schwer zu beschaffen. Es besteht gesetzlicher Regelungsbedarf.

Kommune /
Quartiers-
entwicklungWohnen /
WohnumfeldEngagement /
TeilhabeBildung /
DigitalisierungGesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. SicherungVerbraucher-
themen

Modernisierung und energetische Sanierung: Viele Maßnahmen finden keine Mehrheiten, da der Kommunikationsprozess in der WEG schwierig ist und gut strukturiert werden muss, damit die Abläufe transparent werden und Meinungsbildung stattfindet. Viele Wohnungseigentümer kennen die Chancen und Risiken nicht, wenn die WEG als Verband einen Kredit nimmt. Der WiE-Ratgeber „Der Modernisierungs-Knigge für Wohnungseigentümer“ leistet Aufklärung und Orientierungshilfe.

Verwalterentlastung: Ein Punkt, der in vielen Eigentümerversammlungen auf der Tagesordnung steht, ist die Entlastung der Verwaltung für ihre Tätigkeit im vergangenen Jahr. Vorsicht! Eine solche Entlastung gilt nur bei ehrenamtlichen Tätigkeiten. Professionelle Verwaltungen haben keinerlei Recht auf eine Entlastung – es sei denn, sie haben es sich im Verwaltervertrag einräumen lassen. Die Nichterteilung der Entlastung für den Verwalter ist kein Ausdruck von Misstrauen, sondern sichert der WEG wichtige gesetzliche Rechte.

Eigentum noch zu Lebzeiten auf Kinder übertragen? Rechtsanwalt **Heinz-Günther Meiwes** riet hiervon ab: „Man sollte die Schuhe nicht schon vor dem Fluss ausziehen.“ Es gibt kaum Argumente für positive Auswirkungen. Erbende Angehörige haben steuerlich hohe Freibeträge. Zudem ist selbst genutztes Wohneigentum (Annäherungswert: bis 80 m²) sogenanntes Schonvermögen, das staatlicherseits nicht angetastet werden darf, um z.B. Pflegeleistungen zu finanzieren.

Weitere Informationen finden Sie auf der Vereins-Website:
www.wohnen-im-eigentum.de.

5.2.7 Gärtnern bis ins hohe Alter – Worauf ist zu achten?

Verantwortlich: Verband Wohneigentum e. V.

Mitwirkender:

- **Martin Breidbach**, Bundesgartenberater, Verband Wohneigentum e. V.

Moderation: Anna Florenske, Verband Wohneigentum e. V.

Gartenleidenschaft sei nichts, was einem mit den Jahren „abhanden komme“, leitete **Anna Florenske** die Veranstaltung ein. Im Gegenteil! Viele Besucherinnen und Besucher nickten, als sie davon sprach, dass die Liebe zum Garten nie aufhöre und häufig in der zweiten Lebenshälfte noch einmal richtig auflebe.

Bundesgartenberater **Martin Breidbach** knüpfte daran an, als er davon erzählte, dass ihn die Lust zum Gärtnern von Kindesbeinen an bis heute täglich aufs Neue fasziniere.

Doch was tun, wenn der Körper mit den Jahren nicht mehr wie früher bei der Gartenarbeit mitmache? „Es ist nie zu früh, daran zu denken, dass sich die Bedürfnisse im häuslichen Umfeld verändern“, betonte Martin Breidbach. Auch die grüne Oase hinter dem Haus müsse barrierearm sein, damit ältere Generationen sie genießen können. Kein Zweifel für den Gartenberater: Die Lebensqualität steige, wenn der Garten nach den eigenen, sich verändernden Bedürfnissen genutzt werden könne. Die Aussicht, bis ins hohe Alter der grünen Leidenschaft frönen zu können freute auch die Teilnehmenden, die sich mit ihren Fragen rege an dem Vortrag beteiligten.

Der Gartenexperte zeigte viele Möglichkeiten, wie sich Verbraucherinnen und Verbraucher die Gartenarbeit erleichtern



Foto: BAGSO/Wehmeier

Als Anschauungsmaterial hatte Martin Breidbach eine als Spalier gezogene Johannisbeere mitgebracht.

Kommune /
Quartiers-
entwicklung

Wohnen /
Wohnumfeld

Engagement /
Teilhabe

Bildung /
Digitalisierung

Gesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. Sicherung

Verbraucher-
themen

können: Rechtzeitig stufenlose Wege oder Rampen einzuplanen, sei eine Option. Ergonomisch geformte Gartengeräte und Automatisierungen seien weitere Möglichkeiten, bequemer und entspannter die Gartenarbeit zu gestalten. Solche konnten im Anschluss an den Vortrag bestaunt und angefasst werden. Auch eine durchdachte Pflanzenauswahl erleichtere die Arbeit im heimischen Grün: Spalierbäume tragen mit an der Schnur gezogenen Ästen Früchte rückenschonend in greifbarer Nähe. Als Anschauungsmaterial hatte Martin Breidbach eine als Spalier gezogene Johannisbeere mitgebracht.

Auf üppig bepflanzen Beeten statt auf freien Flächen komme weniger Unkraut auf, auch das Gießen sei viel seltener nötig, erklärte er. Ein Umdenken sei ratsam: Nicht bei jeder Gartenarbeit müsse ein älterer Mensch selbst „Hand anlegen“. Manches könne man sich sparen oder sinnvoll ersetzen, etwa das Gießkannenschleppen durch eine automatische Bewässerung oder das Rasenmähen durch einen Rasenroboter.

Unterfahrbare Tischbeete und hüfthohe Hochbeete ermöglichten es auch Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen, den grünen Daumen zu beschäftigen. Allerdings sei der Aufbau der tiefgründigen Schichtung im Inneren der Hochbeete eine relativ aufwendige Arbeit. Martin Breidbach zeigte an einem Beispiel, wie Enkel und Kinder dies für einen Senior übernehmen.

Vielfältige Anregungen für ein barrierearmes Gärtnern nahmen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung mit nach Hause. Dankbar griffen sie zu den neuen Foldern mit Checklisten, die der Referent Martin Breidbach mitgebracht hatte. Wenige aus dem Publikum hatten Aspekte davon bereits bei sich zu Hause umgesetzt.

5.3 ENGAGEMENT UND TEILHABE

5.3.1 Konsequenzen aus der Generali Altersstudie 2017 und dem Engagementbericht der Bundesregierung

Verantwortlich: ddn – Das Demografie Netzwerk e. V.

Mitwirkender:

- Loring Sittler

Die Generali Altersstudie 2017 hat für die Altersgruppe der 65- bis 85-Jährigen repräsentativ wesentliche Daten zum Leben im Alter abgefragt:

Einkommen und Einkommensunterschiede

Der finanzielle Spielraum in der oberen Einkommenskategorie ist in der älteren Generation rund dreimal so hoch wie derjenige in der unteren. Das frei verfügbare Einkommen (nach Abzug aller laufenden Kosten) unterscheidet sich weiter nach West (655 Euro) und Ost (520 Euro) sowie nach Familienstand: Verheiratete 515 Euro, Ledige 418 Euro, Geschiedene 342 Euro. Das frei verfügbare Einkommen ist seit 2013 durchschnittlich um 20 % gestiegen.

Noch gebraucht werden:

Nur 8 % der 65- bis 74-Jährigen haben öfter das Gefühl, nicht mehr gebraucht zu werden, 61 % ist es völlig fremd, nicht mehr gebraucht zu werden. 31 % der 80- bis 85-Jährigen haben selten dieses Empfinden. 69 Prozent der 65- bis 69-Jährigen können auf einen festen Freundes- und Bekanntenkreis zurückgreifen.

Diese wesentlichen und viele andere Ergebnisse zum Leben im Alter wurden präsentiert und zeichneten ein anderes Bild vom Leben im Alter, als es häufig in der Öffentlichkeit vermittelt wird:

Überraschend hoch ist

- *das hohe bürgerschaftliche Engagement außerhalb der Familie:* Es ist mit 45 % höher als bisher angenommen. Selbst bei den 80- bis 85-Jährigen ist der Anteil mit 29 % sehr hoch.

- *der erhebliche Anteil (55 %) der jetzt engagierten Alten, die im Leben bisher nicht oder wenig engagiert waren:* Die weit verbreitete These von der kontinuierlichen Engagementbiografie muss somit differenziert betrachtet werden – auch im Alter entsteht neues Engagement, es besteht eine hohe Engagementbereitschaft der Alten.

Abschließend werden ein paar Konsequenzen erläutert:

1. Angesichts der zunehmenden Alterung der Gesellschaft ist eine Steigerung des freiwilligen Engagements der Alten notwendig, möglich und sinnvoll – mit geeigneten flexiblen Angeboten und Mitwirkung. Die Bedeutung des freiwilligen Engagements für die Gemeinwohlproduktion muss auf der politischen Agenda prioritär behandelt werden.
2. Verlässliche Engagementstrukturen sind unerlässlich – Beendigung der „Projektitis“ und der Fehlbedarfsfinanzierung bei gleichzeitiger Förderung von personellen Ressourcen der Nichtregierungsorganisationen.
3. Die Nachfrager nach Engagement können selbstbewusster auftreten, Alter ist wie Eigentum zu betrachten und verpflichtet zum sozialen Gebrauch.
4. Die segmentierte Struktur der Bürgergesellschaft muss zugunsten einer strategischen Kooperation und gemeinsamen Wirkens überwunden werden.
5. Die transsektorale, langfristige Kooperation zwischen Politik, Wirtschaft und Bürgergesellschaft in festen lokalen Bündnissen muss nachhaltig aufgebaut und gefördert werden.
6. Nur mit einer angemessenen Monetarisierung kann Personen, die sich ein Engagement nicht leisten können, dieses bei Erstattung von Fahrtkosten und angemessener Bezahlung (Ehrenamtspauschale und Übungsleiterpauschale) ermöglicht werden. Die steuerlichen Grenzen dafür sind anzuheben.

5.3.2 Ein präventiver Ansatz zur Förderung der Lebenskompetenzen älterer Menschen – LiA+

Verantwortlich: LIGA für Ältere e. V.

Mitwirkende:

- **Prof. Dr. Anita Hausen, Jasmin Schiedeck, Regina Thalhammer,**
Katholische Stiftungshochschule München

Moderation: Dr. Hanns-Otto Strumm, LIGA für Ältere e. V.

Nach der Begrüßung durch Dr. Hanns-Otto Strumm führte in einem ersten Impulsreferat **Prof. Dr. Anita Hausen** in das hochkomplexe Themenfeld der Lebenskompetenz im Alter aus Sicht der Prävention ein und erklärte die Bedeutung für ältere Menschen. Als Hintergrund wurden die aktuellen Entwicklungen der Bevölkerungsstruktur mit dem Anstieg der Anzahl von älteren und hochbetagten Menschen in Deutschland vorgestellt. Jeder Einzelne hat

das Recht, in Würde und Zufriedenheit zu altern. Deswegen ist es von Bedeutung, älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben in guter Gesundheit zu ermöglichen. Die Lebenskompetenzen im Alter umfassen einzelne Lebensfertigkeiten, die bedeutsame Ressourcen für ältere Menschen darstellen. Mit diesen Ressourcen können Ältere den Belastungen und Anforderungen des Alltags adäquat begegnen. Die Förderung der Lebenskompetenzen gilt deshalb als wesentliche Strategie der Gesundheitsförderung und der Prävention und sie bietet vielfältige Ansatzpunkte für Interventionen.



Foto: BAGSO/Weltrmeier

Prof. Dr. Anita Hausen führte in das komplexe Themenfeld der Lebenskompetenz im Alter ein.

Kommune/
Quartiers-
entwicklung

Wohnen /
Wohnumfeld

Engagement /
Teilhabe

Bildung /
Digitalisierung

Gesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. Sicherung

Verbraucher-
themen

Nach dieser theoretischen Einstimmung folgte das zweite Impulsreferat. **Regina** Thalhammer stellte die Entwicklung des Trainingskonzeptes LiA+ vor. Der Titel des Projektes ergibt sich aus der Annahme, dass ältere Menschen durch ihre Lebenserfahrung vielfältige Lebenskompetenzen gebildet haben – das „Plus“ kennzeichnet deren zusätzliche Erweiterung und Vertiefung. Das Konzept basiert auf einer modularen Programmatik, d.h. die Kombination bewährter und neu entwickelter Einzelangebote zum gesunden und erfolgreichen Altern als Module miteinander, der Trainer-Ausbildung und dem online zur Verfügung stehenden Modulhandbuch. Das LiA+ Trainermanual beinhaltet 14 Bausteine und basiert auf der Ermöglichungsdidaktik. Die Bausteine greifen Themen wie beispielsweise Projektmanagement und Sozialraumanalyse auf, mit denen Kompetenzen für eine erfolgreiche, zielgerichtete und ehrenamtliche Seniorenarbeit vermittelt werden.

Mit dem dritten Impulsreferat erklärte **Jasmin Schiedeck** anhand eines Moduls aus dem Trainingskonzept, wie die ausgebildeten Trainer damit arbeiten können. Dabei wurde exemplarisch anhand eines Beispiels eine Aktivität überblicksartig geplant.

Im zweiten Teil der Veranstaltung wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Diskussion zu den Grenzen und Potenzialen eines solchen präventivorientierten Konzeptes aus Sicht des Ehrenamtes aktiv einbezogen. **Dr. Hanns-Otto Strumm** moderierte die leitfragengestützte Diskussion mit den Referentinnen und Teilnehmenden der Veranstaltung. Das Thema des gesunden und aktiven Alter(n)s beschäftigte eine Vielzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und lud zu zahlreichen Rückfragen und Diskussionsbeiträgen ein. Eine weitere rege Diskussion erfolgte zur Bedeutung von ehrenamtlichem Engagement als eine Möglichkeit, mit der die Lebenskompetenzen älterer Menschen gestärkt werden kann. In der Diskussion wurde deutlich, dass die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements im Bauen von Brücken zwischen Älteren und Ehrenamtlichen liegt.

Insgesamt wurde die Veranstaltung vom Publikum sehr interessiert, wohlwollend und positiv aufgenommen.

5.3.3 Vernetzung von Seniorinnen und Senioren im bürgerschaftlichen Engagement – Was stärkt wie wofür?

Verantwortlich: Bundesarbeitsgemeinschaft *senior*Trainerin (BAGsT)

Mitwirkende:

- **Karsten Gebhardt**, *senior*Trainer, Bielefeld (BAGsT)
- **Evamarie Peters**, *senior*Trainerin, Hamburg (BAGsT)
- **Michael Schmitt**, *senior*Trainer Bayern (BAGsT)
- **Petra Vorwerk-Rosendahl**, Bürgerzentrum Arnberg
- **Eva Winkler**, Centrum für Bürgerschaftliches Engagement e.V. (CBE), Mülheim an der Ruhr

Moderation: **Daniel Hoffmann**, Forum Seniorenarbeit NRW, Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA)



Foto: BAGSO, /Kordestani

*Senior*Trainer und *Senior*TrainerInnen aus dem ganzen Bundesgebiet betonten wie wichtig der Vernetzungsgedanke ist.

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

Daniel Hoffmann richtete folgende Frage an die Mitwirkenden der Diskussion: Warum ist es wichtig, dass sich bürgerschaftliches Engagement bzw. die handelnden Personen und beteiligten Organisationen untereinander vernetzen? Die Podiumsteilnehmenden stellten dabei wichtige Punkte vor:

- Lokale und persönliche Vernetzung ist für Projekt- und Teamarbeit unersetzlich.
- Digitale Vernetzung ist gut für überregionales Arbeiten und bringt auch Erfahrungen von anderen ein.
- Heutige Seniorinnen und Senioren sind für die Nutzung der digitalen Netzwerke teilweise noch nicht offen.
- Lokale und überregionale persönliche Treffen sind für Netzwerkbildung wichtig und stärken den Zusammenhalt. Treffen in verschiedenen sozialen Medien und auch auf digitalen Plattformen sind noch nicht so verbreitet.

Wie sind die bürgerschaftlich Engagierten bzw. deren Organisationen auf den verschiedenen Ebenen miteinander vernetzt? (These: Vernetzung findet in erster Linie analog statt):

- Bürgerschaftlich Engagierte untereinander
- Organisationen mit den bürgerschaftlich Engagierten
- Organisationen untereinander
- Organisationen und bürgerschaftlich Engagierte mit den Zielgruppen

Die Mitwirkenden konnten dabei aus ihrer persönlichen Erfahrung schöpfen und es gab unterschiedliche Blickwinkel. Dabei stellte sich heraus, dass die Bedingungen in den einzelnen Bundesländern verschieden sind. In NRW gibt es mehrere Zentralen, die innerhalb ihres lokalen Umfeldes sehr gut digital und persönlich vernetzt sind. Dadurch werden die Kommunikation, der Ablauf von Projekten und die lokale Unterstützung der Initiativen sehr gut vorangebracht. Was fehlt ist eine überregionale Stelle, die die dezentralen Einheiten vernetzen kann. Ein anderes Model ist in Bayern etabliert. Hier gibt es

den Verein EFI-Bayern e.V., der die Anlaufstellen vor Ort durch ein digitales Wissens-Austausch-Portal unterstützt, in dem die Projekte der Ehrenamtlichen beschrieben sind und aktualisiert werden, Wissens Elemente von den *seniorTrainerInnen* eingebracht werden und über Fachtagungen und Workshops neueste Informationen weitergegeben werden. Dies wird vom bayerischen Sozialministerium finanziell unterstützt.

Daniel Hoffman stellte die Fragen: Was läuft vor Ort nicht so gut? Welche Hilfestellungen werden auf den verschiedenen Ebenen benötigt?

Karsten Gebhardt ging dazu vor allem auf die Situation in NRW ein und äußerte den Wunsch nach einem zentralen Ansprechpartner. Die verschiedenen Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer waren sich darin einig, dass die digitale und analoge Vernetzung den Informationsfluss stärkt, den Zusammenhalt innerhalb der Arbeitsgruppen fördert und auch die Projektarbeit, Teamarbeit und das Management deutlich vereinfacht.

Zum Abschluss stellte jeder Podiumsteilnehmer seine Vision 2025 über die digitale Vernetzung von Seniorinnen und Senioren vor. Dabei ist davon auszugehen, dass mit der Generation der Smartphone- und Internetnutzer sich die digitale Vernetzung weiter entwickeln wird. Diese Generation darf aber das persönliche analoge Netzwerk nicht vernachlässigen, um den persönlichen Zusammenhalt auch weiterhin stärken zu können.

Während der gesamten Veranstaltung fand ein lebhafter Austausch mit dem Publikum statt.

Kommune/
Quartiers-
entwicklung

Wohnen /
Wohnumfeld

Engagement /
Teilhabe

Bildung /
Digitalisierung

Gesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. Sicherung

Verbraucher-
themen

5.3.4 Wir sind im Gespräch: So vielfältig ist der Generationenverbund!

Verantwortlich: Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e. V. (LSV NRW), Forschungsgesellschaft für Gerontologie e. V. (FfG)

Mitwirkende:

- **Prof. Andreas Denk**, Fakultät für Architektur, TH Köln und Chefredakteur der Zeitschrift „der architekt“
- **Pater Dr. Manfred Entrich**, Dominikaner (OP)
- **Dr. Helmut Freund, Siegfried Paasche**, Vorstandsmitglieder in der LSV NRW
- **Daniel Hoffmann**, Forum Seniorenarbeit
- **Stefanie Lechtenfeld**, wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der FfG
- **Dr. Elke Olbermann**, Geschäftsführerin der FfG
- **Prof. em. Annette Pöllmann**
- **Gaby Schnell**, Vorsitzende der LSV NRW
- **Prof. Dr. Christoph Strünck**, Direktor des Instituts für Gerontologie in Trägerschaft der Forschungsgesellschaft für Gerontologie (FfG)

Moderation: **Barbara Eifert**, wissenschaftliche Beraterin der LSV NRW bei der FfG

Hintergrund der Veranstaltung unter dem übergeordneten Motto des Deutschen Seniorentages „Brücken bauen“ war das insbesondere in den Medien immer wieder konflikthaft dargestellte Verhältnis der Generationen. Vor allem die damit vielfach einhergehende, grundlegende Infragestellung des Generationenverbundes bot den Anlass, seitens der LSV NRW gemeinsam mit der FfG Dortmund zu einem Gespräch einzuladen. In dem interaktiv geplanten Workshop sollten mit Hilfe der Methode des „Speed-Datings“ über die Vielfalt der Generationen und ihrer Beziehungen mit möglichst vielen Teilnehmenden Gespräche ermöglicht werden.

Zu Beginn der Veranstaltung gab **Prof. Dr. Christoph Strünck** einen kurzen „Überblick“ in das umfangliche Thema „Generationen“. Daran anschließend fanden zu einzelnen, ausgewählten Aspekten des Themas interessante Diskussionsrunden statt. Die Themen wurden dabei von Menschen mit unterschied-

lichen beruflichen Hintergründen und aus unterschiedlichen Altersgruppen vorgestellt. Folgende Themen wurden angesprochen: „Generationenkonflikte“, „Mode“, „Wohnen“, „Miteinander“, „Kommunikation“ und „Migration“.

Bei den Diskussionen zeigten sich unterschiedliche Erfahrungen und Einschätzungen gegenüber der Wirkungsmacht der verschiedenen Themen. Dabei spielte insbesondere der berufliche Hintergrund der Diskutierenden eine wesentliche Rolle. Dessen ungeachtet wurde die grundlegende Verbindung der Generationen trotz neuer Kommunikationsformen immer wieder betont. Ein Teilnehmender formulierte es so: „Die Formen ändern sich, aber die Substanz bleibt!“ Insgesamt erwiesen sich Vorstellungen darüber, wie junge und/oder alte Menschen seien, wie sie sein sollen oder wie sie in der Vergangenheit waren, als bedeutsame Faktoren für die Einschätzung zum Generationenverbund. Daher erfüllte die Veranstaltung bezüglich ihres inhaltlichen Ansatzes des Austausches und der Reflexion die Erwartungen, mehr Teilnehmende hätten zudem die Methode des Speed-Datings ermöglicht.



Foto: BAGSO/ Wehmeier

Dominikanerpater Manfred Entrich im Gespräch mit Barbara Eifert über das Verhältnis der Generationen zueinander.

Kommune/
Quartiers-
entwicklung

Wohnen/
Wohnumfeld

Engagement/
Teilhabe

Bildung/
Digitalisierung

Gesundheit/
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit/
soz. Sicherung

Verbraucher-
themen

5.3.5 Unterwegs am anderen Ufer – Ältere Lesben und Schwule in der Seniorenarbeit

Verantwortlich: Bundesinteressensvertretung schwuler Senioren e.V. (BISS), Dachverband Lesben und Alter e.V.

Mitwirkende – 35 ältere Lesben und Schwule aus folgenden Gruppen:

- Dortmund: AK Stadtgespräche und Koordinierungsstelle für Lesben, Schwule und Transidente
- Düsseldorf: Ältere Lesben und Schwule im „zentrum plus“ Altstadt, AWO Düsseldorf
- Hamburg: „Café Laubfrosch“ – Schwulengruppen im Seniorenbüro Hamburg
- Köln: Die ALTERnativen – Netzwerke für ältere Lesben und Schwule, c/o rubicon e.V.
- Berlin: rut – Rad und Tat. Offene Initiative Lesbischer Frauen e.V.

Außerdem besuchten 14 Mitarbeitende und Auszubildende aus Seniorenarbeit und Pflege die Veranstaltung.

Moderation: Carolina Brauckmann, Landesfachberatung für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der offenen Senior*innenarbeit NRW c/o rubicon e.V.
Sigmar Fischer, Vorstand BISS e.V.

Ältere Lesben und Schwule werden vom Siebten Altenbericht der Bundesregierung als eine der Gruppen benannt, deren Zugang zu den Angeboten der Seniorenarbeit nicht einfach sei. Das liege unter anderem an gegenseitiger Unkenntnis: Mitarbeitende in der Altenarbeit wüssten wenig von schwullesbischen Lebenswelten. Ältere Lesben und Schwule wiederum hätten kaum Vorstellungen darüber, was Seniorenarbeit eigentlich sei und welche Möglichkeiten sie biete. Es sei ihnen wichtig, mit Beispielen aus der Praxis darzustellen, wie sich diese Barrieren überwinden lassen.

Mit einer Veranstaltungsform, die auf Information und Austausch setze, ermöglichten sie Begegnungen „auf Augenhöhe“. Die von ihnen angefragten beteiligten Gruppen hätten sie vorab „gebrieft“: Sie sollten über ihre spezifischen Angebote erzählen, auch über lesbisch-schwule Lebensweisen und ihre Sicht-



Foto: BAGSO/Kondestani

Engagierte Diskussionen an den Thementischen von BISS und dem Dachverband Lesben und Alter, die erstmals beim Deutschen Seniorentag mit einer Veranstaltung dabei waren.

weisen auf eine Altersarbeit, die Lesben, Schwule und Trans* einbeziehe. Nach einer Einführung durch die Moderatorinnen und Moderatoren verteilten sich die Gäste an fünf Thementischen, führten jeweils 20-minütige Gespräche, um anschließend an einen weiteren Tisch zu wechseln.

Einblicke in homosexuelle Lebenswelten und Erfahrungen mit Kooperationspartnerinnen und -partnern aus der Seniorenarbeit waren das Leitmotiv der gesamten Veranstaltung. Gerade die individuelle Perspektive war bereichernd für den Gesprächsverlauf. Über die herausragende Bedeutung, als Zielgruppe benannt und somit auch „sichtbar“ zu werden, hatten manche der Gäste zuvor gar nicht nachgedacht. „Oh, das ist mir nie so klar geworden!“ war daher ein häufig geäußertes Kommentar an diesem kurzweiligen Nachmittag. Vor allem die Jüngeren, die die 3-jährige Ausbildung zur Fachkraft Pflege absolvieren, bestätigten, dass sie an diesem Nachmittag viel Neues erfahren hätten. Gespräche auf persönlicher Ebene, so eine der Beteiligten, würden bei ihr mehr bewirken als Diversity-Vorträge und entsprechende Unterrichtseinheiten.

Kommune /
Quartiers-
entwicklungWohnen /
WohnumfeldEngagement /
TeilhabeBildung /
DigitalisierungGesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. SicherungVerbraucher-
themen

Auch Teilnehmende aus der lesbischen, schwulen und transidenten Community bestätigten im Nachhinein, dass solche unmittelbaren Begegnungen fortgesetzt werden müssen: „Ich fand es toll, dass es überhaupt die Gelegenheit gab, das Thema zu platzieren“, äußerte sich ein Älterer. Einer Endsiebzigerin, die als offen lebende lesbische Frau regelmäßig eines der „zentren plus“ in Düsseldorf besucht, wurde klar, dass die kommunalen Alteneinrichtungen und ihre Mitarbeitenden nicht von allein aktiv werden. „Die Lesben und Schwulen müssen sich bewegen und ihre Wünsche artikulieren!“ Dann, das jedenfalls sei ihre Erfahrung, würden sich die Anbieter sehr interessiert zeigen.

5.3.6 Die große Spielwut im Herbst des Lebens – Engagement und Teilhabe im Seniorentheater

Verantwortlich: Bund Deutscher Amateurtheater e. V. (BDAT), kuba – Kompetenzzentrum für Kulturelle Bildung im Alter und Inklusion

Mitwirkende:

- **Eva Bittner**, Theater der Erfahrungen (Berlin), BDAT BAK Seniorentheater
- **Beate Brieden** künstlerische Leiterin WILDwest-Festival, Projektleitung & Audience Development Theater Bielefeld
- **Ulrike Czermak**, freie Theaterpädagogin/Regisseurin, BDAT BAK Seniorentheater
- **Almuth Fricke**, Leiterin kuba
- **Rolf Gabel**, Mitwirkender beim Tanztheater für Menschen ab 55 an der Bergischen VHS Wuppertal

Außerdem: Gelsenkirchener Ensemble synovia und Seniorentanztheater beim Ballett Dortmund

Moderation: Erpho Bell, freier Theatermacher und Autor

Das Seniorentheater hat sich zu einem wichtigen Bereich des kulturellen Engagements älterer Menschen entwickelt. Immer mehr Ältere finden in dieser Art von kultureller Aktivität neue Herausforderungen und Bildungsmöglichkeiten, aber auch Sinnstiftung und soziale Eingebundenheit.

Die Szene ist sehr vielfältig, wie u. a. eine Bestandsaufnahme von kuba gezeigt hat: Zu finden sind Gruppen oder Projekte an Stadttheatern, freien Theatern oder in (sozio-)kulturellen Zentren. Neben intergenerationell arbeitenden Gruppen gibt es Ensembles, die sich besonderen Zielgruppen öffnen, z. B. Menschen mit Demenzerkrankung oder Menschen mit Migrationshintergrund.

Gleich zu Beginn der Diskussion ging es um die Einschätzung der Bedeutung des Seniorentheaters für das Individuum und für die Gesellschaft. Als Stichworte fielen „die kulturelle Bereicherung“, „aufgrund der Lebenserfahrung der Darstellenden neue Sichtweisen auf Themen“, „die Möglichkeit, aus einem großen thematischen Fundus, der sich aus den Biografien der Spielenden ergibt, zu schöpfen“, „die Herausforderung des eigenen Körpers sowie die Lust und das Bedürfnis, etwas mitzuteilen“.

Diskutiert wurde auch wer, warum Theater spielt und was auf die Bühne kommt und wie. Hier wurde insbesondere die Entwicklung beobachtet, dass Sparten



Aufmerksam verfolgen die Besucherinnen und Besucher der Aufführung des Seniorentanztheaters.

Kommune / Quartiersentwicklung
Wohnen / Wohnumfeld
Engagement / Teilhabe
Bildung / Digitalisierung
Gesundheit / Prävention
Pflege
Demenz
Arbeit / soz. Sicherung
Verbraucherthemen

Foto: BAGSO / Kordestani

und Formen sich durchmischen, sich die Gruppen mit den Regieführenden aus der Vielfalt das nehmen, was sie zur Darstellung ihrer Themen brauchen, und häufig genreübergreifend gearbeitet wird.

Im Laufe der Diskussion auf dem Podium und mit den Gästen kristallisierten sich folgende Statements heraus:

- *Seniorentheater ist ein Sprachrohr der Gesellschaft:* Ältere Menschen gehen auf die Bühnen, weil sie zu gesellschaftlichen oder politischen Themen Stellung nehmen wollen.
- *Seniorentheater hat einen eigenen künstlerischen Wert:* Das Theater von und mit Älteren besitzt einen eigenen künstlerischen Wert aufgrund der vielfältigen biografischen Erfahrungen und Prägungen.
- *Seniorentheater professionalisiert sich:* Ältere Menschen, die Theater spielen, sind ambitionierter geworden, wollen künstlerisch ernst genommen werden und unter professioneller Leitung spielen.
- *Seniorentheater ist ein wichtiger Impuls für das Individuum:* In der alternden Gesellschaft ist die Kultur ein Lebenselixier. Das „Selbstmachen“ gibt wichtige Impulse für den Einzelnen, selbst aktiv und kreativ zu bleiben.
- *Visionär blickten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in eine rosige Zukunft:* in der das Seniorentheater als eigenständige Kunstform selbstverständlich ist; in der flächendeckend Angebote in der Stadt und auch im ländlichen Raum vorhanden sind; in der ausreichende finanzielle Mittel und adäquate Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Gerahmt wurde die sehr gut besuchte Veranstaltung von einem Improvisationstheater-Auftritt des Gelsenkirchener Ensembles synovia und einem Duett von Mitgliedern des Seniorentanztheaters beim Ballett Dortmund.

5.3.7 Türkischsprachige ZWAR-Netzwerke – Beispiel für die gesellschaftliche Teilhabe älterer Migrantinnen und Migranten

Verantwortlich: ZWAR Zentralstelle NRW

Mitwirkende:

- **Gülten Acar, Fethiye Aslan**, ZWAR Gelsenkirchen
- **Hülya Camli**, Generationennetz Gelsenkirchen e.V.
- **Julius Leberl**, Stadt Gelsenkirchen
- **Barbara Stupp**, BAGSO e.V.

Moderation: Anne Remme, ZWAR Zentralstelle NRW

Wie können ältere Migrantinnen und Migranten die Angebote kommunaler Seniorenarbeit besser nutzen? In dem Workshop wurden zwei türkische ZWAR-Netzwerke in Gelsenkirchen als gelungene Beispiele vorgestellt. Das ZWAR-Konzept spricht Menschen ab 55 Jahren an, die ihren Übergang in den Ruhestand und die sich anschließende Zeit mit anderen in ihrem Wohnort selbstorganisiert gestalten wollen. Die Teilnehmenden kommen aus allen sozialen Schichten, Berufsfeldern und Lebensbereichen. Jedoch werden Migrantinnen und Migranten von den „klassischen“ ZWAR-Netzwerken bislang kaum erreicht. Gelsenkirchen ist mit herkunftssprachlichen Gruppen für Menschen mit türkischem Migrationshintergrund neue Wege gegangen und konnte damit die soziale Teilhabe und Integration der Teilnehmenden stärken.

In dem Workshop wurde eine qualitative Untersuchung der türkischsprachigen ZWAR-Netzwerke vorgestellt. Sie hat gezeigt, dass durch den Aufbau neuer sozialer Kontakte und die regelmäßigen Treffen unter den ZWAR-Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Verbundenheit entstanden ist. Sie unterstützen sich gegenseitig emotional und helfen einander. In dem kulturell geschützten Rahmen verbindet sie ein gemeinsames Verständnis für migrationsspezifische Belastungen. Gleichzeitig empfinden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre türkische Sprache und Kultur, sei es der Austausch beim Teetrinken oder

Kommune /
Quartiers-
entwicklungWohnen /
WohnumfeldEngagement /
TeilhabeBildung /
DigitalisierungGesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. SicherungVerbraucher-
themen

beim Hören türkischer Musik, als Kompensation für ein als anstrengend empfundenenes Leben in der deutschen Umgebung.

Der Blick auf die eigene Lebensgeschichte kann sich durch die aktive Gruppenteilnahme grundlegend ändern: „Ich habe immer geglaubt, (...) ich bin krank, ich bin hilflos, ich bin ein armer Mensch (...). Als ich in die ZWAR-Gruppe reingegangen bin, habe ich gedacht, Mensch, dir geht es so gut.“

Die ZWAR-Teilnahme ermöglicht auch interkulturelle Begegnungen durch die Vernetzung mit anderen ZWAR-Gruppen. Es entsteht ein Zugehörigkeitsgefühl als „ZWARler“. Die interkulturellen Kontakte werden von den türkischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern fast ausschließlich als Begegnungen im Gruppenkontext beschrieben. Die Gruppe bietet hier eine Art „Schutzraum“, sie ermöglicht auch Teilnehmenden mit geringen Sprachkenntnissen interkulturelle Teilhabe.



Mit den türkischen ZWAR-Netzwerken in Gelsenkirchen konnten die soziale Teilhabe und Integration der Teilnehmenden gestärkt werden.

ZWAR wird auch als Möglichkeit gesehen, sich als Türke zu präsentieren und damit auf das Bild von Türken in Deutschland einzuwirken. So wird von einem Auftritt der türkischen Musikgruppe auf einer großen ZWAR-Veranstaltung mit mehr als 500 Teilnehmenden gesagt: „Sie haben zum ersten Mal miterlebt, dass es so eine Gruppe gibt, Türken, die etwas anderes können und nicht nur arbeiten (...).“

Die türkischen ZWARler nehmen zudem an Veranstaltungen auf kommunaler Ebene teil. Durch verbesserte Sprachkompetenz und gestärktes Selbstwertgefühl erweitern sich ihre Handlungsmöglichkeiten. Es wird also deutlich, dass die soziale Teilhabe über die eigene ethnische Gruppe hinaus gestärkt wird. Die türkischsprachigen ZWAR-Netzwerke sind ein Beispiel, wie Seniorenarbeit auch jenseits der Mehrheitsgesellschaft gelingen kann.

Gelsenkirchen verwirklichte den Aufbau eines 18 Gruppen starken ZWAR-Netzwerkes, das sich über die ganze Stadt erstreckt. Durch so geschaffene, gemeinsame Strukturen und die Förderung der ZWAR-Gruppenidentität gedeiht auch die Teilhabe im interkulturellen Kontext. Darüber hinaus stellt ZWAR-NRW den Rahmen für Begegnungen und Trainings, beispielsweise bei landesweiten, regionalen- oder kommunalen ZWAR-Vernetzungen, an denen sich die türkischen Netzwerke beteiligen.

Zusammenfassend wird deutlich, dass ZWAR als gemeinsames Dach wirkt, unter dem Teilhabe im interkulturellen Kontext ermöglicht und verstetigt wird. Diese Veränderungen wirken über die einzelnen Gruppen hinaus ins Quartier und in die Kommune.

Kommune /
Quartiers-
entwicklungWohnen /
WohnumfeldEngagement /
TeilhabeBildung /
DigitalisierungGesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. SicherungVerbraucher-
themen

5.3.8 Migration, Flucht, Integration – Herausforderungen für eine solidarische Gesellschaft

Verantwortlich: Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e. V. (BaS)

Mitwirkende:

- **Franz-Ludwig Blömker**, Vorsitzender der BaS
- **Claudia Brozio**, Schulleiterin der Ruth Cohn Schule Arnsberg, Alt für Jung Patenschaften, Seniorenbüros unterstützen Geflüchtete
- **Prof. Dr. Naika Foroutan**, Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung
- **Franz-Müntefering**, Bundesminister a.D., BAGSO-Vorsitzender

Moderation: Erik Rahn, 4k Projekte

Prof. Dr. Naika Foroutan hob das große Engagement in der Flüchtlingshilfe hervor. Daneben gebe es auch eine Abwehrhaltung in Teilen der Bevölkerung bis hin zu tätlichen Übergriffen auf Geflüchtete. Das Engagement allein löse jedoch das Problem nicht, die Politik sei in der Verantwortung. Aus ihrer Sicht sei eine Änderung der Denkweise notwendig. „Integration“ werde auf Geflüchtete reduziert, wobei es eigentlich um gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen unabhängig von Herkunft, Alter, sozialem Hintergrund, sexueller Orientierung usw. gehe. Eine moderne Politik müsse viele Bereiche umfassen: kulturelle, soziale und emotionale Integration. Letztlich gehe es um die Frage: Wo fühle ich mich wohl? Das Feld dürfe nicht den Rechtspopulisten überlassen werden.

Franz Müntefering wies darauf hin, dass der Wert der Solidarität weiterhin Gültigkeit habe. Die unbedingte Gleichwertigkeit der Menschen müsse anerkannt werden, die Menschenrechte seien nicht verhandelbar. Er kritisierte die aus seiner Sicht halbherzige deutsche Integrationspolitik seit den 1950er Jahren. Es fehlten Konzepte für eine langfristige Integration, dies sei die große Herausforderung. Der Fokus liege derzeit nur auf der Eindämmung der Zuwanderung. Deutschland ist aber ein Einwanderungsland. Wir müssten damit leben, dass die Welt bunter wird. Bund, Länder und Kommunen seien gefordert. Vielfach sei guter Wille vorhanden, aber keine längerfristige Perspektive

erkennbar. Unsere Kultur werde sich durch Zuwanderung weiter verändern, dafür bräuchten wir eine Integrationsstrategie für die nächsten 20 Jahre.

Claudia Brozio hob hervor, dass die Integrationspolitik auch in europäischer Verantwortung liege, es könne keine rein deutsche Lösung geben. In der Flüchtlingshilfe könne auf die Potenziale älterer Menschen gebaut werden. Viele bringen gern ihre Zeit und Erfahrungen ein. Dafür werden aber eine größere politische Unterstützung und mehr Anerkennung für die Engagierten benötigt. Als gelungenes Beispiel für Integration nannte sie den Sport in Arnsberg. Dort wurde eine von Geflüchteten gegründete Cricket-Mannschaft in einen deutschen Verein integriert. Zur Eindämmung des Pflegenotstandes in Deutschland könnten die Potenziale der Geflüchteten stärker berücksichtigt werden. In vielen Kulturen sei Pflege männlich besetzt, daher könnten jüngere geflüchtete Männer gut an diesen Arbeitsbereich herangeführt werden.

Franz-Ludwig Blömker stellte auf die Bedeutung der Seniorenbüros und anderer lokaler Einrichtungen zur Unterstützung des freiwilligen Engagements heraus. Sie nähmen ihre Verantwortung wahr, auch in Fragen der gesellschaftlichen Integration. Das Engagement der vielen Älteren sei auch als ein Akt der Solidarität zu sehen. Es brauche dafür aber kommunale Anlaufstellen wie die über 400 Seniorenbüros als Andockpunkte.

Die BaS habe sich von Anfang an im Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“ eingebracht. So sind im BaS-Projekt seit 2016 rund 800 „Alt-für-Jung-Patenschaften“ entstanden. Dies sei eine wichtige Unterstützung für die Betroffenen und zugleich ein Beitrag zu einer demokratischen Kultur des toleranten Miteinanders.

Kommune/
Quartiers-
entwicklungWohnen/
WohnumfeldEngagement/
TeilhabeBildung/
DigitalisierungGesundheit/
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit/
soz. SicherungVerbraucher-
themen

5.3.9 Interkulturelle Trainings in Theorie und Praxis

Verantwortlich: Landesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros NRW (LaS)

Mitwirkende:

- **Daniela Noack**, Integrationsbeauftragte der Stadt Ahlen

Moderation: **Ursula Woltering**, Sprecherin der LaS und Fachbereichsleiterin Jugend, Soziales und Integration der Stadt Ahlen

Unsere Gesellschaft verändert sich, sie wird „bunter“. Dies betrifft alle Lebenswelten und Altersgruppen. Auch deshalb haben interkulturelle Trainings in Vereinen, Verbänden und anderen Einrichtungen Hochkonjunktur.

Das Ziel der Seminare ist es, interkulturell kompetent(er) zu werden. Dabei beschreibt „interkulturelle Kompetenz“ die Fähigkeit, in interkulturellen Situationen effektiv und angemessen zu agieren; sie wird durch bestimmte Einstellungen, spezielle Fähigkeiten und (inter-)kulturelles Wissen befördert.

Demnach ist nicht nur das Wissen über kulturelle Unterschiede gemeint, sondern vielmehr auch allgemeines „Migrationswissen“, z. B. zur Historie oder auch zu aktuellen Zahlen, Daten und Fakten.

In Anbetracht des zunehmenden Populismus erschien es den Referentinnen wichtig, das Thema zu versachlichen. Sie erläutern u. a., dass 22,5 % der Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund aufweisen, in welchen Lebenslagen sich diese befinden und wie sich die Zuwanderung durch Geflüchtete entwickelt hat. Mit den Teilnehmenden wurde eine Aufstellung der im Raum angeleitet, durch die z. B. deutlich wurde, dass „Migration“ (also „Wanderung“) viele Facetten hat.

Zu „interkultureller Kompetenz“ gehöre jedoch nicht nur „Wissen“. Wichtiger seien nach Ansicht der Referentinnen Empathie, Bereitschaft zum Perspektivwechsel und zur Selbstreflexion, Ambiguitätstoleranz, Anerkennung von Gleichwertigkeit und eine antidiskriminierende Haltung.

Dementsprechend seien Trainings-Methoden eingesetzt worden, die es den Teilnehmenden ermöglichen, auf der Erfahrungsebene zu lernen.

Beispielhaft sei eine Übung durchgeführt worden, durch die aufgrund von unterschiedlichen Begrüßungsritualen gespürt werden konnte, wie eine „kleine Irritation“ in gewohnten Abläufen/Normen bereits zu Verunsicherung führt. Interkulturelle Trainings verdeutlichen u.a. Zusammenhänge und befähigen, mit „Irritationen“ umzugehen.

Ausführlich wurde ein Verständnis von Kultur diskutiert, das weit über Herkunfts- oder nationale Kultur hinausgeht und die Bedeutung dieses Verständnisses für ein vielfältiges, differenziertes Weltbild thematisiert.

Nur angerissen wurden in dem Zusammenhang „Kulturstandards/Kulturdimensionen“ mit Verweis auf die Vorteile, aber auch auf die Gefahr der Generalisierung und Wertung. Hierzu wurde eine Methode verwendet, die aufzeige,



Foto: BAGSO/Kordestani

Unterschiedliche Begrüßungsrituale sind Bestandteile von interkulturellen Trainings.

Kommune/
Quartiers-
entwicklung

Wohnen/
Wohnumfeld

Engagement/
Teilhabe

Bildung/
Digitalisierung

Gesundheit/
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit/
soz. Sicherung

Verbraucher-
themen

wie schwer es sein könne, grundsätzlich positive Werte einander gegenüberzustellen und/oder in eine „Rangordnung“ zu bringen.

Die Referentinnen betonten, dass im Rahmen des Workshops nur ein kurzer Einblick gegeben werden könne und interkulturelle Kompetenz ein lebenslanger Lernprozess sei.

Zudem ergänzten sie, dass die Kompetenz von Einzelpersonen zwar eine interkulturelle Öffnung von Institutionen unterstütze, hierzu jedoch weitere, strukturelle Maßnahmen notwendig seien.

5.3.10 **Vorsorge und Unterstützung: Selbstbestimmt leben im Alter!**

Verantwortlich: Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e. V.

Mitwirkende:

- **MR'in Barbara Wurster**, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
- **Uschi Rustler**, Seniorenbüro „Die Brücke“ des Rhein-Lahn-Kreises
- **Jutta Elting**, Seniorenbüro der Stadt Bocholt
- **Elvira Fischer**, Seniorenbüro Wartburgkreis
- **Elke von Rhein**, Seniorenbüro Saalfeld-Rudolstadt
- **Rainer Sobota**, Bundesverband der Berufsbetreuer

Moderation: **Ramona Geßler**, Fachbereich Sozialwesen, Fachhochschule Münster

Hilfen für ein selbstbestimmtes Leben im Alte

An vielen Orten in Deutschland unterstützen Ehrenamtliche ältere Menschen mit individuellen und zugehenden Hilfen. Ziel ist es, dass Seniorinnen und Senioren möglichst lange selbstständig und selbstbestimmt zu Hause leben können.



Foto: BAGSO/Barajäs

Hilfen für ein selbstbestimmtes Leben im Alter wurden an verschiedenen Thementischen diskutiert.

Barbara Wurster unterstrich in ihrer Begrüßung, dass zahlreiche Betreuungen vermieden werden könnten, wenn Begleitung und Unterstützung vor Ort ausreichend gewährleistet seien. Dies bestätigt auch eine aktuelle Studie des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz.

Das BMFSFJ habe deshalb das Bundesmodellprogramm „SelbstBestimmt im Alter! – Vorsorge-Unterstützung im Team“ aufgelegt, das von der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. (BaS) koordiniert und umgesetzt werde. An 15 Standorten in Deutschland werden Modelle verbindlicher Hilfe im Bürger/innen-Profi-Mix und in Kooperation mit Akteuren im Betreuungsrecht entwickelt.

An vier Thementischen diskutierten die Beteiligten darüber, wie solche Hilfen gestaltet werden müssen, um ältere Menschen bei der Vorsorge und im Alltag wirksam zu unterstützen:

Kommune /
Quartiers-
entwicklungWohnen /
WohnumfeldEngagement /
TeilhabeBildung /
DigitalisierungGesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. SicherungVerbraucher-
themen

Kommune als Ermöglicher

Kommunen sollten vielfältige Angebote bereithalten bzw. ermöglichen, die unterschiedliche Bedarfslagen und Lebenssituationen berücksichtigen. Die persönliche Ansprache sei von besonderer Bedeutung, damit diese Angebote auch angenommen werden. Für Menschen, die über traditionelle Wege keinen Zugang zu notwendigen Hilfen finden, müsse es spezielle Unterstützung geben.

Vorsorge – ein Thema für alle

Menschen aller Generationen tun sich schwer, sich mit der persönlichen Vorsorge zu beschäftigen. Es mangle zwar nicht an Vorlagen, doch für Laien ist schwer zu beurteilen, welche Unterlagen hilfreich sind und nach welchen Kriterien die Materialien ausgewählt werden können. Wichtig sei es, die Angst, sich mit der Endlichkeit des Lebens zu beschäftigen, ernst zu nehmen.

Ehrenamtliche Unterstützung im ländlichen Raum

Ehrenamtliche, die im ländlichen Raum Seniorinnen und Senioren zu Hause unterstützen, müssten weite Wege bewältigen. Versicherungs- und Haftungsfragen müssten geklärt sein, bevor das eigene Auto für die ehrenamtliche Tätigkeit genutzt werden kann. Da der öffentliche Personennahverkehr oft keine Alternative darstelle, sollten auch andere Hilfen wie zum Beispiel ein „telefonischer Besuchsdienst“ angeboten werden.

Altenhilfe versus rechtliche Betreuung

Es bestehe eine große Lücke zwischen der Komm-Struktur von Beratungsstellen und der individuellen Unterstützung, um Informationen und Tipps praktisch umsetzen zu können. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand die Frage, wie ältere Menschen eine persönliche Begleitung finden können, wie sie z. B. im Projekt „SelbstBestimmt im Alter!“ angeboten wird. Ein großes Anliegen war es den Teilnehmenden zudem, sicherzustellen, dass persönliche Wünsche im Rahmen von Vorsorgevollmachten und Betreuungen berücksichtigt werden.

5.3.11 Selbstbestimmung und Autonomie – Zentrale Forderungen älterer Menschen rund um den Globus

Verantwortlich: Geschäftsstelle Internationale Altenpolitik, BAGSO e. V.

Mitwirkende:

- **Claire Guffens**, Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens
- **Sabine Hantzko**, stellv. Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V., Leiterin SPN-Seniorenstützpunkt Celle
- **Silke Leicht**, Leiterin Geschäftsstelle Internationale Altenpolitik, BAGSO e. V.
- **Dr. Claudia Mahler**, Deutsches Institut für Menschenrechte
- **Katrin Markus**, Mitglied des BAGSO-Vorstandes, Geschäftsführerin der Gesellschaft für Lebensqualität im Alter und bei Behinderung – Heimverzeichnis gGmbH
- **Brigitte Paetow**, Ehrenmitglied des Landesseniorenbeirates Mecklenburg-Vorpommern, Mitglied des Beirates für behinderte und chronisch kranke Menschen des Landkreises Rostock
- **Mervyn Taylor**, SAGE – Support & Advocacy Service, Irland
- **Elke Tippelmann**, BAGSO e.V.
- **Mathias Wirtz**, Pflege in Not – Beratungs- und Beschwerdestelle bei Konflikt und Gewalt in der Pflege älterer Menschen, Diakonisches Werk Berlin Stadtmitte e.V.
- **Barbara Wurster**, Ministerialrätin, Referatsleiterin „Internationale Politik für Seniorinnen und Senioren“, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Moderation: **Dr. Heidrun Mollenkopf**, Mitglied des BAGSO-Vorstandes, Vizepräsidentin der AGE Platform Europe

Wie können sich ältere Menschen vor Fremdbestimmung, Entmündigung und Eingriffen in ihre Persönlichkeitsrechte schützen? Unter dieser Fragestellung diskutierten rund 40 Expertinnen und Experten aus Belgien, den Niederlanden, Irland und Deutschland die aktuellen Herausforderungen zum Schutz des Rechts auf Selbstbestimmung und Autonomie. Aus internationaler Perspektive spielt der Schutz der Menschenrechte eine besondere Rolle.

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

In einem einleitenden Vortrag berichtete **Mervyn Taylor**, Geschäftsführer der Organisation SAGE von den Erfahrungen in Irland. Dort sei ein Paradigmenwechsel hin zu mehr Selbstbestimmung und Akzeptanz des freien Willens der Betroffenen festzustellen. Organisationen wie SAGE haben es sich zum Ziel gemacht, die Rechte und die Würde verletzlicher Erwachsener und älterer Menschen zu stärken, zu schützen und zu verteidigen. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung sei das in Irland 2015 verabschiedete Gesetz zur assistierten Entscheidungsfindung. Aktuell setze sich die Organisation SAGE vor allem in Gerichtsprozessen für die Sichtweise der Betroffenen ein und organisiere den rechtlichen Beistand.

Anschließend diskutierten auf dem Podium vier Expertinnen die aktuellen Herausforderungen in Deutschland und Belgien. Sie forderten mehr personelle Ressourcen und Unterstützung für die Betroffenen, aber auch eine noch stärkere Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Rechte älterer Menschen auf Autonomie und Selbstbestimmung sollten im Grundgesetz ausdrücklich verankert werden. In Pflegeeinrichtungen sollte das Recht auf Selbstbestimmung konsequent in die Praxis umgesetzt werden.



Foto: BAGSO/Wehmeier

„Die Rechte älterer Menschen auf Autonomie und Selbstbestimmung sollten im Grundgesetz verankert werden“, forderten die Expertinnen auf dem Podium (v.l. Brigitte Paetow, Katrin Markus, Claire Guffens, Sabine Hantzko).

Einen umfassenden Überblick über die rechtlichen Rahmenbedingungen gab **Dr. Claudia Mahler** vom Deutschen Institut für Menschenrechte. In der UN-Behindertenrechtskonvention sei die Autonomie als menschenrechtliches Prinzip festgeschrieben. Die Stärkung des menschenrechtlichen Schutzes von Autonomie und Selbstbestimmung sollte von der Zivilgesellschaft stärker eingefordert und Schutzlücken und Praxisbeispiele sollten benannt werden.

Am Nachmittag beschäftigten sich vier Tischgruppen mit konkreten Praxisfeldern.

In ihrem abschließenden Statement fasste **Barbara Wurster**, Ministerialrätin und Referatsleiterin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Ergebnisse des Tages zusammen und wies auf aktuelle Projekte und Maßnahmen hin, die ein möglichst selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglichen sollen.

5.3.12 MitLEIDENSCHAFTEN – Eine-Welt-Arbeit im Dritten Lebensalter

Verantwortlich: Misereor-Aktionskreis ewa3 / Eine-Welt-Arbeit im Dritten Lebensalter

Mitwirkende:

- **Christel Wasiek**, Christel-Wasiek-Stiftung Seniorenhilfe weltweit
- **Abdou Rahime Diallo**, Politikberater

Moderation: **Jörg Siebert**, ewa3/Misereor

MitLEIDENSCHAFTEN. EINE WELT. Oder was uns im Blick auf die Eine Welt berührt und bewegt, zornig und widerständig macht. Wo liegt für uns die Betonung? Auf Leiden? Leiden woran? Oder: Mitleiden? Mitleiden mit wem? Oder: Leidenschaft(en)? Leidenschaften wofür? Das waren die Leitfragen des Gesprächs.

Kommune/
Quartiers-
entwicklungWohnen/
WohnumfeldEngagement/
TeilhabeBildung/
DigitalisierungGesundheit/
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit/
soz. SicherungVerbraucher-
themen

Zur Einstimmung trug Abdou Rahime Diallo ein Lied aus Papua-Neuguinea vor: „There’s no life, unless we all are free!“.

Um das Selbstverständnis und die Zielsetzung von etwa 3 anzudeuten, zitierte Jörg Siebert aus dem Prospekt **MitLEIDENSCHAFTEN**: „In der Solidarität mit den Diskriminierten und Ausgegrenzten entdecken wir als Menschen im Dritten Lebensalter den ‚Ruhestand‘ als Möglichkeitsraum für politisches und zivilgesellschaftliches Engagement: Gegen Nationalismus und Chauvinismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus möchten wir einstehen für die besseren Alternativen einer geschwisterlichen und schöpfungsgerechten Welt.“

Christel Wasiek stellte sodann ihre Stiftung „Seniorenhilfe weltweit“ vor: Ohne dass dies von den Bewohnerinnen und Bewohnern der Ersten Welt angemessen wahrgenommen wird, gibt es auch in der Dritten Welt ein „Altenproblem“. Nur etwa ein Drittel der Alten dort hat ein Einkommen, das zur Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse ausreicht. Die Stiftung ist zusammen mit lokalen Organisationen in sieben Ländern Lateinamerikas tätig, z. B. in der Unterstützung alter und wirklich armer Frauen auf dem Altiplano in Peru durch Aufbau einer Hühnerfarm oder in der Ausbildung von Altenpflegehelferinnen in Brasilien oder generell durch die Stärkung des Miteinanders der Generationen auch außerhalb der Großfamilien.

Abdou Rahime Diallo trat an, um die Perspektive des globalen Südens zu vertreten. Die letzten 500 Jahre der Begegnung zwischen Norden und Süden waren geprägt vom Kolonialismus. Ergebnis war eine weitreichende Zerstörung der ökonomischen, politischen und kulturellen Strukturen des Südens. In den Köpfen der Menschen lebt der Kolonialismus fort. Wenn der Norden von Entwicklung spricht, steht unausgesprochen die dortige Lebensweise als Ziel im Raum. Begegnung zwischen Nord und Süd ist immer noch von Hierarchie geprägt.

Beiträge aus dem Publikum: Es gibt parallele Entwicklungen in Nord und Süd: Große Unternehmen bedrängen die kleinen, Sozialsysteme erodieren hier wie dort. Das Afrika-Bild ist generell viel zu indifferent. Vorsicht vor korrupten



Foto: BAGSO/Dechent

Abdou Rahime Diallo (r.) vertrat die Perspektive des globalen Südens auf dem Podium.

„Eliten“ ist geboten – in Nord wie Süd. Die Zivilgesellschaften müssen ermutigt und gestärkt werden.

Daran anschließend stellte Jörg Siebert Kernforderungen der Flüchtlingspolitik zur Diskussion, wie sie von Ex-Bundespräsident Horst Köhler in einem Artikel in der ZEIT vom 24. September 2015 erhoben worden sind, und lässt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über Statements abstimmen wie:

- Unsere Politiker sollten dem Wohlergehen der Menschen innerhalb und außerhalb des Landes gleichermaßen verpflichtet sein.
- Flucht vor Armut und ökologischen Problemen ist genauso legitim wie Flucht vor Krieg oder politischer Unterdrückung.
- „Ohne Angst verschieden sein zu können“, wünsche ich mir als Leitbild für mein Land.

Vielleicht, so der Abschluss, ist es gerade die größere Lebenserfahrung, die Menschen im Dritten Lebensalter in die Eine-Welt-Arbeit mit einbringen können: „zu wissen, wo es lang ging und zu ahnen, wo es hingeh“ (Hildegard Hamm-Brücher).

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

5.3.13 Ältere und pflegebedürftige Menschen in Krisen und Katastrophen

Verantwortlich: HelpAge Deutschland e.V., Deutsches Rotes Kreuz e.V. (DRK)

Mitwirkende:

- **Carolyn Reintjes**, HelpAge Deutschland e.V.
- **Annette Händlmeyer, Dr. Heidi Oschmiansky**, DRK

In einer kurzen Präsentation erläuterte **Carolyn Reintjes** zunächst die Auswirkungen des demografischen Wandels im globalen Süden. Schon im Jahr 2030 werden in Ländern mit mittleren und niedrigen Einkommen mehr Menschen im Alter von über 60 Jahren leben als Kinder unter 5 Jahren. Der Anteil Älterer an der Bevölkerung steigt dort rasant, ohne dass die Gesellschaften und Staaten darauf eingestellt sind. Weltweit leben 66 % der älteren Menschen in Entwicklungsländern, bis 2050 werden es 80 % sein. Gleichzeitig passieren die meisten Katastrophen in Entwicklungsländern, sodass besonders viele ältere Menschen davon betroffen sind. So zeigen auch Erfahrungen aus vergangenen Naturkatastrophen, dass der Anteil der älteren Menschen unter den Todesopfern stets weitaus höher lag als ihr Bevölkerungsanteil. Verringerte Mobilität, erhöhte Fragilität, gesundheitliche und finanzielle Belastungen durch chronische Erkrankungen, verringerte Sehkraft und Hörvermögen sind Faktoren, die Ältere besonders vulnerabel gegenüber Katastrophen machen. Internationale Hilfsorganisationen berücksichtigen Ältere jedoch kaum in ihrer Arbeit zur Katastrophenvorsorge oder in der humanitären Hilfe unmittelbar nach Katastrophen.

Besonders beeindruckend war die folgende Katastrophen-Simulation, bei der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer – für die Evakuierung ausgestattet mit Ohrstöpsel, Katarakt-Brillen, Rollstühlen, Rollatoren etc. – nachempfinden konnten, welche besonderen Barrieren und Hindernisse es in Katastrophen für ältere Menschen geben kann.

Dr. Heidi Oschmiansky und **Annette Händlmeyer**, die sich beim DRK Generalsekretariat im Rahmen des Forschungsprojektes KOPHIS (Kontexte von

Pflege- und Hilfsbedürftigen stärken) mit der Verbesserung der Katastrophenvorsorge für ältere Menschen in Deutschland befassen, beleuchteten in ihrem Input-Referat die besonderen Herausforderungen für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben hierzulande. Das Hochwasser 2013 hat zum Beispiel gezeigt, dass die Evakuierungen aus Senioren- und Pflegeeinrichtungen relativ problemlos verliefen. Anders stellte sich die Situation mit Blick auf pflegebedürftige Menschen dar, die zu Hause versorgt werden. Denn es ist grundsätzlich nicht bekannt, wo diese leben. Ein Register oder eine Liste gibt es nicht. Die Folge waren wiederholte Evakuierungseinsätze unter Zeitdruck und ohne Kenntnisse über den Zustand der Pflegebedürftigen und ihre Bedürfnisse. Da auch in Deutschland die Gesellschaft stark altert, die Pflege verstärkt ambulant und technikunterstützt erfolgen wird und infolge des Klimawandels und einer veränderten Sicherheitslage mit zunehmend auftretenden Krisenereignissen, wie Extremwetter oder Stromausfällen, zu rechnen ist, werden die beschriebenen Probleme noch an Bedeutung gewinnen. Zu ihrer Bewältigung könnte eine stärkere Verzahnung des Katastrophenschutzes und des Pflegebereichs einen wichtigen Beitrag leisten.



Foto: BAGSO/Kordestani

Die Ergebnisse des Forschungsprojektes KOPHIS (Kontexte von Pflege- und Hilfsbedürftigen stärken) zur Verbesserung der Katastrophenvorsorge für ältere Menschen in Deutschland wurden vorgestellt.

Zum Abschluss spielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops Sicherheits-Bingo. Dabei wurden praktische und alltagsorientierte Informationen und Tipps, wie sich ältere Menschen und ihnen Nahestehende besser auf Krisen und Katastrophen vorbereiten können, gegeben.

Kommune/
Quartiers-
entwicklungWohnen/
WohnumfeldEngagement/
TeilhabeBildung/
DigitalisierungGesundheit/
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit/
soz. SicherungVerbraucher-
themen

5.4 BILDUNG UND DIGITALISIERUNG

5.4.1 Europa – mach mit! Das EU-Bildungsprogramm Erasmus+ Erfahrungsaustausch mit erfahrenen Projektträgern

Verantwortlich: Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung (NA beim BIBB), Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e. V. (BAGSO)

Mitwirkende:

- **Anne-Marie Lipphardt**, Institut für Lern-Innovation (ILI) an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
- **Patrick Ney**, Seniorenservice der Stadt Hannover
- **Elke Tippelmann**, BAGSO e.V.

Moderation: Michael Marquart und Simone Kaufhold (NA beim BIBB)

Michael Marquart und Simone Kaufhold aus dem Team „Erwachsenenbildung, Transparenz von Qualifikationen“ (NA beim BIBB) eröffneten den Workshop zum EU-Bildungsprogramm Erasmus+ mit einem Interview erfahrener Projektträger. Auf die Notwendigkeit europäischer Netzwerkarbeit bei der Planung europäischer Projekte wies **Elke Tippelmann** (BAGSO) hin. **Patrick Ney** stellte die Wirkung einer Fortbildung für Bildungsakteure des Seniorenservices der Stadt Hannover in den Niederlanden vor. Im Mobilitätsprojekt der BAGSO „Lebensqualität im Alter gestalten – Innovative Bildung für neue Rollen der Zivilgesellschaft in einer inklusiven Gesellschaft“ lernten sie neue Methoden kennen, die sie in der Arbeit mit älteren Menschen im Quartier einsetzen können. **Anne-Marie Lipphardt** (ILI) gab Einblick in den Aufbau einer strategischen Partnerschaft der Universität Erlangen mit Seniorenorganisationen aus fünf Ländern im Rahmen des Projektes „GrandExpertS-Training older Experts to Share their Knowledge and Create their own Learning Material“. Dieses Projekt bietet Seniorinnen und Senioren die Chance, an einem europäischen Online-Training teilzunehmen.

Foto: BAGSO/Dechert



Michael Marquart, von der NA beim BIBB erläuterte die Förderschienen des Programms Erasmus+.

Michael Marquart (NA beim BIBB) stellte im Anschluss zwei zentrale Förderschienen des Programms Erasmus+ in der Erwachsenenbildung vor. Bei den Mobilitätsprojekten (Leitaktion 1), so Marquart, gehe es um organisierte Lernaufenthalte für Bildungspersonal in der „Erwachsenenbildung“. Die Institutionen können sich im Vorfeld beim NA beim BIBB beraten lassen. Die Weiterbildung im Ausland orientiere sich am Bedarf der Beschäftigten und an den Zielen, die die Einrichtung mit dem Mobilitätsprojekt verfolge. So könne z.B. eine Mitarbeiterin der Volkshochschule im Rahmen einer Hospitation bei einer Partnerorganisation im Ausland Lehr- und Lernmethoden der Bildungsarbeit mit älteren Menschen erkunden und dann die gewonnenen Erfahrungen im Unterricht der eigenen Organisation anwenden.

Michael Marquart, von der NA beim BIBB erläuterte die Förderschienen des Programms Erasmus+.

Simone Kaufhold (NA beim BIBB) machte in ihrer Präsentation die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen einem Mobilitätsprojekt und einer Strategischen Partnerschaft (Leitaktion 2) deutlich: Beide Leitaktionen richten sich an Antragsteller der Erwachsenenbildung. Aufgegriffen werden können aktuelle Bildungsthemen in Europa, z. B. „Lernen im Alter“, „Familienbildung“ oder „politische Bildung“. Allerdings braucht es für eine Strategische Partnerschaft mindestens drei Partnerorganisationen in mindestens drei Ländern. Dabei befassen sich maximal zehn Partnerorganisationen intensiv mit der Entwicklung und Implementierung von Innovationen oder mit dem Austausch guter Praxis. In beiden Projektvarianten der Strategischen Partnerschaft spielen, im Unterschied zu den Mobilitätsprojekten transnationale Treffen sowie transnationale Lehr- und Lernaktivitäten eine zentrale Rolle.

Kommune / Quartiersentwicklung
Wohnen / Wohnumfeld
Engagement / Teilhabe
Bildung / Digitalisierung
Gesundheit / Prävention
Pflege
Demenz
Arbeit / soz. Sicherung
Verbraucherthemen

In der Abschlussrunde gingen die Experten des NA beim BIBB auf Anliegen der Teilnehmenden zu konkreten Bildungsthemen ein, beantworteten Fragen zur Planung und Durchführung von EU-Projekten und wiesen auf die aktuell sehr guten Förderchancen hin.

5.4.2 Bildung im Alter

Verantwortlich: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Mitwirkende:

- **Susanne Ehret**, Dipl.-Soz.päd (FH), MA Geragogik

Moderation: **Barbara Haas**, Vorsitzende im Team des Bundesseniorenausschusses in der GEW

Bildung spielt für geistige Beweglichkeit im Alter eine große Rolle. Gleichzeitig ist die Spanne von 25 bis 30 Jahren im Alter von großer Unterschiedlichkeit hinsichtlich Interessen, Bildungsvoraussetzungen und lebenslanger Bildungsteilhabe geprägt.

In diesem Workshop wurden zunächst drei Gruppen gebildet, um zu erheben, was für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer „Bildung im Alter“ bedeutet und wo und wie sie sich bilden.

Die Gruppe, die seit über fünf Jahren im Ruhestand ist, hat bereits Erfahrungen und Wissen über Lerngegenstände, Orte des Lernens und die Art und Weise des Lernens gesammelt. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Aspekt des informellen Lernens.

Die Teilnehmenden, die noch nicht so lange in Rente sind, verbinden mit Bildung im Alter sehr konsequent Fortbildungsangebote in Form von Kursen, Seniorenstudien, Fachliteratur etc., also formales Lernen.

Die Berufstätigen stellten die Frage, wo Bildung beginne, und setzten auf Selbstreflexion und Kommunikation. Interesse, gemeinsames Erleben, Freiwilligkeit, Zielorientierung und Teilnehmendenorientierung machen für sie Bildung im Alter aus.

In der nachfolgenden Aussprache wurden Punkte herausgestellt, die Bildung im Alter fördern: finanzielle Ausstattung, Digitalisierung, Anreize und Anforderungen, Freiwilligkeit sowie bürgerschaftliches Engagement.



Foto: BAGSO/Kordestani

Barbara Haas moderierte die Veranstaltung Bildung im Alter.

Es folgte ein kurzer Vortrag der Referentin **Susanne Ehret**: Ausgehend von dem Wort von Henry Ford: „Wer aufhört zu lernen, ist alt. Er mag zwanzig oder achtzig sein“, wurde „Lernen“ als Grundlage für die erfolgreiche Bewältigung des biologischen Alterungsprozesses dargestellt. Bewusst wurde dabei Alter nicht als defizitärer Prozess gesehen, sondern als Ressource für erfolgreiches Altern. Am Beispiel des SOK-Modells nach Baltes/Baltes (Selektion, Optimierung, Kompensation) wird ein konstruktiver Umgang mit Veränderungsprozessen erörtert – ein Verhalten, das bis ins hohe Alter auch bei altersspezifischen Veränderungen Lebenszufriedenheit ermöglicht.

Einen weiteren Teil des Vortrags widmete **Barbara Haas** der besonderen Situation von Frauen im Alter bzgl. Bildung. Sie nannte inzwischen unumstrittene Faktoren: finanzielle Schlechterstellung bzw. Abhängigkeiten und damit Gefährdung für Altersarmut, überwiegende Zuständigkeit für die Care-Aufgaben in der Familie, weniger Erfahrung mit digitalen Medien; Single-Dasein im Alter, in Jugendjahren weniger Zugang zu höherer Bildung. Gerontologen bestätigen, dass dies im Alter kaum noch nachholbar ist, daher braucht es gezielte Angebote für Frauen.

Kommune/
Quartiers-
entwicklung

Wohnen/
Wohnumfeld

Engagement/
Teilhabe

Bildung/
Digitalisierung

Gesundheit/
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit/
soz. Sicherung

Verbraucher-
themen

Ziel des Impulsvortrags ist es, die Teilnehmenden zu motivieren, für ihre Bildung selbst aktiv zu werden und für andere passende Bildungsarrangements zu initiieren. Dafür wird von Barbara Haas auf die Angebotsplattform der BAGSO www.wissensdurstig.de hingewiesen.

Den Abschluss bildete eine Diskussionsrunde, in deren Rahmen ein reger Austausch stattfand.

5.4.3 Seniorenvertretungen in den Ländern – Schwerpunkt Bildung für Ältere und gemeinsam mit Jüngeren

Verantwortlich: Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen e. V. (BAG LSV)

Mitwirkende:

- **Prof. Dr. Dr. Roland Schöne**, Seniorenkolleg an der TU Chemnitz, Institut für Bildung, Kultur und Organisationsentwicklung e. V. (IBIKO)
- Teilnehmende an Seniorenbildungsprogrammen der Hochschulen sowie der Landesseniorenvertretungen

Moderation: **Angelika Zander**, Ministerialrätin a.D., stellv. Vorsitzende der BAG LSV

In der Veranstaltung stellte die stellv. Vorsitzende **Angelika Zander** in einer gemeinsamen Präsentation mit der BAG LSV wichtige politische Aktivitäten der Seniorenvertretungen vor.

Danach vermittelte **Prof. Dr. Roland Schöne** gemeinsam mit fünf Seniorinnen und Senioren sowie einem jungen Arbeitsgruppenmitglied den Anwesenden die vielfältigen Bildungsaktivitäten am Seniorenkolleg, insbesondere zum intergenerativen Forschenden Lernen.

Besondere Aufmerksamkeit fand die Vorführung des innovativen Drehtellers der AG „WIRFINDER“, die in Zusammenarbeit mit der Firma Hettich Holding



Kommune / Quartiersentwicklung
Wohnen / Wohnumfeld
Engagement / Teilhabe
Bildung / Digitalisierung
Gesundheit / Prävention
Pflege
Demenz
Arbeit / soz. Sicherung
Verbraucherthemen

Foto: BAGSO/Kordstanzl

Die Aktivitäten zum intergenerativen Forschendem Lernen wurden den Teilnehmenden präsentiert.

GmbH & Co. oHG aus Kirchlengern für Kühlschränke und Möbel entwickelt wurde. Diese gemeinsame Neuentwicklung wurde auf der Internationalen Funkausstellung 2017 in Berlin präsentiert.

Mitglieder der AG „Generationen-Team Technik“, so auch die aktive blinde Rollstuhlfahrerin Frau Hahn, berichteten über ihre Befragungen, Analysen und Vorschläge zur Optimierung der Smartphone-Entwicklung für verschiedene Zielgruppen, u.a. auch für die wachsende Zahl Blinder und Sehschwacher, in Kooperation mit der Firma KOMSA AG, Hartmannsdorf.

Große Aufmerksamkeit fand am 29.05.2018 auch die Livestream-Übertragung des Vortrages von Volker Pögelt, KOMSA AG (1.800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) aus dem Hörsaal des Seniorenkollegs in Chemnitz mit 700 Teilnehmenden, die in Dortmund zeitgleich präsentiert wurde und in die sich Teilnehmende mit Fragen aus Dortmund in die Diskussion in Chemnitz einbrachten. Diese Übertragungsform von regelmäßigen wöchentlichen Bildungsveranstaltungen für Ältere mit der Möglichkeit der Diskussionsbetei-

ligung ist bisher einmalig in Europa und erreicht auch immobile Menschen, besonders in ländlichen Räumen.

Auch Mitglieder der AG „Politische Bildung“ berichteten aus ihrer Arbeit zur politischen Bildung Älterer durch Befragungen, Wahlanalysen, zur Zusammenarbeit mit Seniorenbeiräten und anderen Aktivitäten.

5.4.4 Jenseits der Vorlesung. Bildungsangebote für ältere Menschen an Hochschulen in aktivierenden Formaten

Verantwortlich: Bundesarbeitsgemeinschaft Wissenschaftliche Weiterbildung für Ältere (BAG WiWA) in der Deutschen Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium e. V. (DGWF)

Mitwirkende:

- **Dr. Anne Löhr**, Universität zu Köln, Gasthörer- und Seniorenstudium
- **Dr. Markus Marquard**, Zentrum für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung (ZAWiW) der Universität Ulm
- **Brigitte Nguyen-Duong**, Universität Ulm
- **Dr. Hans Prömper**, Universität des 3. Lebensalters (U3L), Frankfurt a.M.

Moderation: **Silvia Dabo-Cruz**, Universität des 3. Lebensalters, Frankfurt a.M., BAG WiWA

Hochschulen sind heute Bildungsorte für alle Generationen. Die Veranstaltung hat gezeigt, dass Ältere eine wichtige Zielgruppe der Hochschulprogramme sind und dort vielfältige Bildungsangebote und Beteiligungsmöglichkeiten vorfinden.

Dr. Anne Löhr gab zunächst einen Überblick über Gasthörer- und Seniorenstudienangebote. Dabei argumentierte sie, dass die Auseinandersetzung mit Themen für die Teilnehmenden immer eine Aktivierung mit sich bringe, sogar in einer klassischen Vorlesung. Darüber hinaus würden Projekte des forschenden Lernens/der Citizen Science Chancen bieten, sich intensiver einzubringen

und aktiver zu engagieren. Hier würden Brücken zwischen den Fragestellungen der Teilnehmenden, ihren Sicht- und Erfahrungsweisen und den fachwissenschaftlichen Methoden hergestellt. Wie das funktioniere, wurde an drei Beispielen erläutert.

Dr. Hans Prömper von der U3L Frankfurt stellte ein sozialwissenschaftliches Forschungsseminar zur Thematik „Männer im Übergang zwischen Arbeit und Ruhestand“ vor. Er ging besonders darauf ein, in welchen Schritten sich die Arbeit in der Gruppe vollzogen habe, von der gemeinsamen Entwicklung der Fragestellungen und der Wahl der Untersuchungsmethode über die Durchführung von Interviews bis zur Interpretation der Ergebnisse. Die persönliche Bedeutung der Auseinandersetzung mit der Thematik wurde dabei ebenso deutlich wie die offene, engagierte Arbeitsatmosphäre im Projekt.

Aus dem Arbeitskreis „Frauengeschichte“ des ZAWiW der Universität Ulm berichtete **Brigitte Nguyen-Duong**. Das zentrale Thema der Gruppe sei die Erforschung von Frauenbiografien. Dabei werde in Archiven und im Internet recherchiert, das Material werde analysiert und systematisiert und es würden Texte verfasst. Inzwischen kann die Gruppe auf ein internationales Projekt zur Online-Dokumentation von Frauenbiografien aus acht Jahrhunderten in fünf Sprachen zurückblicken und auf eine Publikation zu Namensgeberinnen Ulmer Straßen. Aktuell in Bearbeitung seien Biografien von älteren „Vorbild-Frauen“ in Europa und von Migrantinnen.

Dr. Anne Löhr informierte anschließend über die Citizen Science-Projektgruppe „Köln und die Region erforschen und erleben“, die im Gasthörer- und Seniorenstudium der Universität zu Köln angesiedelt ist, aber selbst organisiert arbeitet. Es wurden bereits verschiedene Themen der Kölner Stadtgeschichte behandelt und die Ergebnisse präsentiert. Zurzeit steht das Thema „Köln in den 1950er Jahren“ im Fokus der Projektarbeit. Hierzu werden historische Quellen analysiert, eigene Erinnerungen eingebracht und aufgearbeitet.

Zum Abschluss wurde lebhaft nachgefragt und diskutiert. Dabei wurde das Publikum von **Dr. Markus Marquard** zu einem Austausch eigener Erfahrungen

Kommune/
Quartiers-
entwicklung

Wohnen /
Wohnumfeld

Engagement /
Teilhabe

Bildung /
Digitalisierung

Gesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. Sicherung

Verbraucher-
themen

und Bildungswünsche angeregt. In den Beiträgen spiegelten sich das Interesse an dieser Form der Projektarbeit sowie ein genereller Informationsbedarf auf dem Gebiet der Studienangebote für Ältere wider.

Informationen zu den Projekten:

Forschungsprojekte an der U3L:

http://www.uni-frankfurt.de/42584111/forschung_projekte

Arbeitskreis Frauengeschichte:

<https://frauengeschichte.forschendes-lernen.de/>

Citizen Science der Universität zu Köln:

<https://videos.uni-koeln.de/video/1548>

5.4.5 Kulturelle Teilhabe im Alter ermöglichen: Der Förderfonds „Kultur & Alter“ des Landes Nordrhein-Westfalen

Verantwortlich: kubia – Kompetenzzentrum für kulturelle Bildung im Alter und Inklusion Remscheid

Mitwirkende:

- **Magdalena Skorupa**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei kubia

kubia versteht sich als Serviceplattform und Fachforum für alle, die kulturelle Bildung und Teilhabe von älteren Menschen und Menschen mit Behinderung ermöglichen. Dabei informiert kubia nicht nur über eigene Projekte, Publikationen und Fortbildungsangebote, sondern bietet darüber hinaus aktuelle Informationen über Aktivitäten, Veranstaltungen und Ausschreibungen im In- und Ausland, Hinweise auf Literatur, interessante Internetseiten und Akteure im Themenfeld der kulturellen Bildung im Alter und inklusiven Kulturarbeit an.

Der Förderfonds Kultur & Alter des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) unterstützt ansässige nordrhein-westfälische Kulturschaffende, Kulturinstitutionen sowie Einrichtungen der sozialen Altenarbeit, die in Zusammenarbeit mit

einer Künstlerin, einem Künstler oder einer Kultureinrichtung ein künstlerisches Projekt von und mit älteren Menschen umsetzen wollen.

Ziel des Workshops war es, Interessierte über den Förderfonds Kultur & Alter NRW zu informieren, ihnen anhand von Praxisbeispielen Tipps für die Antragstellung zu geben und darüber hinaus zu zeigen, wie vielfältig die Kulturarbeit mit älteren Menschen sein kann.

Magdalena Skorupa stellte kuba als Fachforum vor für alle, die kulturelle Bildung mit und für Menschen im Alter(n) umsetzen. Sie beschrieb die Schwerpunkte der Arbeit mit Information, Entwicklung, Forschung und Qualifizierung für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Bereich „kulturelle Bildung für Ältere“.

Anschließend ging sie konkret auf die Fördermodalitäten ein, wegen derer die Teilnehmenden zum Workshop erschienen waren: Der Förderfonds Kultur & Alter des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen fördert Projekte an der Schnittstelle zwischen Kunst- und Kulturvermittlung und offener, sozialer Altenarbeit. Angestrebt wird durch die Förderfonds-Unterstützung eine Verbesserung der Qualität der kulturellen Angebote für Ältere, die Anregung für Kooperationen, die Stärkung der Kreativität und die Begünstigung sozialer und kultureller Teilhabe älterer Menschen. Als antragsberechtigt gelten Projekte, die eine besondere künstlerische Qualität aufweisen, Modellcharakter haben, innovativ sind und eine landesweite Relevanz besitzen. Anhand dreier geförderter Projekte wurden die Förderkriterien in der praktischen Umsetzung beispielhaft beschrieben.

Im Anschluss an den Vortrag nutzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, Fragen zur Antragstellung zu stellen und sich beraten zu lassen. Die Moderatorin präsentierte zudem das Format des sogenannten „Konzeptlabors“, in dem Ideenträger unter fachlicher Beratung intensiv auf die Antragstellung hinarbeiten können. Der Förderfonds Kultur & Alter wurde im Jahr 2018 mit dem Förderschwerpunkt „Kultur inklusive – mehr Zugänge und Teilhabe schaffen“ erneut ausgeschrieben. Mit diesem Schwerpunkt sollen Projektvor-

Kommune/
Quartiers-
entwicklung

Wohnen /
Wohnumfeld

Engagement /
Teilhabe

Bildung /
Digitalisierung

Gesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. Sicherung

Verbraucher-
themen

haben gefördert werden, die in ihrer konzeptionellen und thematischen Ausrichtung ältere Menschen mit besonderen Bedarfen ansprechen. Er ist aber nicht bindend für eine Antragsstellung.

Weitere Informationen zum Förderfonds Kultur & Alter:
www.ibk-kubia.de/foerderfonds

5.4.6 Kulturelles Lernen im Alter – Kulturgeragogik schlägt Brücken zu neuen Ufern

Verantwortlich: Kompetenzzentrum für Kulturelle Bildung im Alter und Inklusion (kubia)

Mitwirkende:

- **Imke Nagel**, Bildungsreferentin bei kubia
- **Ramona Geßler**, FH Münster, Fachbereich Sozialwesen, Referat Weiterbildung

Im Kurzvortrag von **Imke Nagel** lernten die Besucherinnen und Besucher die noch junge Disziplin Kulturgeragogik kennen, das was sie umfasst, warum es sie gibt und welche Bedeutung kulturelle Bildung im Alter hat. In der Folge präsentierte **Ramona Geßler** den Zertifikatskurs „Kulturgeragogik“, der seit dem Jahr 2011 an der Fachhochschule in Münster in Kooperation mit kubia angeboten wird. Nach einer kurzen filmischen Einführung ging Imke Nagel auf die fast 30 Teilnehmenden ein und ermittelte mit der Methode des „Lean Coffee“ die offenen Fragen zur recht jungen Disziplin Kulturgeragogik.

Mehrheitlich interessierte die Teilnehmenden die Fragen nach dem Mehrwert einer Kulturgeragogin für eine Institution sowie nach den Arbeitsfeldern von Kulturgeragoginnen und -geragogen. In der moderierten Diskussion wurden Antworten aufgenommen wie: Kulturgeragogik kann kulturelle Talente älterer Menschen sichtbar machen, die Ausübung lange nicht berücksichtigter Interessen sowie Teilhabe und Erfahrungsaustausch ermöglichen und die quali-

tative Verknüpfung von Theorie und Praxis befördern. Inzwischen arbeiten beispielsweise in einigen Museen Kulturgeragogen, die dort Führungen speziell für Menschen mit Demenz anbieten und Konzepte für Menschen umsetzen, die nicht mehr selbst in das Museum kommen können. Andere Kulturgeragogen initiieren freischaffend intergenerationelle Kunstprojekte oder biografische Schreibwerkstätten. Im Bereich der Alten- und Sozialarbeit bringen Kulturgeragogen Theater, Kunst oder Filme auf Tablets ins Altenheim. Bands werden eingeladen oder Hochaltrige kommen zur musikalischen Gruppenarbeit im Altenheim zusammen.

Vor allem aber interessierte die Teilnehmenden folgende Frage: „Wie kann man auch Männer zu kultureller Teilhabe motivieren?“ Trotz aller Heterogenität innerhalb der Zielgruppe der Männer gab es unter den Diskutierenden die Erfahrung, dass technisch-handwerkliche Angebote wie Filmdreh, Fotografie oder Zusammenarbeit mit Designerinnen und Designern mit anschließender handwerklicher Umsetzung potenziell für Männer attraktive Angebote sind.

Das Kompetenzzentrum für Kulturelle Bildung im Alter und Inklusion, kurz kuba, ist Fachforum und Serviceplattform für kulturelle Bildung im Alter, Kulturgeragogik und inklusive Kulturarbeit. kuba unterstützt Kulturanbieter und Verwaltungen sowie Tätige in der sozialen Altenarbeit und Pflege durch Forschung, Beratung, Qualifizierung, Vernetzung und Information (www.kuba.de).

Das Referat Weiterbildung am Fachbereich Sozialwesen der FH Münster bietet seit über 30 Jahren Weiterbildungen für Fachkräfte, die überwiegend in Gesundheits- und Sozialberufen tätig sind (www.weiterbildung-sozialwesen.de) an. Wie auch der Zertifikatskurs „Kulturgeragogik Kulturarbeit mit Älteren“ werden viele der über 100 Weiterbildungsangebote mit Kooperationspartnern konzipiert und durchgeführt.

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

5.4.7 Gipfelstürmer 60+: Digital-Kompass für Internetlotsen

Verantwortlich: Deutschland sicher im Netz e.V., BAGSO Service Gesellschaft

Mitwirkende:

- **Rainer Ettel**, Leiter der Unterabteilung Verbraucherpolitik und Verbraucherschutzdurchsetzung, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
- **Dr. Regina Görner**, Vorstandsmitglied der BAGSO
- **Jürgen Jentsch**, stellv. Vorsitzender der Landesseniorenvertretung NRW, Mitglied des Digital-Kompass-Beirats
- **Dr. Barbara Keck**, Geschäftsführerin, BAGSO Service Gesellschaft mbH
- **Dr. Wolfgang Kubink**, Beauftragter für Verbandsfragen, Deutsche Telekom AG
- **Dr. Michael Littger**, Geschäftsführer, Deutschland sicher im Netz e.V.

An über 100 Orten deutschlandweit sowie über das Webportal www.digital-kompass.de informieren sich seit drei Jahren Internetlotsen über aktuelle digitale Themen und finden rund 200 praxisnahe Materialien. Sie zeigen digitale Chancen für ältere Menschen auf, die den Alltag auf vielfältige Weise erleichtern und bereichern.

Ehrenamtliche und hauptamtliche Internetlotsen, die ältere Menschen ins Netz begleiten, haben viel dazu beigetragen, dass immer mehr Ältere die Chancen des Internets entdecken und zunehmend sicher nutzen. Durch die Internetlotsen, die oft aus dem persönlichen Umfeld der Seniorinnen und Senioren stammen, kann der Abbau ihrer Ängste und somit der Aufbau ihres Vertrauens in digitale Anwendungen gelingen.

Bei der Veranstaltung stand die Frage im Mittelpunkt, wie Internetlotsen bestmöglich durch die Gesellschaft, Unternehmen und Politik unterstützt werden können, damit sie ihre Aufgabe optimal erfüllen können. Die 60 Teilnehmenden vor Ort sowie weitere 60 per Video zugeschaltete Personen waren überwiegend Internetlotsen und berichteten von ihren täglichen Herausforderungen. Neben technischen Hürden, die es oftmals zu überwinden gilt, fehlt es vielen Internetlotsen an Anerkennung ihres Engagements sowie an einem gezielten Erfahrungsaustausch von Gleichgesinnten.

Der Digital-Kompass bietet Engagierten in der Material-Fundgrube aktuelle und kostenfreie Anleitungen und Präsentationen, Broschüren und Übungsbeispiele. Da viele der Materialien bearbeitbar sind, können Internetlotsen Handouts und Folien ihren gezielten Bedürfnissen anpassen.

Durch die deutschlandweite Zusammenschaltung von Internetlotsen in Digitalen Stammtischen wird zudem der Erfahrungsaustausch ermöglicht. Für Fachfragen wird ein Referent per Video dazugeschaltet und ermöglicht so kurzfristige und fokussierte Diskussionsrunden zwischen den Engagierten. Im Digital-Kompass ist das in den vergangenen Jahren bereits über 500-mal praktiziert worden.

Während der 90-minütigen Veranstaltung wurde das gesamte Publikum dazu aufgerufen, sich aktiv an Abstimmungen zu beteiligen. So entstand ein Stimmungsbild der Teilnehmenden, auf das die Diskutanten des Fachpanels direkt eingehen konnten. Es diskutierten Rainer Ettl, BMJV, mit Dr. Regina Görner, BAGSO, Dr. Wolfgang Kubink, Deutsche Telekom, Dr. Barbara Keck, BAGSO Service Gesellschaft, mit Jürgen Jentsch, Landesseniorenvertretung NRW, über die Rolle und Unterstützungsmöglichkeiten der Internetlotsen.

In den Umfragen wurde als bedeutendster Vorteil der Digitalisierung für Ältere die Chance der verbesserten gesellschaftlichen Teilhabe benannt, gefolgt von neuen Chancen der Informationsgewinnung sowie der Kommunikation. Als größte Hürden wurden Angst vor Datensammlung und Internetkriminalität geäußert. Gerade hier setzten die Diskutanten auf klare rechtliche Rahmensetzungen sowie zielgerichtete Aufklärungsarbeit.

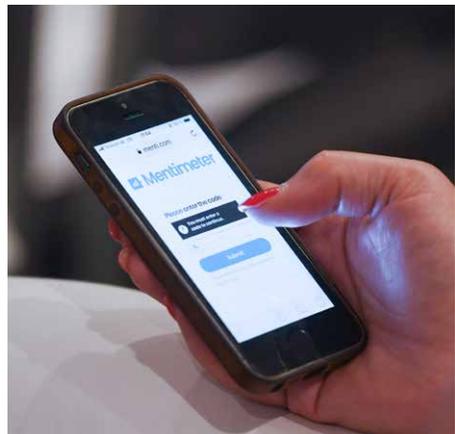


Foto: BAGSO/Deck

Mit Hilfe von Smartphones konnte sich das Publikum während der Veranstaltung aktiv an Abstimmungen beteiligen.

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

Mehrfach wurde der Wunsch geäußert, den Digital-Kompass in den kommenden Jahren weiter auszubauen und besonders die Präsenz vor Ort zu intensivieren.

5.4.8 Werkstatt digitaler Wandel – Was brauchen Ältere?

Verantwortlich: Haus im Park der Körber-Stiftung

Mitwirkende:

- **Dagmar Hirche**, Wege aus der Einsamkeit e.V.
- **Hans-Peter Pesch**, seniorTrainerInnen Hamburg

Moderation: Caterina Römmer, Haus im Park der Körber-Stiftung

Wie Ältere „Brücken bauen“ – so das Motto des 12. Deutschen Seniorentages – von der realen in die digitale Welt und welche technischen, strukturellen und persönlichen Voraussetzungen nötig sind, war das Thema der „Werkstatt digitaler Wandel“.

In den letzten zehn Jahren hat sich der technische Fortschritt rasant entwickelt. Ein Leben ohne Smartphone ist zumindest für die jüngere Generation kaum noch vorstellbar. Auch Ältere nutzen zunehmend und selbstverständlich digitale Medien. Je älter die Menschen jedoch sind, umso weniger sind sie online. Von den Offlinern sind laut DIVSI-UE60-Studie 83 % über 70 Jahre alt.

Warum besonders Ältere von dem zunehmend die Welt gestaltenden digitalen Wandel ausgeschlossen sind, war Ausgangspunkt der Veranstaltung. Die etwa siebzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten darauf viele Antworten:

Ein großer Teil der älteren Bevölkerung – und hier verstärkt sogenannte bildungsferne Schichten – sehe keine Notwendigkeit, sich mit dem digitalen Möglichkeiten auseinanderzusetzen, und/oder habe oft auch keine finanziellen Voraussetzungen, sich Zugänge zu erschießen.

Für die meisten sei jedoch der Umgang mit den neuen Medien die Herausforderung. Was passiere, wenn man diesen Befehl gebe? Oft geschehe Unerwartetes. Wie komme man dann da wieder raus?

Deshalb seien besonders Ansprechpartner für den erfolgreichen Einstieg wichtig. Jemand, der bei den ersten Schritten Tipps gebe und mit dem man beispielsweise gemeinsam ausprobieren, wie man mit weit entfernten Freunden oder Enkeln skype. **Dagmar Hirche** betonte, wie wichtig Orte seien, an denen nicht nur kompetente Personen, sondern auch Technik zur Verfügung stehen. So sei der Zugang zum WLAN nicht selbstverständlich in den Haushalten älterer Menschen vorhanden. Nicht jeder sei so findig wie eine ihrer Teilnehmerinnen, die nach der Rushhour in den öffentlichen Bussen durch die Stadt fahre und so das kostenlose WLAN nutze.

Wie hilfreich das Internet besonders für Ältere in punkto Selbstständigkeit sein könne, erläuterte **Hans-Peter Pesch** am Beispiel einer Toilettenfinder-App oder cleveren Zuhause-Lösungen, wie einem Sensor in der Fußleiste, der beim Sturz Hilfe aktiviert. Er schilderte, welche Möglichkeiten sich im Gesundheitsbereich entwickeln. Beispielsweise könnten Sprechstunden via Skype besonders in strukturschwachen ländlichen Gebieten in manchen Fällen die lange Fahrt zum Arzt ersparen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer merkten kritisch an, dass nicht nur Älteren kleine Tasten und Bildschirme oder schnelles Ansichtswechseln den Umgang erschweren. Für Menschen mit sensorischen, motorischen und kognitiven Einschränkungen seien dies ebenfalls Hindernisse. Hier müssten gezielt Geräte weiterentwickelt werden. Vor allem müssten auch die Medien mehr zur Aufklärung beitragen.

Damit Älteren der Einstieg in die digitale Welt gelingt, sind die Potenziale von Jung und Alt gefragt. Denn auch viele Ältere verfügen über digitale Kompetenzen. Abschließend zur Werkstatt blieb eine Erkenntnis haften: Man ist nie zu alt, um anzufangen!

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

5.4.9 Fit am Tablet – Multiplikatoren qualifizieren

Verantwortlich: Stiftung Digitale Chancen

Mitwirkende:

- **Nenja Wolbers**, Stiftung Digitale Chancen

Moderation: **Katrin Schubert**, Stiftung Digitale Chancen

Viele Seniorinnen und Senioren interessieren sich für die Nutzung des Internets auf mobilen Geräten wie Smartphone oder Tablet PC, doch sie haben Hemmungen und benötigen Hilfestellung. Studien zur Internetnutzung belegen, dass immer noch 10 Millionen Menschen über 70 Jahre in Deutschland offline sind. Darüber hinaus zeigt die aktuelle Studie der Stiftung Digitale Chancen „Nutzung und Nutzen des Internets im Alter“ (2017, Prof. H. Kubicek und B. Lippa), dass die Motivation, sich mit digitalen Geräten und dem Internet zu beschäftigen, im Alter ganz unterschiedlich ist und individuell angeregt werden sollte. Sei es die Kommunikation via Online-Telefonie mit den Enkeln, Spezialwissen zum Hobby oder die Reiseplanung, sie motivieren, das Internet zum ersten Mal zu nutzen. Dabei vereinfachen unter anderem Touchscreen-Geräte wie das Tablet und das Smartphone den Zugang zum Internet durch die intuitive Auge-Hand-Koordination.

Ein Weg, die Teilhabe älterer Menschen am Digitalisierungsprozess zu ermöglichen, ist die Befähigung von ehren- und hauptamtlichen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Seniorenarbeit, Medienkompetenz zu vermitteln. So erfuhren die Teilnehmenden des Workshops, wie Angebote zur Tablet-Nutzung in Gemeindezentren, Bibliotheken und Seniorenorganisationen initiiert werden können.

Dabei gibt es verschiedene Formate, wie Kurse für Gruppen, individuelle Beratungen oder gemeinsame Erkundungstouren, die bei älteren Menschen das Interesse an der Tablet PC-Nutzung wecken können und ihnen Kenntnisse im Umgang mit den Geräten, dem Internet und den zahlreichen Anwendungen vermitteln. Der gleichnamige Online-Kurs steht der Öffentlichkeit kostenfrei

zur Verfügung unter www.digital-seniors.eu/kurs. Im Forum können sich interessierte Multiplikatorinnen und Multiplikatoren austauschen. Die Arbeitsmaterialien sind in einfacher Sprache und anschaulich gehalten, um sie direkt an Anfänger weiterzugeben und sie auch individuell bearbeiten zu können. Darüber hinaus ist der Kurs im responsiven Design, d.h. in einem flexiblen auf die Größe und Eigenschaften des Endgerätes ausgerichteten Designs, verfügbar, um die Navigation über das Tablet oder Smartphone gut zu steuern. Das Weiterbildungsangebot wurde im Rahmen einer strategischen Partnerschaft im europäischen Programm Erasmus+ mit Partnerorganisationen aus Litauen, Spanien und Rumänien entwickelt.

5.4.10 Multimediale und interaktive Inhalte selbst erstellen? Autorenworkshop für Neugierige

Verantwortlich: Institut für Lern-Innovation der Universität Erlangen-Nürnberg (ILI) in Kooperation mit der BAGSO und der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft Medien des Deutschen Evangelischen Frauenbundes Landesverband Bayern e. V. (DEF)

Mitwirkende:

- Elke Tippelmann, BAGSO
- Luitgard Herrmann, DEF

Moderation: Elena Coroian, Anne-Marie Lipphardt, ILI

Anne-Marie Lipphardt stellte in ihrer Einführung Idee und Hintergrund des interaktiven Autorenworkshops für Seniorinnen und Senioren, die erfahren wollten, wie Online-Bildung selbst entwickelt werden kann, vor. Sie präsentierte den Workshop als Teil des aktuellen Erasmus+ Projektes „GrandexpertS Training – older experts to share their knowledge and create their own learning“ (2017–2019) des Institutes für Lern-Innovation der Universität Erlangen-Nürnberg. Mit-Akteure des Workshops bzw. Partner des Projektes GrandexpertS sind Luitgard Herrmann und Elke Tippelmann.

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

Elena Corian entwickelte das Curriculum der geplanten Autorenschulungen im Projekt GrandexpertS. Sie appellierte an das Expertenwissen der medienbegeisterten Seniorinnen und Senioren: „Als Spezialisten im Ruhestand besitzen Sie einen enormen Erfahrungsschatz. Bringen Sie dieses über Jahrzehnte aufgebaute Wissen auch zukünftig in aktuelle Projekte ein.“

Als Autorin oder Autor von Online-Bildung sollte neben Neugier und der Bereitschaft, Neues zu lernen, sich mit der Frage auseinandergesetzt werden, wie eigenes Wissen, Erfahrungen oder Fertigkeiten zielgruppengerecht so aufbereitet werden können, dass sie die älteren Lernenden auch erreichen: Hier spielten viele Faktoren, wie Motivation, Erwartungen und Lerntypen der älteren Lernenden eine große Rolle. Dargestellt wurden auch die Entwicklung des Online-Lernens und dessen Vorteile, die jedem sofort einleuchteten: zeit- und ortsunabhängig, auch für Personen mit Mobilitätseinschränkungen und in ländlichen Gebieten geeignet, individuelle Lerngeschwindigkeit sowie Möglichkeit der Lernerfolgskontrolle.

Der Workshop führte die Teilnehmenden anschließend in didaktisches Grundlagenwissen ein. Vorgestellt wurden Kernfragen, die sich Online-Autoren bei der Auswahl und Gestaltung digitaler Lerninhalte für ältere Menschen stellen müssen:

- Um welches Thema/welche Inhalte geht es?
- An wen richtet sich das Angebot?
- Was sollen die Teilnehmenden danach wissen oder können?
- Welche Medien eignen sich für welche Inhalte/Methode am besten?
- Wollen Sie Informationen bereitstellen, die Teilnehmende die Inhalte selbst erschließen lassen oder die die Zusammenarbeit fördern?
- Wie möchten Sie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer betreuen und mit ihnen kommunizieren?
- Wie soll der Lernfortschritt überprüft werden?
(Prüfungen, Selbstkontrollaufgaben)



Foto: BAGSO/Kordestani

Den Besucherinnen und Besuchern wurde die Möglichkeit geboten, multimediale Inhalte selbst zu erstellen.

Nach kurzer Einführung in die technischen Aspekte der vorgestellten Lernplattform konnten die Teilnehmenden, die mit Laptops ausgestattet waren, im praktischen Teil des Workshops allein und in Kleingruppen selbst kreativ werden: Sie registrierten sich auf der Lernplattform und integrierten vor Ort eigene Fotos und Texte selbstständig in die Plattform.

Die spontanen Rückmeldungen der Teilnehmenden auf diese praktisch/experimentelle Form der Beteiligung waren sehr positiv und zeigten, dass das Interesse an der geplanten Autorenschulung des Institutes für Lern-Innovation der Universität Erlangen-Nürnberg geweckt werden konnte.

Kommune /
Quartiers-
entwicklungWohnen /
WohnumfeldEngagement /
TeilhabeBildung /
DigitalisierungGesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. SicherungVerbraucher-
themen

5.5. GESUNDHEIT UND PRÄVENTION

5.5.1 Stark machen für Patientenbegleitung

Verantwortlich: Initiative Schlaganfallvorsorge

Mitwirkende:

- **Peter Albiez**, Vorsitzender der Geschäftsführung Pfizer Deutschland
- **Prof. Dr. Heinrich Audebert**, Charité, Zentrum für Schlaganfallforschung, Berlin
- **Dr. Bettina Begerow**, Stiftung Deutsche Schlaganfall-Hilfe
- **Lisa Binse**, Stadt Herne, Fachbereich Gesundheit; ausgebildete Schlaganfall-Helferin
- **Prof. Dr. Elisabeth Bubolz-Lutz**, Forschungsinstitut Geragogik e.V. / Netzwerk Patientenbegleitung NRW
- **Dr. Barbara Keck**, BAGSO Service Gesellschaft mbH

Moderation: Clemens Lücke, Journalist

Jährlich ereignen sich in Deutschland ca. 270.00 Schlaganfälle. Rund ein Drittel der Betroffenen leidet unter langfristigen gesundheitlichen Einschränkungen und ist auf fremde Hilfe angewiesen. Trotz vielfältiger Angebote erreicht Patientenbegleitung nur einen Bruchteil der Patientinnen und Patienten. Aber was sind die Hürden der Patientenbegleitung? Wie kann Patientenbegleitung flächendeckend funktionieren?

Dr. Barbara Keck betonte, vielen Menschen seien Möglichkeiten der Patientenbegleitung noch völlig unbekannt. Dies habe eine Befragung der BAGSO bei rund 575 älteren Menschen ergeben. Vermehrt benötigt würden verständliche Informationen und Aufklärung sowie klar definierte Angebote. So könnten besonders ältere Menschen bei einer Krankheit unmittelbar Hilfe erfahren und Vorbehalte abbauen.

Ein Punkt, den auch **Prof. Dr. Elisabeth Bubolz-Lutz** kritisch bewertete, ist die noch nicht überall gut funktionierende Zusammenarbeit mit Krankenhäusern



Foto: BAGSO/Deck

In großer Runde wurde die Wichtigkeit der Patientenbegleitung diskutiert.

und Ärzten. Strategisch müsse man sich überlegen, wie ehrenamtliche Helferinnen und Helfer mitgedacht und kontaktiert werden könnten, wenn es um die Entlassung von hochaltrigen alleinstehenden Patienten aus dem Krankenhaus geht. Die zweite Herausforderung sei die Inanspruchnahme des kostenfreien Angebotes: Bisher bestehe immer noch Zurückhaltung bei den Betroffenen, Patientenbegleitung nachzufragen. Die Nachfrage floriere, wo bereits vertrauensvolle Kontakte bestehen – etwa zu Seniorenbüros.

Auch **Prof. Dr. Heinrich Audebert** sah Handlungsbedarf bei der Kommunikation zwischen Ärzten und Patientenbegleitern und betonte, dass Akutversorgung und Nachsorge koordinativ gemeinsam gedacht werden müssen. Denn viele Betroffene seien nach einem Schlaganfall chronisch krank, die Betreuung könne entsprechend langwierig sein. Patienten müssten dort erreicht werden, wo sie sind und „nicht nur in der Reha-Klinik auf dem schönen Land“.

Dr. Bettina Begerow sah die Diskrepanz zwischen den Sektoren kritisch. Jeder einzelne funktioniere gut, aber „dazwischen fallen die Patienten oft durch das System“. Um dies zu verhindern, sollten neue Versorgungsinstrumente und -verfahren entwickelt werden, die sektorenübergreifend vermitteln und individuell beraten können. **Lisa Binse** betonte, wie wichtig es sei, dass die Familien

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

und Angehörige von Patienten nicht vergessen werden. Denn auch für sie sei die Situation ungewohnt und kräftezehrend. Aber sie siehe bei der ehrenamtlichen Patientenbegleitung besonders den Nachwuchsmangel als Problem. Man könne schließlich niemanden zwingen, sich ehrenamtlich zu engagieren. „Das nicht“, gestand Dr. Bettina Begerow ein, „aber wir können sie besser vernetzen.“ Pfizer Deutschland unterstütze daher Organisationen in der Vorsorge und Helfer direkt vor Ort, so **Peter Albiez**. Die Digitalisierung könne bei einer umfassenden Patientenversorgung ortsunabhängig und jederzeit unterstützen. Als Pilotprojekt biete die Online-Plattform „Hilfe für mich“ als Patientennavigator individuelle Hilfe an. Sie informiere über die Erkrankung, behandle aber auch weiterführende Bereiche wie z. B. das Arbeitsrecht.

„Wie würden Sie als Bundeskanzler/in ein Gesetz für Patientenbegleitung gestalten?“ fragte Clemens Löcke. Prof. Dr. Elisabeth Bubolz-Lutz forderte ein Gesetz zur Strukturentwicklung, das eine bundesweite Durchlässigkeit zwischen Haupt- und Ehrenamt mit Rederecht für Patienten garantiert. Dr. Barbara Keck will zusätzlich die „digitalen Möglichkeiten nutzen, um den Infofluss zu verbessern“, während Dr. Bettina Begerow eine „Vorsorge aus einer Hand“ durch eine einheitliche Trägerschaft fokussiert. Peter Albiez betonte, „Patienten müssen zu handelnden Subjekten werden – mit einem Recht auf Mitgestaltung!“

5.5.2 Vertrauen Sie Dr. Google – Verlässliche Informationen im Internet erkennen

Verantwortlich: Stiftung Gesundheitswissen

Mitwirkende:

- **Katharina Calhoun**, Referentin PR und Marketing Stiftung Gesundheitswissen
- **Una Grossmann**, Leiterin Kommunikation Stiftung Gesundheitswissen
- **Dr. Ralf Suhr**, Vorstandsvorsitzender Stiftung Gesundheitswissen

Moderation: Dr. Martina Albrecht, Methodikerin Evidenzbasierte Medizin und Gesundheitsinformation Stiftung Gesundheitswissen

Wenn man Symptome, Krankheitsbilder oder Behandlungsmöglichkeiten im Internet recherchiert, stößt man auf eine Vielzahl von Webseiten. Da fällt es mitunter schwer, vertrauenswürdige Quellen zu erkennen und richtig zu beurteilen. Aus diesem Grund bietet die Stiftung Gesundheitswissen praktische Hilfen an, wie man Gesundheitsinformationen im Netz bewerten kann. Die Teilnehmenden erarbeiteten gemeinsam mit den Experten der Stiftung Gesundheitswissen, worauf man bei der Recherche nach Gesundheitsinformationen im Internet achten sollte und wie man die Informationen für das Gespräch mit dem Arzt nutzen könne.

In seiner Eröffnungsrede wies **Dr. Ralf Suhr**, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Gesundheitswissen, darauf hin, wie wichtig es sei, die Gesundheitskompetenz in Deutschland zu erhöhen. Dabei gehe es der Stiftung insbesondere um einen Theorie-Praxis-Transfer, d.h. um ganz konkrete Lebenshilfen. Dazu zähle beispielsweise das Wissen, wie man Krankheiten vorbeuge, welche Fragen man seinem Arzt stellen solle, um gut informiert zu sein, oder welchen Nutzen und Schaden Behandlungen haben können. All diese Informationen – laienverständlich aufbereitet und auf den neuesten Stand der Wissenschaft



Die Teilnehmenden konnten vor Ort Gesundheitsinformationen recherchieren.

Kommune/ Quartiers- entwicklung
Wohnen/ Wohnumfeld
Engagement/ Teilhabe
Bildung/ Digitalisierung
Gesundheit/ Prävention
Pflege
Demenz
Arbeit/ soz. Sicherung
Verbraucher- themen

Foto: BAGSD/ Kordestani

gebracht – gehören zum Stiftungsangebot und sind auf dem Gesundheitsportal www.stiftung-gesundheitswissen.de abrufbar.

Auch die sechs konkreten Tipps zur Recherche von Gesundheitsinformationen im Netz, die die Methodikerin **Dr. Martina Albrecht** in dem gut besuchten Workshop vorstellte, sind dort zu finden. Sie erläuterte an konkreten Praxisbeispielen, wie man diese erkenne und die Qualität und Unabhängigkeit von Webseiten einschätze. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren auch selbst gefragt: Sie sollten das Gelernte anwenden, Positiv- und Negativbeispiele bewerten und vorstellen, worauf sie bei der Suche im Internet achten. Das Klischee, dass Seniorinnen und Senioren teilweise Berührungängste mit Online-Angeboten hätten, wurde ganz und gar wiederlegt. Viele Teilnehmende waren schon sehr gut informiert und zeigten großes Interesse an dem Workshop.

Gesundheitsrecherche im Netz – sechs Tipps:

1. Absender der Webseite: Wer hat die Informationen verfasst?
Ein Blick ins Impressum kann dabei helfen.
2. Ziele und Absichten: Es muss klar werden, an wen sich die Information richtet und mit welcher Absicht.
3. Quellenangaben auf der Seite: Belege und Quellen für Informationen sollten deutlich werden.
4. Aktualität: Informationen sollten nicht älter als drei Jahre sein und regelmäßig aktualisiert werden.
5. Werbung: Ist die Seite unabhängig? Werbung auf der Seite weist auf Sponsoren oder Betreiber der Seite hin, die bestimmte Interessen vertreten.
6. Ausgewogenheit der Informationen: Sachverhalte sollten neutral und ohne Wertung formuliert sein.

Im Anschluss an die Gruppenarbeit und -präsentation wurden die wichtigsten Aspekte diskutiert und Fragen beantwortet. Einer der Teilnehmer bedankte sich abschließend: „Es hat Spaß gemacht. Ich informiere mich viel im Internet, da war Ihre Veranstaltung heute sehr hilfreich.“

Im Nachgang zum Seniorentag meldeten sich mehrere Teilnehmende bei der Stiftung mit Feedback und der Frage nach Möglichkeiten einer Wiederholung der Veranstaltung. Die Stiftung Gesundheitswissen bietet diese Workshops regelmäßig an. Wer Interesse hat, kann sich gern bei der Mitmach-Stiftung melden.

5.5.3 Faszination Arzneimittelforschung – Was steckt eigentlich alles hinter einem Medikament?

Verantwortlich: AbbVie Deutschland

Mitwirkende:

- **Dr. Patrick Horber**, Geschäftsführer, AbbVie Deutschland
- **Dr. Siegfried Throm**, Geschäftsführer Forschung/Entwicklung/Innovation sowie vfa bio, Verband Forschender Arzneimittelhersteller e.V. (vfa)
- **Tamás Bereczky**, Communications / Landeskoordinator, European Patients' Academy for Therapeutic Innovation, Europäische Patientenakademie (EUPATI) Deutschland

Moderation: Stephan Pregizer

Experten prognostizieren bis 2060 eine Zunahme der Lebenserwartung um sechs bis neun Jahre. Dadurch steigt die Anzahl jener, die mit chronischen Erkrankungen alt werden und über längere Zeiträume Medikamente einnehmen müssen – die Nachfrage nach verträglichen Arzneimitteln steigt. Eine gute Gesundheitskompetenz trägt zudem zum Erhalt des Wohlbefindens im Alter bei. Der Weg der Arzneimittelforschung und die Einbindung von Patientinnen und Patienten für eine bessere Gesundheitskompetenz waren die Schwerpunktthemen der Veranstaltung „Faszination Arzneimittelforschung“.

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

„Der gesamte Prozess ist sehr komplex, es vergehen oft bis zu 13 Jahre, bevor ein neues Medikament eingesetzt werden kann“, so **Dr. Patrick Horber**. Alleine schon den richtigen Ansatzpunkt für die Wirkstoffentwicklung zu finden, ist oft eine langwierigere Angelegenheit, forschende Pharma-Firmen, wie z.B. AbbVie testen dafür häufig bis zu 10.000 Schlüsselsubstanzen. Ist ein Wirkstoff gefunden, startet eine mehrjährige Studienphase. „Dabei werden Wirksamkeit, Verträglichkeit und mögliche Wechselwirkungen mit anderen Medikamenten bei vielen unterschiedlichen Patienten untersucht“, sagte **Dr. Siegfried Throm**. Jede Studie muss durch mindestens eine Arzneimittelbehörde genehmigt sein und den Voraussetzungen von mindestens einer Ethik-Kommission entsprechen. Erst nach erfolgreichem Abschluss erfolgt die Einreichung des Zulassungsantrags.

Der gesamte Prozess der Arzneimittelforschung ist ein enges Zusammenspiel zwischen akademischer Wissenschaft und der Pharma-Industrie. „Je stärker Patienten in den Prozess eingebunden sind, desto besser kann die Forschung die Medikamente an die Bedürfnisse der Betroffenen anpassen“, so **Tamás Bereczky**. Wichtig dafür ist auch eine gute Gesundheitskompetenz. Damit fällt es leichter, gesundheitsrelevante Informationen zu finden, sie zu verstehen und zu nutzen. Denn eine gute Gesundheitskompetenz hilft, sich die Lebensqualität bis in hohe Alter zu erhalten – trotz chronischer Erkrankungen.

„Heutzutage sind Patienten Kooperationspartner und nicht mehr Leistungsempfänger wie früher“, so Tamás Bereczky. Das Internet ist eine wichtige Recherchequelle geworden. Dr. Patrick Horber betonte die Wichtigkeit, den eigenverantwortlichen Umgang mit dem Thema Gesundheit zu fördern. „Je besser Patientinnen und Patienten über ihre Krankheit Bescheid wissen, desto effektiver kann die Therapie erfolgen.“ Als Informationsquelle können barrierefreie, vertrauenswürdige Internetseiten dienen.

„Ein guter Austausch fördert den Therapieerfolg“, sagte Dr. Siegfried Throm und erklärte, wie die Kommunikationsfähigkeit schon jetzt während der Ausbildung von Ärzten gestärkt wird: „Rollenspiele bereiten die Studierenden auf den Umgang mit Patienten vor, und in Arzt-Patienten-Gesprächssituationen werden sie geschult.“ Letztlich sind also alle Akteure des Gesundheitswesens bei der Förderung der Gesundheitskompetenz gefragt.

5.5.4 Sehen im Alter – Sensibilisierung für Sehprobleme

Verantwortlich: Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband e. V. (DBSV)

Mitwirkender:

- **Priv.-Doz. Dr. Thorsten Böker**, Direktor der Augenklinik am Klinikum Dortmund Mitte

Moderation: Klaus Hahn, Mitglied des Präsidiums, Seniorenbeauftragter des DBSV

Menschen im Seniorenalter neigen dazu, eine Verschlechterung ihres Sehens als gegeben hinzunehmen, anstatt frühzeitig einen Augenarzt aufzusuchen. Dabei ist die Früherkennung einer Augenerkrankung elementar für die Lebensqualität. Entweder kann der Sehverlust aufgehalten oder rückgängig gemacht oder er kann sozial und rehabilitativ begleitet werden.

Dr. Thorsten Böker erläuterte die Funktionsweise des Auges und mögliche Funktionsstörungen anhand von Schaubildern. Die Teilnehmenden hatten die Möglichkeit, mit Hilfe von Simulationsbrillen die jeweiligen Funktionsstörungen nachzuvollziehen und Fragen zu stellen.

Auch das Auge unterliegt einem Alterungsprozess und Verschleiß. Der permanente Lichteinfall, der durch die Linse auf den Fleck des schärfsten Sehens (die Makula) konzentriert wird, führt zum Verschleiß dieser Sehzellen. Sie werden als Stoffwechselprodukte abtransportiert und permanent erneuert. Dieser Prozess wird mit dem Altern des Auges störungsanfällig. Es kann sein, dass die Stoffwechselprodukte nicht vollständig abtransportiert werden, sondern sich im Auge ab-



Foto: BAGSO/Barajas

Mit Simulationsbrillen konnten die Teilnehmenden Funktionsstörungen nachvollziehen.

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

lagern und dadurch die Funktion beeinträchtigen. Ebenso können Blutgefäße in das Augennere hineinwachsen. Es kann zu Durchblutungsstörungen kommen, z.B. einem Arterienverschluss im Auge, Augeninfarkt genannt. Er tritt meist einseitig auf. Ein Schlaganfall kann ebenfalls das Auge beeinträchtigen.

Die zentrale Aussage des Referenten lautete: Die Diagnose- und Therapiemöglichkeiten haben sich in den letzten zehn Jahren dramatisch verbessert, chirurgisch, vor allem aber medikamentös. Behandlungsformen, die vor zehn Jahren noch aktueller Stand der Medizin waren, sind heute durch wesentlich bessere Methoden überholt. Netzhautablösungen sind zu 90 % operabel, wenn sie rechtzeitig erkannt werden.

Diabetes kann in der Spätphase zu Netzhautablösungen führen, doch muss es gar nicht erst so weit kommen. Es gibt bei Diabetes mit Medikamenten sehr gute therapeutische Möglichkeiten. Wenn die Zuckerwerte und der Blutdruck stabil eingestellt sind, dann können Augenschäden komplett vermieden werden. Cortison wird kaum noch verwendet, weil es bessere Wirkstoffe gibt. Auch wird nicht mehr im zentralen Bereich der Netzhaut gelasert.

Für den „grünen Star“ (Glaukom) empfiehlt Dr. Thorsten Böker die Vorsorgeuntersuchung. Die Weigerung der Krankenkassen, die Kosten hierfür zu tragen, hält er für falsch. Die Mitarbeit und die Therapietreue des Patienten sind hier besonders wichtig.

Die Makuladegeneration (MD) nimmt ab dem 70. Lebensjahr dramatisch zu. Mit einer Spritzen Therapie kann die Lesefähigkeit inzwischen weitgehend auch bei der feuchten Form der MD erhalten werden. Die Injektionen müssen sehr engmaschig gegeben werden. Eine frühzeitig beginnende gesunde richtige Ernährung mit dunkelgrünem Gemüse (Mangold, Spinat, Paprika) ist ebenso wichtig wie das Meiden von Risiken, insbesondere Rauchen.

5.5.5 Wenn die Seele krank ist – Psychotherapie im höheren Lebensalter

Verantwortlich: Deutsche Psychotherapeutenvereinigung e. V. (DPtV)

Mitwirkende:

- **Dipl.-Psych. Susanne Baier**, Psychologische Psychotherapeutin
- **Dipl.-Psych. Dieter Best**, Psychologischer Psychotherapeut

Moderation: **Dr. Enno E. Maaß**, Psychologischer Psychotherapeut,
stellv. Bundesvorsitzender der DPtV

Nahezu ein Drittel der Erwachsenen in Deutschland weist innerhalb eines Jahres Symptome auf, die mit einer psychischen Erkrankung einhergehen. Bei älteren Menschen wird hierauf vor allem mit Medikamentenverschreibungen reagiert. Gleichwohl ist bekannt, dass Psychotherapie auch im höheren Lebensalter hoch wirksam sein kann. Doch bei seelischen Problemen oder Erkrankungen wissen ältere Menschen oft nicht, an wen sie sich wenden können. Ältere haben zudem häufig eine größere Scheu, psychische Probleme wie Depressionen oder Ängste gegenüber Angehörigen oder Ärzten anzusprechen. Hinzu kommt, dass sich auch hinter vielen körperlichen Symptomen psychische Leiden verbergen können. Das kann dazu führen, dass psychische Störungen nicht erkannt und fachgerecht behandelt werden.

Bei der psychotherapeutischen Diagnostik gehören Depressionen zu den häufigsten psychischen Erkrankungen im höheren Lebensalter, aber auch posttraumatische Belastungsstörungen, gerade bei der Kriegsgeneration, treten nicht selten auf. Weitere Störungsbilder liegen im Bereich der Suchterkrankungen, der Angst-, Zwangs- und wahnhaften Störungen.

Besteht über einen längeren Zeitraum ein Leidensdruck, so ist dies in der Regel ein Indikator für eine notwendige Behandlung. Die Einordnung der Symptome gemeinsam mit dem Psychotherapeuten und das Beachten möglicher Fehleinschätzungen sind weitere Schritte. So müssen alterstypische Erscheinungen, körperliche Symptome oder Nebenwirkungen von Medikamenten sachgerecht eingeordnet werden.

Kommune/
Quartiers-
entwicklungWohnen/
WohnumfeldEngagement/
TeilhabeBildung/
DigitalisierungGesundheit/
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit/
soz. SicherungVerbraucher-
themen

Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten können gemeinsam mit dem Hausarzt oder direkt über die Psychotherapeutenliste unter www.psychotherapeutenliste.de gefunden werden. Die Erreichbarkeit der Praxis und ein gutes „Gefühl“ bei der Wahl des Psychotherapeuten sollten dabei geprüft werden.

Die psychotherapeutische Sprechstunde ist die erste Kontaktmöglichkeit und kann mit der Krankenversicherungskarte direkt bei einem Psychotherapeuten mit Kassenzulassung in Anspruch genommen werden. Dazu wird in der Regel mit der Psychotherapeutischen Praxis ein verbindlicher Termin vereinbart. Alternativ können auch die sogenannten Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen in Anspruch genommen werden, die einen Termin zur Sprechstunde in den nächsten vier Wochen vermitteln. Die psychotherapeutische Sprechstunde dient zur ersten Abklärung, ob eine psychische Erkrankung vorliegt, und zur Empfehlung weiterer Hilfen.

Eine anschließende Psychotherapie startet dann zunächst mit den sogenannten probatorischen Sitzungen zur weiteren Diagnostik und möglichen Behandlungsplanung. Passen die „Chemie“ und der beiderseitige Wille zur Behandlung können sich Therapiesitzungen zu je 50 Minuten in bedarfsgerechter Anzahl anschließen. Nach der Probatorik wird dazu ein Antrag bei der Krankenkasse gestellt, der in der Regel unproblematisch genehmigt wird.

Zugelassene Verfahren sind die Verhaltenstherapie, die tiefenpsychologisch fundierte Psychotherapie und die Psychoanalyse. Sie werden von Psychologischen Psychotherapeuten und Ärztlichen Psychotherapeuten angeboten.

Die Deutsche Psychotherapeutenvereinigung stellt auf ihrer Website im Bereich Patienteninformationen weitere Informationen bereit: www.dptv.de

5.5.6 Gürtelrose – einer Erkrankung ein Gesicht geben

Verantwortlich: GlaxoSmithKline GmbH & Co. KG,
Deutsche Schmerzliga e.V.

Mitwirkende:

- **Uta Obst**, Vizepräsidentin der Deutschen Schmerzliga
- **Dr. Johannes Hain**, Senior Medical Advisor, Med. Fachbereich Impfstoffe, Reise- und Tropenmedizin, GlaxoSmithKline GmbH & Co. KG

Der Workshop wurde von der Deutschen Schmerzliga eröffnet. Zu Beginn der Veranstaltung erfolgte ein kurzes Quiz mit Fragen rund um die Erkrankung Gürtelrose. Dabei wurde besprochen, was eine Gürtelrose ist: Sie ist eine Viruserkrankung, die vor allem Menschen im fortgeschrittenen Lebensalter trifft, da bei ihnen das Immunsystem nicht mehr so stark ist, um das Virus in Schach halten zu können.

Anschließend berichtete **Uta Obst** über das Schmerztelefon als eine sehr gefragte Anlaufstelle für betroffene Patientinnen und Patienten. Die Deutsche Schmerzliga bietet hier eine wichtige Möglichkeit zur Kontaktaufnahme. Uta Obst veranschaulichte, mit welcher Breite an Fragen und Problemen die Telefonberaterinnen und -berater des Schmerztelefons zu tun haben. Dabei appellierte sie auch an die Zuhörerinnen und Zuhörer, über ihre Probleme mit Schmerzbehandlungen zu berichten.

Im zweiten Abschnitt des Workshops stellte **Dr. Johannes Hain** vor, wie eine Gürtelrose entstehen könne und welche Verläufe diese Erkrankung üblicherweise nehme. Dabei wurde auch dargestellt, wer von einer Gürtelrose betroffen sein könne und wie häufig eine Gürtelrose in Deutschland auftrete. Die Teilnehmenden erfuhren von den Personengruppen, die ein erhöhtes Risiko für eine Erkrankung an Gürtelrose haben, und davon, mit welchen Behandlungs- und Präventionsmaßnahmen dieser Erkrankung begegnet werden könne.

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbrauchertemen

Diesen beiden Beiträgen schloss sich eine rege Fragerunde an. Einige der Fragen der Teilnehmenden im Rahmen des Workshops waren:

Kann ich die Erkrankung noch einmal bekommen, wenn ich bereits eine Gürtelrosenerkrankung hatte?

Antwort: Ja, das ist möglich.

Wie macht sich eine Gürtelrose bemerkbar?

Antwort: Meist mit Abgeschlagenheit, Kopf- und Gliederschmerzen, gefolgt von einem juckenden oder schmerzenden Ausschlag und Fieber

Wie kann ich mich vor einer Gürtelrose schützen?

Antwort: Durch eine Impfung

Wann sollte ich zum Arzt gehen?

Antwort: Sobald ich erste Anzeichen einer Erkrankung bemerke. Je schneller eine Therapie beginnt, desto wahrscheinlicher ist eine Ausheilung ohne bleibende Folgen.

Was können Spätfolgen einer Gürtelrose sein?

Antwort: Je nach betroffenem Bereich – Nervenschmerzen, Sehstörungen, Gesichtslähmung.

Wer bekommt eine Gürtelrose?

Antwort: Eine Gürtelrose kann jeden treffen, der einmal Windpocken hatte.

Kann ich mich durch gesunde Ernährung schützen?

Antwort: Eine gesunde Lebensweise ist generell zu empfehlen, um das Immunsystem zu stärken.

5.5.7 Schmerzen und Alter

Verantwortlich: Arbeitskreis „Schmerz und Alter“ der Deutschen Schmerzgesellschaft, Deutsche Gesellschaft für Geriatrie

Mitwirkende:

- **Prof. Dr. Esther Berkemer**, Hochschule Ludwigshafen am Rhein, Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen

Moderation: Dr. Corinna Drebenstedt, St. Marien-Hospital Friesoythe gGmbH

Fast jeder Mensch kennt Schmerzen und es gibt Ideen und Mythen zu diesem unangenehmen Gefühl. So befürchten viele, dass Schmerzen automatisch zum Alter gehören. Andere glauben, dass man sich an Schmerzen gewöhnen kann oder dass alte Menschen weniger Schmerzen spüren.

Dies ist alles nicht so einfach: Schmerzen sind ein rein subjektives Gefühl. Das heißt: Wenn jemand sagt, er habe Schmerzen, spürt er Schmerzen. Messen kann man den Schmerz nämlich nicht.

Was kann nun Schmerzen auslösen?

Da gibt es drei große Kategorien:

Zum einen Schmerz, der über sogenannte Schmerzrezeptoren aufgenommen und über Nerven weitergeleitet wird. Dieser wird zum Beispiel durch Entzündungen wie bei Zahnschmerzen und Blinddarmentzündung hervorgerufen. Ein mechanischer Reiz, etwa wenn man sich stößt oder einklemmt, kann ebenso Schmerzen auslösen wie Hitze und Kälte.

Die zweite Kategorie sind Schmerzen, die bei Nervenschäden auftreten können. Dabei kann die Schädigung am Körper oder im Gehirn liegen und Schmerzen auslösen. Diese Schmerzen fühlen sich anders an als die der ersten Kategorie. Meist sind sie brennend oder elektrisierend.

Die dritte Kategorie von Schmerzen entsteht im Gehirn. Dabei werden Signale falsch verarbeitet und als Schmerz gespeichert, wie zum Beispiel Trauer oder Angst.

Als weitere Möglichkeit kann man zwischen akutem (= neu aufgetretenem) und chronischem (= länger andauerndem) Schmerz unterscheiden. Diese Unterscheidung ist wichtig, da die beiden Sorten verschieden behandelt werden.

Bei älteren Menschen finden wir oft Schmerzen durch Abnutzung an den Gelenken und an der Wirbelsäule. Als weitere typische Schmerzen im Alter gelten Nervenschmerzen, zum Beispiel ausgelöst durch eine Gürtelrose und durch Zuckerkrankheit. Auch chronische Schmerzen nehmen im Alter zu.

Die Behandlung richtet sich nach der Dauer und der Art des Schmerzes. Beim akuten Schmerz stehen die Schmerzmedikamente oder die Behandlung der Ursache im Vordergrund. Je länger der Schmerz andauert, desto mehr muss die Behandlung der Ursache in den Hintergrund treten. Dann wird eine sogenannte multimodale Therapie angestrebt. Das bedeutet, dass neben Medikamenten auch Bewegungstherapie und Psychotherapie zum Einsatz kommen.

Gerade im Alter kann auch die Verordnung von Hilfsmitteln eine wichtige Rolle spielen, um Gelenke stillzulegen, eine Sturzgefahr zu mindern oder die Selbstständigkeit im Alltag zu erhalten. In seltenen Fällen kann eine Operation notwendig werden.

Insgesamt sind alle Therapien, die beim jüngeren Menschen angewandt werden, auch beim älteren möglich. Die Therapien müssen an die Besonderheiten im Alter angepasst werden, dann können auch hier noch gute Erfolge erreicht werden.

5.5.8 Schmerz und Glück im Alter – Ist Schmerz im Alter ein unausweichliches Schicksal und was hat Glück mit Schmerzen zu tun?

Verantwortlich: Deutsche Schmerzgesellschaft e. V.

Mitwirkende:

- **Dr. med. Martin Kelbel**, Chefarzt Klinik für Anästhesiologie und Schmerztherapie, Katharinen Hospital, Unna
- **Dr. med. Eberhard Albert Lux**, Chefarzt der Klinik für Schmerz- und Palliativmedizin, St. Marien-Hospital, Lünen
- **Stefanie Preiß**, Weiterbildendes Studium TU Dortmund – soziale Gerontologie und Psychologie, Klangmassagepraktikerin

Schmerzen reduzieren nicht nur die Lebensqualität, sondern haben direkten Bezug zu Folgeerkrankungen wie Stürzen, Muskelabbau, Immobilität, Angst, Depressionen sowie Abbau sozialer Kontakte. Viele Menschen glauben, dass Schmerz ein unausweichliches Schicksal im Alter ist. Aber durch Aufklärung, Prävention sowie adäquate Schmerztherapie können chronische Schmerzen bewältigt bzw. auf ein erträgliches Maß reduziert werden.

Bei dieser Veranstaltung konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfahren, wie chronische Schmerzen funktionieren und welche Auswege es bei Schmerzen gibt.

Dr. med. Eberhard Albert Lux informierte über die Physiologie und Pathologie des Schmerzes. Er erklärte, wie Schmerzen wahrgenommen und definiert werden. Schmerzen haben sowohl körperliche als auch psychische Komponenten und können oft nur durch eine multimodale Therapieform bewältigt bzw. gelindert werden. Viele Patientinnen und Patienten verstehen nicht, warum sie vom Schmerztherapeuten dem Psychologen vorgestellt werden; viele sagen: „Ich habe Schmerzen und keine psychischen Beschwerden“. Auch die innere Einstellung und Wahrnehmung spielen eine große Rolle bei Schmerzen.

Kommune/
Quartiers-
entwicklungWohnen/
WohnumfeldEngagement/
TeilhabeBildung/
DigitalisierungGesundheit/
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit/
soz. SicherungVerbraucher-
themen

Dr. med. Martin Kelbel erläuterte die Bewältigungsstrategien und wies darauf hin, dass die Schmerztablette vor allem im Alter nicht das Mittel der Wahl ist. Gerade im Alter haben Patienten viele Erkrankungen, die es nicht erlauben, Schmerzmedikamente zu verordnen (z.B. Niereninsuffizienz). Es sind jedoch vor allem alte Menschen, die Schmerzen haben. Er erklärte die Studie von Prof. Dr. Manfred Spitzer, mit der nachgewiesen wurde, dass Ablehnung, Ausgrenzung bzw. Vereinsamung zu seelischen Schmerzen führen, die jedoch in derselben Gehirnregion verarbeitet werden wie körperliche Schmerzen und dadurch als somatische Schmerzen zum Ausdruck kommen.

Stefanie Preiß erklärte die sozialen und psychischen Verbindungen und was Glück mit Schmerzen zu tun hat, wie und was Schmerzen auslöst und die Schmerzen zur dauerhaften Belastung werden lässt. Negative Lebensführung, Schonverhalten, Mangel an sozialen Kontakten, Vereinsamung bzw. Trauma führen oft zu chronischen Schmerzen. Schmerzen müssen verstanden werden damit Auswege gefunden werden. Hingegen führen Akzeptanz der Schmerzen, Aufbau sozialer Kontakte, Entspannung, positive Lebensführung und eigene Zufriedenheit oft zur Verbesserung bzw. Bewältigung von Schmerzen.

Anschließend lud Stefanie Preiß die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Meditation mit Klangschalen ein.

5.5.9 Aktiv und selbstständig bis ins hohe Alter durch Sport und Bewegung

Verantwortlich: Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB)

Mitwirkende:

- **Dr. Christoph Rott**, Gerontologie der Universität Heidelberg
- **Verena Heier**, Deutschen Turner-Bund
- **Kai Labinski**, Landessportbund Nordrhein-Westfalen

Moderation: Ute Blessing, Deutscher Olympischer Sportbund

„Fitness statt Pflegebedürftigkeit – Bewegung und Sport im hohen Alter“ - unter diesem Thema stand der Vortrag von **Dr. Christoph Rott**, mit dem der Workshop startete. Doch wie definiert sich das hohe Alter? Die Gerontologie in Deutschland hat sich auf die Definition geeinigt, 80 Jahre und mehr als hohes Alter oder Hochaltrigkeit zu bezeichnen. Das sind hierzulande aktuell 3 Millionen Frauen und 1,7 Millionen Männer, Tendenz steigend. Damit erhöht sich auch die Anzahl an Menschen, die durch altersbedingte Funktionsverluste bei Geist und Körper Betreuung und Pflege benötigen. So liegt die Zahl der Pflege-

bedürftigen über 90-Jährigen heute bei 60%. Doch welche Auswirkungen hat körperliche Aktivität auch noch im höchsten Alter? Bei regelmäßigem Training sind positive Effekte auf die Leistungsfähigkeit u. a. von Herz, Kreislauf, Atmung und Stoffwechsel festzustellen sowie eine Zunahme der Muskel- und Knochenmasse. Dr. Christoph Rott stellte aufgrund dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse die These auf, dass sich regelmäßige sportliche Aktivitäten positiv auf die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in



Foto: BAGSO/Dechrent

Ute Blessing im Gespräch mit einer Turnerin vom TV Durchholz.

Kommune/
Quartiers-
entwicklung

Wohnen /
Wohnumfeld

Engagement /
Teilhabe

Bildung /
Digitalisierung

Gesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. Sicherung

Verbraucher-
themen



Foto: BAGSO/Dechent

Die Vorführung der Turnerinnen des TV Durchholz zeigte, wie Aktivsein bis ins höchste Alter aussehen kann.

Deutschland auswirken müssten. Mittelfristiges Ziel könnte dabei eine 5 % geringere Pflegequote für 2030 sein, als diese aktuell vorhergesagt sei. Dies würde dem Gesundheitssystem viele Milliarden Euro sparen und eine hohe Investition seitens der Politik in das Breitensportsystem in Deutschland möglich machen, um Maßnahmen innerhalb der Sportvereine zu fördern.

Wie Aktivsein bis ins höchste Alter in der Praxis aussieht, zeigten im Anschluss die **Turnerinnen des TV Durchholz**, die eine Kostprobe ihres Könnens gaben und das Publikum zum Mit-Tanzen animierten.

Als Beispiel aus der Verbandspraxis stellte **Verena Heier** vom Deutschen Turner-Bund das Projekt „Trittsicher durchs Leben“ vor. Dieses umfassende Sturzpräventionstraining entstand aus dem DTB-Programm „Standfest und stabil“ sowie aus dem Otago-Programm. Gezielt angesprochen werden Versicherungsnehmer der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG), die in ländlichen Regionen Kurse besuchen können. Neben der Bewegungskomponente werden bei Besuchen daheim auch auf extrinsische

Sturzfaktoren (z.B. Teppiche, Kanten) hingewiesen. Die Kooperation mit den Landfrauen machte dabei eine gute Vernetzung möglich. Dem großen Erfolg der Modellphase wird zeitnah eine bundesweite Verbreitung des Programms folgen.

Kai Labinski berichtete abschließend über das Projekt BAP (Bewegende Alteinrichtungen und Pflegedienste) des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen. Dabei sollen im Projektzeitraum 100 neue Bewegungsangebote geschaffen werden, die aus Kooperationen zwischen Sportvereinen und Alteinrichtungen bzw. Pflegediensten entstehen. Diese Zahl sei allerdings schon weit vor Ende der Laufzeit übertroffen worden, das spiegele das große Interesse und den Bedarf an dem Thema wider.

Die Zuhörerinnen und Zuhörer bekamen in diesem Workshop einen Überblick über das Thema Hochaltrigkeit und Bewegung und wie mit konkreten Beispielen aus der Praxis ein aktives und möglichst lange pflegefreies Altern ermöglicht werden soll.

5.5.10 AlltagsTrainingsProgramm (ATP)

Verantwortlich: Landessportbund Nordrhein-Westfalen e. V.

Mitwirkende:

- **Gudrun Neumann**, Referentin Breitensport/Generationen, Landessportbund Nordrhein-Westfalen e. V.
- **Sabine van Kempen**, Freie Mitarbeiterin des Lehrteams Landessportbund NRW, Ergotherapeutin

Sich zu bewegen ist dem Menschen zu eigen. Bewegung ist Leben, hält fit und fördert soziale Kontakte. Schon kleine Änderungen der Bewegungsgewohnheiten und eine Steigerung der körperlichen Aktivität im eigenen Alltag haben positive Auswirkungen auf das Wohlbefinden sowie die Gesundheit.

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbrauchertemen

Im ersten Teil der Veranstaltung wurden die Entstehung und einige Grundpfeiler des AlltagsTrainingsProgramms (ATP) von **Gudrun Neumann**, Mitentwicklerin des ATP, vorgestellt.

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), die Deutsche Sporthochschule Köln (DSHS), der Deutsche Olympische Sportbund e.V. (DOSB), der Deutsche Turner-Bund e.V. (DTB) und der Landessportbund Nordrhein-Westfalen e.V. (LSB NRW) haben das AlltagsTrainingsProgramm (ATP) auf der Grundlage aktueller sportwissenschaftlicher Erkenntnisse entwickelt, um Bewegungsaktivitäten zu fördern. Das Programm trägt mittlerweile das Qualitätssiegel SPORT PRO GESUNDHEIT und seit dem 1. Juni 2018 auch das Siegel „Deutscher Standard Prävention“.

Was ist ATP? Das AlltagsTrainingsProgramm ist ein Bewegungsprogramm für Frauen und Männer ab 60 Jahren, die längere Zeit körperlich eher inaktiv waren, d.h. sprichwörtlich „aus der Übung gekommen“ sind, und die daran etwas ändern möchten. Kraft, Ausdauer, Beweglichkeit, Koordination und Schnelligkeit nehmen ab, wenn sie nicht eingesetzt, genutzt und (weiter-) entwickelt werden, besonders mit zunehmendem Alter. Das Gute daran ist: Wir können für uns selbst etwas tun, jederzeit und überall. Wir leben gegenwärtig in einer „Gesellschaft des langen Lebens“, d.h., es ist nie zu spät, anzufangen, Schritte zu gehen, (Bewegungs-)Gewohnheiten zu ändern, um den eigenen Lebensstil langfristig zu verändern.

ATP wurde 2016 in einer Pilotphase erstmals vom Landessportbund Nordrhein-Westfalen e.V. in verschiedenen Sportvereinen in NRW durchgeführt und erprobt. Diese Phase wurde begleitend von der Deutschen Sporthochschule Köln evaluiert. Seit 2017 wird ATP im ganzen Bundesgebiet als Präventionskurs in Sportvereinen angeboten. Das zwölfwöchige Kursprogramm vermittelt, wie einfach und unkompliziert es ist, Alltagssituationen und Alltagsfertigkeiten als Trainingsmöglichkeit zu erkennen und zu nutzen - überall und zu jeder Zeit. In den ATP-Kursen werden die Bewegungsmöglichkeiten des Alltags in ihrer Vielfalt erlebt.

Ziel des ATP ist es, dass die Teilnehmenden des Kurses ihren Alltag drinnen und draußen als Trainingsmöglichkeit verstehen und dadurch mehr Bewegung in ihr tägliches Leben einbauen, dass sie langfristig ihr Bewegungsverhalten verändern, von einem eher inaktiven Lebensstil allmählich zu einem aktiveren übergehen, dass sie ihr Wissen erweitern, Impulse und Ermutigungen erhalten. Hierbei sind die gemeinsamen Erfahrungen und Reflexionen, Spaß und Kontakte in der Gruppe nicht zu unterschätzen.

Im Praxisteil des Workshops gab **Sabine van Kempen** einen kleinen bewegten bzw. bewegenden Einblick in das ATP. Die Teilnehmenden (TN) waren in der Überzahl weiblich, die Altersstruktur gemischt. Sie beteiligten sich so, wie sie anwesend waren, in Alltagskleidung und mit den Dingen, die sie mit sich trugen. Dies entspricht der Idee des ATP: Die Hürden, um sich zu bewegen, sind bewusst niedrig gehalten. Es wurde für die TN erlebbar, wie typische Alltagssituationen und Alltagstätigkeiten (z.B. Tragen, Heben, Aufstehen) trainingswirksam genutzt werden können. Das Beispiel „Tragen“ zeigte deutlich, wie unkompliziert eine Alltagstätigkeit zu mehr Bewegung führen und zur Kräftigung weiterentwickelt werden kann.

Es wurde die Situation genutzt, dass alle Seniorentagsbesucherinnen und -besucher eine Tasche mit sich führten, die in diesem Workshop zu einem Trainingsgerät umfunktioniert wurde. Beispielhaft wurde eine kleine Trainingseinheit zur Kräftigung der Rumpf- und Armmuskulatur durchgeführt und die TN erlebten, dass dies sowohl allein als auch in der Gruppe mit viel Spaß umsetzbar ist. Währenddessen fand ein Transfer in die eigene Lebenswelt statt. Schon in dieser kurzen Zeitspanne des Workshops wurde ihnen bewusst, dass es weitere Situationen und Tätigkeiten des Alltags gibt, die trainingswirksam umsetzbar sein könnten. Sie erkannten, dass die Übungen jederzeit im Alltag durchgeführt werden können, für viele Altersstrukturen geeignet sind und Freude bereiten. Sie selbst waren in dem Workshop mit viel Energie dabei und entwickelten spontan Ideen zur Umsetzung für zu Hause. Die TN waren von dem Einblick in das AlltagsTrainingsProgramm angetan und wünschten sich mehr Zeit zum Kennenlernen. Einige wollten mit den gewonnenen Eindrücken in ihrem Alltag selbst aktiv werden, andere konnten sich vorstellen, einen ATP-Kurs zu belegen.

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

Ca. ein Drittel der Teilnehmenden war interessiert daran, zukünftig ATP selbst anzubieten. Sie wurden auf Schulungen zur Autorisierung hingewiesen, die im ganzen Bundesgebiet von den Sportverbänden angeboten werden.

5.5.11 AlltagsTrainingsProgramm (ATP)

Verantwortlich: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Mitwirkender:

- **Prof. Dr. Ingo Froböse**, Botschafter des Programms „Alter werden in Balance“, Zentrum für Gesundheit an der Deutschen Sporthochschule Köln

Moderation: Siam Schoofs, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

Als Botschafter des BZgA-Programms „Älter werden in Balance“ motivierte Prof. Dr. Ingo Froböse während seines Vortrags mit lebhaften Beispielen und Tipps zu einem aktiveren Lebensstil, den er als „fittes Altern“ bezeichnete. „Machen Sie sich die Bewegungsaktivitäten der Kinder zu eigen und hüpfen

Sie einfach mal im Alltag, auf diese Weise trainieren Sie spielerisch Ihr Gleichgewicht.“ Er zitierte aktuellste Forschungsergebnisse und unterstrich anschaulich, dass Bewegung auch in fortgeschrittenem Alter gesundheitsfördernd wirkt und dazu beiträgt, viele der im Alter gehäuft auftretenden Erkrankungen zu verhindern oder zumindest hinauszuzögern. Zudem hätten gemäßigte körperliche Aktivität und der Ausbau motorischer Fähigkeiten positive Effekte auf die Funktion des menschlichen Gehirns. Kör-



Foto: BAGSO/Dechent

Prof. Dr. Ingo Froböse ist Botschafter des Programms „Älter werden in Balance“.

perliche Fitness unterstützt die Mobilität der Menschen und somit auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Seine zentrale Botschaft ans Publikum lautete: „Es ist nie zu spät, neue Bewegungsherausforderungen anzunehmen.“

Zur gezielten Ansprache von bewegungsinaktiven älteren Menschen stellte Prof. Dr. Ingo Froböse das AlltagsTrainingsProgramm (ATP) vor. Ziel des ATP ist es, dass die Teilnehmenden den Alltag drinnen und draußen als Trainingsmöglichkeit verstehen und dadurch ein Mehr an Bewegung in das tägliche Leben einbauen.

Im Rahmen des Programms „Älter werden in Balance“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) ist das Lübecker Modell Bewegungswelten (LMB) neben dem ATP ein weiteres Bewegungsprogramm für ältere Menschen. Zielgruppe des LMB sind ältere Menschen in den stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen. Beide Programme sind sehr niedrigschwellig und einfach in den Alltag zu integrieren.

Ziel des Präventionsprogramms „Älter werden in Balance“ ist die Förderung der Mobilität und Selbstständigkeit von älteren Menschen in ihrem Alltag und in den verschiedenen Lebenswelten (Kommune, Freizeit, Verein), und somit auch die Verbesserung des individuellen Gesundheitswissens.

5.5.12 Musik bewegt – für immer

Verantwortlich: Bundesverband Seniorentanz e.V. (BVST)

Mitwirkende:

- **Dimitra Kandia** (im Auftrag von Prof. Dr. Thomas Fritz), Max-Planck-Institut für Kognitions- und Neurowissenschaften Leipzig
- **Gabriele Riede**, Referentin für Erlebnistanz und Tanzen im Sitzen des BVST

Der Workshop war unterteilt in einen wissenschaftlich-theoretischen und einen praktischen Schwerpunkt.

Kommune/
Quartiers-
entwicklungWohnen/
WohnumfeldEngagement/
TeilhabeBildung/
DigitalisierungGesundheit/
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit/
soz. SicherungVerbraucher-
themen

Musik begleitet den Menschen sein ganzes Leben, unabhängig davon, aus welchen kulturellen Kreisen er stammt. Prof. Dr. Thomas Fritz hat ein Bergvolk in Kamerun besucht – die Mafa. Die Mafa kennen keine Musik aus dem Radio, dem Fernsehen oder vom Computer. Sie erleben nur die Klänge ihrer eigenen Flöten. Diesen Menschen brachte Prof. Dr. Fritz westliche Musik zu Gehör und zeigte ihnen dazu Bilder mit unterschiedlichen Gesichtsausdrücken.

Obwohl die Mafa keinerlei Bezug zum „Bolero“ von Ravel hatten, konnten sie die Musikstücke den passenden Gesichtsausdrücken zuordnen. Es scheint also in jedem menschlichen Gehirn – unabhängig von Lernerfahrung und kulturellen Gewohnheiten – ein Zentrum zu geben, das Gehörtes und Emotionales verbindet.

In weiteren Studien wurde belegt, dass es glücklicher macht, Musik selbst zu erzeugen, als sie „nur“ zu hören. Hinzu kommt, dass bereits nach einer Stunde Bewegung mit und zu Musik ein Ansteigen der weißen Blutkörperchen zu verzeichnen ist, das bedeutet eine enorme Aktivierung des Immunsystems bedeutet. Man vermutet, dass Endorphine hier als Vermittler dienen.

Die Ausschüttung von Endorphinen beim Musizieren kann so weit gehen, dass eigene Beeinträchtigungen und Schmerzen in den Hintergrund treten, nicht mehr wahrgenommen/überdeckt werden. Auf diese Weise kann ein Training, das ohne Musik nur sehr mühsam ausgeführt wird, deutlich intensiver stattfinden und somit einen größeren Trainingserfolg hervorrufen.

Diese Ergebnisse aus der wissenschaftlichen Forschung nutzt der BVST bei seinem Angebot Erlebnistanz und Tanzen im Sitzen. Für die Förderung von Menschen mit Demenz bekommen diese Aspekte eine besondere Relevanz.

Es wird die Musik genutzt, um die Gefühlsebene anzusprechen, denn kognitive Leistungen sind verloren gegangen. Wenn über das Tanzen im Sitzen zusätzlich gezielte Bewegungen einfließen, kann eine intensive, sinnvolle und teilnehmendenorientierte Aktivierung stattfinden.

Im praktischen Teil lud **Gabriele Riede** ein, Tänze im Sitzen auszuprobieren: gymnastische Tänze im Sitzen zum Erleben der koordinativen Aufgabe, Thementänze zum Erleben der Gesprächsanreize, Tänze mit Orff'schem Instrumentarium zum gemeinsamen Musizieren.

Die Bedeutung des Tanzens im Sitzen im Bereich der offenen Seniorenarbeit und im Pflegebereich, besonders auch mit demenziell Erkrankten, wurde deutlich gemacht. Die Anwesenden konnten sich selbst überzeugen, wie mit der Musik Aktivierung und Freude ineinandergriffen. In diesem Zusammenhang wurde auf die bundesweiten Ausbildungslehrgänge des BVST hingewiesen.

5.5.13 Tanzen mit Rollator

Verantwortlich: Bundesverband Seniorentanz e. V. (BVST)

Mitwirkende:

- **Gabriele Hilscher, Helga Schewe, Susanne Tams,**
Ausbildungsreferentinnen des BVST

Dieser 90-minütige Workshop gab einen ausführlichen Einblick in die tänzerischen Möglichkeiten von Menschen mit Rollator. Es wurden wichtige Informationen zur Zielgruppe vermittelt, denn es muss sichergestellt sein, dass alle Teilnehmenden in der Lage sind, die Hinweise/Erläuterungen der Tanzleitung zu verstehen und umzusetzen.

Wird eine oftmals ablehnende oder zögerliche Einstellung zum Rollator überwunden und seine Nutzung positiv bewertet, dann bietet er die Möglichkeit, wieder selbstständiger und mobiler das eigene Leben zu gestalten. Einkaufen, der Besuch von gesellschaftlichen und kulturellen Angeboten werden ohne Hilfe von außen wieder möglich.

Derzeit sind mehr als 2 Millionen Rollatoren in Deutschland in Gebrauch. Schätzungsweise 500.000 Rollatoren jährlich werden in den nächsten Jahren

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbrauchertemen



Foto: BAGSO/Dechent

Tanzen mit Rollator ist eine gute Bewegungsmöglichkeit für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen.

zwischen den Rollator-Rädern ausgelotet. Drehungen am Platz und in der Vorwärtsbewegung wurden geübt, immer mit Blick auf ausreichende Abstände zum Nachbarn und der Vermeidung von Schwindel.

Zur Lockerung der Hände, Arme und Schultern flossen Bewegungsfolgen ein, die gut mit nur einer Hand am Griff ausgeführt werden konnten. Auf diese Weise wurde in den Tanzchoreografien eine ganzheitliche Förderung erreicht.

Abwechslungsreiche Musik lockte sofort zum Mitmachen und bot die Möglichkeit, vom eigenen Befinden abzulenken. Die eng an der Musikstruktur orientierten Choreografien vermittelten ein Erfolgserlebnis, wenn der komplette Tanz, stimmig zur Musik, getanzt wurde. Das Miteinander beim Tanzen, die Orientierung zur Kreismitte, der Blick zu den Mittänzerinnen und -täncern verdeutlichten die soziale Komponente, die in den Choreografien berücksichtigt wird, und sorgten für eine fröhliche Atmosphäre.

Unterschiedlichste Aufstellungen mit ebenso vielseitigen Musikstücken wurden ausprobiert. Kreise, Blöcke, Gassen, mit und ohne Partnerwechsel – auf diese Weise gab es einen breiten Ausschnitt aus dem Gesamtrepertoire des BVST.

dazu kommen. Schon heute gehören Rollatorfahrerinnen und -fahrer zum gewohnten Straßenbild.

Für das Tanzen mit dem Rollator ist ein sicherer Umgang eine wichtige Voraussetzung, denn Sturzprophylaxe hat oberste Priorität. Auch die passende Einstellung der Griffhöhe, funktionstüchtige Bremsen etc. sind zunächst abzuklären. Nachdem technische Hinweise mit allen Teilnehmenden des Workshops besprochen wurden, ging es in die Tanzpraxis. Bewegungsmöglichkeiten am Platz als auch auf der Kreisbahn wurden ausprobiert, der Bewegungsspielraum

5.5.14 Bewegung hält fit im Alter – am besten im Sportverein

Verantwortlich: Landessportbund Nordrhein-Westfalen e. V.,
Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e. V.

Mitwirkende:

- **Marion Hayen**, SG Benrath-Hassels
- **Gaby Schnell, Dr. Helmut Freund**, Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e. V.
- **Dirk Schröter**, Landessportbund Nordrhein-Westfalen e. V.
- **Stefan Tomaskowicz**, Luisa Jochmann, SC Bayer 05 Uerdingen

Moderation: Dirk Schröter

Regelmäßige körperliche Aktivität ist gut für die Gesundheit. Sport und Bewegung tragen dazu bei, dass man bis ins hohe Alter fit bleibt.

Mit Sport und Bewegung sind positive Effekte verbunden:

- der Blutdruck wird gesenkt
- Arthrose wird vorgebeugt
- Rückenbeschwerden werden vermieden
- das allgemeine Wohlbefinden wird gesteigert
- die geistige Vitalität wird verbessert

Von den 18.500 Sportvereinen in Nordrhein-Westfalen (NRW) haben viele attraktive Sport- und Bewegungsangebote für die Generation 60plus. In dieser Altersgruppe sind die Mitgliederzahlen in den letzten 20 Jahren um 90 Prozent gestiegen. Die Nachfrage und damit die Angebote für die „Älteren“ im Sportverein werden weiter wachsen.

In den NRW-Sportvereinen findet sich für jeden das passende Angebot, ob im Freizeit-, Gesundheits- oder Leistungs-/Wettkampfsport.

Kommune/
Quartiers-
entwicklungWohnen /
WohnumfeldEngagement /
TeilhabeBildung /
DigitalisierungGesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. SicherungVerbraucher-
themen

Um das passende Sport-/Bewegungsangebot zu finden, sollte man vor Ort den zuständigen Stadt- oder Kreissportbund kontaktieren. Dort gibt es Expertinnen und Experten für den Bereich „Sport im Alter“. In NRW sind es die Referentinnen und Referenten für das Landesprogramm „Bewegt ÄLTER werden in NRW!“ Diese helfen, das richtige Angebot im Sportverein zu finden.

Einige Stadt-/Kreissportbünde haben die Angebote ihrer Sportvereine für die Zielgruppe 60plus in Broschüren zusammengefasst, andere bieten auf ihrer Homepage eine Online-Vereinssuche an.

Infos zu den Bewegungsangeboten für die Generation 60plus gibt es auch bei vielen Seniorenvertretungen. Diese unterstützen die Stadt-/Kreissportbünde bei der Umsetzung von wohnortnahen Angeboten für ältere und hochaltrige Menschen.

Doch warum ist „Sport für die Generation 60plus am schönsten im Sportverein?“ Weil Sportvereine nicht nur „Sport und Bewegung“, sondern auch soziale Kontakte im lokalen Umfeld ermöglichen. Man trifft sich mit Gleichgesinnten und erlebt ein Stück Heimat über den Sport hinaus. Hierzu gehören Wanderungen, Radtouren, Spielnachmittage oder Tanzcafés.

Beim SC Bayer 05 Uerdingen ist man auch im Alter „unter Freunden aktiv“. Das Programm „Aktiv 50+“ umfasst ein abwechslungsreiches Sport- und Bewegungsprogramm, wie Wassergymnastik, Selbstverteidigung oder Gymnastikkurse. Zu den außersportlichen Angeboten gehören Computer- und Handykurse, monatliche Ausflüge und ein Klöncafé.

Für die Menschen, die in ihrer Alltagsmobilität eingeschränkt sind, bietet SC Bayer 05 regelmäßige Bewegungsangebote in Seniorenzentren an. Jeweils für eine Stunde bewegen sich deren Bewohner mit Kindern aus dem Stadtteil.

Auch die SG Benrath-Hassels hat ein breites Angebot für die Zielgruppe 60plus: vom vereinseigenen Fitnessstudio „Hassels Fit“ bis zu Bewegungsangeboten im St. Antonius Altenheim, bei denen sich die Bewohner der Einrichtung und der benachbarten Quartiere gemeinsam bewegen.

5.5.15 Gleichgewichtstraining in unserem Alltag

Verantwortlich: Bundesverband selbstständiger Physiotherapeuten – IFK e. V.

Mitwirkende:

- **Martina Asche**, Diplom-Sportlehrerin, Personal Trainer
- **Tanja Eulberg**, Praxis DRS. SCHIEFFELERS & PARTNER, Dortmund
- **Nicole Kölling**, Deutscher Berufsverband für Tanzpädagogik

Moderation: Dr. John Schieffellers, DRS. SCHIEFFELERS & PARTNER, Dortmund

Die Relevanz von Gleichgewichtsübungen für Seniorinnen und Senioren ist in diversen aktuellen Studien nachgewiesen. Alltäglicher Zeitaufwand und Lösungen zur Eigenmotivation wurden vorgestellt. Welche Techniken und Hilfsmittel sind geeignet? Praktische Anleitung zum Mitmachen.

Dr. John Schieffellers erklärte in seinem Impulsreferat die Anatomie und Physiologie des komplexen Gleichgewichtssystems und die Interaktionen zwischen Gleichgewichtsorganen, dem Gehör, dem Sehen und der Tiefensensibilität im muskuloskelettalen System. Hieraus ergaben sich die verschiedenen Übungsansätze.



Foto: BAGSO/Wehmeier

Gleichgewichtsübungen im Sitzen und Stehen waren zentraler Bestandteil der Veranstaltung.

Martina Asche zeigte mit Hilfe von einfachen Beispielen und Tipps, wie mit und ohne handliche Motivationshilfen jeder zu Hause sein Gleichgewichtssystem fördern kann. Sie bezog sich auf aktuelle Studien, die belegen, dass Bewegung auch in fortgeschrittenem Alter gesundheitsfördernd ist und dazu beiträgt, dass viele der gerade im Alter auftretenden Erkrankungen verhindert oder zumindest hinaus-

Kommune/
Quartiers-
entwicklung

Wohnen/
Wohnumfeld

Engagement/
Teilhabe

Bildung/
Digitalisierung

Gesundheit/
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit/
soz. Sicherung

Verbraucher-
themen

gezögert werden können. Sie betrachtete den Alltag drinnen und draußen als Trainingsmöglichkeit und motivierte dazu ein „Mehr“ an Bewegung in unser tägliches Leben einzubauen.

Nicole Kölling zeigte, wie jeder zu Hause spezifische Übungen in seine alltäglichen Abläufe, wie dem Hinsetzen, Aufstehen, Einseifen, Haarewaschen, Abtrocknen, Föhnen und Eincremen integrieren kann. Aus ihrer langjährigen Erfahrung mit tanzpädagogischen Kursen weiß sie, dass es nie zu spät ist, um neue Bewegungsherausforderungen kennenzulernen und zu integrieren.

Tägliche mäßige körperliche Aktivität und neue motorische Impulse haben konstruktive Effekte auf unsere Hirnfunktion. Dr. John Schiefflers berichtete, dass mehrere Forschungsarbeiten die Relevanz von bewusster altersgerechter Ernährung für unsere tägliche Zellregeneration belegen, insbesondere während der Heilungsprozesse. Falls wir täglich mit Maß und Freude unser körperliches Training durchführen können, regen wir unseren Stoffwechsel und die Hormonproduktion an, erhöhen die Sauerstoffzufuhr zum Gehirn, steigern unser Konzentrationsvermögen und können mit „Überkreuzbewegungen“ unsere Gehirnhälften miteinander kooperieren lassen, sodass relevante Synapsen neu gebildet werden können.

Als Lösung zur Eigenmotivation wurde das bewährte Konzept WOOP (W = Wish, O = Outcome, O = Obstacles, P = Planning) vorgestellt. WOOP ist eine praktische, mentale Strategie, die Menschen einsetzen können, um ihre Wünsche zu identifizieren, zu erfüllen und Gewohnheiten gezielt zu verändern. Die Strategie basiert auf einer langjährigen wissenschaftlichen Forschung und hat sich über verschiedene Altersgruppen und Lebensbereiche hinweg als wirksam erwiesen.

In der abschließenden Fragerunde gab es ausreichend Zeit, um auf alle Fragen im großen und kleinen Kreis einzugehen.

5.5.16 Fit im Kopf und flink auf den Beinen

Verantwortlich: Deutscher Turner-Bund e. V., Westfälischer Turnerbund e. V.

Mitwirkende:

- **Bettina M. Jasper**, Denk-Werkstatt®, Übungsleiterin für Alltags-Fitness-Test und AlltagsTrainingsProgramm
- **Verena Heier**, Deutscher Turner-Bund e.V.
- **Silke Stockmeier**, Westfälischer Turnerbund e.V.

Moderation: Bettina M. Jasper, Denk-Werkstatt®

Bettina M. Jasper stellte zu Beginn dar, dass Bewegen und Denken Schlüsselkompetenzen zur Alltagsbewältigung seien. Sie zeigte auf, dass nicht nur genetische Faktoren und kalendarisches Alter wesentlich für die Hirnleistung seien, sondern vor allem beeinflussbare Faktoren wie Aktivierung und Trainingszustand. Es lohne sich also, auch und gerade im Alter das Gehirn zu trainieren. Dabei würden Grundfunktionen, u. a. Geschwindigkeit der Informationsverarbeitung, eine wichtige Rolle spielen.

Da Gehirntraining auch mit Bewegung zu tun habe und nicht nur das Gehirn im Alter Schwächen hervorrufen könne, sondern auch die funktionale Fitness abnehme, stellte **Silke Stockmeier** den Alltags-Fitness-Test (AFT) vor. Der AFT überprüft die funktionale Fitness. Darunter verstehe man das körperliche Vermögen, Alltagsstätigkeiten ohne Hilfe anderer und ohne übermäßige Erschöpfung ausführen zu können. Er sei für Personen ab 60 Jahren konzipiert, anhand des AFT könnten sich die Personen mit anderen des gleichen Alters und Geschlechts vergleichen. Zur Veranschaulichung wurden die verschiedenen Testungen auch praktisch vor- und von den Teilnehmenden mitgemacht.

Bettina M. Jasper ging anschließend auf folgende Einflussfaktoren der Hirnleistung ein: Arznei, Bewegung, cerebrales Training, Diätetik. Abwechslungsreich erfolgten zwischendurch praktische Einheiten für die Teilnehmenden. Auf der Projektionsfläche erschien ein Zahlenfeld. Die Zahlen waren in verschiedenen Größen und Farben dargestellt. Jeder Farbe wurde ein Körperteil zugeordnet,

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

das entsprechend bei der Nennung der Zahl – ihrer Farbe - bewegt werden musste. Im darauffolgenden theoretischen Teil erläuterte Bettina M. Jasper, wie Bewegung sich auf die Hirnleistung auswirke – mehr Sauerstoff, neue Blutgefäße, Vernetzung von Neuronen, höhere Gewebedichte und vor allem mehr Wachheit und Lebensfreude. Es folgte wieder eine Bewegungssequenz mit einer Taschentuchpackung. Damit wurden koordinative Übungen durchgeführt.

Danach folgte ein theoretischer Block dazu, wie mit Training von Ausdauer, Koordination und mit Dual-task-Aufgaben gezielt verschiedene Bereiche der Hirnleistung gefördert werden. Am Ende zeigte sie praktische Übungsbeispiele: Marschieren zur Musik, Schrittkombinationen rund um die Taschentuchpäckchen, Werfen und Fangen in Kombination mit Denkaufgaben usw.

Verena Heier stellte abschließend das AlltagsTrainingsProgramm (ATP) vor. ATP ist ein niedrigschwelliges Bewegungsprogramm für ältere Menschen ab 60 Jahre, die eher inaktiv sind. Die Trainingsinhalte sind so aufgebaut, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dazu sensibilisiert werden, in ihrem Alltag Situationen zu erkennen, in denen sie Trainingsübungen durchführen können.

Zusammenfassende Schlussworte: „Alltag, Bewegung und Denken gehören zusammen“.

Bettina M. Jasper endete mit einem Zitat:

*Die kleinste Bewegung ist für die ganze Natur von Bedeutung;
das ganze Meer verändert sich, wenn ein Stein hineingeworfen wird.*

Blaise Pascal

(Franz. Literat, christlicher Philosoph, Mathematiker und Physiker 1623–1662)

5.5.17 Bewegungstrends in der Natur

Verantwortlich: Landessportbund Nordrhein-Westfalen e. V., StadtSportBund Dortmund e. V.

Mitwirkende:

- **Gudrun Neumann**, Landessportbund Nordrhein-Westfalen e. V., Referentin Breitensport/Generationen
- **Iris Peters**, Dipl. Sportlehrerin, Sporttherapeutin, Motopädin, Mitarbeiterin StadtSportBund Dortmund e. V.
- **Susanne Wiechmann**, Freie Mitarbeiterin des Landessportbunds NRW e. V.

Sich an der frischen Luft, in der Natur oder im urbanen Raum, in Parks und auf Grünflächen zu bewegen und Sport zu treiben, ist der Trend unserer Zeit. Bewegung macht draußen besonders viel Spaß! Wackelige oder unebene Untergründe bieten zusätzliche Trainingsmöglichkeiten und -effekte, ebenso wie Farben, Sonnenlicht und Wind unsere Sinne stimulieren und weitere Reize setzen. Diese Gegebenheiten tun unserer Seele gut und motivieren wiederum, sich zu bewegen.

Seit Jahren sind vor Ort zahlreiche innovative Outdoor-Bewegungsangebote für Erwachsene in allen Lebensphasen über das Programm „Bewegt ÄLTER werden in NRW!“ des Landessportbunds Nordrhein-Westfalen durch die Stadt- und Kreissportbünde zusammen mit Sportvereinen, entstanden. Dabei werden Sport- und Bewegungstrends aufgegriffen und den jeweiligen Zielgruppen angepasst. Es seien nur einige Beispiele genannt: Fit im Park, Laufschule, Feldenkrais und Walking, Yoga Outdoor, Fit-Mix, Einführung ins Slacklines, Frisbee-Golf, Latschen und Tratschen, Rollator-Walking, ... Hierzu erhielten die Teilnehmenden Informationen und wurden ermutigt, den Sportverein in ihrer Nähe zu kontaktieren. Es lohnt sich, beim ortsansässigen Sportbund der eigenen Stadt nachzufragen, welche Angebote die Sportvereine vorhalten.

Der Workshop griff die Verbindung von Faszination Natur/urbaner Raum mit Bewegungstrends auf. Er bot die Gelegenheit, einige Trends kennen zu lernen

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

und aus zu probieren, unabhängig von Vorerfahrungen, körperlichen Voraussetzungen, Geschlecht und Alter. Tatsächlich nahmen ausschließlich Frauen die Möglichkeit wahr, Praktisches zu erfahren und Ideen zu bekommen. Das Angebot fand in einem geschützten Raum statt, die Gegebenheiten der Natur, wie z. B. unebene Böden, wurden künstlich kreiert: „Bewegungssteine“ als Steine in der Natur, Säulen als Baumstämme genutzt.

An mehreren Stationen wurden Übungen aus Trends des Fitnessbereichs angeboten, z. B. Calisthenics, einem Training mit dem eigenen Körpergewicht, oder Slingtraining mit den Fragen: Was kann ich an und mit einer Parkbank tun? Wie kann ich einen Baumstamm als Trainingsgerät nutzen? Warum ist ein unebener Untergrund wie Wiese oder Waldpfad trainingswirksam, z. B. zur Vorbeugung von Stürzen? Wie können Stufen und Treppen Kraft und Gleichgewicht verbessern? Was kann ich in meinen Alltag einfließen lassen?

An anderen Stationen wurde an das Slacklines herangeführt – mittlerweile mehr als ein Jugendtrend. Hierbei war besonders der Gleichgewichtssinn gefragt. Des Weiteren erhielten die Teilnehmenden einen Einblick, welche Bewegungstechniken helfen, um über das elastische, wackelige Band gehen zu können.

Insgesamt erlebten die Teilnehmerinnen, dass Bewegungstrends in der Natur Spaß machen. Auch kleine Übungen für das alltägliche Training wurden als Anregung mitgenommen. Niedrige Abgrenzungen, Bordsteine etc. werden zukünftig wahrscheinlich nicht mehr als Hindernisse erlebt, sondern als spielerische Bewegungsanlässe genutzt. Vielleicht spricht auch die eine oder andere zukünftig eine/n Jugendliche/n mit einer Slackline im Park an, um dort gemeinsam zu üben.

5.5.18 Mit Freude das Gehirn aktivieren – Geistige Fitness ist trainierbar mit MAT® – Mentales Aktivierungstraining

Verantwortlich: Gesellschaft für Gehirntraining e.V. (GfG)

Mitwirkende:

- **Roswitha Masuch**, GfG-Landesvorsitzende Nordrhein-Westfalen

Roswitha Masuch erläuterte anschaulich die Grundlagen des mentalen Trainings. Die Stufen der Informationsverarbeitung, der Abruf von Informationen aus dem Gedächtnis, die Bedeutung von Emotionen und Befindlichkeit, erläuterte sie in ihrem Vortrag ebenso lebendig, wie gesunde Lebensführung, die Essen, Trinken und Bewegung beinhaltet. Eine besondere Rolle für die mentale Gesundheit spielen soziale Kontakte zu anderen Menschen und die damit verbundene Kommunikation. So zeigt eine Studie aus Chicago, dass bei ähnlichen alzheimerartigen Hirnveränderungen die sozial Aktiven geistig fitter waren als die weniger Aktiven.

Der Hinweis auf die Informationsaufnahme durch die Sinne, insbesondere gutes Sehen und Hören mit Hilfe von Seh- und Hörhilfen, regte die Teilnehmenden zu einer lebhaften Diskussion an. Am Beispiel Hören mit Unterstützung einer Hörhilfe wurde deutlich, dass mentale Leistungsfähigkeit von den oben genannten Einschränkungen stark beeinträchtigt wird. Fitness und Lernfähigkeit im Alter gehörten ebenso zu den Themen der Präsentation wie Stress und Traumatisierung. Dass Stress, Traumatisierung und anhaltende seelische Verletzung zu ausgeprägten Gedächtnisstörungen führen können, stimmte so manchen Zuhörer nachdenklich.

Ein bunter Reigen von abwechslungsreichen Übungen für die Konzentration, schnellere und bessere Wortfindung, einen größeren aktiven Wortschatz, eine bessere Wahrnehmung und logisches Denken forderte die geistige Fitness der Teilnehmenden auf unterhaltsame Weise heraus und ließ sie oftmals schnell an ihre Grenzen stoßen.

Mit Erstaunen wurde von den Besucherinnen und Besuchern der Hinweis auf den Zeitaufwand von nur 5 bis 10 Minuten täglich für ein für ein gutes Ge-

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbrauchertemen

dächtnistraining aufgenommen. Hierbei wurde ausdrücklich die Regelmäßigkeit des Trainings hervorgehoben.

Den Abschluss bildete eine Übung, für die an die Besucherinnen und Besucher zwei Tütchen Gummibärchen verteilt wurden. Innerhalb der Präsentation wurden auf einer Folie Gummibärchen in verschiedenen Positionen kurz gezeigt. Von den Teilnehmenden sollten diese in gleicher Reihenfolge auf ein Blatt Papier gelegt werden. Besonders hier zeigte sich, wie schnell unsere Merkfähigkeit an ihre Grenzen stößt.

5.5.19 Brücken bauen im Gehirn, Aktivierung und Ausbau

Verantwortlich: Bundesverband Gedächtnistraining e. V. (BVGTT)

Mitwirkende:

- **Margit Ahrens**, Vorstandsmitglied BVGTT e. V.

Mit einem Mitmachvortrag wurden die Besucherinnen und Besucher in die spannende Welt der vielen Brücken im Gehirn geführt. Wie entstehen Brücken? Darunter ist die Entstehung neuer Nervenzellen zu verstehen. Was kann aber auch zum Abbau der Brücken führen?

Aufgelockert wurde die Veranstaltung mit Bewegungseinheiten wie Klatschen, Stampfen, Zählen und Lachen. Es wurde eine Mischung aus der Theorie über das Ganzheitliche Gedächtnistraining, die zwölf Trainingsziele, die Fakten über unser Gehirn, mit praktischen Übungen für alle, mit Fragen über ein gesundes Altern, über Ernährung für das Gehirn und mit kuriosen Aha-Effekten vorgestellt.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren mit Engagement und Spaß dabei und konnten einen kleinen Einblick in das spannende Ganzheitliche Gedächtnistraining mitnehmen. Es wurde deutlich, was jeder einzelne selbst in der Hand hat, um nicht nur den Körper, sondern auch den Geist fit zu halten.

5.5.20 Essen mit Vielfalt – wissen, was im Alter gut is(s)t!

Verantwortlich: BAGSO – IN FORM-Projekt,
Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE)

Mitwirkende:

- Ricarda Holtorf, DGE
- Dr. Sabine Höfer, BAGSO e. V.
- Gabriele Mertens-Zündorf, BAGSO e. V.
- Herbert Thill, Smoothfood-Experte
- Bernd Trum, BIO-Spitzenkoch

Moderation: Anne von Laufenberg-Beermann, BAGSO e. V.

Der Vielfalt an Lebensmitteln, Speisen und deren Zubereitung sind keine Grenzen gesetzt. Die verschiedenen geschmacklichen Vorlieben führen zu immer mehr neuen Gerichten und Kostformen.



BIO-Spitzenkoch Fritz Trum erläuterte die vielfältigen Möglichkeiten einer gesunden Ernährung.

Foto: BAGSO/Kordestiani

Kommune /
Quartiers-
entwicklung

Wohnen /
Wohnumfeld

Engagement /
Teilhabe

Bildung /
Digitalisierung

Gesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. Sicherung

Verbraucher-
themen

Das Wissen darüber, was sich hinter verschiedenen Kostformen verbirgt, welche Kriterien im Ess-Alltag eine Orientierung bieten und welchen Beitrag sie für eine genussvolle und ausgewogene Ernährung leisten, erfuhren und erlebten die Teilnehmenden in diesem Workshop.

Ergänzend zum Geschmack der Mahlzeit sollte besonders im Alter auf eine ausgewogene Ernährung geachtet werden. Der Körper und das Gehirn benötigen vielfältige Nährstoffe, damit sie so lange wie möglich aktiv und fit bleiben. Nur so können ältere Menschen ihren Alltag lange selbst gestalten. Nötig ist dafür die Aufnahme aller Nährstoffe in einem ausgewogenen Verhältnis!

Dies ist auf vielfältige Weise möglich, wie die vorgestellten Kostformen an Stationen demonstrierten, z. B. durch:

- eine vollwertige Mischkost
- eine vegetarische, vegane Ernährungsweise
- gesunde und leckere internationale Gerichte
- Schaumkost und passierte Kost
- Fingerfood

Die jeweiligen Merkmale der Kostformen wurden an Beispielen für eine Tagesverpflegung präsentiert. Kleine genussvolle Verkostungen zeigten den Workshop-Teilnehmenden, wie gut auch bei besonderen Anforderungen im Alter (z. B. bei Demenz, Kau- und Schluckstörungen) eine schmackhafte und ausgewogene Ernährung gelingen kann.

5.6 PFLEGE

5.6.1 Zukunft des Alters – Alter in der Zukunft

Verantwortlich: Senioren-Union der CDU Deutschlands

Mitwirkende:

- **Minister Karl-Josef Laumann**, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
- **Magdalena Eilers**, Projektmanagerin für die ARONA Klinik für Altersmedizin
- **Dr. med. Fred-Holger Ludwig**, Landesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Rheinland-Pfalz
- **Dorothee Remmler-Bellen**, Stellv. Vorsitzende des Berufsverbandes der Präventologen e.V.

Moderation: Jan Peter Luther, Bundesgeschäftsführer der Senioren-Union der CDU Deutschlands

Insbesondere **Minister Karl-Josef Laumann** sprach sich deutlich u.a. für eine sogenannte „Landarztquote“ aus. Studentinnen und Studenten, die sich für eine spätere Tätigkeit im ländlichen Raum verpflichten, sollten danach bei der Vergabe von Studienplätzen vorrangig berücksichtigt werden. Studierende, die die Ambition haben, Arzt zu werden, sollten nicht durch den Numerus Clausus daran gehindert werden. Mit ähnlichen Projekten wollen auch Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz die flächendeckende ärztliche Versorgung verbessern.

Die weiteren Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Podiums, **Dorothee Remmler-Bellen**, **Magdalena Eilers** und **Dr. med. Fred-Holger Ludwig**, hoben in ihren jeweiligen Statements u.a. die Bedeutung und die Möglichkeiten von Prävention – auch im Sinne von Eigenverantwortlichkeit – hervor. Der Pflegegrundsatz „ambulant vor stationär“ müsse hinterfragt werden. Gesundheitspolitik müsse immer eine Politik zugunsten der Bürgerinnen und Bürger bzw. der Patientinnen und Patienten sein.

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

Dr. Frank-Holger Ludwig betonte, dass die Förderung der Gesundheit durch Ernährung, Gesundheitsausbildung, Gesundheitskompetenz, Gesundheitsaufklärung und Gesundheitsverhalten erfolgen müsse. Alle Punkte müssten in die Politik eingebracht und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und den Krankenkassen umgesetzt werden.

Gesundheits- und Sozialpolitik müssten eng abgestimmt werden. Weitere Wünsche und Forderungen bezogen sich auf die Abschaffung von Schulgeld bei der Ausbildung in Therapieberufen sowie auf die Einrichtung von berufsständischen Vertretungen für Pflegeberufe, sog. Pflegekammern, denen die bisher staatlichen Aufgaben übertragen werden sollten.

Vorbild für Deutschland könne die niederländische Organisation „Buurtzorg“ zur häuslichen Altenpflege sein, die wegen ihres neuen Ansatzes, unabhängige Pflegeteams aufzustellen, dabei qualitativ hochwertige Pflege zu leisten und dennoch bei einem niedrigen Kostenlevel zu arbeiten, für internationale Aufmerksamkeit sorgt unter dem Motto: „Menschlichkeit vor Bürokratie“.



Foto: BAG50/Kordestani

Die Veranstaltung der Senioren-Union der CDU war sehr gut besucht.

5.6.2 Lebensqualität fördern, Pflege vermeiden – Was leistet die Geriatrie als fachspezifische medizinische Versorgung von betagten und hochbetagten Patienten?

Verantwortlich: Bundesverband Geriatrie e.V.

Mitwirkende:

- **Hon.-Prof. Dr. med. Dieter Lüttje**, Chefarzt Klinik für Geriatrie und Palliativmedizin (Medizinische Klinik IV) Klinikum Osnabrück
- **Dr. med. Martin Jäger**, Klinischer Direktor Hüttenhospital Dortmund

Moderation: RA Dirk van den Heuvel, Bundesverband Geriatrie e.V.

Die Veranstaltung nahm die alterstypischen Einschränkungen und Erkrankungen sowie den ganzheitlichen und interdisziplinären Behandlungsansatz der Geriatrie in den Fokus. Neben der geriatrischen Versorgungslandschaft in Deutschland wurden mögliche Wege in geriatrische Behandlungsstrukturen aufgezeigt.

Zum Einstieg erklärte **Dirk van den Heuvel** die Begriffe Versorgungsbedarf und Versorgungsstrukturen in der Geriatrie. Dabei ging er auf den besonderen Versorgungsanspruch bei der Behandlung geriatrischer Patientinnen und Patienten ein. Die Selbstständigkeit von betagten und hochbetagten Patienten möglichst umfassend zu erhalten beziehungsweise soweit wie möglich wiederherzustellen, sei dabei das priorisierte Ziel. Ein weiteres wichtiges Ziel in der Geriatrie sei die Minderung beziehungsweise Verhütung von Pflegebedürftigkeit.

Anschließend wurden die verschiedenen geriatricspezifischen Versorgungsmöglichkeiten sowohl im stationären als auch im teilstationären Bereich vorgestellt. Dabei erläuterte Dirk van den Heuvel das fachlich-inhaltliche Zusammenspiel zwischen Akutbehandlung und Rehabilitation.

Hon.-Prof. Dr. med. Dieter Lüttje stellte die Frage: „Warum soll ich in die Geriatrie?“ Anhand der Definition ordnete er die geriatrische Patientengruppe

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

ein. Typisch sei ein Lebensalter über 65 Jahre. Häufige geriatrische Krankheitsbilder seien unter anderem Immobilität, sturzbedingte Verletzungen, Inkontinenz, Demenz, Depressionen sowie Mangelernährung.

Zur Identifikation des konkreten Behandlungsbedarfs werden spezifische Assessmentinstrumente eingesetzt. So werde zu Beginn einer Behandlung ein geriatrisches Basis-Assessment erhoben, das durch spezielle Verfahren sowie ein regelhaftes soziales Assessment ergänzt werde. Der individuelle Behandlungsbedarf eines Patienten könne so individuell bestimmt werden.

Im Anschluss daran stellte **Dr. Martin Jäger** anhand des geriatrischen Versorgungsverbundes Geriatrie Verbund Dortmund die verschiedenen Versorgungsbausteine in Dortmund vor. Dabei zeigte er die strukturierte Zusammenarbeit der stationären Geriatrieeinrichtungen sowie Tageskliniken auf. Der Mediziner skizzierte aktuelle Projektinitiativen zur Etablierung eines alterstraumatologischen Zentrums in Dortmund. Die Optimierung einer engen, an dem spezifischen Behandlungsbedarf des geriatrischen Traumapatienten ausgerichteten, interdisziplinären Zusammenarbeit sei dabei das oberste Ziel.

In seinem Fazit betonte Dr. Martin Jäger, dass die Zukunft der Geriatrie in einem abgestuften geriatrischen Dienstleistungsnetz liege, das sektorenübergreifend bedarfs- und patientenorientiert aufgebaut sei. Zudem sei eine eng vernetzte Zusammenarbeit aller beteiligten Berufsgruppen wie etwa Ärzte, Apotheker, Pflegepersonal und Therapeuten notwendig, um einer fachgerechten Versorgung weiterhin gerecht zu werden.

5.6.3 Prävention & Rehabilitation vor und bei Pflege – So kommen Sie zu Ihrem Recht

Verantwortlich: Sozialverband Deutschland e. V. (SoVD)

Mitwirkende:

- **Dr. med. Frank Demtröder**, Facharzt für Innere Medizin, Endokrinologie und Diabetologie, 2. Vizepräsident des Landesverbandes Deutsche Rheuma-Liga NRW
- **Dr. med. Stephan Knoblich**, Leiter des Fachreferates Pflege und Leiter der SEG 2 „Pflege“ des MDK Westfalen-Lippe
- **Brigitte Krebelder**, Referentin der AOK Rheinland/Hamburg

Moderation: K.-Dieter Voß, Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses im SoVD

Rehabilitationsleistungen dienen der Selbstbestimmung und Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Dazu gehören auch die Verhinderung oder auch Minderung von Pflegebedarf. Dies ist nach dem Sozialrecht gesetzliche Pflicht der Kassen. Dabei können Präventionsleistungen nach Eintritt von Pflegebedürftigkeit auch für ältere Menschen möglich und sinnvoll sein. Aber wird dem auch hinreichend nachgekommen? Wie erhalte ich Präventions- und Rehabilitationsleistungen? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit diese bewilligt werden?

Diese und weitere Fragen rund um das Thema Prävention und Rehabilitation wurden in der eineinhalbstündigen Podiumsdiskussion unter Beteiligung der Zuschauerinnen und Zuschauer beraten und diskutiert. Dabei konnten wertvolle Ratschläge und Hilfestellungen auch im Zusammenhang mit drohendem oder bereits eingetretenem Pflegebedarf nutzbar vermittelt werden. Ein besonderer Schwerpunkt lag dabei auf der medizinischen Rehabilitation. Im Ergebnis waren sich die Podiumsgäste weitestgehend einig: In den letzten Jahrzehnten habe sich vieles im Bereich Rehabilitation zugunsten der Pflegebedürftigen verbessert, wie etwa die Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts bei der Entscheidung über die Reha-Einrichtung. Es bestand der

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

Konsens, dass die Vorzüge und Möglichkeiten der Rehabilitation stärker unter allen beteiligten Akteuren kommuniziert werden müssen. Dem gesetzlichen Anspruch auf Rehabilitation vor und bei Pflege müsse zudem endlich nachgekommen werden. Dies bedeute auch, ein „Mehr“ an Angeboten zu schaffen, insbesondere im Bereich ambulanter Rehabilitation.

Ein neues Sozial-Info des Sozialverbands Deutschland (SoVD) informiert Interessierte über „Ihr Recht auf medizinische Rehabilitation“ und kann kostenlos unter www.sovd.de abgerufen werden.

5.6.4 Pflege-WG als echte Alternative? Wohnen zwischen Verbraucherschutz und Selbstbestimmtheit

Verantwortlich: Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetroffene Menschen e. V. (BIVA-Pflegeschutzbund)

Mitwirkende:

- **Isabel Cramer**, Geschäftsführung Soziales Zentrum Dortmund
- **Silke Hachenberg**, Angehörige und 1. Vorsitzende Wohnvielfalt e. V.
- **Claudius Hasenau**, 1. Vorsitzender Wohnen in Gemeinschaft NRW e. V.
- **Dirk Suchanek**, Leiter des Referats für Landesrecht Pflege, Wohn- und Teilhabegesetz im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Nordrhein-Westfalen

Moderation: **Ulrike Kempchen**, Leiterin Recht, BIVA-Pflegeschutzbund e. V.

Pflege-WGs entsprechen dem Wunsch nach einem möglichst selbstbestimmten Leben bis ins hohe Alter. Auch die Politik setzt auf diese Alternative, um dem steigenden Versorgungsbedarf auch zukünftig gerecht zu werden. Im Vergleich zu stationären Einrichtungen bedeuten sie mehr Selbstbestimmtheit der Bewohnerinnen und Bewohner und weniger staatliche Kontrolle. Weniger staatliche Kontrolle heißt aber auch weniger staatlicher Schutz für die Schutzbedürftigen.

Wie diese Balance zwischen Schutz und Selbstbestimmtheit gelingen kann, war die Leitfrage der Podiumsdiskussion. Die Diskutanten zeichneten insgesamt ein positives Bild der Wohnform. Allerdings wurde auch deutlich, dass es noch einigen Regelungsbedarf gebe und dass das Leben in einer WG nicht für jedermann geeignet sei.

Claudius Hasenau, der WG-Betreiber berät, lobte die Regelungen in NRW; die Unterscheidung zwischen selbst- und anbieterverantworteten Wohngemeinschaften. „Dem unterschiedlichen Grad der Selbstbestimmung und dem Schutzbedarf wird damit Rechnung getragen“, so Hasenau.

Dirk Suchanek vom Gesundheitsministerium NRW betonte ebenfalls diese Gratwanderung: die Notwendigkeit zu regulieren, aber nicht alles vorzuschreiben. In NRW unterliegen anbieterverantwortete WGs der Kontrolle durch die Behörden. Dies sei wegen der Abhängigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner und des Schutzbedarfs unverzichtbar. Der Staat habe die Aufgabe, den Mindeststandard zu wahren.

Isabel Cramer, Geschäftsführerin des Sozialen Zentrums Dortmund, bestätigte, dass Pflege-WGs häufiger unvorbereitet kontrolliert würden. Sie betonte, dass die Prüfungen der Qualitätssicherung dienen. Qualität und ihre Messbarkeit waren für sie die Kernfrage der Diskussion über Pflege-WGs. Entscheidendes Kriterium sei die Bewohnerzufriedenheit, die man evaluieren müsse.

Silke Hachenberg, die einzige Teilnehmerin, die nicht aus NRW kam, hatte keinen derart positiven Eindruck von der staatlichen Regulierung bei Pflege-WGs. Als Vorsitzende des Vereins „Wohnvielfalt“ berät sie in Baden-Württemberg Menschen, die Pflege-WGs gründen wollen. Sie berichtete von vielen Hindernissen dabei. Vorschriften und Auflagen engten oft ein und bevormundeten. Daher berate sie fast nur selbstverantwortete WGs, bei denen es mehr Spielräume gebe. Sie plädierte für neue Ideen und neue Angebote.

Pflege-WGs sind zurzeit ein „Boom“-Thema. Das ließ sich auch an der regen Beteiligung aus dem Publikum ablesen. Es wurden viele gezielte Fragen gestellt,

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

obwohl nur sehr wenige Zuhörer bereits eigene Erfahrungen mit Pflege-WGs gemacht hatten. Drängende Fragen betrafen v.a. die Qualitätssicherung und die konkrete Umsetzung von WG-Konzepten.

Die Diskussionsrunde konnte sich einem „Erfolgsrezept“ für Pflege-WGs annähern: Eine Pflege-WG bedarf Regeln und umfassender Beratung. Zudem muss transparent und offen kommuniziert werden. Für Angehörige bedeutet dies einiges an Aufwand und Engagement.

5.6.5 Alte Menschen mit Behinderung – Herausforderungen für zukünftige Versorgungsstrukturen

Verantwortlich: Internationaler Bund (IB) – Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e. V.

Mitwirkender:

- **Ronny Geißler**, Referent für Seniorenarbeit, Internationaler Bund

Faktenlage

Betrachtet man die Entwicklung der demografischen Strukturen in Deutschland, wird deutlich, dass auch die Zahl der alten Menschen mit Behinderung steigt. Im Vortrag mit anschließender Diskussion wurde die Anforderung an Gesellschaft, Politik, Verwaltung, Leistungsträger und auch an die Leistungserbringer diskutiert.

Die steigende Zahl der älteren Menschen mit Behinderungen stellt eine zunehmende Herausforderung für die Einrichtungen der Eingliederungshilfe dar. Trotz des inzwischen deutlich gestiegenen Interesses an dieser Zielgruppe bestehen noch große Wissenslücken bezüglich der Lebenslagen der heute lebenden Seniorinnen und Senioren mit Behinderung und es fehlen grundlegende Kenntnisse für die Planung der Träger und Kommunen.

In der Praxis ergeben sich Überschneidungen zwischen Pflege und Eingliederungshilfe, die dazu führen, dass Zuständigkeiten der jeweiligen Kostenträger nicht immer klar sind. Verschiedene Kostenträger werden zukünftig immer mehr darüber streiten, wer für welche Kosten zuständig ist und worin der Schwerpunkt der Maßnahmen liegt. Pflege oder Eingliederungshilfe, das wird dann die Frage sein. Deutliche Abgrenzungen sind jedoch in vielen Fällen nicht möglich. Allein durch eine klare gesetzliche Regelung sind die Herausforderungen in der Praxis nicht zu lösen, denn auch bei gleichem Rang der Leistungen muss im Einzelfall bewertet werden, ob es sich bei der erforderlichen Betreuung um pflegerische Betreuung oder um eine soziale Teilhabeleistung handelt.

Probleme in der Praxis

Schwere Pflegefälle können zum Teil in den bisherigen Strukturen von Einrichtungen der Eingliederungshilfe nicht versorgt werden. Sowohl räumliche als auch materielle und personelle Ausstattung wurden in der Vergangenheit selten unter dem Aspekt von intensiver Pflege geplant. Stellt nun der Leistungserbringer (also der Träger der Behinderteneinrichtung) fest, dass der/die Betroffene so pflegebedürftig geworden ist, dass die Pflege nicht mehr sichergestellt ist, vereinbaren der Träger der Eingliederungshilfe und die Pflegekasse mit der Behinderteneinrichtung im Rahmen eines Gesamtplans, dass die Versorgung von einem anderen Leistungserbringer erbracht wird (§103 Abs. 1). Die Folge dieser Praxis wird sein, dass es künftig Altenheime geben wird, die auf die Pflege von Menschen mit Behinderung spezialisiert sind. An dieser Stelle besteht die Gefahr, dass die Leistungen der Eingliederungshilfe, also die Förderung von Teilhabe, aus Kostengründen in den Hintergrund geraten werden.

Der Blick in die Zukunft

Der Prozess von Inklusion rückt an dieser Stelle mehr denn je in den Fokus. Menschen mit Behinderungen leben einen großen Teil ihres Lebens in Sonderwelten und werden von professionellen Betreuerinnen und Betreuern versorgt.

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbrauchertemen

Dies muss sich ändern, erst dann wird sich auch etwas für ältere Menschen mit Behinderungen ändern. Die Vielfalt der Menschen muss sichtbar werden, damit einer alternden Gesellschaft die Normalität von Diversität und gegenseitiger Hilfeleistung noch stärker vor Augen geführt werden kann. Es braucht neue Modelle, die den besonderen Bedürfnissen alter Menschen mit Behinderung gerecht werden. Hierzu muss ein Umdenken stattfinden und die strikte Trennung der Leistungen in den Gesetzbüchern gelockert werden. Nur so lassen sich Brücken bauen und neue Wege beschreiten.

5.6.6 Diversity in der Altenpflege für lesbische Frauen, schwule Männer und Menschen mit HIV

Verantwortlich: Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren e.V. (BISS)

Mitwirkende:

- **Silke Eggers**, Deutsche AIDS-Hilfe (DAH)
- **Dr. Markus Schupp**, BISS e.V.

Moderation: Prof. Dr. Klaus Müller, Fachhochschule Frankfurt a. M.

Zum Einstieg in die Diskussion über die Etablierung einer subjektorientierten Pflege für lesbische Frauen, schwule Männer und Menschen mit HIV im Alter wurden zwei Vorträge präsentiert: Dr. Markus Schupp referierte aus seiner gemeinsamen Dissertation mit Heiko Gerlach zur konzeptionellen Berücksichtigung von Homosexualitäten in der Langzeitpflege; Silke Eggers hielt ihren Vortrag zu Fakten, Mythen und Herausforderungen der Pflege von Menschen mit HIV in der Altenpflege.

Wie **Dr. Markus Schupp** aufzeigen konnte, haben diejenigen lesbischen Frauen und schwulen Männer den höchsten Grad eines physischen und psychischen Wohlbefindens, deren Homosexualität proaktiv in die Pflege einbezogen wird. Dies bedeutet die konzeptionelle Berücksichtigung von Homosexualitäten in der Biografiearbeit wie auch in der Pflegeplanung. Über einen solchen Einbe-

zug erfahren diese Menschen eine soziale Wertschätzung als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft. Die ihnen entgegengebrachte emotionale Zuwendung als Form der pflegerischen Fürsorge wie auch ein Klima der Anerkennung bestärken sie in ihrer gleichgeschlechtlichen Identität. Dazu gehört auch die Erkennbarkeit offen homosexuell lebender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb der Pflegedienste und -einrichtungen.

Silke Eggers konnte aufzeigen, dass eine HIV-Infektion zwar nicht besonderer hygienischer Vorkehrungen bedarf und die Infektionsmöglichkeiten bei wirksamer Therapie noch weiter gesenkt werden, jedoch existieren noch immer Ängste und Vorbehalte unter Pflegenden und Einrichtungen. So müssen HIV-Positive oftmals mehrere Einrichtungen kontaktieren, um einen Pflegeplatz zu bekommen. Eine Ablehnung scheint noch immer an der Tagesordnung. Wie Silke Eggers aufzeigte, wird eine HIV-Infektion in der Pflege meist einzig als Infektionskrankheit mit mechanisch folgenden Hygienemaßnahmen gesehen. Nicht bedacht werden deren psycho-sozialen Folgen, wie z. B. die erlebte Stigmatisierung und das daraus resultierenden Stigma-Management.

Geleitet von der Frage, was getan werden kann und muss, herrschte in der anschließenden Diskussion ein Konsens darüber, dass eine subjektorientierte Pflege für o. g. Zielgruppen den Projektcharakter verlassen und vielmehr zum Standard einer professionellen Pflege werden muss. Ebenso herrschte Einigkeit darüber, dass ein solcher Prozess über die Aus-, Fort- und Weiterbildung gesteuert werden muss, indem die Themen in die entsprechenden Curricula aufgenommen werden. In den Einrichtungen der ambulanten und stationären Altenpflege können solche Prozesse nur top-down von der Leitung nach

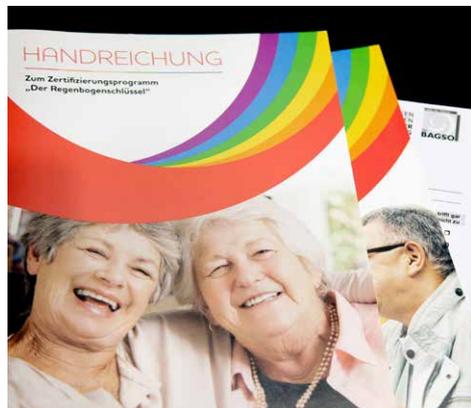


Foto: BAGSO/Kordestani

Die Handreichung zum Zertifizierungsprogramm „Regenbogenschlüssel“ konnten die Teilnehmenden mitnehmen.

Kommune / Quartiersentwicklung
Wohnen / Wohnumfeld
Engagement / Teilhabe
Bildung / Digitalisierung
Gesundheit / Prävention
Pflege
Demenz
Arbeit / soz. Sicherung
Verbraucherthemen

unten gestaltet werden, damit sie nachhaltig implementiert werden. Konzepte der Pflege müssen u. a. auch die Unterschiedsmerkmale der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt wie auch einer HIV-Infektion aufnehmen. Ansätze der Trans-, interkulturellen und kultursensiblen Pflege scheinen diesbezüglich zu kurz gefasst, da sie oftmals nur auf Unterschiede der Kultur und/oder der Religion abzielen.

5.6.7 Sexualität zieht ins Altenheim mit ein. Charta der Sinnlichkeit – eine Checkliste für ein „Lustfreundliches Altenheim“

Verantwortlich: Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V. (LVG & AFS)

Mitwirkende:

- **Silke Eggers**, Deutsche AIDS-Hilfe
- **Sandra Exner**, LVG & AFS
- **Hildegard Keul-Bogner**, Frankfurt University of Applied Sciences

Obwohl sexuelles Erleben und Verhalten zu den Grundbedürfnissen eines Menschen gehören, finden Themen wie Intimität und Sexualität noch zu wenig Berücksichtigung, besonders in der Altenpflege. Das Netzwerk „Sexualität und Alten-Pflege“ hat sich zum Ziel gesetzt, zu einer Enttabuisierung beizutragen und die Berücksichtigung von Intimität und Sexualität als Qualitätsmerkmal in der Altenpflege zu etablieren.

Im Rahmen des Netzwerkes wurde eine „Charta der Sinnlichkeit“ erarbeitet, eine Art Checkliste für ein „lustfreundliches Altenheim“. Sie soll zum Nachdenken animieren, zur Diskussion anregen und neue Impulse geben. Ebenfalls soll sie Einrichtungen dabei unterstützen zu überprüfen, ob dem Thema Sexualität angemessen Raum gegeben wird.

Im Rahmen der Veranstaltung wurde diese Checkliste mit der Methode des World-Cafés offen diskutiert. An drei Tischen, die die Themen „Sexualität als Menschenrecht“, „Institution und Haltung“ und „Diversity“ fokussierten, hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, die Charta zu kommentieren, eigene Erfahrungen aus der Praxis einfließen zu lassen sowie Anregungen vorzubringen. Diese Impulse werden für die zweite Auflage der Checkliste vom Netzwerk „Sexualität und Alten-Pflege“ berücksichtigt.

Einigkeit bestand bei allen Teilnehmenden darüber, dass die Charta der Sinnlichkeit einen wichtigen Beitrag leisten kann, um (noch) mehr für das Thema Sexualität und Altenpflege zu sensibilisieren. Da das Thema leider immer noch mit einem großen Tabu in der Öffentlichkeit behaftet ist, muss mehr öffentliche Aufmerksamkeit hergestellt werden. Vor allem die Einrichtungen werden als Schlüssel gesehen: Nur wenn es gelingt als Mitarbeiterin oder Mitarbeiter, als Bewohnerin oder Bewohner oder als Angehörige offen das Thema anzusprechen, kann das Recht auf Intimität und Sexualität umgesetzt werden. Als wichtige Schlüsselfiguren wurden hier die Leitungsebenen benannt, die das Thema auf ihre Agenda setzen müssen.

Deutlich wurde ebenfalls, dass viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter während der Ausbildung nur wenige Berührungspunkte mit Sexualität und Intimität hatten. Hier wären regelmäßige Schulungen und Fortbildungen wünschenswert, um so zu einer Enttabuisierung beizutragen. Einrichtungen, die bereits Pionierarbeit leisten, sollten als gute Beispiele mehr Aufmerksamkeit bekommen.

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

5.6.8 BLOCKADE – Das Spiel zur Wirklichkeit

Verantwortlich: AW Kur und Erholungs GmbH

Mitwirkende:

- **Mitarbeitende des AWO Bezirksverbands Westliches Westfalen e.V.**

Moderation:

- **Andreas Frank**, Geschäftsführer der AW Kur und Erholungs GmbH
- **Isabell Hiob**, Einrichtungsleiterin im Landhaus Fernblick Winterberg der AW Kur und Erholungs GmbH

„BLOCKADE – Das Spiel zur Wirklichkeit“ ist ein von der AWO Westliches Westfalen entwickeltes Spiel, mit dem pflegende Angehörige in kleinen Gruppen beraten werden.

Das Spiel rückt die Probleme von pflegenden Angehörigen in den Fokus. Am Beispiel zweier fiktiver Frauen werden die Probleme deutlich gemacht: Beide



Foto: BAGSO/Barajas

Das Spiel „BLOCKADE“ wurde von den Besucherinnen und Besuchern unter Anleitung ausprobiert.

hatten ihr Leben im Griff, bis zu dem Zeitpunkt, an dem ihre Partner pflegebedürftig wurden. Ein Motorradunfall und die Diagnose Demenz - plötzlich war alles anders. Und jetzt?

In kleinen Gruppen von drei bis fünf Personen, die begleitet werden von jeweils einer Expertin bzw. einem Experten der AWO, wurde das Spiel „Blockade“ vorgestellt. Rund 40 Personen nahmen das Angebot an und ließen es sich von den AWO-Fachleuten näher erläutern. Nach einer allgemeinen Einführung wurde das Spiel an die Teilnehmenden verteilt und in persönlichen Gesprächen erklärt.

„BLOCKADE – Das Spiel zur Wirklichkeit“ bietet die Möglichkeit, Lösungen und Antworten auf die drängendsten Fragen zu finden.

Ziel ist es, gemeinsam mit pflegenden Angehörigen deren oft vorhandene Informationslücken zu Leistungen und Rechten zu „überbrücken“. Mittlerweile wird das Spiel in zahlreichen Beratungsstellen eingesetzt, die sich auf die Belange von pflegenden Angehörigen spezialisiert haben.

5.6.9 Pflegeberatung digital. Unterstützung für pflegebedürftige Menschen und Angehörige

Verantwortlich: AWO Bundesverband e.V.

Mitwirkende:

- **Johannes Batesaki, Gudula Wolf**, Referenten für Online-Pflege- und Seniorenberatung, AWO Bundesverband e.V.

Pflege ist ein komplexes Handlungsfeld. Um Betroffene und pflegende Angehörige zu stärken und zu unterstützen, ist es wichtig, eine umfassende Pflegeberatungsstruktur anzubieten. Mit der Online-Pflege- und Seniorenberatung bietet der AWO Bundesverband ein Beratungsangebot an, das unabhängig von

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

Zeit und Ort genutzt werden kann. Im Zentrum dieser Veranstaltung standen neben den Rahmenbedingungen der Pflegeberatung, das Online-Pflegeberatungsangebot der AWO und theoretische Betrachtungen zum Thema Digitalisierung und Teilhabe im Alter.

Gudula Wolf stellte dar, wie die Leistungen der Pflegeversicherung eine gute Versorgung in vertrauter Umgebung gewährleisten. Für diese Leistungen haben sich die Rahmenbedingungen in den letzten Jahren verändert. Neuerungen in Gesetzmäßigkeiten bedeuten oftmals Unkenntnis über die Ansprüche. Pflegeberatung unterstützt bei der Auswahl und Inanspruchnahme notwendiger Hilfe- und Pflegeleistungen. Es wurde erläutert, welche gesetzlichen Rahmenbedingungen der Pflegeversicherung (SGB XI) die Basis für Pflegeberatung sind. Dabei wurde insbesondere der § 7a SGB XI hervorgehoben, in dem der Anspruch auf Pflegeberatung festgeschrieben ist. Auch Pflegestützpunkte wie sie im § 7c SGB XI geregelt sind, Pflegekurse und Einzelschulungen für Angehörige nach § 45 SGB XI und Beratungsbesuche bei häuslicher Pflege nach § 37 Abs. 3 SGB XI wurden dargestellt.

Eine Beschreibung der verschiedenen Pflegeberatungsformen, persönlich, telefonisch und digital, diente als Überleitung, um die Online-Pflege- und Seniorenberatung der AWO näher vorzustellen, die unter www.awo-pflegeberatung.de besucht werden kann.

Im zweiten Teil der Veranstaltung stand das Thema „Digitalisierung“ im Vordergrund. **Johannes Batesaki** ging der Frage nach, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, um Teilhabe im Alter auch durch das Internet zu realisieren. Die Kernthese des Vortrags lautete: „Je mehr Seniorinnen und Senioren sich mit den digitalen Entwicklungen beschäftigen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich diese Entwicklungen stärker an den wahren Bedürfnissen der älteren Menschen orientieren.“ Es wurden zwei Ufer mit verschiedenen Lebenswelten gegenübergestellt. Auf der einen Seite befinden sich die Produzenten digitaler Angebote, für die alles Digitale selbstverständlich ist. Auf der gegenüberliegenden Seite sind die Seniorinnen und Senioren, die eher eine analoge Lebensweise gewohnt sind. Um wirkliche Teilhabe durch Digitali-

sierung zu erreichen, muss es eine Brücke geben, die beide Ufer verbindet. Die AWO Online-Pflege- und Seniorenberatung möchte diese Brücke zwischen den Ufern schlagen und die digitale Kompetenz älterer Menschen stärken.

In der sich anschließenden Diskussion stand die Frage nach der soziodemografischen Zusammensetzung der Internetnutzerinnen und –nutzer im Vordergrund. Die Tatsache, dass alle Personen, die das Internet nicht nutzen, von einem digitalen Beratungsangebot ausgeschlossen sind, wirft Fragen nach der Reichweite digitaler Beratungsangebote auf. Gleichzeitig gibt sie Impulse für den integrierten Einsatz digitaler Angebote und ist als Ergänzung zu herkömmlichen und vertrauten Unterstützungsangeboten zu sehen.

5.6.10 Unterstützung pflegender Angehöriger – Auf- und Ausbau von Netzwerken für Pflegebegleitung

Verantwortlich: Netzwerk Pflegebegleitung NRW

Mitwirkende:

- **Anna Wischnewski**, Sprecherin Netzwerk Pflegebegleitung NRW

Moderation: Prof. Dr. Elisabeth Bubolz-Lutz, Netzwerk Pflegebegleitung, Forschungsinstitut Geragogik (FoGera)

Pflegende Angehörige leisten viel. Punktuelle Beratungen durch professionelle Experten reichen bei Weitem nicht aus, um den ständig wechselnden Anforderungen der Sorge und Pflege im häuslichen Bereich gerecht zu werden. Gebraucht werden (kostenfreie) Begleiterinnen und Begleiter bei der Pflege – also Freiwillige, die pflegende Angehörige unterstützen, sie informieren und ihnen den Zugang zu Hilfenetzwerken vor Ort erleichtern.

Im Workshop wurde einführend dargestellt, dass es sich bei den Herausforderungen der Pflege um eine Entwicklungsaufgabe handelt, die vor allem zu Beginn und am Ende des Lebens zum Menschsein dazugehört. Menschen sind

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

im Laufe ihres Lebens aufeinander angewiesen – das Geben von Unterstützung ist ebenso wie das Annehmen genuin menschlich. Allerdings erschweren es die Bedingungen oftmals, sich umeinander zu kümmern. Zuweilen sind auch die Aufgaben zu groß, als dass sie einer allein tragen kann. Wenn ein Familienmitglied auf Dauer Hilfe und Pflege benötigt, fühlen sich (oftmals unvorbereitete) Angehörige von der Komplexität der Anforderungen häufig überfordert.

Deshalb wird von freiwilligen Pflegebegleiterinnen und Pflegebegleitern Unterstützung für pflegende Angehörige unentgeltlich angeboten – da, wo pflegende Angehörige Orientierung, Trost und Hilfe bei der Organisation der Pflege brauchen. Die Freiwilligen sind speziell qualifiziert (60 Unterrichtsstunden) und werden fachlich begleitet. Sie bieten keine Pflegeleistungen an, auch keine Betreuung von pflegebedürftigen Personen, sondern sind vielmehr dazu da, pflegenden Angehörigen bei den sich ständig wandelnden Herausforderungen häuslicher Pflege beizustehen, sie zu informieren und ihnen das Hilfesystem vor Ort zugänglich zu machen.

Die Ergebnisse der Evaluation des Modellprojektes 2004 bis 2008 weisen darauf hin, dass die Unterstützung durch Engagierte von den pflegenden Angehörigen als hilfreich erlebt wird und dass dadurch eine Verbesserung des Gesundheitszustandes erreicht werden konnte.

Vorgestellt wurden das am Ansatz des „Selbstbestimmten Lernens“ ausgerichtete Konzept zur Vorbereitung auf das Engagement und die fachliche Begleitung der Praxis. Berichtet wurde auch von guten Erfahrungen mit Pflegebegleitung in Unternehmen, hier stehen Kollegen anderen Kollegen in Pflegesituationen bei. Kritisch verwiesen wurde auf eine fehlende systematische Verbreitung der Strukturen auf Landes- und Bundesebene. In der abschließenden Diskussion war man sich einig: Nur wenn es regelmäßige Fortbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung sowie Öffentlichkeitsarbeit gibt, kann die so wichtige Unterstützungsleistung für pflegende Angehörige ausgeweitet werden.

5.6.11 Hoch lebe das Internet. Ein Tor zur Selbsthilfeunterstützung pflegender Angehöriger

Verantwortlich: wir pflegen – Interessenvertretung begleitender Angehöriger und Freunde in Deutschland e.V.

Mitwirkende:

- **Pflegende und ehemals pflegende Angehörige**

Moderation: Christian Pälme, wir pflegen NRW

Wer einen lieben Menschen pflegt, kommt oft nicht aus dem Haus. Soziale Teilhabe leidet. Traditionelle Selbsthilfeangebote können von pflegenden Angehörigen oft nicht genutzt werden.

Zugehende Selbsthilfe kann die Lösung sein. Es gilt, den Austausch mit Betroffenen digital ins Haus zu bringen, rund um die Uhr. Wir schaffen das!

Das vom Bundesministerium für Gesundheit und der Techniker Krankenkasse in NRW geförderte Modellprojekt „Online Selbsthilfe Initiativen für pflegende Angehörige“ sieht die Ergänzung und Erweiterung des bereits bestehenden Selbsthilfeangebotes für pflegende Angehörige durch die Entwicklung neuer, onlinegestützter virtueller Selbsthilfe und den Einsatz neuer Medien vor. Das Projekt ist dreijährig angelegt und Ende 2017 gestartet.

Der Ausbau der virtuellen Selbsthilfe soll pflegenden Angehörigen die Möglichkeit geben, sich über verschiedene Kommunikationsmedien (Computer, Tablet, Smartphone) und internetgestützte Kommunikationsformen (Online Portal mit Videochat, Foren, sowie Soziale Medien) geschützt auszutauschen, zu informieren und zu unterstützen.

Zu jeder Zeit an jedem Ort kostenlos nutzbar – ein Tor in die Welt zu Gleichbetroffenen, und damit eine Möglichkeit, sich digital zu begegnen, auszutauschen und sich gegenseitig zu stärken.

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

Den gemeinsam mit pflegenden Angehörigen erreichten Entwicklungsstand mit erfragten Wünschen und Bedürfnissen in der Veranstaltung vorgestellt wurde und stieß auf großes Interesse.

Weitere Informationen www.wir-pflegen.net und www.wir-pflegen.nrw

5.6.12 Pflegende Angehörige – was sie leisten, was sie brauchen

Verantwortlich: KompetenzNetz Angehörigenunterstützung und Pflegeberatung (KoNAP) NRW – Landesskoordinierungsstelle NRW; Verbraucherzentrale NRW e. V.

Mitwirkende:

- **Gaby Schnell**, Vorsitzende der Landesseniorenvertretung NRW (LSV NRW)
- **Dr. Tanja Segmüller**, Vertretungsprofessorin für das Fach Alterswissenschaften, Hochschule für Gesundheit Bochum
- **Günter Niermann**, Leiter des Kontaktbüros Pflegeselbsthilfe Kreis Herford
- **Charlotte Dahlheim**, Projektleiterin Landeskoordinierungsstelle KoNAP NRW

Moderation: Christiane Grote, Leiterin Bereich Gesundheit und Pflege, Verbraucherzentrale NRW e. V.

Wer eine angehörige Person pflege, müsse häufig sein eigenes Leben auf die Pflegesituation ausrichten. Dies könne in jeder Hinsicht eine große Herausforderung sein – vor allem dann, wenn ein besonderer Pflegebedarf vorliege, wie zum Beispiel bei Menschen mit Behinderung oder einer demenziellen Erkrankung.

Dr. Tanja Segmüller betonte, dass zwei Drittel der pflegebedürftigen Menschen deutschlandweit zu Hause von Angehörigen gepflegt werden. Insbesondere durch die Übernahme einer lang andauernden Pflege sei die Belastung



Foto: BAGSO/Wehmeier

Zahlreiche Informationen für pflegende Angehörige konnte die Diskussionsrunde vermitteln.

für pflegende Angehörige besonders hoch und es bestehe die Gefahr dadurch zu erkranken. Beratungs- und Unterstützungsangebote helfen dabei, die Folgen zu verringern. In NRW gebe es eine Vielzahl dieser Angebote – allerdings wüssten Angehörige oft nicht, an wen sie sich mit ihren Anliegen wenden können. Gebündelte Informationen über die Angebote seien daher wichtig.

Gaby Schnell stellte die LSV NRW als Interessenvertretung für die Belange älterer Menschen vor. Dazu gehören auch die pflegebedürftigen Menschen, deren Angehörige, Menschen, die ehrenamtlich pflegen, und professionelle Pflegekräfte. Die LSV NRW schätze das Projekt KoNAP, das die Unterstützung der pflegenden Angehörigen im Blick habe und die Arbeit der ehemaligen Landesstelle pflegende Angehörige fortsetze, an der die LSV beteiligt gewesen sei. Die Leistung von pflegenden Angehörigen werde nach wie vor noch zu wenig anerkannt, auch wenn sich schon einiges getan habe. Der Pflegewegweiser NRW sei ein wichtiges und niedrigschwelliges Angebot für pflegende Angehörige, da es zu mehr Transparenz in der unübersichtlichen Beratungslandschaft in NRW ver helfe. Ein gutes Angebot, dem weitere folgen müssten!

Günter Niermann, Vorsitzender des Generationentreffs in Enger, ist bereits seit 2006 für an Demenz erkrankte Personen und ihre Angehörigen aktiv. Der

Kommune /
Quartiers-
entwicklungWohnen /
WohnumfeldEngagement /
TeilhabeBildung /
DigitalisierungGesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. SicherungVerbraucher-
themen

Generationentreff in Enger bietet u.a. eine Alzheimer-Beratungsstelle und zahlreiche Angebote zum Thema Demenz. Inzwischen gehört auch ein Kontaktbüro Pflegeselbsthilfe dazu. Er begrüßte die finanzielle Förderung durch das Land NRW und die Pflegekassen, da die Pflegeselbsthilfe hierdurch eine neue Wertschätzung erfahre.

Pflegende Angehörige im Workshop bestätigten die Notwendigkeit der Unterstützung und betonten, dass sie auch gern von solchen Angeboten profitiert hätten. Ihre Überforderung bei der Pflege habe dazu geführt, so erzählte eine Betroffene, dass sie psychisch erkrankte. Sie habe damals nicht gewusst, an wen sie sich wenden sollte.

Charlotte Dahlheim wies auf den Pflegewegweiser NRW hin, der auch Hinweise über psychosoziale Beratungsangebote enthalte. Das Internetportal www.pflegewegweiser-nrw.de bündele wertvolle Informationen zum Thema Pflege und stelle das passgenaue Beratungsangebot für pflegende Angehörige transparent dar. Zusätzlich bestehe die Möglichkeit, sich kostenlos Rat über den telefonischen Pflegewegweiser unter 0800 4040044 einzuholen. Die Kontaktbüros der Pflegeselbsthilfe runden das Angebot im Pflegewegweiser NRW ab.

5.6.13 Was packe ich ein ... für die letzte Reise? Oder: Wie packe ich es an, über das Sterben und über das was mir wichtig ist, ins Gespräch zu kommen?

Verantwortlich: Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit in der EKD (EAfA)

Mitwirkende:

- **Dr. Urte Bejick**, Theologin, Evangelische Kirche in Baden

Moderation: **Christine Schöps**, Pfarrerin, stellv. Vorsitzende der EAfA

Bilder und Metaphern helfen, wenn es darum geht, über schwere Themen ins Gespräch zu kommen. „Gut vorbereitet für die letzte Reise“ heißt darum auch der Titel einer Handreichung, die in der Evangelischen Kirche in Baden entwickelt worden ist.

Mit den Teilnehmenden wurde im Workshop die Frage schrittweise erörtert: Wie fange ich es an, mit Menschen, die zu mir gehören, über das Sterben zu sprechen?



Foto: BAGSO/Barajas

Christine Schöps moderierte die Veranstaltung und wählte den Einstieg mit verschiedenen Bildern.

Kommune/
Quartiers-
entwicklung

Wohnen/
Wohnumfeld

Engagement/
Teilhabe

Bildung/
Digitalisierung

Gesundheit/
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit/
soz. Sicherung

Verbraucher-
themen

Erster Schritt auf diesem Weg kann sein, für sich zu klären:

- Welcher „Reisetyp“ bin ich? Was ist mir wichtig, wenn ich mich auf den Weg mache? Will ich bestens über das Ziel informiert sein – oder lasse ich mich gern überraschen von dem, was auf mich zukommt?
- Was ist mir wichtig, wenn ich an die „letzte Reise“ denke?
- „Weltliche Dinge zu regeln“ war der Rat des Reformators Martin Luther in seinem „Sermon von der Bereitung zum Sterben“ aus dem Jahr 1519. Dazu gibt es u. a. den Ordner „Gut vorbereitet für die letzte Reise“, in dem sich eine umfassende Zusammenstellung von Dokumenten befindet.
- Zudem ist ein „Blick auf das eigene Leben“ hilfreich. Sich selbst zu fragen: Was habe ich an Schwerem – und an Schönem erlebt? Welche Orte suche ich gern auf? Wem möchte ich danken – wen möchte ich um Verzeihung bitten? Diesen Anregungen konnten die Teilnehmenden für sich nachgehen und sie mitnehmen, um sie später – immer wieder – aufzugreifen. Sie können in Gespräche münden mit Menschen, die wichtig für das eigene Leben sind.
- „Letzte Wünsche“: Anhaltspunkte liefern u. a. auch Gedichte oder Geschichten, von denen eine Auswahl zur Verfügung gestellt worden ist und in denen das, was einzelnen Menschen persönlich wichtig ist, zum Ausdruck kommt. Sich auf das zu besinnen, was guttut – Musik, bestimmte Menschen, Lieder – Gedichte, aber auch Lieblingsgerüche und –gerichte, und ebenso zu formulieren, wogegen Abneigung besteht, das kann eine Hilfe sein, damit diejenigen darüber Bescheid wissen, die am Ende begleiten.
- „Ängsten und Hoffnungen Raum geben“, so hieß ein weiterer Schritt. Welche Bilder – welche Worte können helfen, die inneren Vorstellungen und offenen Fragen auszudrücken?

Alles in allem zeigte sich, dass es bei Gesprächen über das Sterben letztlich um das Leben geht.

5.6.14 Brücken bauen für den letzten Weg: Schwerstkranke und sterbende Menschen begleiten

Verantwortlich: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Mitwirkende:

- **Heinke Geiter**, Vorsitzende Hospizbewegung im Idsteiner Land e.V., Pfarrerin i.R., Hospiz- und Notfallseelsorgerin
- **Franziska Kopitzsch**, Leiterin, Koordinierungsstelle für Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland, Berlin

Moderation: **Barbara Kahler**, Leiterin des Arbeitsfeldes IV – Alter, Pflege, Rehabilitation, Gesundheit, Steuerung sozialer Dienste – im Deutschen Verein

Das Hospiz- und Palliativgesetz (HPG) verbesserte 2015 die gesetzlichen Rahmenbedingungen für palliative Versorgung und hospizliche Begleitung, dennoch sind vielerorts die Gegebenheiten unzureichend.

Franziska Kopitzsch informierte über die „Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen“ (2010) und die daraus abgeleiteten „Handlungsempfehlungen im Rahmen einer nationalen Strategie“ (2016). Die Handlungsempfehlungen böten gut umsetzbare Bausteine, die es kleinen wie großen Einrichtungen und Diensten der kommunalen Altenhilfe und sonstigen Akteuren ermöglichen, das Thema Schritt für Schritt anzugehen.

Aufgaben der Koordinierungsstelle sind:

- Sensibilisierung, Information, Weiterbildung
- Unterstützung der Akteure durch Gestaltungskonzepte der Hospiz- und Palliativarbeit oder von regionalen Netzwerken, Begleitung bei der konkreten Übernahme von Verpflichtungen aus den Handlungsempfehlungen.
- Ansprechpartnerin für praktische Hilfen (Checklisten, Handreichungen) und organisatorische Fragen (Tag der offenen Tür, Einladung von Politikerinnen und Politikern, Vermittlung sachkundiger Referentinnen und Referenten, Spendenakquise, Fördermittel)

Kommune /
Quartiers-
entwicklungWohnen /
WohnumfeldEngagement /
TeilhabeBildung /
DigitalisierungGesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. SicherungVerbraucher-
themen

- Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit mit Arbeitshilfen (Flyer, Pressemitteilungen).

Zur Hospiz- und Palliativversorgung wurde im Überblick berichtet: Die Bedeutung des Krankenhauses als Sterbeort ist regional unterschiedlich; lokale Versorgungsstrukturen wie ambulant tätige Palliativmediziner haben große Auswirkungen: Nur jeder Dritte erhält Palliativversorgung und sie erfolgt in der Regel zu spät. In Krankenhäusern fehlen Regelungen zur allgemeinen Palliativversorgung sowie zur Qualität von Palliativeinheiten, es erfolgt kaum Entlassung in die Häuslichkeit. Für die Pflegeeinrichtungen (SGB XI) schreibt das HPG Sterbebegleitung als Auftrag fest, aber fehlende Regelungen zu Qualität (Zeit/Qualifikationen) und Finanzierung der Sterbebegleitung. Zum Ausbildungsstand der Pflegekräfte fehlt eine sichere bundesweite Datenlage, aktuell ca. 30.000 Palliativ-Care-Kräfte (DPG-zertifiziert), das Niveau der Weiterbildungen ist heterogen. Pflegeeinrichtungen sind gemessen am Gesamtbedarf unterrepräsentiert, ebenso nichtärztliche/nichtpflegerische Berufsgruppen (Multiprofessionalität).

Heinke Geiter berichtete von den vier Säulen der Hospizbewegung im Idsteiner Land: hospizliche Begleitung, Trauerbegleitung, Öffentlichkeitsarbeit, palliative Versorgung. Sie informierte über die bestehenden Kooperationen mit Pflegeheimen.

Pflegeheime sind heute Sterbeorte, viele schwerstkranke Bewohnerinnen und Bewohner hätten Anspruch auf Hospizversorgung. In der stationären Versorgung stehen weder der gleiche Personalschlüssel noch die gleichen finanziellen Mittel zur Verfügung. Pflegeheime sind Wirtschaftsbetriebe, die kostendeckend arbeiten (müssen) u. a. durch Personaleinsparung. Palliative Pflege benötigt jedoch Zeit. Kooperationen können Pflegeeinrichtungen entlasten.

Verbindliche Vereinbarungen:

- Verpflichtung auf die Charta, gegenseitige Unterstützung, Fördermitgliedschaft der Einrichtung im Verein

- Leistungen für die Bewohnerinnen und Bewohner: Besuchsdienste durch Hospizhelferinnen und -helfer, Vorsorgeplanung nach § 132 g HPG, Beratung zu Patientenverfügungen und Vorsorgevollmachten, Trauerbegleitung von Angehörigen
- Leistungen für die Einrichtung: Schulung von Pflegepersonal/Leitungen, Supervision, Schulung von Hospizhelferinnen und -helfern für den Einsatz im Pflegeheim
- Hohe Nachfrage nach Schulungen (6 Module)/Supervision.

Auch examinierte, berufserfahrene Pflegekräfte haben Wissenslücken in palliativer Pflege, Schmerzerkennung, Gesprächsführung. Die Reflexion eigener Abschieds- und Trauererfahrungen, zum Umgang mit „schlimmen“ Diagnosen und der eigenen Angst vor Sterben und Tod ist der Beginn jeder Schulung. Diese persönliche Ebene werde in Aus- und Weiterbildung oft vernachlässigt, sei aber Voraussetzung einer hospizlichen Haltung. Hoher Nachfragebedarf bestand zu Inhalten der Module und zu konkreten Regelungen der Kooperationsvereinbarungen.

www.hospizbewegung-idstein.de
www.koordinierung-hospiz-palliativ.de

Kommune /
Quartiers-
entwicklung

Wohnen /
Wohnumfeld

Engagement /
Teilhabe

Bildung /
Digitalisierung

Gesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. Sicherung

Verbraucher-
themen

5.6.15 Leben können. Sterben dürfen. Woran erkenne ich ein gutes, hospizlich-palliatives ausgerichtetes Pflegeheim?

Verantwortlich: UNIONHILFSWERK Landesverband Berlin, Interessengemeinschaft Palliative Geriatrie

Mitwirkender:

- **Dirk Müller**, MAS (Palliative Care), UNIONHILFSWERK Landesverband Berlin

Viele fragen sich, welches Lebensalter sie wohl erreichen werden oder wie ihr Lebensende aussehen könnte. Fragen, auf die die Realität klare Antworten gibt: Viele Menschen werden vor dem Lebensende pflegebedürftig und noch zu wenige beschäftigen sich gerne mit den Themen Alter, Krankheit und Sterben. Jedoch wünschen sich wohl alle Menschen ein Leben und Sterben in Frieden, Würde und Selbstbestimmung – in vertrauter Umgebung und begleitet von Nahestehenden.

Denn etwa jede/r zweite Deutsche (49 %) möchte zu Hause sterben, knapp ein Drittel im Hospiz. Nur ein geringer Teil (4 %) will im Pflegeheim sterben. Die Realität sieht jedoch anders aus: Abhängig von regional unterschiedlichen Versorgungsstrukturen sterben die meisten Menschen (über 40 %) im Krankenhaus, rund 30 % in stationären Pflegeeinrichtungen und etwa 25 % zu Hause.²

Die Perspektive jener Menschen, die sich mit einem Pflegeheimeinzug beschäftigen (müssen), untersuchte eine Berliner Studie und arbeitete „Merkmale zu Pflegeeinrichtungen mit palliativgeriatriischer Kompetenz“ heraus. Demnach wünschen sie sich:

- eine konsequente Beachtung ihrer Selbstbestimmung,
- Seelenpflege, Geborgenheit und Würde,

2 Zentrum für Qualität in der Pflege, 2013

- den Einbezug von Angehörigen und Nahestehenden,
- eine gute Organisation des Heimlebens im Sinne von Wohnen, Essen und Trinken etc.,
- gute (Palliativ-)Pflege,
- gute (Palliativ-)Medizin,
- spirituelle Begleitung,
- die Begleitung aller am Lebensende, im Sterben und in der Trauer,
- die Einbindung des Heims ins Gemeinwesen.^{3,4}

Die Fragen setzen voraus, dass sich Interessentinnen und Interessenten auf die Beschäftigung mit den Themen des Lebens bis in die letzten Tage einlassen. Daher ist es wichtig, relevante Begriffe und Konzepte, die ein gutes Leben und Sterben im Pflegeheim ermöglichen, zu kennen. Hier kann ein Blick in die KPG/ZAH-Broschüre „Wenn Ihr Arzt nicht mehr heilen kann“⁵ oder der Besuch eines „Letzte-Hilfe-in-Berlin-Kurses“⁶ hilfreich und sinnvoll sein.

Die Teilnehmenden erhielten die gedruckte Verbraucherfibel vom Kompetenzzentrum Palliative Geriatrie (KPG) des UNIONHILFSWERK (2018).

3 Vgl. Müller, D. 2016: Merkmalsprozess zu Pflegeheimen mit palliativgeriatrischer Kompetenz. Forschungsprojekt vom Kompetenzzentrum Palliative Geriatrie mit der Alice Salomon Hochschule Berlin und dem Institut für Palliative Care und OrganisationsEthik Fakultät für interdisziplinäre Forschung und Fortbildung Alpen-Adria Universität Klagenfurt, Wien, Graz. Berlin: Unionhilfswerk Senioren Einrichtungen gem. GmbH/ Kompetenzzentrum Palliative Geriatrie.

4 Download: http://www.palliative-geriatrie.de/fileadmin/downloads/Materialien/20160214_Fragenkatalog_Pflegeheime_VerbraucherInnen.pdf.

5 Download: <http://www.hospiz-aktuell.de/informationen-und-hilfen/informationmaterial/wegweiser-der-zah>

6 Weitere Infos: <https://www.palliative-geriatrie.de/letzte-hilfe-in-berlin>

5.7 DEMENZ

5.7.1 Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz – Aufbau von Hilfenetzwerken vor Ort

Verantwortlich: Netzwerkstelle „Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz“, BAGSO e.V.

Mitwirkende:

- **Klaus Besselmann**, Informations- und Koordinierungsstelle der Landesinitiative Demenz-Service Nordrhein-Westfalen, Kuratorium Deutsche Altershilfe
- **Kornelia Folk**, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- **Gudrun Gille**, Netzwerk Demenz Hemer e.V.
- **Dr. Uwe Johansson**, LWL-Klinik Dortmund und Demenz-Servicezentrum Region Dortmund
- **Katharina Lorenz**, Stadt Lünen, Netzwerk Demenz Lünen
- **Bert Schulz**, Demenz-Servicezentrum Region Dortmund

Moderation: **Silke Leicht**, Netzwerkstelle „Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz“, BAGSO e.V.

Welche Möglichkeiten bieten lokale Hilfenetzwerke für Menschen mit Demenz und wie baut man solche auf? Der Workshop zeigte gute Beispiele aus dem Förderprogramm „Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz“ und stellte deren Bedeutung für die Region heraus. Zugleich verdeutlichte er aber auch die Hürden in der täglichen Arbeit. Wie diese überwunden werden können, diskutierten Vertreterinnen und Vertreter von „Lokalen Allianzen für Menschen mit Demenz“, von Kommunen, Vereinen und Initiativen.

Die Kommune als wichtiger Netzwerkpartner: die Stadt Lünen

In der Stadt Lünen ist das Demenz-Netzwerk an die kommunale Koordinierungsstelle Altenarbeit angebunden. In den letzten Jahren hat das Netzwerk zahlreiche Angebote für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen wie z.B. Kurse und Selbsthilfegruppen entwickelt und aufgebaut. Wichtiger Impuls hierfür war die Förderung über das Bundesmodellprogramm „Lokale Allian-



Foto: BAGSO/Kordestani

BAGSO-Referentin Silke Leicht diskutierte mit Vertreterinnen und Vertretern von Kommunen, Vereinen und Initiativen wie Hilfenetzwerke vor Ort aufgebaut werden können.

zen für Menschen mit Demenz“. **Katharina Lorenz**, Sprecherin des Demenz-Netzwerkes in Lünen, erläuterte, dass die Koordinierungsstelle Altenarbeit auch nach der Bundesförderung die Angebote fortsetzen und ausbauen wird.

Von der Einzelinitiative zum lokalen Hilfenetzwerk: Netzwerk Demenz Hemer e.V.

Das Netzwerk Demenz Hemer ist aus der Initiative einer Einzelperson entstanden, die für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen etwas bewegen wollte. **Gudrun Gille**, heute Vorsitzende des Vereins „Netzwerk Demenz Hemer“, berichtete von den örtlichen Angeboten für Menschen mit Demenz, die der 2011 gegründete Verein heute koordiniert. Die persönliche Beratung in den von Demenz betroffenen Familien steht an erster Stelle. Hierfür wird auch die Zusammenarbeit mit Krankenhäusern, Schulen und Kindergärten immer wichtiger, um möglichst alle Akteure und Altersgruppen zu informieren und einzubinden.

Kommune /
Quartiers-
entwicklungWohnen /
WohnumfeldEngagement /
TeilhabeBildung /
DigitalisierungGesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. SicherungVerbraucher-
themen

Neue Netzwerkpartner, neue Angebote

Die Vielfalt der Lokalen Allianzen und anderer lokaler Hilfenetzwerke für Menschen mit Demenz ist groß. Sie verbessern deren Situation und die ihrer Angehörigen, indem sie über die bestehenden Angebote informieren, Kurse anbieten und sensibilisieren. Die Erfahrungen vor Ort zeigen, wie wichtig es ist, Partner wie Kommunen und Hausärzte mit ins Boot zu holen.

Neben dem Aufbau neuer Angebote bleibt es eine wichtige Aufgabe, vor Ort die Akteure zu sensibilisieren und z. B. auch Frühbetroffenen niedrigschwellige Beratung anzubieten.

5.7.2 Demenz Partner-Kurs

Verantwortlich: Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. – Selbsthilfe Demenz

Mitwirkende:

- **Anna Gausmann, Saskia Weiß**, Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V.

Die Besucherinnen und Besucher erhielten in diesem Kompaktkurs grundlegende Informationen zum Thema Demenz. In 90 Minuten erfuhren sie zunächst, welche Ursachen und Symptome Demenzerkrankungen haben, wie häufig diese vorkommen und welche Behandlungsmöglichkeiten es gibt. Im zweiten Teil der Veranstaltung stand die Kommunikation mit Menschen mit Demenzerkrankung im Mittelpunkt. Es wurden Hilfestellungen für die Gesprächsgestaltung gegeben, ebenso wurde der Umgang mit schwierigen Situationen thematisiert.

Abschließend wurden Kontaktdaten kompetenter Anlaufstellen in der Region genannt, die die Besucherinnen und Besucher nutzen können.

Die Kursinhalte wurden durch kurze praxisnahe Schulungsfilme ergänzt und die rund 40 interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer konnten den Referentinnen Saskia Weiß und Anna Gausmann jederzeit Fragen stellen.

Der Kurs fand im Rahmen der Initiative Demenz Partner (www.demenz-partner.de) statt. Dies ist eine bundesweite Aufklärungskampagne, die im September 2016 von der Deutschen Alzheimer Gesellschaft e.V., zusammen mit dem Bundesgesundheitsministerium und dem Bundesfamilienministerium gestartet wurde.

Alle Kursteilnehmenden werden automatisch Demenz Partner. Durch ihr erworbenes Wissen können sie dazu beitragen, dass Demenzerkrankungen weniger tabuisiert werden und Menschen mit dieser Krankheit länger in der Mitte unserer Gesellschaft leben können.

Die Initiative Demenz Partner bildet ein Dach, unter das bereits aktive Anbieter ihre Kurse stellen können, um von der Sichtbarkeit der Kampagne zu profitieren. Inzwischen haben sich über 500 Organisationen und Einrichtungen auf der Internetseite registriert und bieten Vorträge, Kurse und Schulungen an. Fast 35.000 Menschen haben eine der bisher über 1.000 Demenz Partner-Kurse besucht. Das Publikum ist genau wie bei der Veranstaltung beim Deutschen Seniorentag oft gemischt und vielfältig: Es sind Angehörige, ehrenamtlich Tätige, aber auch Personen, die sich aus reinem Interesse über Demenzerkrankungen informieren. Auch Kurse für Menschen, die in ihrem Beruf regelmäßig in Kontakt mit demenzzranken Kundinnen und Kunden kommen, werden im Rahmen der Initiative durchgeführt.

Die Initiative Demenz Partner ist Teil einer weltweiten Bewegung. Vorbild ist die Aktion Dementia Friends in Großbritannien (www.dementiafriends.org.uk). Diese Initiative wurde von der englischen Alzheimer-Gesellschaft gestartet, um das Bild und die Wahrnehmung von Menschen mit Demenz gesamtgesellschaftlich zu verändern. Inzwischen beteiligen sich über 30 weitere Länder. Weltweit gibt es mehr als 10 Millionen Menschen, die Dementia Friends geworden sind. Das gemeinsame Symbol ist ein stilisiertes Vergissmeinnicht, das sich auch im Logo von Demenz Partner findet. Ziel ist eine große globale Bewegung, die Menschen mit Demenz und ihre Familien auf der ganzen Welt unterstützt.

Kommune/
Quartiers-
entwicklung

Wohnen/
Wohnumfeld

Engagement/
Teilhabe

Bildung/
Digitalisierung

Gesundheit/
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit/
soz. Sicherung

Verbraucher-
themen

5.7.3 Tanz, Kunst und Theater als Brückenbauer für Menschen mit und ohne Demenz

Verantwortlich: Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO)

Mitwirkende:

- **Jessica Höhn**, Theater Demenzionen, Köln
- **Sybille Kastner**, Lehmbruck-Museum, Duisburg
- **Stefan Kleinstück**, Demenz-Servicezentrum Region Köln und das südliche Rheinland / bundesweite Initiative „Wir tanzen wieder!“

Moderation: **Stefanie Adler**, Netzwerkstelle „Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz“, BAGSO

Im Fokus dieses Workshops standen inklusive Ansätze für Menschen mit und ohne Demenz aus dem Kunst- und Kulturbereich in Nordrhein-Westfalen. Sie verwandelten den Raum abwechselnd in einen Tanz-, Kino- und Theatersaal und zeigten, wie Menschen mit Demenz mit kreativen Methoden sowohl Lebensfreude und Erinnerungen als auch Möglichkeiten des Ausdrucks und der Teilhabe zurückgewinnen können.

„Kunst ist für alle da“

Das Lehmbruck-Museum in Duisburg ist mit seinen internationalen Skulpturen, seinen Ausstellungen und seinen Ansätzen der Kunstvermittlung überregional bekannt. Mit Führungen für Menschen mit demenziellen Veränderungen übt das Museum seit 2007 eine Vorreiterrolle aus. Im Netzwerk „RuhrKunst-Museen“ haben sich anlässlich der Kulturhauptstadt RUHR 2010 20 Museen im Revier zusammengeschlossen. Sie arbeiten gemeinsam auch an neuen Formen der Vermittlungsarbeit. Unter der Leitung von **Sybille Kastner** vom Lehmbruck-Museum entstand im Rahmen der Lokalen Allianzen das Angebot „RuhrKunstMuseen sinnlich erleben“. 11 Museen im Ruhrgebiet heißen seitdem Besucherinnen und Besucher mit demenziellen Veränderungen, sowie ihre Angehörigen und Begleiterinnen und Begleiter herzlich willkommen. Die sinnlich ausgerichteten Angebote orientieren sich an den Potenzialen der von

Demenz Betroffenen und bereichern die Vielfalt der kulturellen Teilhabe im Revier.

„Wir tanzen wieder“ im Wohnquartier

Tanzen schafft Kontakte mit anderen Menschen und bringt Körper und Geist in Bewegung. Das Projekt „Wir tanzen wieder“ im Wohnquartier wurde als „Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz“ von 2014 bis 2016 vom Bundesfamilienministerium gefördert und öffnete damit die bundesweite Initiative „Wir tanzen wieder!“ – Tanzen für Menschen mit und ohne Demenz der Alexianer Köln für zwei Wohnquartiere in Köln.

Im Workshop konnten die Teilnehmenden unter Anleitung von **Stefan Kleinstück** am eigenen Leib erfahren, wie Musik zur Bewegung und zum Erleben von Gemeinschaft animiert. Neben neuen Begegnungs- und Bewegungsräumen sind damit neue quartiersnahe Kooperationen und Vernetzungen entstanden.

„Theater kann überall stattfinden, auch in Senioreneinrichtungen“

Unter diesem Leitsatz entwickelt das Theaterensemble „Demenzionen“ unter Leitung der Theaterpädagogin **Jessica Höhn** Theaterstücke für und mit Menschen mit Demenz und bringt sie gemeinsam mit ihnen auf die Bühne. Das Theaterspiel, stets verbunden mit Musik und Bewegung, nimmt das Publikum mit in die Inszenierung lebendiger Geschichten, die Erinnerungen wecken und die Phantasie anregen. Alle sind eingeladen, mitzuspielen, mitzusingen und mitzutanzten.



Tanzen bereitet Freude. Das konnten die Teilnehmenden vor Ort ausprobieren.

Foto: BAGSO/Barajas

Kommune /
Quartiers-
entwicklung

Wohnen /
Wohnumfeld

Engagement /
Teilhabe

Bildung /
Digitalisierung

Gesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. Sicherung

Verbraucher-
themen

Im Workshop spielten **Nicole Krause** und **Clara Obório Vilarinho** einen Ausschnitt aus dem Theaterstück „Von einer, die auszog, Abenteuer zu erleben“. Es erzählt eine Geschichte von Mut und Freundschaft, von wundersamen Begebenheiten, deren Handlung weder zeitlich noch örtlich festgelegt ist. Mit der Orientierung an Motiven eines Märchens fasziniert sie Menschen jeden Alters – auch die mit Demenz.

5.7.4 Demenz mit Humor und Leichtigkeit begegnen

Verantwortlich: ROTE NASEN Deutschland e.V.

Mitwirkende:

- **Reinhard Horstkotte**, künstlerischer Leiter ROTE NASEN Deutschland e.V. und Clown
- **Maria Gundolf**, stellvertretende künstlerische Leiterin ROTE NASEN Deutschland e.V. und Clown

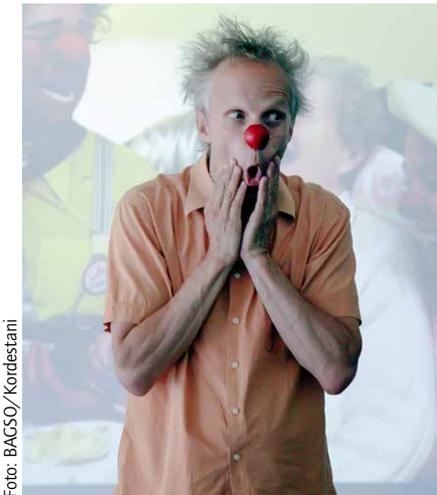


Foto: BACSO/Kordestani

Wenn ein Mensch an Demenz erkrankt, sind die Türen zu seinem Innenleben scheinbar verschlossen. Doch ROTE NASEN Clowns finden einen Zugang. Ihr Geheimnis: sie begegnen erkrankten Menschen über den Weg des Humors. In ihrem Vortrag berichteten Reinhard Horstkotte und Maria Gundolf, wie man Demenz mit Humor und Leichtigkeit begegnet.

Humorvoll war auch der Einstieg in die Präsentation von ROTE NASEN, den **Maria Gundolf** lieferte. Seit über zehn Jahren ist die ausgebildete Schau-

Die Clowns informierten über die Fortbildungsmaßnahme „Humor in der Pflege“.

spielerin als ROTE NASEN Clown Brischitt aktiv. Ihre wie auch die clownesken Einlagen des künstlerischen Leiters Reinhard Horstkotte wirkten mühelos. Doch dahinter steckt ein hohes Maß an Professionalität. Diese betrifft nicht nur das künstlerische Wirken, sondern auch das fachliche Hintergrundwissen, das die in Pflegeeinrichtungen tätigen Clowns haben.

Wie **Reinhard Horstkotte** ausführte, ist der ressourcenorientierte Blick charakteristisch für die Clownarbeit. Der künstlerische Leiter von ROTE NASEN legte dar, dass die Künstler die vorhandenen Ressourcen wahrnehmen und stärken, anstatt vermeintliche Defizite korrigieren zu wollen. So liegt der Schlüssel zu einem Dialog mit Demenzkranken in der Begegnung auf Augenhöhe. Wenn die Clowns kommen, entsteht eine optimistische Atmosphäre. Scheinbar teilnahmslose und entrückte Menschen können wieder Interesse an ihrer Umgebung erlangen und Lebensfreude empfinden. Clownbesuche dienen demzufolge der Prävention – der Grund, warum die Betriebskrankenkassen (BKKs) seit Ende 2017 ROTE NASEN Clownvisiten in Pflegeeinrichtungen unterstützen, so Reinhard Horstkotte. Die Wirksamkeit der Clownbesuche wurde von einem anwesenden Einrichtungsleiter einer Brandenburger Pflegeeinrichtung bestätigt.

Reinhard Horstkotte berichtete von einer bewegenden Begegnung: Herr Müller wohnt seit seiner Demenzerkrankung in einem Seniorenzentrum und ist seit über zwanzig Jahren Witwer. Das hat er allerdings vergessen. Täglich sucht er seine Frau: „Wo ist Erika? Wo ist meine Frau?“ Auch an dem Tag, an dem die ROTE NASEN Clowns kommen. Clown Robert weiß von Herrn Müllers Erkrankung und seiner Geschichte. Dennoch sucht er mit ihm nach Erika. Zusammen mit dem Witwer schaut er auf dem Flur nach, im Gemeinschaftsraum. Plötzlich horcht Clown Robert auf. Er kann Erika hören. Ganz nah tritt er an Herrn Müller heran und horcht in seinen Brustkorb. „Hier ist Erika! Hier in deinem Herzen.“ Herr Müller lächelt dankbar und erleichtert.

Für Demenzkranke sind die Clownvisiten ein „Rendezvous mit dem Leben“. So beschrieb es die Einwohnerin einer Pflegeeinrichtung. Doch auch Angehörige und Pflegekräfte profitieren von den Besuchen der Clowns. Maria Gundolf in-

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

formierte über die Weiterbildungsmaßnahme Humor in der Pflege, die ROTE NASEN anbietet. Humor verkürzt zwischenmenschliche Wege, wirkt gegen Stress und aktiviert die Kreativität. Die Integration von mehr Humor in den Pflegealltag kann laut Maria Gundolf weniger Stress und ein besseres Arbeitsklima bedeuten.

Mehr Informationen finden Sie unter www.rotenasen.de.

5.7.5 Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen mit Demenz und Migrationshintergrund: Erfahrungen aus der Praxis

Verantwortlich: Demenz Support Stuttgart gGmbH, Demenzservicezentrum (DSZ) für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, AWO Gelsenkirchen

Mitwirkende:

- **Gamze Keser**, Demenzservicezentrum für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte
- **Brigitte Stähle**, Projektmanagerin Demenz, Robert Bosch Stiftung

Moderation: Heinz Lübke, AWO Gelsenkirchen

In der Veranstaltung stellte sich das Demenzservicezentrum (DSZ) für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte mittels einer Powerpoint-Präsentation vor. Mit ihrer Erfahrung und ihren Handlungskonzept standen die Vertreterinnen und Vertreter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Rede und Antwort.

Im Publikum saßen vorwiegend Personen, die mit dem Thema der Pflege von Menschen mit Demenzerkrankung beruflich oder ehrenamtlich befasst sind. Demzufolge ging es bei den Fragen meist um die direkte praktische Umsetzung der Angebote des DSZ und um ihre Erfolge.

Dennoch oder gerade deshalb waren aber alle im Publikum sehr engagiert und haben sich rege an der Veranstaltung beteiligt.

5.7.6 Demenz und Migration

Verantwortlich: Demenz Support Stuttgart gGmbH

Mitwirkende:

- **Heinz Lübke**, Demenzservice-Zentrum für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte
- **Brigitte Stähle**, Projektmanagerin Demenz, Robert Bosch Stiftung

Moderation: Christina Kuhn, Sümeyra Öztürk,
Demenz Support Stuttgart gGmbH

Im Workshop waren unterschiedliche Themenfelder in Form eines Parcours aufgebaut, der einen interaktiven Austausch in Kleingruppen ermöglichte. Impulse und Ideen, die in den einzelnen Parcours-Etappen generiert werden, wurden dokumentiert. Auch das Projekt „DeMigranz“ stellte seine Ziele und Aufgaben an einer Etappe vor.

1. Hands on Demenz – Betroffen sein und unterstützen können

An der ersten Station waren die Teilnehmenden mit einer Aufgabe konfrontiert, die nur sehr schwer gelingen kann. Somit wurden sie in einen Zustand der Erfolglosigkeit versetzt. Die Übertragung zum Thema Demenz konnte hergestellt werden: Hier konnten die Teilnehmenden in „die Schuhe von Menschen mit Demenz“ schlüpfen und ihre Empfindungen und Erfahrungen zur Sprache bringen.

Um eine Gruppenübung ging es an der zweiten Station. Es wurden zwei Personen gebeten, vor den Kästen (nacheinander) Platz zu nehmen. Die anderen Teilnehmenden bekamen eine Übungsanleitung in die Hand, die ihre Rolle als Beobachterinnen und Beobachter von Verhalten und Emotionen beschreibt. Die Teilnehmenden an der Kiste waren mit einer Aufgabe konfrontiert, die nicht gelingt. Somit wird die Situation der Erfolglosigkeit „simuliert“. Die Beobachterinnen und Beobachter reflektieren das Gesehene und ihre Ideen, wie eine Unterstützung sein könnte, ohne die Person zu „entmündigen“.

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

2. Land-Wort-Karten

Bilder aus vielen Ländern wurden aufgehängt und die Besucherinnen und Besucher sollten die Wortkarten den Ländern zuordnen. Auf den Karten fanden sich Worte zur guten Gestaltung des sozialen Miteinanders (Danke, Guten Tag, Auf Wiedersehen...). Ziel des Ganzen war die Annäherung der Teilnehmenden an andere Kulturen.

3. Filmsequenz: „Fremde Sprache“

Hier waren die Kommunikationskompetenzen der Teilnehmenden gefragt: Gemeinsam wurde ein Film angeschaut, in dem ein Mann in einer fremden Sprache spricht. Ziel war es, die Teilnehmenden anzuregen, wie eine Kommunikation gelingen kann, auch wenn man die Sprache nicht spricht.

4. DeMigranz: Bundesweite Initiative Demenz und Migration

Projektvorstellung von DeMigranz und dem Demenzservice-Zentrum für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte



Foto: BAGSO/Kordestani

Die Land-Wort-Karten regten zu einem interaktiven Austausch unter den Teilnehmenden an.

5.7.7 Was kann ich tun, um nicht dement zu werden? Medikamente – Ernährung – Gedächtnis – Bewegung?

Verantwortlich: Forschungsgruppe Prävention & Demenz, Universität Erlangen-Nürnberg

Mitwirkende:

- **Barbara Oswald, Barbara Süß**, Forschungsgruppe Prävention & Demenz, Universität Erlangen-Nürnberg

Moderation: Prof. Dr. Wolf D. Oswald, Universität Erlangen-Nürnberg

Die Veranstaltung wurde teilweise interaktiv durchgeführt, d.h., die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durften vor jedem Block über eine Reihe von Fragen abstimmen, die dann im Folgenden erklärt wurden. Dieses Format wurde gerne angenommen und gelobt. Im Anschluss an die 60-minütige Veranstaltung nutzten die Teilnehmenden die Möglichkeit, da keine Folgeveranstaltung mehr stattfand, zu einer rund 30-minütigen lebhaften Fragerunde und Diskussion.

Die Veranstaltung begann mit einer kurzen Einführung zu folgenden Fragen:

- Wann spricht man von einer Demenz? Wenn z.B. Vergesslichkeit zu deutlichen Störungen im Alltag führt und diese seit mindestens sechs Monaten bestehen und andere organische Ursachen ausgeschlossen werden können. Eine Demenzdiagnose ist eine klinische Diagnose, keine ursächliche Diagnose.
- Welche Ursachen für Demenzen gibt es? Hier unterscheidet man „heilbare“, wie durch Arzneimittelvergiftungen oder zu wenig Flüssigkeitsaufnahme von „nicht heilbaren“. Die wichtigste und häufigste Ursache ist „Alzheimer“, benannt nach Alois Alzheimer (1864–1915).

Ist Prävention von Alzheimererkrankung möglich? Hier gingen die Meinungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer weit auseinander. Leider ist dies nur bedingt möglich, denn wahrscheinlich bekommt jeder Alzheimer, wenn er nur alt genug wird. Der Zeitpunkt liegt in der unterschiedlichen Progression

Kommune/
Quartiers-
entwicklungWohnen /
WohnumfeldEngagement /
TeilhabeBildung /
DigitalisierungGesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. SicherungVerbraucher-
themen

begründet und auf diese kann man Einfluss nehmen. Hierzu werden im Folgenden Risikofaktoren, Medikamente, Ernährung, Alltagsverhalten und Bewegung im Kopf und in den Beinen untersucht.

- Die größten Risikofaktoren weltweit sind mit 19,1 % ein geringer Bildungsgrad (zu wenig Bewegung im Kopf) und mit 21 % zu wenig körperliche Bewegung. Diabetes mellitus, Hypertonie (zwischen 35 und 64), ein BMI >30, Depression und Rauchen steigern das Risiko um weitere 10 %.
- Medikamente zur Prävention können zurzeit nicht empfohlen werden.
- Im Ernährungsbereich haben weder spezifische Diäten noch Vitamine einen Effekt, möglicherweise jedoch Galaktose, ein aus Milchzucker gewonnener Einfachzucker. Auch ein mäßiger Alkoholkonsum scheint schützend zu sein. Mäßig bedeutet einen „Drink“ pro Tag für Frauen und zwei „Drinks“ für Männer.
- Bezüglich Alltagsaktivitäten erscheint alles ein Schutz zu sein, was unser Gehirn fordert und keine Routine darstellt, z. B. anspruchsvolles Tanzen, anspruchsvolle Spiele, wie z. B. Schach, oder aktive Mitarbeit im Vorstand eines Vereins.
- Unstrittig schützend sind auch regelmäßige spezifische Übungen zur Förderung der Aufmerksamkeit, des dynamischen Arbeitsgedächtnisses sowie des episodischen Gedächtnisses (Tagebuch). Hierzu wurde eine Reihe von Basis-Übungen mit den Teilnehmenden durchgeführt, die auch in der Veröffentlichung von Wolf D. Oswald, „Aktiv gegen Demenz“ zu finden sind sowie unter www.wdoswald.de.

Zur wichtigen Bedeutung regelmäßiger Bewegung zur Alzheimer-Prävention soll auch der Merksatz helfen:

„Führe täglich dreimal Deinen Hund aus – auch wenn Du keinen hast!“

5.7.8 Demenz und Zahnmedizin

Verantwortlich: Deutsche Gesellschaft für AlterszahnMedizin (DGAZ)

Mitwirkende:

- **Dr. Ilse Weinfurtnner**, Landesbeauftragte Westfalen-Lippe der DGAZ

Eine kleine Gruppe beschäftigte sich mit diesem Thema. Die Feststellung war, dass die Mundgesundheit gerade bei älteren und an Demenz erkrankten Patientinnen und Patienten leider noch als Stiefkind angesehen wird und die Bedeutung für die Allgemeingesundheit vielen Menschen, die pflegend tätig sind, nicht bewusst ist. Hinzu kommt die generelle Zeitnot in der Pflege; gerade bei Menschen mit Demenz ist es ein No-Go, keinen Blick in den Mund der Patientinnen und Patienten zu werfen.

Allgemeiner Konsens: Das muss sich dringend ändern!

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

5.8. ARBEITSWELT UND SOZIALE SICHERUNG

5.8.1 Vom Jugendwahn zur Diktatur der Alten?

Verantwortlich: **dbb bundesseniorenvertretung**

Mitwirkende:

- **Wolfgang Speck**, Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung
- **Christoph Strehle**, stellvertretender Vorsitzender der dbb jugend

Moderation: **Margaret Heckel**, Journalistin

Der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, **Wolfgang Speck**, betonte in seiner Begrüßung, nicht nur die Jugend habe sich verändert, sondern die ältere Generation ebenfalls. Beide müssten sich aufeinander einstellen. Zumindest im dbb seien sich Jugend und Senioren einig, dass sie nur zusammen stark seien.

In ihrem Vortrag stellte die Journalistin **Margaret Heckel** zunächst einige Fakten zur Lebenssituation und zum Lebensgefühl der heute über 65-Jährigen dar. Ihre Feststellung, dass die Älteren meist glücklicher sind als je in ihrem Leben zuvor, traf auf Zustimmung des Publikums. Heckel führte dies u. a. darauf zurück, dass ältere Menschen dank ihrer Erfahrungen häufig gelassener reagieren. Trotz einer höheren Wahlbeteiligung der älteren Generation und einer deutlichen Zunahme der Altersgruppe über 60 bei den Wahlberechtigten sehe sie nicht die Gefahr einer „Diktatur der Alten“. Der Arbeitsmarkt beispielsweise entwickle sich zugunsten der Jungen. Arbeitslosigkeit werde es in fünf bis zehn Jahren nicht mehr geben. Die demografische Entwicklung erfordere nach Auffassung der Referentin ein Umdenken hinsichtlich der Dreiteilung der Lebenszeit in Lern-, Arbeits- und Rentenzeit. Sie favorisiere ein Modell verschiedener Lebensphasen, die wiederum diese drei Aspekte des Lernens, Arbeitens und der Übernahme z. B. von Familienaufgaben beinhalten.

In der anschließenden Diskussion begrüßte der stellvertretende Vorsitzende der dbb jugend, **Christoph Strehle**, diesen neuen Denkansatz. Seines Erachtens

kann flexibles Arbeiten durchaus eine Antwort auf die Folgen des demografischen Wandels sein. Der Vorsitzende der dbb Senioren forderte die Berücksichtigung des dargestellten Forschungsergebnisses, dass im Alter die Fähigkeit zu lernen nicht abnehme, sondern sich lediglich verändere. So könnten Menschen mittleren Alters mitunter besser auf ältere eingehen und beispielsweise Computeranwendungen erfolgreicher vermitteln. Dies bedeute jedoch nicht, dass Seniorinnen und Senioren nicht von der Unterstützung junger Menschen profitieren können. Speck und Strehle machten deutlich, wie wichtig regelmäßige Kontakte zwischen den Generationen für ein gutes Verständnis untereinander seien.

Das Publikum beteiligte sich rege an der Diskussion und stellte damit unter Beweis, dass es sich, wie von Margaret Heckel als wesentliche Voraussetzung für erfolgreiches Lernen in höherem Alter bezeichnet, die Fähigkeit, sich auf Neues einzulassen und damit umzugehen, erhalten hat.

Diskutanten und Publikum waren sich einig, dass die Herausforderungen der demografischen Entwicklung nur gemeinsam bewältigt werden können.

5.8.2 Wissens- und Bildungstransfer zwischen Berufsleben und Rente

Verantwortlich: komba gewerkschaft und Deutscher Akademikerinnenbund e.V. (DAB)

Mitwirkende:

- **Dipl.-Verw.Wirt. Gerhard Ballewski**, Seniorenbeauftragter der komba brandenburg
- **Dipl.-Ing. Maren Heinzerling**, Deutscher Akademikerinnenbund e.V.

Künftige Ruheständler sollten rechtzeitig *auf die Zeit nach dem Berufsleben* vorbereitet werden

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

Erkenntnisse aus Wirtschaft, öffentlichem Dienst und maßgeblichen Studien belegen, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Ende der offiziellen Berufstätigkeit weiterarbeiten bzw. ihr erworbenes Wissen weitergeben möchten, ohne jedoch neuem Druck ausgesetzt zu sein. Es wird daher empfohlen, nicht mit 55plus/60plus in den Ruhestand „abzutauchen“, sondern sich rechtzeitig eine gute „Überbrückung“ und entsprechende Partner zu suchen. Dienstherren und Arbeitgeber sollten bei der Vorbereitung auf einen aktiven Ruhestand mithelfen. Es liegt in ihrem Interesse, dafür passende Formate zu finden.

Der weitere Verbleib qualifizierter älterer Mitarbeiter könnte durch eine flexible Arbeitszeitgestaltung, durch Arbeitsteilung mit jüngeren Kolleginnen und Kollegen und durch die Zuteilung anderer Aufgaben ermöglicht werden. Zudem gilt es, in dieser Zeit persönliches Expertenwissen rechtzeitig zu sichern. Hierzu gibt es nachahmenswerte Beispiele aus Großfirmen und öffentlichen Betrieben.

Ruheständler können in besonderen Anschluss-Beschäftigungsformen in ihrem Fachgebiet tätig werden, soweit der Arbeitgeber Bedarf an der Kompetenz hat (gilt auch im öffentlichen Bereich, etwa für Quereinsteiger bei Lehrerbefähigung), und bei Aufgaben infolge von temporär auftretenden Engpässen und Notlagen. In den Vorträgen wurden Grundlagen und Bedingungen möglicher Personal- und Einsatzplanung angesprochen. Staat, Land, Kommunen, Wirtschaft und Gesellschaft sollten neue Formen des Übergangs aktiv fördern.

Vorangestellt wurde den Beispielen jedoch die Sicht auf die unterschiedlichen positiven Aspekte für die Gesellschaft, für die Arbeitgeber, aber vor allem für die Betroffenen selbst, sowie die positive Wirkung auf den Arbeitsmarkt und die Nachwuchsqualifikation – etwa durch Weitergabe spezieller Kompetenzen und von Erfahrungswissen. Angesichts der Verringerung der Anzahl qualifizierter Beschäftigter im Zuge von Digitalisierung und demografischem Wandel kommt dieser Frage eine besondere Bedeutung zu. Ein politischer und gesellschaftlicher Wandel zugunsten flexibler Berufsende-Modelle wird für geboten gehalten. Darauf sollten Verbände, Gewerkschaften und Arbeitgeber zunehmend achten.

Aber auch für das frühzeitige Wecken von Interesse an ehrenamtlicher Tätigkeit wurden Vorschläge genannt. Die meisten Menschen, die heute in den Ruhestand gehen, sind fit und haben noch eine Lebenserwartung von ca. 25 Jahren vor sich – eine lange Zeit, die sinnvoll für ehrenamtliche Betätigungen in zahlreichen Bereichen genutzt werden kann. Doch unsere künftigen Rentnerinnen und Rentner müssen rechtzeitig für ehrenamtliche Aufgaben sensibilisiert werden; es muss ihnen die Möglichkeit gegeben werden, sich auf eine sie interessierende Aufgabe vorzubereiten. Arbeitgeber können dabei durch Informationen, Präsentationen, Recherchen, frühzeitige Delegation ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Verbände und Gremien helfen. Verbände, die Ehrenamtliche suchen, müssen Kontakt zu den örtlichen Arbeitgebern aufnehmen. Das Problem wird sein, Arbeitgeber für diese zusätzliche Aufgabe zu gewinnen. Bisher haben sie keine Fürsorgeverpflichtung für das ausscheidende Personal gesehen. Die sich daraus ergebenden Vorteile für die Firma sollten herausgestellt werden: Die Fürsorge hebt das Image, fördert das Betriebsklima, hilft bei der Mitarbeitersuche und gewährt den Firmen die Möglichkeit, bei Bedarf kurzfristig auf ein bewährtes Arbeitspotenzial zurückzugreifen. Zum Thema Ruhestandsgestaltung gibt es bereits viele Erhebungen, die für die Sensibilisierung der Beteiligten genutzt werden können.

5.8.3 Länger arbeiten (müssen) – Herausforderungen und Chancen unter besonderer Berücksichtigung des professionellen Altenpflegesektors

Verantwortlich: Forschungsgesellschaft für Gerontologie e. V.

Mitwirkende:

- **Dr. Moritz Heß**, Forschungsgesellschaft für Gerontologie e. V.
- **Prof. Dr. Gerhard Naegele**, Forschungsgesellschaft für Gerontologie e. V.
- **Maria Tschaut**, ver.di-Landesbezirk NRW
- **Helmut Wallrafen**, Sozial-Holding der Stadt Mönchengladbach GmbH

Moderation: Prof. Dr. Gerhard Naegele, Forschungsgesellschaft für Gerontologie e. V.

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

Hintergrund der Veranstaltung ist die demografische Alterung, die zu einem steigenden Bedarf an Altenpflegedienstleistungen und zu einem höheren Anteil Älterer im Arbeitsmarkt führen wird. Diese beiden Entwicklungen treffen im Altenpflegesektor zusammen, der an Bedeutung gewinnen wird, und gleichzeitig werden in ihm immer mehr ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten. Weiterhin ist der Altenpflegesektor auch von den Renten- und Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre betroffen, die auf eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit und einen späteren Renteneintritt abzielen. Die Beschäftigungs- und Verrentungsstrukturen sind zunehmend durch soziale Ungleichheiten gekennzeichnet, wie auch neue Forschungsergebnisse der Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V. belegen.

Prof. Dr. Gerhard Naegele präsentierte in seinem Impulsreferat die aktuellen Entwicklungen auf der Grundlage des internationalen Projektes „EXTEND – Social inequalities in extending working lives of an ageing workforce“. Er wies auf den Fachkräftemangel hin, erwähnte gleichzeitig die Schwierigkeiten, in diesem Sektor bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter zu arbeiten, und warnte vor möglichen Ungleichheiten im Rentenübergang zwischen den Sektoren.

In der anschließenden Diskussion kommentierten **Maria Tschaut** von ver.di aus gewerkschaftlicher Perspektive, **Hellmut Wallrafen** aus dem Blickwinkel eines Arbeitgebers und **Dr. Moritz Heß** aus Sicht der Wissenschaft diese Probleme. Moderiert wurde die Diskussion von Prof. Dr. Gerhard Naegele. Einig waren sich die vier Diskutierenden, dass das Thema Altenpflegedienstleistungen höher auf der gesellschaftlichen Agenda stehen sollte und dass Arbeitgeber mehr in altenfreundliche und lebenslauforientierte Personalmaßnahmen investieren sollten. Auch die Frage, wie eine höhere gewerkschaftliche Organisation erreicht werden kann, wurde debattiert.

Zum Abschluss wurden mehrere Fragen aus dem Publikum gestellt und diskutiert.

5.8.4 Mehr Soziales wagen! Die Sozialwirtschaft als Zukunftsbranche in Zeiten demografischen Umbruchs

Verantwortlich: ddn – Das Demographie Netzwerk e. V.

Mitwirkender:

- **Prof. Dr. Berthold Dietz**, Sprecher des ddn-Arbeitskreises Sozialwirtschaft, Evangelische Hochschule Freiburg

Prof. Dr. Berthold Dietz fokussierte Argumente, warum eine Sozialwirtschaft in einer alternden Gesellschaft unverzichtbar – in einer vergleichenden Terminologie – „systemrelevant“ ist. Gerade vor dem Hintergrund demografischer Herausforderungen stellen sich nicht nur enorme Aufgaben, sondern es bieten sich auch Chancen für einen Umbau von einer Industriegesellschaft hin zu einer Humandienstleistungsgesellschaft. Ein solches Plädoyer für eine systemunverzichtbare Betrachtung der Sozialwirtschaft ist zugleich ein Plädoyer für eine professionelle Entwicklung des Sozialen, die nicht die Kontrolle und Wirtschaftlichkeit in den Mittelpunkt rückt, sondern den Menschen.

In einer Phase tiefgreifender technologischer Veränderungen stellen sich aber Fragen. Digitalisierung ist hierbei in aller Munde. Künstliche Intelligenz zum Beispiel kann heute und morgen schon alles, was wir können. Sie wird elementar in unseren Alltag eindringen. Prof. Dr. Berthold Dietz sieht hier wie viele andere auch die langsame Entwicklung vom Hausreiniger über den Hausmeister zum Hauslehrer.

In einer volkswirtschaftlichen Betrachtung sind Humandienstleistungen, allen voran die Sozialwirtschaft, der Bereich neben der industriellen Güterproduktion und der Finanzdienstleistung, der bei hoher Beschäftigung nur eine sehr geringe Wertschöpfung ausmacht.

Automatisierung und Digitalisierung räumen mit dieser Unwucht teilweise auf. Die Quote der Ersetzbarkeit menschlicher Arbeitskraft ist in den industriellen Fertigungsberufen am höchsten und in den sozialen und kulturellen Humandienstleistungen am geringsten.

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

Die Digitalisierungsdebatte zeigt uns den Unterschied zwischen schöpferischer und nichtschöpferischer Arbeit neu auf. Automatisierung verringert nichtschöpferische Arbeit. Neue schöpferische Arbeitsplätze entstehen, die aber in Zahl und Gemeinschaftssinnstiftung die verloren gegangenen nicht kompensieren können. Diese Lücke müssen wir sozialwirtschaftlich ausgleichen.

Anders als in Handel und Produktion sind die Stellen in der Sozialwirtschaft an gesetzliche Regelungen und öffentliche Investitionen gebunden. Und hier offenbart sich das Problem: Wie kommen wir von einem industriellen Sozialstaat zu einem Sozialstaat der Humandienstleistungen?

Unser gesellschaftlicher Wohlstand ist ein industrieller. Damit ist auch die Basis unseres Sozialstaates industriell. Kennzeichen des industriellen Sozialstaats sind Dienstleistungssäulen. Gesundheit, Unfall, Rente/Reha, Arbeit, Pflege: Produkte der Sozialversicherungen ausgehend aus der Frühphase der Industrialisierung. Wir brauchen aber in einer Zeit sozialraumnahe Zentren der Hilfekoordination statt Dienstleistungssäulen, die sich wie geschlossene Dienstleistungsindustrien verhalten – und finanzieren (lassen).

Die Individualisierung von Leistungsansprüchen wie die der Finanzierungsgrundlagen und Angebotszugängen lassen die Angebote immer unübersichtlicher und die Entscheidungs- und Fehlbeanspruchungskosten immer größer werden.

Damit ist die Abkehr von den industriellen Logiken in unserer Gesellschaft gemeint: Erwerbszentrismus, Lohnabhängigkeit und Wachstumsfixierung. Eine sozialwirtschaftlich dominierte Gesellschaft ist qualifikationsgesteuert, investiert in Menschen und nicht in Anlagen und Güter und agiert kapitalmarktunabhängiger.

Es ist an der Zeit, dass wir Sozialwirtschaft (als einstige Erfüllungsgehilfin der industriellen Wohlstandsgesellschaft) als Motor einer postindustriellen Gemeinschaft verstehen.

5.8.5 Armut und Reichtum – Auswirkungen auf das Alter

Verantwortlich: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW),
Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU)

Mitwirkende:

- **Gesa Bruno-Latocha**, Referentin im Arbeitsbereich Tarif- und Beamtenpolitik beim GEW Hauptvorstand
- **Ulrike Laux**, Mitglied des IG BAU Bundesvorstandes
- **Prof. Dr. Gerhard Naegele**, Direktor a. D. des Gerontologischen Instituts der TU Dortmund

Moderation: **Jutta Staack**, Vorsitzende im Team des Bundesseniorenausschusses in der GEW

Prof. Dr. Gerhard Naegele zeigte Fakten und Perspektiven zum Thema auf der Grundlage des 5. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung und anderer Quellen auf und beleuchtete die Konsequenzen für die Menschen in Armut, besonders die der Frauen. Nach der Podiumsdiskussion beteiligte sich das Publikum rege an der Diskussion. Hier sind die wichtigsten Themen zusammengefasst:

Gesa Bruno-Latocha wies auf ein Problem des Rentensystems hin, dies seien „Lücken“ in der Erwerbsbiografie, wie fehlende Absicherung bei (prekärer) Selbstständigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit. Zeiten der Schul- und Hochschulbildung wurden früher rentenerhöhend anerkannt. Das wurde 2004 abgeschafft. Auch unter den Bezieherinnen und Beziehern von Grundsicherung sind viele Hochschulabsolventen. Die GEW fordert, dass jedem wieder bis zu sechs Jahre Bildungszeiten anerkannt werden.

Die Gewerkschaften sehen auch in der Förderung von Betriebsrenten – einschließlich der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst – einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Altersarmut.

Einerseits muss Altersarmut durch sozial abgesicherte Arbeit und gute rentenrechtliche Regelungen verhindert werden. Andererseits muss es Instrumente

Kommune /
Quartiers-
entwicklungWohnen /
WohnumfeldEngagement /
TeilhabeBildung /
DigitalisierungGesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. SicherungVerbraucher-
themen



Foto: BAGSO/Dechent

Das Thema „Armut und Reichtum“ stieß auf große Resonanz bei den Besucherinnen und Besuchern.

geben, die quasi als „Reparaturbetrieb“ diejenigen Menschen auffangen, die in der Vergangenheit nicht ausreichend eigene Ansprüche erworben haben. Hierbei muss die Menschenwürde gewahrt werden, ohne dass für die Zukunft falsche Anreize gesetzt werden. Die Grundsicherung im Alter ist ursprünglich mit dem Ziel eingeführt worden, verdeckte Altersarmut zu bekämpfen, die aus der Scham heraus entstand, zum Sozialamt zu gehen, um den Unterhaltsrückgriff auf Kinder und andere Angehörige zu vermeiden. Letzteres ist zwar mit der Grundsicherung besser geworden, aber der Gang zum Sozialamt wird immer noch als entwürdigend empfunden.

Ulrike Laux erläuterte, dass in Deutschland die Erwerbsarbeit und das damit erzielte Einkommen die entscheidende Basis für spätere Rentenansprüche sind. Dieses System ist viel zu kurz gefasst. Viele Menschen haben Unterbrechungen in verschiedenen Lebensphasen, sei es durch Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen. Viele Arbeitsplätze stehen nur in Teilzeit zur Verfügung oder sie liegen im Niedriglohnsektor, vor allem in den Branchen der Dienstleistung. Hier sind besonders Frauen betroffen. Zum Beispiel sind in der Gebäudereinigung viele ihr Leben lang von Armut bedroht. Die Tariflöhne müssen deutlich

erhöht werden. Arbeitgeber müssen umdenken und in Tarifverhandlungen dazu beitragen, die Einkommen zu erhöhen.

Die Ansprüche der Unternehmen an qualifizierte Beschäftigte sind gestiegen. Das führt dazu, dass immer mehr junge Menschen lange Ausbildungs- und Studienzeiten haben. Anschließend stehen sie häufig in befristeten Arbeitsverhältnissen, das wirkt sich insgesamt negativ auf ihre späteren Rentenansprüche aus. Besonders die in vielen Gebieten stark steigenden Mieten belasten sehr. Die bisherigen Maßnahmen zur Mietpreislösung greifen nicht.

Neben Erwerbsarbeit müssen sich Sorgearbeit und Bildung gleichwertig auf die späteren Rentenansprüche auswirken. Wir müssen eine Diskussion über ein bedingungsloses, sozial gerechtes Grundeinkommen führen, das ergänzend im bestehenden Sozialversicherungssystem integriert wird und damit Sicherheit in allen Lebensphasen gewährleistet.

Wir brauchen den sozialen Dialog zu diesen Themen und die Vernetzung der Menschen, die Armut im Alter nicht länger hinnehmen.

5.8.6 Mehr Rente – Mehr Zukunft. Gemeinsam für eine solidarische Alterssicherung.

Verantwortlich: IG Metall

Mitwirkende:

- **Dr. Hans-Jürgen Urban**, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall
- **Detlef Kohlmann**, Vorsitzender des AGA (Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit) – Ausschuss der IG Metall, Geschäftsstelle Dortmund
- **Anna-Lena Priebe**, Vertrauensfrau, Salzgitter Mannesmann Grobblech GmbH, Mülheim an der Ruhr
- **Jan Rosen**, Betriebsratsvorsitzender, Isselguss GmbH, Isselburg

Moderation: Christoph Tiegel, Journalist und Fernsehmoderator

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

Das Rentenniveau sinkt seit Jahren, gleichzeitig prägen Vorschläge zu immer höheren Regelaltersgrenzen und Beitragssatzsenkungen die Debatte – vornehmlich um die Jüngeren zu entlasten. Gerade die werden jedoch durch das sinkende Rentenniveau in Zukunft besonders belastet sein. Eine private Vorsorge bietet kaum Sicherheit und ist für viele Jüngere, die sich auf zunehmend prekärer werdenden Arbeitsmärkten wiederfinden, ohnehin keine Option. Für **Hans-Jürgen Urban**, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, stand zu Beginn der Veranstaltung deshalb fest, dass sich niemand mehr vor dieser Debatte drücken könne. Wichtig seien vor allem ein Fokus auf Verteilungsgerechtigkeit sowie ein offener Dialog mit der Jugend, denn Rentenpolitik sei keine Seniorenpolitik, sondern Generationenpolitik.

Dieser Dialog funktionierte beim anschließenden Podiumsgespräch gut. Hier diskutierte Hans-Jürgen Urban zusammen mit Detlef Kohlmann, einem aktiven Rentner aus der außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit der IG Metall, Geschäftsstelle Dortmund, sowie mit Anna-Lena Priebe und Jan Rosen, zwei jungen gewerkschaftlichen Aktiven. Von einem Generationenkonflikt war hier nichts zu spüren, im Gegenteil: **Detlef Kohlmann** machte deutlich, dass die Politik wieder die Ausgestaltung des Erwerbslebens in den Blick nehmen müsse, um jungen Leuten eine Perspektive zu geben. Dem stimmte auch Anna-Lena Priebe zu, die bemerkte, dass Verlustängste durch zunehmende Befristungen und Stellenabbau bei vielen jüngeren Kolleginnen und Kollegen, präsent seien. Auch Jan Rosen, der selbst als Leiharbeiter beschäftigt war, schilderte, wie wichtig ein gutes Beschäftigungsverhältnis sei.

Einigkeit in der Runde bestand auch darüber, was die Phase nach dem Erwerbsleben angehe. **Anna-Lena Priebe** und **Jan Rosen** führten aus, dass ein Generationenkonflikt im Betrieb nicht spürbar sei. Vielmehr sei das betriebliche Klima zwischen Jung und Alt von einer solidarischen Wertschätzung geprägt. Beide betonten, dass der Ruhestand den älteren Kolleginnen und Kollegen gegönnt werde und gleichzeitig die älteren Kollegen mit ihrem langjährigen Erfahrungswissen eine wichtige Stütze für die Jungen im Betrieb seien. Für Verbesserungen inner- und außerhalb des Betriebes wollen sie sich weiterhin einsetzen. Dies umfasse zum einen die Stärkung der Tarifbindung,



Foto: BAGSO/Wehmeier

Von einem Konflikt zwischen den Generationen war beim Gespräch nichts zu spüren.
v.l. Dr. Hans-Jürgen Urban, Anna-Lena Priebe, Detlef Kohlmann und Jan Rosen.

um gute Arbeit für jüngere und ältere Beschäftigte zu sichern, zum anderen dringende Reformen in der Rentenpolitik wie einen deutlichen Anstieg des Rentenniveaus und die Verbesserungen in der Erwerbsminderungsrente sowie für vormals Hartz-IV-Beziehende.

Hans-Jürgen Urban machte nochmals klar, dass die IG Metall sich nicht mit der bisherigen Rentenpolitik zufrieden gebe und weiter für Verbesserungen kämpfen werde: „Gute Renten sind bezahlbar wenn alle in der Gesellschaft, vor allem die Arbeitgeber, sich an der Finanzierung fair beteiligen.“ Auf die Unterstützung junger und alter Aktive kann er hierbei zählen.

Kommune /
Quartiers-
entwicklungWohnen /
WohnumfeldEngagement /
TeilhabeBildung /
DigitalisierungGesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. SicherungVerbraucher-
themen

5.8.7 Wir können uns eine gute Rente leisten

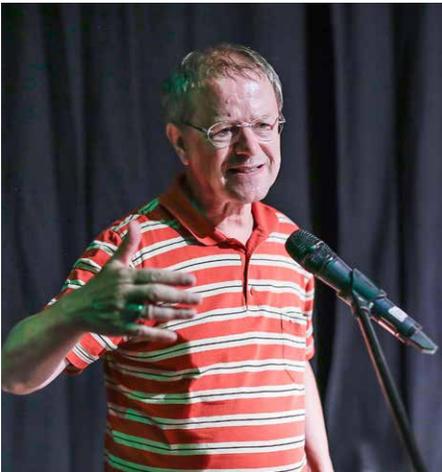
Verantwortlich: Senioren der Partei DIE LINKE Bundesarbeitsgemeinschaft

Mitwirkende:

- **Matthias W. Birkwald**, Parlamentarischer Geschäftsführer und rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE
- **Em. Prof. Dr. Christoph Butterwege**, Politikwissenschaftler und Armutsforscher

Moderation: Ursula Monsees, Sprecherin der BAG Senioren der Partei DIE LINKE

Prof. Dr. Christoph Butterwege legte eingangs dar, dass Rentnerinnen und Rentner zu den Hauptbetroffenen der „Reformen“ der Agenda 2010 der SPD/Grünen-Regierung gehören. Mit der Einführung der sogenannten Riesterrente wurde das für einen Sozialstaat grundlegende Prinzip der Lebensstandardsicherung in der Rentenversicherung aufgegeben. Er erläuterte die Faktoren, die zur Senkung des Rentenniveaus beitragen. Das Ergebnis war die schrittweise Anhebung der Regelaltersgrenze von 65 auf 67 Jahre und dadurch höhere Abschläge bei den Altersrenten. Altersarmut nimmt zwar andere Formen als in



Armutsforscher Prof. Dr. Christoph Butterwege



Matthias W. Birkwald, Parlamentarischer Geschäftsführer der Partei DIE LINKE

Foto: BAGSO/Dechent

der Nachkriegszeit an, ist aber nicht weniger demoralisierend für die davon Betroffenen, denen ihre Würde genommen und ein gerechter Lohn für ihre Lebensleistung vorenthalten wird. Um die Armut von „Bestandsrentnerinnen und -rentnern“ zu vermindern und das Entstehen weiterer Altersarmut zu verhindern, wurde ein ganzes Maßnahmenbündel diskutiert: z. B. die Erhöhung der Grundsicherung im Alter, die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns, die Einführung einer solidarischen Bürger- bzw. Erwerbstätigenversicherung.

Matthias W. Birkwald äußerte sich zu den aktuellen Debatten und den Alternativen. Ein Rentenniveau von 48 %, wie es SPD und Grüne vorschlugen, sei keine Haltelinie. Es schreibe nur jede einzelne Rentenkürzung der letzten 15 Jahre für die Zukunft fest. Denn 48 % bedeuten, dass man schon heute mehr als 2.000 Euro im Monat brutto verdienen müsse, um nach 45 Jahren Arbeit nicht den Gang zum Sozialamt antreten zu müssen. Deshalb bleibe DIE LINKE dabei: Nur ein Rentenniveau von mindestens 53 % sichere den Lebensstandard im Alter. Eine Standardrentnerin oder ein Eckrentner hätten heute 123 Euro mehr Rente im Monat und 2030 wären es dann 313 Euro mehr! Das wäre im Land mit dem viertgrößten Bruttoinlandsprodukt auch finanzierbar. Außerdem fordere DIE LINKE seit Jahren, die gesetzliche Rente gerecht zu finanzieren: alle Menschen mit Erwerbseinkommen in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen; die Beitragsbemessungsgrenze schrittweise anzuheben bzw. aufzuheben und die sich daraus ergebenden besonders hohen Rentenansprüche (über 2.740 €) abzuflachen. Dann würden stärkere Schultern mehr tragen als schwache. Wir können uns eine gute Rente leisten, so das Fazit der Diskussion.

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

5.8.8 Soziale Gerechtigkeit und Steuern

Verantwortlich: **Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus**

Mitwirkender:

- **Lothar Binding**, MdB, Vorsitzender der AG SPD 60 plus

Lothar Binding nahm das Auditorium zunächst auf eine kurze Reise in die Geschichte mit. Schon Platon dachte über Gerechtigkeit als innere Einstellung, als eine „Kardinaltugend“ nach. Aristoteles, und später auch Thomas von Aquin dachten Gerechtigkeit nicht nur als Charaktertugend, sondern stets auch in Bezug auf andere, in Bezug auf „Intersubjektivität“. Hier sei der gesellschaftspolitische Anknüpfungspunkt für die SPD, über Gerechtigkeit und ihr Verhältnis zu Ungerechtigkeit nachzudenken.

Wir leben in Deutschland in einem wunderbaren Land, in dem es im Durchschnitt allen gut gehe. Im Durchschnitt liege das Einkommen in Deutschland bei etwa 30.000 Euro im Jahr. Die Frage, wer der größte Lügner im Land sei, fand schnell eine Antwort: der Durchschnitt. Denn er verschweige die Armut und verstecke den Reichtum. Viele Rentnerinnen oder Rentner müssen mit etwa 10.000 Euro im Jahr auskommen, andere bekommen 50.000 Euro – am Tag. Manchmal verkrieche sich die Armut, um die Würde zu retten, und dort, wo sie offen auf uns zukomme, machen viele einen Bogen. Jenen in der Mitte gehe es ganz gut, aber sie seien mit Blick auf die Zukunft nicht ohne Sorge. Deshalb sei es so wichtig, politisch nicht nur „auf Sicht zu fahren“, sondern langfristig geplante Schritte in Richtung einer guten Zukunft für alle zu gehen.

Für alle, die sich der Gerechtigkeit verschrieben haben, sei das eine riesige Aufgabe. Ein „Werkzeug“ zur Lösung dieser Aufgabe sei die Organisation von Teilhabe. Es gehe auf der einen Seite darum, dass alle von allem ihren gerechten Teil haben – an Bildung, Arbeit, Gesundheit (Krankenversorgung), Rente, Kultur, Sicherheit, Freizeit, aber auch an Demokratie und Zugang zu öffentlichen Gütern. Andererseits beteiligen sich alle Bürgerinnen und Bürger nach Können und Vermögen an der Lösung und Finanzierung der öffentlichen

Aufgaben. Einige haben schon viel geleistet, wenn sie ihre Arbeit und ihre Ideen gegeben haben, andere können darüber hinaus auch noch Geld geben.

Steuerpolitik sei daher auch Gesellschaftspolitik. Eine gute Finanzpolitik lege den Grundstein für Gerechtigkeit, für gerechte Teilhabe und ein gutes Miteinander. Die SPD arbeite für ein gerechtes Steuersystem. Dies bedeute eine Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit: Starke Schultern müssten mehr tragen als schwache. Bei Gering- und Mittelverdienern bestehe durchaus Entlastungsbedarf – aber wer wirklich wenig verdiene, könne durch niedrige Steuern nicht entlastet werden, denn er bezahle keine Steuern. Deshalb sei es hier besser, an eine Entlastung bei den Sozialabgaben oder auch eine Abschaffung von Gebühren, zum Beispiel Kindergartengebühren oder für Bildungsangebote, zu denken. Gleichzeitig sollten Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen durch eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, der aber erst ab einem deutlich höheren Einkommen erhoben wird, ein größerer Finanzierungsbeitrag für das Gemeinwesen abverlangt werden.

Nicht nur Steuern haben mit dem Thema Gerechtigkeit zu tun, auch die Vermögensverteilung in unserem Land spiele eine große Rolle. In der abschließenden Diskussion über die Vor- und Nachteile von Vermögen- und Erbschaftsteuer war man sich einig, dass es wenigstens eine ordentliche Steuer auf Vermögen geben sollte.

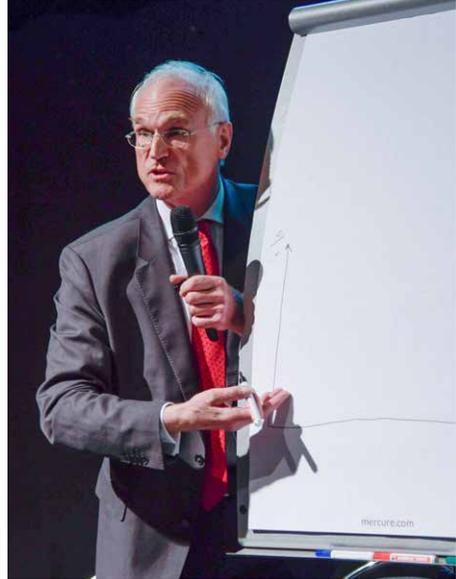


Foto: BAGSO/Barajas

Lothar Binding erläuterte anschaulich das Thema Steuerpolitik.

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

5.9 VERBRAUCHERTHEMEN

5.9.1 BAGSO-Wirtschaftsdialog: Mobilität der Zukunft. Vernetzt – sicher – attraktiv für alle

Verantwortlich: BAGSO Service Gesellschaft mbH

Moderation: Clemens Lücke, Journalist

„Die eigene Mobilität ist ein Grundbedürfnis und eine Frage der Lebensqualität. Je länger wir mobil sind, desto besser können wir in Kontakt bleiben, etwas für unsere Gesundheit tun und uns einmischen.“ so leitete **Franz Müntefering** als Vorsitzender der BAGSO die Veranstaltung ein.

Dr. Wolfgang Kubink von der Deutschen Telekom AG betonte, dass die Digitalisierung als Chance für ein möglichst langes selbstbestimmtes Leben zu sehen sei. Sie stelle Mobilität im umfassenden Sinne des Wortes sicher, ermögliche sie gegebenenfalls wieder. Dieser „Chancendialog“ sei wichtig und es gebe schon heute viele konkrete Beispiele aus dem Bereich der Telekommunikation, die uns das Leben erleichtern. Gerade für ältere Menschen liege in der vernetzten Mobilität ein großes Potenzial, indem Mobilität durch Digitalisierung erleichtert, wo nötig ersetzt werde und neue Formen der Mobilität ermöglicht werde. Zentrales Element könnten dabei „Smart Citys & Regionen“ werden, die Orientierung und sichere Mobilität erleichtern sollen. Wichtig sei es, einen umfassenden Dialog zu führen, um Ängste abzubauen und gemeinsam die enormen Potenziale der Digitalisierung zu erschließen.

„Immer mehr Seniorinnen und Senioren sind heute bis ins hohe Alter (auto) mobil. Dabei können durch defensive Fahrweise und Kompensationsmaßnahmen nachlassende körperliche Fähigkeiten ausgeglichen werden“, erläuterte **Dirk Krüger** vom ADAC Westfalen e.V. Inzwischen könne auch moderne Fahrzeugtechnik den Fahrer in vielen Situationen unterstützen, nicht nur in Notsituationen, sondern auch im „Normalbetrieb“, z.B. mit Abstandsreglern, LED-Scheinwerfern oder auch Rückfahrkameras. Immer neue Entwicklungen



Foto: BAGSO/Deck

Die beteiligten Referentinnen und Referenten des BAGSO-Wirtschaftsdialogs.

fürten dazu, dass die Autofahrer der Vielzahl an Systemen bisweilen ratlos oder skeptisch gegenüberstehen. Wichtig für die Akzeptanz bei den Nutzerinnen und Nutzern seien aber gerade Verständlichkeit, Zuverlässigkeit und Bedienbarkeit. Deshalb unterstütze der ADAC die Autofahrer, indem er aktuelle Entwicklungen begleitet, die neue Technik objektiv teste und darüber informiere, welche Systeme wirklich hilfreich und welche eventuell verzichtbar seien.

Auch unabhängig von der Fahrzeugtechnik bietet der ADAC den Autofahrern Möglichkeiten zur Steigerung ihrer persönlichen Verkehrssicherheit. So können bei einem FahrFitnessCheck die Fahreignung überprüft und ggf. mit einem Fahrsicherheitstraining die eigenen Fähigkeiten verbessert werden, damit man auch in fortgeschrittenem Alter sicher auf der Straße unterwegs sein kann.

Um bei der aktuellen Geschwindigkeit an technologischen Entwicklungen allen Kundengruppen gerecht zu werden, ist es entscheidend für **Alexandra**

Kommune/
Quartiers-
entwicklungWohnen /
WohnumfeldEngagement /
TeilhabeBildung /
DigitalisierungGesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. SicherungVerbraucher-
themen

Straßburger von Mercedes Benz, dass Neuerungen für den Kunden wertvoll und verständlich sind. Ziel ist es, regionale Unterschiede und Bedürfnisse zu verstehen, um jedem einzelnen Kunden die besten Lösungen bieten zu können.

In der weiteren Diskussion stand die Frage im Vordergrund: Wie stellen sich die öffentlichen Verkehrsmittel auf Veränderungen bei ihren älteren Kundinnen und Kunden ein und wie erfahren die Älteren davon?

Dazu erklärte **Dr. Rüdiger Leidner** als Vorsitzender der NatKo (Tourismus für Alle Deutschland e.V.): „Barrierefreiheit und gutes Design müssen Hand in Hand gehen, damit alle davon profitieren können. Ebenso wichtig ist die Verfügbarkeit verlässlicher Informationen über Art und Umfang der vorhandenen Barrierefreiheit. Das bundeseinheitliche Informationssystem „Reisen für Alle“ bietet hierfür die Voraussetzungen, damit Reisende die richtige Entscheidung über die individuell erwünschte Barrierefreiheit treffen können. BAGSO und NatKo sollten sich gemeinsam dafür einsetzen, dass es mehr barrierefreie Angebote mit ansprechendem Design gibt, die nicht als Sonderlösung auffallen.“

Ältere Reisende sind eine wachsende Zielgruppe für Fluglinien und Flughafenbetreiber. Den besonderen Anforderungen und Bedürfnissen werden Flughäfen und Fluggesellschaften durch einen umfassenden Service gerecht. Das Angebot für mobilitätseingeschränkte, ältere Reisende reicht von der Unterstützung durch einen Abholdienst bis hin zur Begleitung bis zum Flieger. Um den Aufenthalt und die Reise für diese Kunden so angenehm wie möglich zu gestalten, sind entsprechende Vorbereitungen wichtig. **Fabian Kraft** vom Flughafen Dortmund empfiehlt allen Reisenden, die einen Bedarf an Hilfestellungen haben, sich vor dem Flug über die verschiedenen Service-Angebote zu informieren und sich nicht zu scheuen, diese in Anspruch zu nehmen.

Für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nannte **Simone Matheaschöfeld** vom Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) mobilitätsfördernde Beispiele: „Veränderungen werden dann gemeistert, wenn man gute Angebote erhält und Unterstützung erfährt. So bieten wir als VRR das BärenTicket für Senioren an, damit Vielfahrer weiterhin zu attraktiven Konditionen und ohne

Kenntnis von Tarifen unterwegs sein können. Rund 43.000 Kunden nutzen das BärenTicket Monat für Monat. Eine besondere Herausforderung ist es, mit einem Rollator unterwegs zu sein. Hier bieten einige Verkehrsunternehmen im VRR Trainings an, die Sicherheit vermitteln und Mut machen, weiterhin mobil zu bleiben. Die Reduzierung von Barrieren im ÖPNV ist auch dem VRR ein wichtiges Anliegen.“

Kai Neumann vom Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer e.V. (bdo) erläuterte: „Wichtig ist, dass die Haltestellen für Fernbusse zentral gelegen, attraktiv gestaltet (Überdachung, Sitzplätze, WCs) und barrierefrei erreichbar sind. Gemeinsam mit dem Deutschen Behindertenrat und dem bdo rufen wir dazu auf, die Infrastrukturen des öffentlichen Verkehrs und der notwendigen Einrichtungen an Haltestellen und Busbahnhöfen konsequent barrierefrei auszubauen, um das vom Personenbeförderungsgesetz vorgegebene Ziel einer rollstuhlgerechten Fernlinienbusflotte ab dem Jahr 2020 und einer vollständigen Barrierefreiheit im ÖPNV ab dem Jahr 2022 zu erreichen.“

Wie Patientinnen und Patienten mit einer chronischen Erkrankung durch digitale Angebote leichter mobil bleiben, das war das Thema der Schlussrunde. „Digitale Angebote können der Krankheitsbewältigung dienen, indem sie Patienten unterstützen, aktiv medizinische Hilfe und Informationen zu suchen. Darüber hinaus bieten sie Möglichkeiten zur Psychohygiene, z.B. durch die Erreichbarkeit sozialer Netzwerke oder das Erschließen neuer Aktionsfelder für Aktivitäten, erläuterte die Psychologin **Scarlett Hentzschel**. Ein konkretes Beispiel zur Förderung der Mobilität beschrieb **Sophia Schmidt** von AbbVie Deutschland: „Patienten haben durch digitale Lösungen wie z.B. Apps die Möglichkeit, auch mit einer Erkrankung mobil zu bleiben. So gibt es Apps wie den Toilettenfinder, mit dessen Hilfe Menschen mit einer Darmerkrankung jederzeit eine Toilette in ihrer Nähe finden können. Zudem finden Patienten und Interessierte im Internet umfassende Informationen über Erkrankungen und deren Behandlungsmöglichkeiten, wodurch der Austausch mit dem behandelnden Arzt gefördert werden kann. In der Flut von Internetseiten ist Orientierung dabei besonders wichtig. Vertrauenswürdige Webseiten erkennt man unter anderem an speziellen Siegeln, z. B. der HON-Code oder das afgis-Logo.

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbrauchertemen

„Wir müssen noch mehr nutzerfreundliche und barrierefreie Angebote für mehr Mobilität schaffen. Bei dem rasanten Wandel ist es wichtig, die älteren Generationen einzubeziehen und durch eigenes Ausprobieren mitzunehmen, sie verständlich zu informieren und Chancendialoge zu führen.“, so fasste **Dr. Barbara Keck** von der BAGSO Service Gesellschaft den 19. BAGSO Wirtschaftsdialog zusammen.

„Verständlich und eindrucksvoll informieren“, das war auch das Thema bei der anschließenden Verleihung des „Publizistikpreis Senioren“ durch das Meyer-Hentschel Institut & Swiss AgeExplorer Institut und Feierabend.com. Geehrt wurden Eckart von Hirschhausen, Krischan Dietmaier, Daniele Jörg, Dietmar Lyssy, Stefan Otter, Martin Schneider, Lisa Weitmeier, Niko Wirth für „Wie gutes Altern gelingt“, Barbara Hardinghaus und Dialika Neufeld für „Abschied vom Stützstrumpf“ und Norbert Lübbers und Anne Kathrin Thüringer für „Meine 92-jährige Mitbewohnerin – Studenten im Altenheim“.



Foto: BAGSO/Deck

Bei der Verleihung des Publizistikpreis Senioren übernahm dieses Jahr Eckart von Hirschhausen die Ehrung.

5.9.2 Über sieben Brücken musst du gehen

Verantwortlich: Bund Deutscher Kriminalbeamter Landesverband NRW (BDK NRW)

Mitwirkende:

- **Günther Ilsen**, BDK LV NRW, Sprecher Pensionäre
- **Sebastian Fiedler**, Landesvorsitzender BDK NRW und stellv. Bundesvorsitzender

Moderation: **Hans Jürgen Hülsbeck**, Sprecher Prävention und Opferschutz des BDK NRW

Unter dem Titel „Über sieben Brücken musst du gehen“ stellte der Moderator und Sprecher für Prävention und Opferschutz des Bundes Deutscher Kriminalbeamter Landesverband NRW e.V. einfache Wege und Mittel vor, die es den interessierten Besucherinnen und Besuchern ermöglichten, sich gefahrloser im Internet zu bewegen.

Themen wie: „Richtig einkaufen im Netz - wie vermeide ich es, auf Fake Shops hereinzufallen?“ „Woran erkenne ich qualitativ gute Online-Apotheken?“ waren genauso gefragt wie vermeintliche seriöse Online-Single-Portale für Seniorinnen und Senioren.

Die Teilnehmenden waren sich abschließend einig, dass es sich beim Internet nicht um ein reines Gefahrengebiet handelt, dass jeder jedoch immer und überall bewusst mit dem Medium umgehen muss, um nicht Opfer einer Straftat zu werden.

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbraucherthemen

5.9.3 Altersarmut – Prävention in der Pflicht?

Verantwortlich: Präventionsnetzwerk Finanzkompetenz e. V. in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft e. V. (dgh)

Mitwirkende:

- **Birgit Bürkin**, Budgetberatung, dgh
- **Claudia Lautner, Schuldnerberatung**, Diakonisches Werk Köln und Region
- **Manuela Witt**, Budgetberatung

Moderation: Marius Stark, Präventionsnetzwerk Finanzkompetenz e. V.

Oft stellen Menschen erst mit Eintritt in die Rente fest, dass ihr Einkommen nicht die Höhe hat, die sie sich vorgestellt haben. Ab wann sollte man aktiv werden, um finanzielle Probleme zu vermeiden? Mit diesem Workshop sollte bei den Teilnehmenden das Bewusstsein für Prävention und ihre eigenen Möglichkeiten geschärft werden.

Zu Beginn stellte **Claudia Lautner** die gemeinsam mit ihrer Kollegin Maïke Cohrs konzipierte Informationsbroschüre „Schuldenfrei im Alter“ vor (bei der

BAGSO herausgegeben). Die Broschüre wurde produziert, weil festgestellt wurde, dass Seniorinnen und Senioren mit ähnlichen Problemlagen und Verschuldungsgründen in die Beratung kommen.

Aufgrund ihrer Wertvorstellungen nehmen ältere Menschen oft erst Hilfe an, wenn es keinen Ausweg mehr gibt oder wenn die Überschuldung für Personen im Umfeld augenscheinlich wird. Mietrückstände, Stromschulden, kein Geld zum Überleben sind die typischen Merkmale. Hinzu kommen



Foto: BAGSO/Dechent

Birgit Bürkin und Manuela Witt sehen die Möglichkeit der Budgetberatung zur Prävention von finanziellen Problemen.

gesundheitliche Einschränkungen. Oft werden von dem kleinen Einkommen noch hohe Raten gezahlt. Diese Menschen benötigen in der Regel sofort Hilfe.

Die Beraterinnen und Berater müssen sich in die Lebenswelt der Seniorinnen und Senioren einfühlen und dürfen keine Scheu haben, schwierige Themen wie den Tod anzusprechen. In der Regel ist keine Einkommensverbesserung zu erwarten, aber ein Insolvenzverfahren ist in vielen Fällen keine zukunftsfähige Lösung. Die Beratung ist zeitintensiv und ein Leben mit den Schulden erfordert eine längere Begleitung.

Aufgrund des demografischen Wandels, der Absenkung des Rentenniveaus und der drohenden Altersarmut werden die Seniorinnen und Senioren in Zukunft einen größeren Schuldnerberatungsbedarf haben. Es werden Konzepte, Finanzierungsmodelle und qualifiziertes Personal benötigt, wenn die Beratungsstellen dieser Personengruppe gerecht werden wollen.

In ihrem Beitrag aus der Sicht der Budgetberatung nahmen **Birgit Bürkin** und **Manuela Witt** die Erfahrungen und die Möglichkeiten der Budgetberatung zur Prävention von finanziellen Problemen im Alter in den Blick.

Zunehmend mehr künftige Rentnerinnen und Rentner müssen sich damit abfinden, im Alter eine – gemessen an ihrem Lebensstandard – niedrige Rente zu bekommen oder sogar auf Grundsicherung angewiesen zu sein. Sich rechtzeitig mit dem eigenen Budget und den Veränderungen im Laufe des Lebens zu befassen oder sich professionellen Rat in Form einer Budgetberatung einzuholen, können dabei unterstützen, präventiv Maßnahmen zu ergreifen und prekäre Situationen zu bewältigen.

Wie Budgetberatung konkret arbeitet, zeigten Birgit Bürkin und Manuela Witt anhand eines Fallbeispiels einer alleinstehenden Frau im Übergang vom Arbeitsleben zur Rente. Mit Hilfe von Referenzdaten und Referenzbudgets für Haushaltsbudgets der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V. haben sie die finanzielle Situation beim Übergang in den Ruhestand an dem Beispiel simuliert und aufgezeigt, wo individueller Handlungsbedarf besteht.

Kommune/
Quartiers-
entwicklung

Wohnen /
Wohnumfeld

Engagement /
Teilhabe

Bildung /
Digitalisierung

Gesundheit /
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit /
soz. Sicherung

Verbraucher-
themen

In der Gruppe mit den Teilnehmenden, die sich für die individuelle Prävention interessierten, wurden Fragen im Hinblick auf das im Rentenalter reduzierte Budget und die Möglichkeiten, damit auszukommen, diskutiert. Gemeinsam wurde überlegt, wann und wo Prävention ansetzen muss, um drohende Altersarmut zu verhindern oder sie zu bewältigen.

Zusammenfassend konnte festgestellt werden, dass wir mehr Menschen dafür gewinnen sollten, sich rechtzeitig mit ihrem Budget, ihren Bedarfen und Erwartungen an die Zukunft zu beschäftigen.

Es muss mehr finanzierte Angebote geben, sich zu informieren und beraten zu lassen. Diese müssen niedrigschwellig angesiedelt sein, um für viele erreichbar zu sein.

5.9.4 Alter und Diskriminierung – Privatversicherungen und Kredite

Verantwortlich: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS)

Mitwirkende:

- **Beate Brinkmann**, Referentin im Referat „Grundsatzfragen des Aktiven Alterns“, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
- **Bernhard Franke**, Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS)
- **Alexander Krolzik**, Verbraucherzentrale Hamburg e. V.
- **Neele Lautner**, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
- **Rainer Stocker**, Beratungsstelle ADS

Moderation: Wolfgang Kleemann, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.

Die Podiumsdiskussion sollte am Beispiel privatrechtlicher Versicherungen und Finanzprodukten zum Thema Altersdiskriminierung sensibilisieren.

Bernhard Franke und **Rainer Stocker** berichteten aus der Studie „Diskriminierungserfahrungen in Deutschland“ (2015). Demnach gehe es bei 11% der

im Bereich „Geschäfte und Dienstleistungen“ geschilderten Diskriminierungserfahrungen um Finanzdienstleistungen. Das Diskriminierungsmerkmal „zu hohes Alter“ werde dabei überdurchschnittlich häufig genannt. Auch die Beratungsanfragen an die Antidiskriminierungsstelle (ADS) zeigten, dass sich jeweils 11% der Anfragen im Bereich „Private Dienstleistungen und Güter“ auf „Private Versicherungen“ und „Gelddienstleistungen/Banken“ beziehen. Auch hier überwiege das Diskriminierungsmerkmal „Alter“.

Neele Lautner stellte das rechtliche Gutachten zu Fragen der Altersdiskriminierung bei Finanz- und Versicherungsprodukten von Prof. Dr. Lothar Michael vor. Im deutschen Recht gebe es weite Gestaltungsmöglichkeiten, da es kein umfassendes Konzept für ein „Recht der Älteren“ gebe und es an Sensibilität für die Interessen Älterer mangle. Zu unterscheiden seien Altersdifferenzierung und Altersdiskriminierung: Inwieweit Altersdifferenzierungen rechtfertigungsfähig seien, sei eine normative Frage. Versicherungen unterfallen dem Anwendungsbereich des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), seien aber weder an Uni-Age-Tarife noch an die Veröffentlichung der Kalkulationen, auf deren Grundlage sie Beiträge berechnen, gebunden. Auch Verträge zwischen Banken und ihren Kunden unterfallen dem Anwendungsbereich des AGG, wenn sie Massengeschäfte oder massengeschäftsähnlich seien. Um Altersdiskriminierung nachhaltig zu begegnen, könnten Offenlegungspflichten ins AGG aufgenommen oder es könnte auf Verfassungsebene ein Diskriminierungsverbot aufgrund des Alters verankert werden.

Alexander Krolzik wies auf die unterschiedlichen Auswirkungen eines städtischen oder ländlichen Wohnumfeldes hin: In der Stadt könne auf andere Geldinstitute ausgewichen werden, während es im ländlichen Raum zumeist keine Alternativen gebe. Er schlug vor, Banken zumindest zur Transparenz anzuhalten.

Beate Brinkmann ordnete das Thema in die seniorenpolitische Arbeit des Ministeriums ein: Ziel des Ministeriums sei es u. a., ältere Menschen dabei zu unterstützen, so lange wie möglich ein selbstständiges Leben zu führen und eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft zu haben. Altersdiskriminierungen könn-

Kommune / Quartiersentwicklung

Wohnen / Wohnumfeld

Engagement / Teilhabe

Bildung / Digitalisierung

Gesundheit / Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit / soz. Sicherung

Verbrauchertemen

ten dies untergraben oder sogar verhindern. Daher setze sich das Ministerium für die Interessen älterer Menschen ein.

Die Diskussion verdeutlichte, dass Diskriminierungserfahrungen aufgrund des Lebensalters weit verbreitet sind. Daher gilt es, den Rechtsschutz vor Altersdiskriminierung zu verbessern und die Rechtmäßigkeit von Altersgrenzen zu hinterfragen. Bislang gängige Rahmungen tragen dazu bei, negative Stereotype von älteren Menschen zu verfestigen und differenziertere Altersbilder nicht zur Entfaltung kommen zu lassen.

5.9.5 Aufbau und Entwicklungsmöglichkeiten von Angeboten zur Unterstützung im Alltag

Verantwortlich: Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft e. V., Deutscher Hauswirtschaftsrat e. V.

Mitwirkende:

- **Wilma Losemann**, Hauswirtschaftsmeisterin, Vizepräsidentin Deutscher Hauswirtschaftsrat, Vorstandsmitglied Bundesverband haushaltsnaher Dienstleistungsunternehmen

Der Bedarf an Unterstützung im Alltag und damit an haushaltsnahen Dienstleistungen ist in den vergangenen Jahren enorm gestiegen. Dank der Änderungen in der Pflegeversicherung haben Menschen, denen ein Pflegegrad zugesprochen wurde, Anspruch auf „Zusätzliche Betreuungs- und Entlastungsleistungen“.

Um ein Angebot zur Unterstützung im Alltag aufzubauen, wird die Anerkennung nach § 45 SGB XI benötigt. Leider unterscheiden sich die Anforderungen für die Anerkennung zwischen den einzelnen Bundesländern. In Nordrhein-Westfalen (NRW) stehen die Voraussetzungen in der „Verordnung über die Anerkennung von Angeboten zur Unterstützung im Alltag und Förderung der

Weiterentwicklung der Versorgungsstruktur in Nordrhein-Westfalen“ (AnFö-VO). Potenzielle Dienstleister beantragen seit dem 01.01.2017 bei den Kreisen und kreisfreien Städten die Anerkennung. In NRW können gewerbliche und ehrenamtliche Dienste sowie Einzelpersonen und Pflegedienste Anbieter werden.

In NRW muss im Unternehmen eine Fachkraft in einer Leitungsposition vorhanden sein, ebenso muss ein Konzept mit Leistungsbeschreibung, Kostenübersicht und Qualitätssicherung vorliegen. Der Abschluss einer Haftpflichtversicherung ist Pflicht.

Neben der Ausdauer, die nötig ist, um die rechtlichen Rahmenbedingungen zu erfüllen, benötigen die Gründerinnen und Gründer auch unternehmerisches Talent. Da in NRW maximal 25 €/pro Stunde (bei Tarifgebundenheit 28 €/Std.) abgerechnet werden können, ist es notwendig, die übrigen Ausgaben gut zu kalkulieren, damit das Unternehmen am Ende keinen Verlust einfährt. Von den Einnahmen gilt es u. a. Räumlichkeiten, Lohnkosten mit Sozialversicherungsbeiträgen, Werbemaßnahmen, Verwaltungskosten, technische Ausrüstung und Software zu finanzieren.

Die Kundschaft kann nach der Gründung des Unternehmens über Öffentlichkeitsarbeit, Zeitungsanzeigen, eine Homepage oder lokale Aktionen gewonnen werden. Ein Beispiel dafür ist z. B. der Verkauf von Waffeln mit Verteilung von Flyern auf einem Markt. Später ist die Mund-zu-Mund-Propaganda ein wichtiges Instrument zur Kundengewinnung. Die Empfehlung durch Freunde, Bekannte und Nachbarn ist die beste Werbung.

Die leistungserbringenden Personen müssen an einer 40-stündigen Qualifizierungsmaßnahme teilnehmen und jährlich 8 Std. geschult werden. Die Gewinnung von qualifizierten Mitarbeitenden wird heutzutage immer wichtiger. Überzeugende Argumente für das Unternehmen können attraktive Löhne und familienfreundliche Arbeitszeiten sein. Um Personal im Unternehmen zu halten, sind die Wertschätzung der Menschen sowie ein regelmäßiges Fortbildungsangebot sehr wichtig.

Kommune/
Quartiers-
entwicklung

Wohnen/
Wohnumfeld

Engagement/
Teilhabe

Bildung/
Digitalisierung

Gesundheit/
Prävention

Pflege

Demenz

Arbeit/
soz. Sicherung

Verbraucher-
themen

5.9.6 „Merkwürdig! Gedächtnistraining zur Kriminalprävention“ Gütersloher Modell, Grundkonzept Taschendiebstahl

Verantwortlich: Bundesverband Gedächtnistraining e. V.

Mitwirkende:

- **Manfred Nöger**, Fachreferent beim Bundesverband Gedächtnistraining e. V.
- **Marco Hein**, Kriminaloberkommissar und Kriminologe, Kreispolizeibehörde Gütersloh, Kriminalkommissariat Kriminalprävention/Opferschutz

Manfred Nöger und **Marco Hein** stellten das Konzept „Kriminalpräventives Gedächtnistraining – Gütersloher Modell“ vor. Ziel ist es, dass nicht nur die Kriminalpolizei Prävention betreibt, sondern auch Gedächtnistrainer mit Seniorinnen und Senioren dieses Thema bearbeiten. Den beiden Referenten ist es gelungen, die Besucherinnen und Besucher zu begeistern und mit vielen praktischen Übungen zum Thema „Taschendiebstahl“ zu sensibilisieren.

Zu Beginn beherzigten alle Anwesenden den Tipp der Referenten, das Gehirn vor wichtigen geistigen Leistungen mit Gedächtnisübungen aufzuwärmen – hier meisterte die Runde eine erste Übung mit Bravour: Jeder zog einen Scrabble-Buchstaben und nannte mit diesem Anfangsbuchstaben ein Produkt, das es im Supermarkt zu kaufen gibt. Bei den Wiederholungen punkteten alle Altersgruppen. Danach ging es um das Thema Taschendiebstahl, über das nicht wenige der Anwesenden aus eigener Erfahrung zu berichten wussten. Ein Highlight der Veranstaltung war das Rollenspiel, in dem eine solche Szene vorgeführt wurde. Eine Teilnehmerin stellte eine Kundin dar, Manfred Nöger lenkte die „Kundin“ beim Einkaufen ab, während Marco Hein als „Taschendieb“ ihre Geldbörse entwendete. Die Teilnehmenden hatten Beobachtungsaufträge zu erfüllen und beteiligten sich alle sehr rege an der Auswertung. Wertvolle Tipps zu vorbeugenden Strategien rundeten die Szene ab.

Die Referenten wiesen darauf hin, dass es letztendlich auch um Schulung der Aufmerksamkeit und Konzentration sowie um Merkstrategien beispielsweise für PIN-Nummern geht. Am Schluss des Workshops gab es für alle noch weitere Übungen für zu Hause und eine DVD zum Thema „Taschendiebstahl“.

6. BESONDERE ANGEBOTE

6.1 EHRENAMTSPARCOURS

Verantwortlich: Sozialwerk Berlin e.V.

Mitwirkende:

- **Franz Müntefering**, BAGSO-Vorsitzender
- **Peter Stawenow**, Leiter Kompetenzzentrum offene Altenarbeit, Sozialwerk Berlin

Moderation: Margit Hankewitz, Vorsitzende Sozialwerk Berlin e.V.

Gemeinsam hatten sich die BAGSO und das Sozialwerk Berlin etwas Besonderes für den 12. Deutschen Seniorentag ausgedacht: Mit einem „Ehrenamtsparcours“ wurden 19 Ehrenamtliche aus den über 100 Mitgliedsorganisationen der BAGSO geehrt.



Foto: BAGSO/Coergen

Mit Pauken und Trompeten zogen die ausgewählten Ehrenamtlichen zu ihrer Ehrung.

Auf einem „Triumph-Marsch“ mit „Pauken und Trompeten“ zogen die zu Ehrenden vom Stand des Sozialwerkes Berlin aus der Messehalle zum Ehrenamtsparcours. Dort wurden sie von den jubelnden Messebesucherinnen und -besuchern sowie der Moderatorin Margit Hankewitz herzlich in Empfang genommen. Als erster Ehrenamtlicher wurde Franz Müntefering nach seinem Lebensmotto befragt. Er beantwortete die Frage mit den „berühmten 3 L“ Lernen – Laufen – Lachen und absolvierte unter tosenden Beifall und mit Erfolg den Ehrenamtsparcours.

Ihm folgten weitere Ehrenamtliche, die nach der Beantwortung von Fragen zu ihrer ehrenamtlichen Arbeit am Ziel eine Ehrenurkunde und ein kleines Präsent aus den Händen des BAGSO-Vorsitzenden erhielten.

Mit den Antworten der Ausgezeichneten wurde die Vielfalt des Engagements sichtbar und deutlich, dass es ohne Ehrenamt in unserer Gesellschaft nicht geht. Ob beim Sport oder in der Seniorenbegleitung, in der Interessenvertretung genauso, wie in der Pflege – überall wird ehrenamtliches Engagement nachgefragt.



Foto: BAGSO/ Göttingen

Der BAGSO-Vorsitzende Franz Müntefering übergab den Ehrenamtlichen ihre Urkunde.

Die Begeisterung der Ehrenamtlichen war ansteckend und die Freude war allen anzusehen. Gemeinsam mit den Messebesuchern wurde eine stimmungsvolle Atmosphäre geschaffen. Für alle Beteiligten war es ein Erlebnis besonderer Art, da sie engagierte Menschen und Geschichten kennenlernten, Anregungen für neue Betätigungsfelder erhielten und erlebten, was es bedeutet, für andere Menschen da zu sein.

Insgesamt war es eine gelungene Aktion, die Lust auf mehr macht.

6.2 GROSSES TANZFEST UND AKTIVE MITTAGSPAUSE

Verantwortlich: Bundesverband Seniorentanz e.V. (BVST)

Mitwirkende:

- Diverse Referentinnen des BVST

Das große Tanzfest – Tanz Dich fit

Mehr als 600 Tänzerinnen und Tänzer des Bundesverbandes Seniorentanz e.V. strömten zum Deutschen Seniorentag. Sie waren aus Nordrhein-Westfalen und den angrenzenden Bundesländern angereist, um gemeinsam in der Halle 1 der Westfalenhallen ein Tanzfest zu feiern und weitere Besucherinnen und Besucher des Deutschen Senientages mit ihrer eigenen Freude am Tanzen zu inspirieren. Die Halle hielt beste Bedingungen bereit. Sie war gut klimatisiert und bot ausreichend Platz, sodass alle Tänzerinnen und Tänzer gleichzeitig auf die Tanzfläche kommen konnten. Tatsächlich wurde dann für 2,5 Stunden das Tanzbein geschwungen. Die Halle war erfüllt von fröhlicher Musik zu Tanzformen aus aller Welt. Es wurden unzählige Kreise gebildet oder in Gassen- bzw. Blockaufstellung getanzt. Das bereitete allen Anwesenden stets ein außergewöhnliches Erlebnis.

Ein besonderes Highlight wurde dieser Nachmittag nicht zuletzt, weil das miteinander Tanzen Spaß machte, Kontakte schuf und das wunderbare Gefühl der Verbundenheit in diesem Hobby erzeugte. Diese soziale Bedeutung wurde von vielen Teilnehmenden gelobt.



Foto: BAGSO/Barajas

Die Halle 1 der Westfalenhallen bot das richtige Ambiente für ein großes Tanzfest.

Der BVST, der mit dieser Veranstaltung auf den Stellenwert des ErlebniSTanz als wichtige gesundheitsfördernde Sportart aufmerksam machte, freute sich über das rundum gelungene und fröhliche Tanzfest.

Aktive Mittagspause

Mitwirkende:

- **Susanne Biermann, Daniela Böckmann, Gabriele Hilscher**

Eine willkommene Abwechslung zwischen den verschiedenen Veranstaltungen war die tägliche „Aktive Mittagspause“, ein Tanzangebot des Bundesverbandes Seniorentanz. Zahlreiche tanzfreudige Besucherinnen und Besucher hatten großen Spaß bei den vielfältigen Mitmachtänzen zu schönen Musiken.

Nicht jeder Schritt musste perfekt sein, denn das gemeinsame Tanzen stand im Vordergrund. Es wurde aber deutlich, welchen Trainingseffekt das Tanzen bietet – nicht nur für das Gehirn.

Zusätzlich wurde das Tanzen mit Rollator vorgestellt. Mit diesem Tanzangebot werden Tanzinteressierte angesprochen, die in ihrer Bewegungsmöglichkeit eingeschränkt sind. Zahlreiche Besucherinnen und Besucher nutzten die Chance, sich erstmals mit dem Rollator „anzufreunden“, sodass Hemmschwellen überwunden wurden. Und sogar mit ihm zu tanzen – das war für alle Beteiligten neu und beeindruckend. Sich fit halten durch Tanzen ist also in fast jeder Lebenslage möglich.



Foto: BAGSO/Deck

Die aktive Mittagspause wurde gerne als Bewegungseinheit angenommen.

6.3 AUSSTELLUNGEN

Erstmals hatte der Deutsche Seniorentag zahlreiche Ausstellungen im Programm. Gleich mehrere Ausstellungen warfen den Blick über Deutschland hinaus auf die Lebenssituation älterer Menschen in Afrika und Lateinamerika.

Die von HelpAge Deutschland e.V. entwickelte Ausstellung „**Stille Heldinnen – das Leben nachhaltig gestalten**“ gibt den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung ein Gesicht. Eindrucksvoll werden sechs der 17 Ziele an verschiedenen Lebensstationen älterer Frauen aus dem Projekt KwaWazee in Tansania mit allen Sinnen erfahrbar gemacht.



Foto: BAGSO/Görgen

Die Christel-Wasiak-Stiftung – Seniorenhilfe weltweit präsentierte die Fotoausstellung „**Lateinamerika – Gesichter des Lebens**“, die Portraits von armen alten Menschen zeigen, die Geschichten vom Leben erzählen, von Hoffnungen, Erwartungen, Erfahrungen und Enttäuschungen, wie sie überall passieren können – auch bei uns in Deutschland.



Foto: BAGSO/Görgen

Ein Beispiel für gelebte Integration in Deutschland zeigte die Ausstellung „Glückauf in Deutschland“ vom Verein für internationale Freundschaften e.V. – ViF. Erzählt wird die Geschichte von 9 Jugendlichen, die Ende 1964 aus der Türkei an die Ruhr kamen. Sie lebten in einer Bergarbeiterfamilie, begannen im April 1965 ihre Lehre an den Zechen-Berufsschulen und legten erfolgreich die Knappenprüfung ab und wurden schließlich Techniker, Ingenieur oder Steiger.



Foto: BAGSO/Geörgen

MIT-Leidenschaften lautete der Titel der Ausstellung, für die der MISEREOR-Aktionskreis ewa3 verantwortlich zeichnete.

18 Künstlerinnen der Vereinigung „dreieck.triangle.driehoek e.V.“ aus dem deutsch-belgisch-niederländischen Raum brachten mit Bildern und Skulpturen zum Ausdruck, was sie mit Blick auf die Menschheitsfamilie heute berührt und bewegt.



Foto: BAGSO/Geörgen

Die Ausstellung „Was heißt schon alt?“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Fotografien von Judith Fox „I still do: Leben und lieben mit Alzheimer“ beleuchteten die unterschiedlichen Aspekte des Älterwerdens.

Für Informationen zur Ausleihe der Ausstellungen wenden Sie sich bitte an dst@bagso.de.

7. MESSE

7.1 ERÖFFNUNG DER MESSE



Foto: BAGSO/Deck

Gespannt verfolgten die Ehrengäste das Programm zur Eröffnung der Messe.

Menschenmassen versammelten sich an der Messebühne, als am 28.05.2018 Franz Müntefering und Bundesseniorenministerin Franziska Giffey die Messe zum 12. Deutschen Seniorentag in Dortmund eröffneten. Sie begrüßte die Besucherinnen und Besucher aus dem ganzen Bundesgebiet und der Region sowie die über 200 Aussteller der Messe. Franz Müntefering stellte zu Beginn besonders das Engagement der vielen Organisationen und Verbände, aber auch der Unternehmen sowie der Politik und Wissenschaft heraus, die zum Gelingen einer solchen Veranstaltung beitragen.

Nach der feierlichen Eröffnung wurde die „coolste Seniorensportgruppe Deutschlands“ ausgezeichnet. Ausgerichtet wurde der Wettbewerb vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Aus den 319 Bewerbungen wurden die fünf Gewinnergruppen und der Publikumspreis von Ministerin Franziska Giffey, Franz Müntefering, DOSB-Vizepräsident Walter Schneeloch, Olympiasiegerin Heide Ecker-Rosendahl und dem Gerontologen Dr. Christoph Rott ausgezeichnet:

Platz 1 holte sich die SILBERFIT Tai Chi-Gruppe aus Bühlertal

Platz 2 ging an die „Raus aus dem Haus“-Gruppe aus Hamburg Langenhorn

Platz 3 und den Publikumspreis sicherte sich die Tischtennis- und Inlinergruppe des Bewegungswissenschaftsfördervereins der Uni Hamburg

die **Plätze 4 und 5** erzielten die Inklusive Tanzgruppe aus Magdeburg und der Dortmunder Boxclub 20/50

Musikalisch begleitet wurde die Eröffnung vom MännerQuartett 1881 Bottrop e.V., es ermöglichte einen beschwingten Start in den 12. Deutschen Seniorentag.



Foto: BAGSO/Deck

Auszeichnung der Preisträger „Coolste Seniorensportgruppe Deutschlands“, hier der Dortmunder Boxclub 20/50.

7.2 INFORMATION – BERATUNG – MITMACH-ANGEBOTE

Eine fantastische Stimmung begrüßte die Besucherinnen und Besucher auf der Messe. Auf 10.000 m² bot die Messe mit über 200 verschiedenen Ständen ein breites Spektrum für Engagierte und Interessierte von ausführlichen Informationen zu praktischen und innovativen Produkten und Dienstleistungen sowie barrierefreier Wohnraumgestaltung bis hin zu unterschiedlichen Verbraucherrinformationen.

Auch Angebote zu innovativen Themen wie der Roboter Pepper, Virtual-Reality-Brillen bei AbbVie, der Stand des Digital-Kompass oder der digitale Patienten-Navigator „Hilfe für mich“ von Pfizer hatten regen Zulauf.

Zudem standen unterschiedliche Firmen und Initiativen, die Bundesministerien für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie Arbeit und Soziales, die Landesregierung Nordrhein-Westfalen und die Stadt Dortmund mit ihrem

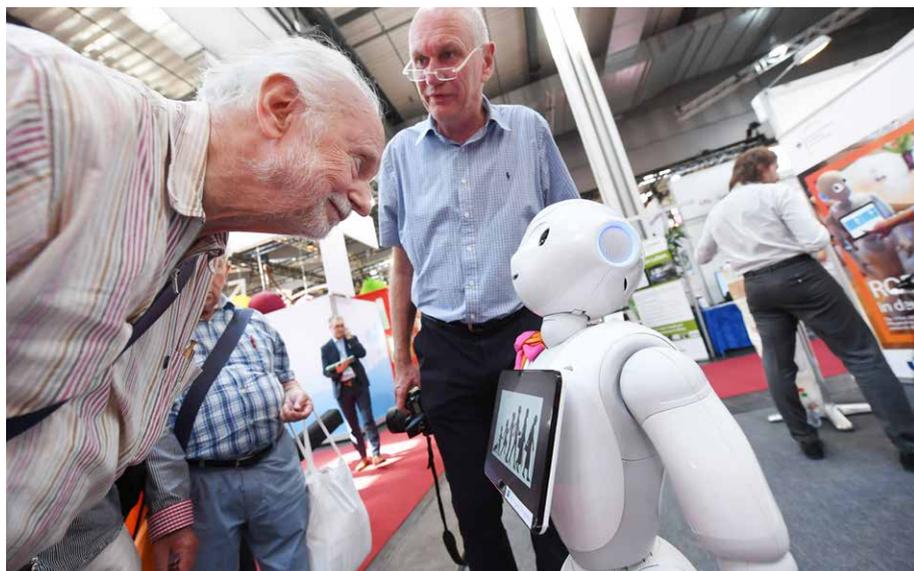


Foto: BAGSO/Deck

Der Roboter Pepper war der Liebling bei den Messebesuchern und zog viel Aufmerksamkeit auf sich.



Foto: BAGSO/Deck

Die Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, sich an den zahlreichen Ausstellungsständen zu informieren.

Fachwissen beratend zur Seite. Die Besucherinnen und Besucher konnten sich außerdem bei den rund 80 ausstellenden BAGSO-Verbänden und Organisationen zu unterschiedlichen Themen der Seniorenarbeit austauschen.

Besonders die vielen kostenfreien Gesundheitstests und Angebote zum Ausprobieren, Mitmachen und Erfahren wurden ausgiebig genutzt. Ob Schlaganfall-Tests, Boule spielen, am Rudergerät trainieren, Begegnungen im Dunkeln oder eine Runde mit dem Elektro-Fahrrad, die Vielzahl der Aktionen begeisterte die Besucherinnen und Besucher.

Beim Alltags-Fitness-Test des Deutschen Olympischen Sportbundes zum Beispiel konnten die Seniorinnen und Senioren zeigen wie fit sie sind und geschlechtsspezifische Anregungen mitnehmen, wie sie auch in Zukunft fit bleiben.

Der IN FORM-Parcours des BAGSO-Projektes „Im Alter IN FORM“ bot einen Wissenstest über gesunde Ernährung und Bewegung. Beim Parcours des

Bundesverbands Gedächtnistraining wurden auf unterhaltsame Weise unter anderem Wortfindung, Konzentration, Wahrnehmung und Denkflexibilität trainiert. Im Mobilitäts-Parcours konnten die Besucher Elektro-Fahrräder (Pe-delecs) und Elektro-Sessel-Dreiräder Probe fahren und sich rund ums Verhalten im Straßenverkehr beraten lassen.

Auch der Osteoporose-Feeling-Parcours angeboten vom Netzwerk-Osteoporose war wieder ein Besucher-Magnet und das Angebot der Knochendichtemessung wurde von vielen Interessenten angenommen.

Wie es sich in lichtlosen Räumen anfühlt, probierten viele Interessierte im Dunkel-Café des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbands selbst aus. Ein geschulter, selbst blinder Guide führte die Gäste in Gruppen durch die Räume.

Auf dem **Treffpunkt „Gesundheit“** drehte sich alles um die Gesunderhaltung. Neben abwechslungsreichen Mitmach- und Bewegungsangeboten, informierten Patienten-Organisationen und weitere Experten zu Themen wie Rheuma, Impfungen, Morbus Bechterew und Demenz. In kleinen Diskussionsrunden tauschten sich Besucherinnen und Besucher direkt mit Spezialisten und anderen Betroffenen aus. Es zeigt sich, dass das Gespräch auf Augenhöhe eine wirkliche Bereicherung für die Messe war.

Der **Treffpunkt „Bildung“** hob die Bedeutung des Themas „Bildung im und für das Alter“ hervor und lud ein, die vielfältigen Aktivitäten einiger BAGSO-Mitgliedsverbände kennenzulernen. Die neue BAGSO-Servicestelle „Digitalisierung und Bildung für ältere Menschen“, gefördert vom BMFSFJ, stellte ihr Portal www.wissensdurstig.de vor. Den Startschuss für die neu gestaltete und um viele Inhalte ergänzte Plattform gab die Bundesministerin Franziska Giffey am ersten Veranstaltungstag.

Die BAGSO-Mitglieder mit dem Themenschwerpunkt Bildung waren eingeladen, auf dem Treffpunkt Bildung dabei zu sein. Die Verbände der Seniorenstudierenden BAG WiWA und DENNIS waren ebenso vertreten, wie das

VILE-Netzwerk, der Deutsche Evangelische Frauenbund und der Bundesverband Gedächtnistraining. Mit dem gemeinsamen Stand konnte die Sichtbarkeit des Themas „Bildung“ auf der Messe wesentlich gestärkt werden.

Die BAG WiWA und ihre Netzwerkpartner organisierten für den „Treffpunkt Bildung“ einen besonderen Raum für Präsentationen. Im „Offenen Hörsaal“ wurden an den drei Veranstaltungstagen über 30 Bildungsveranstaltungen angeboten. Das ging – ganz im Sinne der Geragogik – vom Mitmachangebot, über Beratung zu Smartphone, Tablet & Co bis zu Workshops und Vorträgen. Besucherinnen und Besucher am Stand konnten sich zudem über die neue Broschüre der BAGSO „Neugierig bleiben! Bildung und Lernen im Alter“ freuen.

An der **Messe-Bühne** erwartete die Besucher ein vielfältiges Bühnenprogramm mit Themen wie „Schlaganfälle erkennen und richtig Handeln“, „Mein kleines Glück“ oder „Tipps zur Erbschafts- und Testamentsgestaltung“. Des Weiteren informierten Fachleute zum Beispiel über Gesunderhaltung und Ernährung,



Foto: BAGSO/Dechent

Das MännerQuartett 1881 Bottrop e.V. stimmte u.a. das Bergmannslied „Glück auf, Glück auf, der Steiger kommt“ an.

Vorsorgemöglichkeiten und barrierefreie Wohnraumgestaltung sowie neue Medien und Technik. Für die Unterhaltung sorgten Auszüge aus dem szenischen Liederprogramm „Ruhe-Ständchen“ der Seniorentheatergruppe synovia, das MännerQuartett 1881 Bottrop e.V. und viele andere.

Wir danken allen Beteiligten für die gelungene Messe, die hervorragenden Anregungen und die vielen interessanten Gespräche sowie Novartis Pharma GmbH für die Förderung des Treffpunktes Gesundheit und GlaxoSmithKline GmbH & Co. KG. für die Themenpartnerschaft.

7.3 AUSSTELLERLISTE

Folgende Aussteller waren vor Ort:

- AbbVie Deutschland GmbH & Co. KG
- ADAC Westfalen e.V.
- Albeno AG
- AltenAkademie Dortmund gem. Gesellschaft e.V.
- Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus
- ATRO Pro Vita GmbH
- Augustinum gGmbH
- AWO
- AWO Bezirk westl. Westfalen
- BAG LSV e.V. – Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen
- BAG Senioren der Partei DIE LINKE
- BAG WiWA im DGWF e.V.
- BAGSO e.V.
- BAGSO-Projekt Im Alter IN FORM
- BAGSO-Projekt Servicestelle Digitalisierung und Bildung
- BAGSO Service Gesellschaft mbH
- Barrierefrei Leben e.V.
- Barrierefreie Reiseziele in Deutschland
- Battenberg Teppiche Düsseldorf
- Bauerfeind AG
- Begegnungen im Dunkeln – DBSV e.V.
- Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V.
Eine Welt-Arbeit im 3. Lebensalter (ewa3)
- BIVA e.V.
- bosch Bosch + Sohn GmbH u. Co. KG
- Boule ist cool!
- brainlight GmbH
- Brohler
- Bund Deutscher Kriminalbeamter
- Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben
Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen

- Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht – BaFin
- Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V.
- Bundesarbeitsgemeinschaft seniorTrainer
- Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungsanpassung e.V.
- Bundesforum Katholische Seniorenarbeit (BfKS)
- Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren (BISS) e.V.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Bundesnetzwerk Mehrgenerationenhäuser
- Bundesselbsthilfverband für Osteoporose e.V.
- Bundesverband Gedächtnistraining e.V.
- Bundesverband Geriatrie e.V.
- Bundesverband häusliche Seniorenbetreuung e.V. (BHSB)
- Bundesverband Kinderhospiz e.V.
- Bundesverband Liberale Senioren e.V.
- Bundesverband Seniorentanz e.V.
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
- Capio Klinik im Park
- Casada Deutschland GmbH
- Cellagon – Lebensmittel und Hautpflege
- Dachverband Clowns in Medizin und Pflege Deutschland e.V.
- Dachverband Lesben und Alter e.V.
- dbb beamtenbund und tarifunion
- ddn – Das Demographie Netzwerk
- Demenz-Service NRW
- DENISS e.V.
- Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V.
- Deutsche Diabetes Hilfe – LV NRW e.V.
- Deutsche Gesellschaft für AlterzahnMedizin
- Deutsche Krebshilfe/Deutscher Olympischer Sportbund e.V.
mit „Bewegung gegen Krebs“
- Deutsche Polizeigewerkschaft
- Deutsche Schmerzliga e.V.
- Deutsche Stiftung Denkmalschutz
- Deutsche Vereinigung Morbus Bechterew e.V.

- Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband e.V. (DBSV)
- Deutscher BundeswehrVerband e.V.
- Deutscher Evangelischer Frauenbund e.V.
- Deutscher Olympischer Sportbund
- Deutscher Schwerhörigenbund e.V.
- Deutscher Senioren Ring e.V.
- Deutscher Turner-Bund
- Deutscher Verein der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf e.V. (DVBS)
- Deutscher Verkehrssicherheitsrat
- Deutschland sicher im Netz e.V.
- DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund
- Die Perlen an der Nordsee
- Die.Anleitung
- Digital-Kompass
- DLRG e.V.
- Donnerberg
- Doppelherz
- Dortmunder Gesellschaft für Wohnen mbH (DOGEWO21)
- DSW21
- EAfA
- Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft
- ETNA LIFT
- Evangelische Kirche von Westfalen
- Fachhochschule Kiel
- Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V. Dortmund
- Forschungsinstitut Geragorik e.V. (FoGera)
- Friedhofsgärtnerei Dortmund
- Funeria Trauerhilfe GmbH
- Generationennetzwerk Gelsenkirchen e.V.
- Geriatrieverbund Dortmund
- Gesellschaft für Gehirntraining e.V.
- Gesundheitszentrum Helenquelle
- Gewerkschaft der Polizei (GdP)
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

- ginko Stiftung für Prävention – STARK BLEIBEN
- GriP Safety Coatings AG
- GROHE Deutschland Vertriebs GmbH
- GRÜNE ALTE
- GSK
- Haptikon: Spiele und Förderkonzepte für die Sinne
- HE-Invent GmbH & Co. KG
- Helios ENDO-Klinik Hamburg
- HelpAge Deutschland
- HEXAL AG
- Home Instead GmbH & Co. KG
- Hotel Collegium Leoninum
- IG Metall
- Immobilien Bettina Hartmann
- IN FORM (BMEL)
- Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt
- INFONETZ KREBS der Deutschen Krebshilfe
- Initiative „Mein Erbe tut Gutes. Das Prinzip Apfelbaum“
- Invitalis GmbH
- KAD (Regionaler Treff)
- Kanne Brottrunk
- Kassenzahnärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe
- Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands e.V.
- KDA – Kuratorium Deutsche Altershilfe
- Klinik am Hellweg
- Kneipp-Bund / Landesverband NRW e.V.
- Kolpingwerk Deutschland
- komba Gewerkschaft
- Kommunikationsgewerkschaft DPV
- Korian Deutschland
- Kötter + Siefker
- kubia – Kompetenzzentrum für Kulturelle Bildung im Alter und Inklusion
- KWA Kuratorium Wohnen im Alter gemeinnützige AG
- LAG Selbsthilfe NRW
- LAG Wohnberatung NRW e.V.

- Landesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros NRW e.V.
- Landeskriminalamt LKA
- Landesregierung von Nordrhein-Westfalen
- Landessenorenvertretung NRW e.V.
- Landessportbund NRW
- LebensWert e.V. – Psychoonkologie: Besser leben mit Krebs
- Leibniz-Institut für Arbeitsforschung an der TU Dortmund IfADo
- Lifta Treppenlift
- LIGA für Ältere
- Malteser Hilfsdienst
- MCS Medical Center Südwestfalen
- MediCare Pflegedienst Torsten Krause
- Medirenta Krankenkostenabrechnungs GmbH
- MEGAMAX B.V.
- Mindworld
- Ministerium des Inneren NRW
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW
- Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie NRW
- MobiAssist
- MSD SHARPE & DOHME GmbH
- Nature´s Secret
- NaturFreunde Deutschlands e.V.
- Netzwerk Organspende NRW
- Nova Vita Residenz Bonn GmbH
- Novartis Pharma GmbH
- Ortho-Klinik Dortmund, Fachklinik für Orthopädie & Unfallchirurgie
- Osteoporose-Netzwerk e.V. Paderborn
- Pfizer Deutschland GmbH
- Polizeipräsidium Dortmund
- PRO RETINA
- PROMEDICA PLUS
- Rubicon Köln
- Sanitätshaus Emil Kraft & Sohn GmbH & Co. KG
- Selbsthilfe in NRW
- Seni

- Senior Experten Service
- Senioren Ratgeber
- SeniorenDO
- Seniorenfreundlicher Urlaub e.V.
- Senioren-Union der CDU Deutschlands
- Seniorpartner in School – Bundesverband e.V.
- SHD Seniorenhilfe Dortmund
- Songs gegen Altersarmut
- Sozialverband Deutschland e.V. Bundesverband
- Sozialverband VdK NRW
- Sozialwerk Berlin e.V.
- Sozius 24
- Sparda-Bank West eG
- Staatskanzlei NRW
- Stadt Dortmund
- Stadt Dortmund – Fachdienst für Senioren
- Stadt Dortmund – Seniorenbeirat
- Ständiger Ausschuss Senioren/Seniorinnen im BDZ
- Stella Bikes
- Steyler Missionare e.V.
Apostolat Zeitschriften
- Stiftung Deutsche Schlaganfall-Hilfe
- Stiftung Digitale Chancen
- Stiftung Gesundheitswissen
- SYWOS GmbH
- TEAM 51
- Telekom
- Tera-Force
- Thermofit AG
- Tourismus & Congress GmbH, Region Bonn / Rhein-Sieg / Ahrweiler
- Tourismus für Alle Deutschland e.V. (NatKo)
- Tourismus NRW e.V.
- Treffpunkt Ruhrgebiet
- TU Dortmund – Weiterbildendes Studium für Seniorinnen und Senioren
- Unionhilfswerk Berlin

- Universität Siegen / Wissenschaftsjahr 2018
- Verband Bildung und Erziehung, LV NRW e.V.
- Verband der Beamten der Bundeswehr e.V.
- Verbraucherzentrale NRW e.V., Energieberatung
- Verbraucherzentrale NRW e.V., Projekt KoNAP
- Verein für Gemeinwesen- und Sozialarbeit Kreuzviertel e.V. Dortmund
- Verkehrsclub Deutschland e.V.
- Verkehrswacht Dortmund
- ViLE Netzwerk
- Vitakt Hausnotruf GmbH
- VIVAI Software AG
- VRFF Die Mediengewerkschaft
- VRR – Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR
- WALHALLA Fachverlag
- Werte und Wohnen IBAC-Senioren-Service-Wohnen
- wertfaktor Immobilien GmbH
- Westdeutsche Blindenhörbücherei e.V. / Medibus e.V.
- Wir pflegen e.V. / wir pflegen NRW e.V.
- Zahnärztekammer Westfalen-Lippe
- Zentralverband Sanitär Heizung Klima (ZVSHK) – Ausstellung
- ZWAR Zentralstelle NRW

8. BILANZ IN ZAHLEN

Wir können auf eine erfolgreiche Veranstaltung zurückblicken: mehr als 14.000 Besucherinnen und Besucher an den drei Veranstaltungstagen, zahlreiche junge Menschen unter den Teilnehmenden.

Erfolg in Zahlen	
Besucherinnen und Besucher an drei Tagen	14.200
Einzelveranstaltungen	134
Themenbezogene Ausstellungen	7
Mitmach-Angebote auf der Messe inkl. Bühnenprogramm	78
Gesamtzahl Aussteller	226
• BAGSO-Verbände	78
• weitere Aussteller	148
Ausstellungsfläche der Messe in m ²	10.000

Der Deutsche Seniorentag war Gegenstand von mehr als 1.300 Berichten in Zeitungen, Zeitschriften, im Hörfunk und Fernsehen. Ein Highlight war das Live-Interview mit Seniorenministerin Franziska Giffey im ZDF-Mittagsmagazin von der Messe des Deutschen Seniorentages. Erstmals war der Deutsche Seniorentag mit eigenen Kanälen auf Facebook und Twitter aktiv. Exklusive Pressegespräche für Journalisten zu zentralen Themen wie Digitalisierung und Pflege fanden gute Resonanz.

Medienberichterstattung	
Medium	Veröffentlichungen und Reichweite
Print-Medien (Zeitungen, Zeitschriften)	1.163 / 121.680.228
Hörfunk	177 / 87.431.961
Fernsehen	29 / 97.372.182
Gesamt	1.370 / 306.484.371



Veranstaltung gefördert von



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen



DORTMUND

Wir danken für die Unterstützung von

abbvie



In Kooperation mit



Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband
Westliches Westfalen e.V.

SENIOREN
RATGEBER

